

Geschäftsbericht 2012

Inhaltsverzeichnis

Jahresbericht des Regierungsrates	1740	Amt für gemeindliche Schulen	105
	1777	Amt für Berufsberatung	109
Anträge	5	1780 Amt für Sport	113
Vorwort des Landammanns	6	1790 Amt für Kultur	117
Gesamtwürdigung	7		
Strategie 2010 – 2018	8	20 Volkswirtschaftsdirektion	
Gesamtübersicht Legislaturziele	9	2000 Direktionssekretariat	122
Aussenbeziehungen	12	2011 Amt für Berufsbildung	126
Geschäftsübersicht Kantonsrat	13	2012 Amt für Brückenangebote	129
Wahlen und Abstimmungen	14	2013 Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	132
		2015 Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum	137
		2018 Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege	141
		2019 Kaufmännisches Bildungszentrum	142
		2030 Amt für Wirtschaft und Arbeit	146
		2031 Arbeitslosenkasse	150
		2035 Amt für öffentlichen Verkehr	154
		2040 Sozialversicherungen	158
		2050 Landwirtschaftsamt	160
		2065 Amt für Wohnungswesen	164
		2067 Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	167
		2070 Handelsregisteramt	168
		2071 Konkursamt	171
		30 Baudirektion	
		3000 Direktionssekretariat	176
		3020 Tiefbauamt	180
		3023 Strassenunterhalt	185
		3030 Strassenbau Spezialfinanzierung	188
		3031 Kantonsstrassen	189
		3032 Nationalstrassen	191
		3050 Amt für Umweltschutz	192
		3051 Deponienachsorge Spezialfinanzierung	196
		3060 Hochbauamt	197
		3061 Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	203
		3080 Amt für Raumplanung	204
		35 Sicherheitsdirektion	
		3500 Direktionssekretariat	210
		3515 Schätzungskommission	215
		3540 Amt für Zivilschutz und Militär	216
		3541 Stabsstelle Notorganisation	220
		3581 Strassenverkehrsamt	223
		3587 Amt für Feuerschutz	227
		3590 Zuger Polizei	228
		3592 Amt für Migration	234
		3595 Strafanstalt	237
		3597 Vollzugs- und Bewährungsdienst	240
		40 Gesundheitsdirektion	
		4000 Direktionssekretariat	244
		4005 Amt für Verbraucherschutz	248
		4021 Rettungsdienst	252
		4030 Spitäler	256
Jahresrechnung			
Bericht	19		
Detailinformationen			
Geldflussrechnung	33		
Kennzahlen	34		
Laufende Rechnung			
- Total pro Direktion	36		
- Saldo pro Amt	37		
- Artengliederung	40		
Investitionsrechnung			
- Total pro Direktion	44		
- Saldo pro Amt	45		
- Artengliederung	47		
5-Jahresvergleiche	49		
Institutionelle Gliederung			
10 Gesetzgebende Behörden			
1000 Kantonsrat	53		
11 Allgemeine Verwaltung			
1100 Regierungsrat	55		
1120 Staatskanzlei	56		
1128 Ombudsstelle	59		
1129 Datenschutz	60		
15 Direktion des Innern			
1500 Direktionssekretariat	62		
1515 Grundbuch- und Vermessungsamt	66		
1530 Amt für Wald und Wild	70		
1550 Sozialamt	75		
1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	80		
1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie	83		
17 Direktion für Bildung und Kultur			
1700 Direktionssekretariat	88		
1730 Amt für Mittelschulen	92		
1733 Kantonsschule Zug	95		
1734 Kantonales Gymnasium Menzingen	99		
1736 Fachmittelschule Zug	102		

Inhaltsverzeichnis

4055	Gesundheitsamt	258	6106	Strafgericht: Verwaltung	307
4060	Medizinalamt	262	6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	308
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	266	6111	Obergericht: Verwaltung	309
			6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	310
50	Finanzdirektion		6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	311
5000	Direktionssekretariat	272	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	312
5001	Finanzkontrolle	276	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	313
5010	Personalamt	279	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	314
5011	Allgemeiner Personalaufwand	283	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	315
5020	Finanzverwaltung	284	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	316
5022	Allgemeiner Finanzbereich	288			
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	290		Bilanz	319
5050	Amt für Informatik und Organisation	291			
5060	Steuerverwaltung	296		Anhang zur Jahresrechnung	325
5065	Kantonssteuern	301			
5068	Bundessteuern	302		Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten	
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	303		Interkantonale Strafanstalt Bostadel	337
				Gebäudeversicherung Zug	339
61	Richterliche Behörden			Separatfonds	343
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	305			
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	306			

Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge

Vorwort des Landammanns

Gesamtwürdigung

Strategie 2010 – 2018

Gesamtübersicht Legislaturziele

Aussenbeziehungen

Geschäftsübersicht Kantonsrat

Wahlen und Abstimmungen

Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf §§ 41 Bst. g sowie 47 Abs. 1 Bst. f der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 7 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1), §§ 23 und 35 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sowie § 63 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit den Geschäftsbericht 2012 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

- auf den Geschäftsbericht 2012, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, einzutreten und ihn zu genehmigen;
- die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
- die Jahresrechnung 2012 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

Zug, 19. März 2013

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Beat Villiger
Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Vor sich finden Sie das erste Exemplar des Geschäftsberichts des Regierungsrates an den Kantonsrat. Nach der Einführung des neuen Modells der Führung der kantonalen Verwaltung durch Globalbudget und Leistungsaufträge löst dieser den bisherigen Rechenschaftsbericht ab. Das neue Produkt soll mehr Transparenz im politischen Führungsprozess zwischen Parlament und Verwaltung ermöglichen, indem – mit wenigen Ausnahmen – für jedes Amt nicht nur die wichtigsten Rechnungszahlen ausgewiesen, sondern die Umsetzung der vorgängig vereinbarten Leistungsaufträge aufgezeigt werden.

Dies war für die kantonale Verwaltung und den Regierungsrat aufwändig und ich danke allen Beteiligten, die diese reibungslose Umsetzung des neuen Produkts ermöglicht haben.

Der Geschäftsbericht zeigt, wie vielfältig die zahlreichen kantonalen Dienstleistungen sind, welche die rund 60 Ämter der Zuger Kantonsverwaltung täglich erbringen. Dabei wird uns von den Kundinnen und Kunden eine sehr gute Servicequalität attestiert, einer der wichtigen Gründe, damit der Kanton Zug auch künftig «Mit Zug einen Schritt voraus» sein kann, wie dies die regierungsrätliche Strategie 2010 - 2018 vorsieht.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält deutlich weniger Kennzahlen als der bisherige Rechenschaftsbericht. Die Daten sind jedoch weiterhin verfügbar. Sie finden diese stets aktuell auf der Site www.zug.ch/statistik und können diese herunterladen, wofür die Fachstelle Statistik verantwortlich zeichnet.

Ich freue mich, wenn Sie in unserem Geschäftsbericht viel Interessantes entdecken und Sie in Bezug auf Wissenswertes über unseren Kanton «einen Schritt weiter» kommen. Viel Freude beim Lesen!

Matthias Michel
Landammann 2011 / 2012

Die Schweiz und damit auch der Kanton Zug stehen vor grossen Herausforderungen. Insbesondere gilt es, sich in einem harten Wettbewerb der Regionen und Standorte zu behaupten und die Lebensqualität unserer Einwohnerinnen und Einwohner zu bewahren.

Der Regierungsrat hat auch 2012 grossen Wert auf die Vernetzung mit anderen Akteuren auf den verschiedensten Ebenen gelegt. Die Mitglieder des Kollegiums und zahlreiche Kadermitarbeitende der Verwaltung engagierten sich zunehmend in innerkantonalen, regionalen, interkantonalen und nationalen Zusammenarbeitsplattformen. Der Kanton Zug ist als kleiner Binnenkanton mit internationaler Ausrichtung auf eine gute Vernetzung zwingend angewiesen.

Strategie als gute Basis

Die regierungsrätliche Strategie 2010 – 2018 ermöglicht eine gute Fokussierung und gleichzeitig eine erfolgreiche Umsetzung von verschiedensten Projekten, damit der Kanton Zug auch in Zukunft – entsprechend dem Leitgedanken der Strategie – «einen Schritt voraus» sein kann. Eine erste Erfolgskontrolle der aus der Strategie abgeleiteten Legislaturziele zeigt ein gutes Resultat. Diese Erfahrungen ermutigen den Regierungsrat, unter den gleichbleibenden strategischen Zielen neue Legislaturziele für die Amtsdauer 2015 – 2018 vorzubereiten.

Projekte für mehr Lebensqualität

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich abgeschwächt, gleichzeitig bleiben die Schweiz und der Kanton Zug für ausländische und inländische Personen und Unternehmen attraktiv. Vor diesem Hintergrund – und angesichts des Nachholbedarfs in bestimmten Bereichen der Infrastrukturen – ist es ein besonderes Anliegen, die Lebensqualität in unserem Kanton für Einheimische und Neuzuziehende hoch zu halten. Viele Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Gesellschaft dienen diesem Ziel. Schwerpunktässig erwähnt seien:

- Wichtige Planungsarbeiten und wegweisende politische Beschlüsse prägten die Bereiche Umfahrungen (Umfahrung Cham – Hünenberg, Umfahrung Zug – Baar, Stadttunnel), kantonale Schulen (Mittelschulplanung, Ausbau Gewerblich-industrielles Bildungszentrum) und Verwaltung (Verwaltungszentrum 3 mit Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe).
- Im Bereich öffentlicher Verkehr wurden die S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick dem Betrieb übergeben und das kantonale Busnetz um rund 7% erweitert.
- Mit der neuen Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung und den Vorarbeiten für die neue Pädagogische Hochschule Zug haben die für junge Zugerinnen und Zuger wichtigen Hochschulen eine langfristige Basis erhalten.
- Mit dem Integrationsgesetz und dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer hat der Regierungsrat die Basis für klare Verantwortlichkeiten vorgelegt.

Finanzen als zentraler Faktor

Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch im deutlich tieferen Ertrag aus der Kantonssteuer. Umgekehrt steigt der Zuger Anteil am nationalen Finanzausgleich nach wie vor an, weshalb die mit anderen Geberkantonen koordinierten Anstrengungen für die nötige Korrektur des Systems wichtig bleiben.

Aus Sicht des Regierungsrats hat der Kanton zwei besondere Herausforderungen gut gemeistert: Die Übernahme der vormundschaftlichen Aufgaben der Gemeinden mit dem Aufbau des neuen Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz sowie die Einführung der neuen Spitalfinanzierung.

Herausforderungen werden angegangen

Insgesamt ist der Kanton Zug heute ein Beispiel für eine positive Umsetzung der zahlreichen Herausforderungen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Er hat nach wie vor wichtige Vorteile und exklusive Angebote, die zur Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsraums beitragen. Gleichzeitig verfügt er über stabile Finanzen, mit denen die erwähnten Herausforderungen auch finanziert werden und die Bevölkerung und Unternehmen von guten finanziellen Rahmenbedingungen ausgehen können. Zu beachten sind zudem Entwicklungen, welche die Bevölkerung beschäftigen und welche mit Auswirkungen des grossen Wachstums der letzten Jahre zu tun haben. Der Regierungsrat hat diese Themen aufgenommen und stellt sich den Herausforderungen. Er ist dabei auf die Mitwirkung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik angewiesen. Gerade deshalb bleiben die Bürgernähe und die Kultur der kurzen Wege zu Behörden und Verwaltung wichtig.

Der Regierungsrat präsentierte im Frühling 2010 mit der Strategie für die Periode 2010 – 2018, den Legislaturzielen und dem Leitbild seine Visionen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Der Leitsatz «Mit Zug einen Schritt voraus» zeigt die eingeschlagene Richtung auf.

2012 galt es, die bereits 2010 vorgesehene Erfolgskontrolle durchzuführen. Aufgrund der im Oktober 2010 verabschiedeten Meilensteinplanung, welche die Legislaturziele in Projektabschnitte aufteilte, wurde im März 2012 erstmals eine Meilensteinprüfung durchgeführt, welche die erreichte Umsetzung der vorgenommenen Etappenziele auswies. Die gezogene Zwischenbilanz zeigt folgendes Bild auf:

Zwölf Legislaturziele sind erfüllt und werden aus der Meilensteinplanung gestrichen:

- Förderprogramm Energie im Gebäude
- Überarbeitung Energieleitbild
- Umbau Obergericht
- Senkung Unternehmenssteuer
- Verhinderung langfristiger Defizite durch Überarbeitung Finanzstrategie
- Unterstützung Bildungsangebote der internationalen Schulen
- Bessere Einbindung Ausländerinnen/Ausländer durch neues Integrationsgesetz
- Revision Wohnbauförderungsgesetz
- Schaffung Rahmenbedingungen für bessere Kinderbetreuungsangebote
- Impulse für Gesundheitsförderung im Alter
- Beitritt Konkordat polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz
- Umsetzung Projekt Pragma für wirkungsorientierte Verwaltung

Zwei Legislaturziele sind erfüllt, werden jedoch noch nicht aus der Meilensteinplanung gestrichen, da die Projekte noch nicht abgeschlossen sind:

- Förderung Freiwilligenarbeit
- Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien

Drei Legislaturziele werden aus politischen Gründen aus der Meilensteinplanung genommen:

- Ökologisierung Motorfahrzeugsteuer (Nichteintreten Kantonsrat)
- Revision Gebührenrecht mit mehr Transparenz (Ablehnung durch Souverän)
- Pionierprojekt «Innovationsschule Zug» (keine Gemeinde beantragte Bewilligung)

Diese Überprüfung zeigt auf, dass der Kanton Zug bereits einen Viertel der Legislaturziele erreicht hat und somit die Strategie 2010 – 2018 erfolgreich umgesetzt wird.

Immer wieder wird der Regierungsrat auf die konsequente Verfolgung seiner strategischen Ziele überprüft. Besonders auf das strategische Ziel «Wachstum mit Grenzen» wird stets ein besonderes Augenmerk gelegt, gilt es doch, das Gleichgewicht zwischen Wachstum und dem Erhalt der natürlichen Ressourcen möglichst zu erhalten, was nur durch Zusammenarbeit des Kantons mit der Bevölkerung und den Zuger Gemeinden realisierbar bleibt.

Das Resultat der Meilensteinerhebung bildete am diesjährigen Amtsleitendenanlass Diskussionsgrundlage für die Bearbeitung des Themas Strategie. Die Amtsleitenden konnten sich vorgängig zu einer Direktion, der sie nicht angehörten, einteilen lassen, wo sie sich mit dem jeweiligen Direktionsvorstand in Gruppen zu selber gewählten Schwerpunktthemen eines Legislaturziels austauschten. Die so gewonnenen Ergebnisse wurden im Anschluss dem Plenum vorgestellt, was wiederum zu weiteren interessanten Debatten und Inputs führte.

Ende Jahr tauschte sich der Gesamtregierungsrat mit den Generalsekretärinnen und Generalsekretären der einzelnen Direktionen über die Modalitäten einer Strategieüberprüfung aus. Der Regierungsrat verzichtet vorderhand auf eine Überarbeitung der sechs zentralen Herausforderungen und der 24 strategischen Ziele 2010 – 2018. Die Legislaturziele 2010 – 2014 werden hingegen im Rahmen des Geschäftsberichtes 2013 auf den Stand ihrer Umsetzung hin geprüft. Für die Erarbeitung des künftigen Überprüfungs- und Weiterentwicklungskonzeptes inklusive Projektorganisation wurde eine direktionsübergreifende, vierköpfige Projektgruppe eingesetzt.

Kommentar Legislaturziele

Nachfolgende Liste führt alle Legislaturziele des Zeitraums 2010 – 2014 auf. Zu jedem Ziel wird die federführende Direktion angezeigt. Ämter, die im Berichtsjahr ein Legislaturziel bearbeiten, sind erwähnt.

Legislativziele, die nicht mehr in Bearbeitung sind, werden mit «Erledigt» bezeichnet.

Legislativziele 2010 – 2014		Beteiligte		
Wachstum mit Grenzen				
L1	Überarbeitung kantonalen Richtplan mit geringeren Wachstumszahlen	BD	3080	Amt für Raumplanung
L2	Neudefinition Dichte baulicher Nutzungen für sparsameren Landverbrauch im kantonalen Richtplan	BD	3080	Amt für Raumplanung
Haushälterischer Umgang mit natürlichen Ressourcen				
L3	Ausbau Mobilitätsmanagement für kantonale Verwaltung	BD	3080	Amt für Raumplanung
L4	Konzept vielfältige und vernetzte Landschaft	BD	3080	Amt für Raumplanung
L5a	Förderprogramm Energie im Gebäude	BD		Erledigt
L5b	Ökologisierung Motorfahrzeugsteuer	SD		Erledigt
L5c	Überarbeitung Energieleitbild	BD	3000	Direktionssekretariat
L6	Beteiligung am Weiterbildungsinstitut Energie- und Rohstoffrückgewinnung Zug	VD		
L7	Projekt «Zuger Chriesi»	VD	2050	Landwirtschaftsamt
		BD	3080	Amt für Raumplanung
Gezielte Optimierung und Ausbau der Infrastruktur				
L8	Ausbau Businfrastruktur mit teilweise Eigentrasse	BD	3020	Tiefbauamt
L9a	Umbau Obergericht	BD		Erledigt
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3	BD	3060	Hochbauamt
L10	Beteiligung an Neubau Kunsthaus Zug	DBK	1790	Amt für Kultur
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	DBK	1733	Kantonsschule Zug
L11b	Ausbau Kantonales Gymnasium Menzingen	DBK	1734	Kantonales Gymnasium Menzingen
		BD	3060	Hochbauamt
L11c	Neubau Wirtschafts- und Fachmittelschule	DBK	1736	Fachmittelschule Zug
		BD	3060	Hochbauamt
L11d	Um- bzw. Neubau Brückenangebote	VD	2012	Amt für Brückenangebote
L12a	Stadttunnel Zug	BD	3020	Tiefbauamt
L12b	Umfahrung Unterägeri	BD	3020	Tiefbauamt
L12c	Förderung Langsamverkehr Ägerital	BD	3020	Tiefbauamt
L13	Leistungssteigerung Bahnlinie Thalwil/Zug durch Bahntechnik	VD	2035	Amt für öffentlichen Verkehr
Attraktive Steuern und angemessene Gebühren/Ausgeglichener Staatshaushalt				
L14	Revision Gebührenrecht mit mehr Transparenz	FD	5000	Direktionssekretariat
L15	Senkung Unternehmenssteuer	FD		Erledigt

Jahresbericht des Regierungsrates
Gesamtübersicht Legislaturziele

Legislativziele 2010 – 2014		Beteiligte		
Ausgeglichener Staatshaushalt				
L16	Verhinderung langfristiger Defizite durch Überarbeitung Finanzstrategie	FD		Erledigt
L17	Begrenzung NFA-Belastung für Geberkantone	FD	5000	Direktionssekretariat
Stärkung des Bildungsangebotes				
L18	Optimierung Nahtstellen Schule-Arbeitswelt	DBK	1777	Amt für Berufsberatung
L19	Pionierprojekt Innovationsschule Zug	DBK		Erledigt
L20	Ausbau ergänzende Berufsbildung für Erwachsene	VD	2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum
L21	Unterstützung Bildungsangebote internationale Schulen	VD		Erledigt
Durchmischte und lebendige Gesellschaft				
L22	Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	DBK	1790	Amt für Kultur
L23	Unterstützung Initiativen zur Vermeidung sozialer Brennpunkte für Jugend, Alter, Familie, Migration	DI	1550	Sozialamt
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	SD	3590	Zuger Polizei
L25	Bessere Einbindung Ausländerinnen und Ausländer durch neues Integrationsgesetz	DI		Erledigt
L26	Entwicklung interkulturelle Weiterbildung an Berufsfachschulen	VD		
Aktive Beteiligung von Bevölkerung und Unternehmen				
L27	Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu aktuellen Themen	SKA		
L28	Ausbau e-Government-Angebote	VD	2050	Landwirtschaftsamt
		BD	3080	Amt für Raumplanung
		SD	3590	Zuger Polizei
		GD	4060	Medizinalamt
		FD	5050	Amt für Informatik und Organisation
L29	Förderung Freiwilligenarbeit	DI		Erledigt
L30	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	BD	3000	Direktionssekretariat
Vielfältige Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten				
L31a	Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen	BD	3080	Amt für Raumplanung
L31b	Revision Wohnraumförderungsgesetz	VD		Erledigt
L32	Kostenlose Nutzung kantonalen Sportanlagen für Zuger Vereine	DBK	1780	Amt für Sport
Stärkung der Familien				
L33	Schaffung Rahmenbedingungen für bessere Kinderbetreuungsangebote	DI		Erledigt
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	DI		Erledigt
L35a	Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Beratung	GD	4055	Gesundheitsamt
L35b	Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Krisenintervention	GD	4055	Gesundheitsamt

Legislaturziele 2010 – 2014		Beteiligte		
Bewältigung der demografischen Herausforderung				
L36	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter	GD	4055	Gesundheitsamt
L37	Unterstützung neuer Wohnformen im Alter	VD	2065	Amt für Wohnungswesen
Ausbau der Zusammenarbeit				
L38	Beitritt Konkordat polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz	SD		Erledigt
L39	Sicherung zukunftsfähige Pädagogische Hochschule Zug durch neue Kooperation	DBK		
L40	Federführung bei mindestens einem Projekt des Aktionsprogramms der Metropolitankonferenz Zürich	VD	2000	Direktionssekretariat
L41	Stärkung Allianzen für verbesserte Angeboten im öffentlichen Verkehr in den Räumen Zürich und Zentralschweiz	VD	2035	Amt für öffentlichen Verkehr
L42	Engere Zusammenarbeit mit den Gemeinden (Synergiepotenzial, Schulungs- und Weiterbildungsangebote)	DI	1500	Direktionssekretariat
L43	Beitritt neues Konkordat Fachhochschule Zentralschweiz	VD		
Unbürokratische Verwaltung				
L44	Revision Personalrecht mit Kompetenzverschiebung an Regierungsrat und Flexibilisierung der Anstellungsbedingungen	FD	5010	Personalamt
L45	Umsetzung Projekt Pragma für wirkungsorientierte Verwaltung	FD	5000	Direktionssekretariat
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	SD	3500	Direktionssekretariat
		GD	4060	Medizinalamt
L46b	Ermöglichung kurzer Wege im Baubewilligungsverfahren	BD	3080	Amt für Raumplanung

Starkes Engagement in der interkantonalen Zusammenarbeit

In seiner Strategie 2010 – 2018 hat der Regierungsrat den Grundsatz der interkantonalen Zusammenarbeit als wichtiges strategisches Ziel verankert. Entsprechend engagierten sich zahlreiche Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung in überkantonalen und regionalen sowie nationalen Arbeitsgruppen und Plattformen. Insgesamt handelte es sich um elf Personalstellen innerhalb der ganzen Verwaltung (total zirka 1700 Vollzeitstellen), die dafür aufgewendet wurden.

Der Austausch zu anderen Regionen, Kantonen und dem Bund war eng und vielfältig. Der Kanton Zug als Binnenkanton ist insbesondere auf seine Vernetzung mit anderen Kantonen, primär den Nachbarkantonen, angewiesen. Schwerpunkte ergaben sich in den Tätigkeitsbereichen der Regierungskonferenzen Zentralschweiz sowie Metropolitanraum Zürich. Alle Regierungsmitglieder sind zunehmend in der interkantonalen Zusammenarbeit aktiv und engagieren sich in Präsidien und Führungsgremien interkantonalen Konferenzen. Verschiedene Mitglieder der Regierung engagierten sich aktiv und in führender Stellung in Zusammenarbeitsplattformen.

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die KdK führte fünf Plenarversammlungen durch. Der Kanton konnte zu mehreren Geschäften Stellung nehmen, unter anderem zu folgenden Themen: Personenfreizügigkeit, Anrufung der Ventilklausel, Europapolitik – Grundsätze betreffend institutionelle Fragen Schweiz-EU, Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik, 2. NFA-Wirksamkeitsbericht, Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 des Bundes und Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien.

Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Die Zentralschweizer Kantonsregierungen tagten am 24. Mai und 23. November in Zug. Auch die acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen sowie die Zentralschweizer Staatsschreiberkonferenz traten mindestens einmal zusammen. Dabei behandelten sie insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Zusammenarbeit im Metropolitanraum Zürich

Der Verein Metropolitanraum Zürich umfasst zurzeit acht Kantone (ZH, LU, SZ, ZG, AG, SG, TG, SH). 108 Städte und Gemeinden, darunter die 35 grössten Städte in der Region sowie alle Zuger Gemeinden sowie zwölf assoziierte Mitglieder (darunter drei weitere Kantone und grössere Städte wie St. Gallen und Konstanz).

Es fanden wiederum zwei Metropolitantkonferenzen in Winterthur und Kloten statt. Dabei wurden folgende neuen Projekte bewilligt: Nutzerfinanzierung Verkehr, Immigration, Mehrwert Verdichtung, Initialprojekte «Vom Rauschen zur Stille» (Rheinufer) und «Siedlungsnahes Freiraumnetz». Der Metropolitanrat bewilligte zudem eine teilweise Neuausrichtung des Projekts «Clusteragentur» im Cluster Energie- und Gebäudetechnik sowie ein Anschlussprojekt CABEE zum entsprechenden Interreg IV B-Projekt der Zentralschweizer Kantone im Bereich der Harmonisierung von Energielabels und damit der Erhöhung der Energiesparpotenziale im Gebäudebereich.

Die Metropolitantkonferenz lobbyierte erfolgreich für eine gute Positionierung des Metropolitanraums Zürich in folgenden nationalen Vorhaben: Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), wobei der Ständerat den Vorschlägen der Metropolitantkonferenz Zürich zur Erhöhung der entsprechenden Mittel (unter anderem für die Projektierung des Bahnprojekts Zimmerberg Basistunnel II) zustimmte; Finanzierung und Ausbau der Strasseninfrastruktur (FASI), der Anpassung des Netzbeschlusses für die Erweiterung des Nationalstrassennetzes, der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative und des Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Innovationsparks.

Die Metropolitantkonferenz aktualisierte und verdichtete die Kommunikation über ihre Aktivitäten, unter anderem durch eine Ausweitung ihrer Internet-Homepage durch sogenannte Mikro-Sites und die Lancierung eines regelmässigen Infoletters.

Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich

Die Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich agierte im Wesentlichen als Kantonskammer der Metropolitantkonferenz Zürich. Zudem legte sie fest, sich im Rahmen des ersten konkreten Projekts auf der Stufe ihrer Konferenz mit dem Thema «Kampf um Talente» zu befassen.

Raumkonzept Schweiz

Die Vorarbeiten des Bundes für ein Raumkonzept Schweiz wurden abgeschlossen und dem Bundesrat unterbreitet. Neu werden die Regionen Schwyz und Zug zum Raum Zürich gezählt und nicht mehr zum Raum Zentralschweiz.

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Kanton Zug vertritt die Zentralschweizer Regierungskonferenz in der Tripartiten Agglomerationskonferenz. An den zwei Sitzungen dieser Konferenz wurden die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik, die Ausländer und Integrationspolitik (TAK-Integrationsdialog Arbeitswelt, Integrationsförderung vor Ort), die nachhaltige Siedlungspolitik und das Raumkonzept Schweiz diskutiert. Zudem wurde der Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit sowie die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure beraten.

Jahresbericht des Regierungsrates
Geschäftsübersicht Kantonsrat

Bereich	Anhängige Geschäfte von 2011	Neue Geschäfte 2012
Verfassung	0	1
Verfassungsinitiative	0	1
Konkordate	0	2
Gesetze	4	15
Kantonsratsbeschlüsse	10	19
Motionen	18	21
Postulate	6	5
Interpellationen	5	27
Petitionen	1	0
Aufsichtsbeschwerden	1	0
Wahlen	0	8

Erheblich erklärte, noch nicht umgesetzte Motionen und Postulate: 45

Eine detaillierte Liste ist im Internet unter www.zug.ch/kantonsrat zu finden.

Eidgenössische Volksabstimmungen

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimm- beteiligung %
11. März			
- Volksinitiative vom 18. Dezember 2007 «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»	15'773	19'392	49,19
- Volksinitiative vom 29. September 2008 «Bauspar-Initiative»	14'817	19'527	48,79
- Volksinitiative vom 26. Juni 2009 «6 Wochen für alle»	9'186	26'403	49,62
- BB vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke	28'882	5'153	48,53
- BG vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung	10'993	23'183	48,64
17. Juni			
- Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Eigene vier Wände dank Bausparen»	9'313	21'497	43,15
- Volksinitiative vom 11. August 2009 «Staatsverträge vors Volk!»	8'413	22'642	43,28
- Änderung vom 30. September 2011 des Bundes-Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG)	8'075	22'865	43,35
23. September			
- Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung	24'508	10'018	48,28
- Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»	16'354	18'275	48,41
- Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen»	10'742	24'575	48,97
25. November			
- Änderung des Tierseuchengesetzes	13'651	10'086	33,23

Eidgenössische Wahlen

Keine

Kantonale Abstimmungen

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimm- beteiligung %
11. März 2012			
- a) Verfassungsinitiative «Für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten» und b) Gesetzesinitiative «Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse»			
a) Verfassungsinitiative	12'131	19'891	47,26
b) Gesetzesinitiative	16'909	15'765	47,26
c) Stichfrage	9'579	19'528	47,26

Kantonale Wahlen

2012 fanden die Gesamterneuerungswahlen für die Zuger Gerichte statt. Da die Anzahl der Kandidierenden die Zahl der zu Wählenden nicht überstieg, gab es stille Wahlen. Der Kantonsrat stellte am 29. November 2012 die Gültigkeit dieser Wahlen fest (Vorlage Nr. 2178.1) und wählte unter anderem die Gerichtspräsidien.

Jahresrechnung

Bericht

In Kürze

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 6.0 Mio. Franken ab und somit um 9.8 Mio. Franken besser als budgetiert. Die Ausgaben lagen insgesamt um 37.6 Mio. Franken oder 2.8% unter dem Budget. Auf der Ertragsseite sind vor allem die Fiskalerträge markant tiefer ausgefallen als erwartet. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte weiter aufgestockt werden und die Reserven verharren weiterhin auf hohem Niveau.

Tiefe Fiskalerträge

Bei den Steuererträgen von natürlichen und juristischen Personen konnten die erwarteten Wachstumsraten nicht erreicht werden, obwohl die Bevölkerung zugenommen hat und die Unternehmenszahlen gestiegen sind. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass der Regierungsrat das Budget 2012 um insgesamt 40 Mio. Franken erhöht hatte, um der optimistischeren Einschätzung der BAK Basel Rechnung zu tragen. Im Nachhinein haben sich diese Erhöhungen als nicht gerechtfertigt herausgestellt.

Hohe Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Der Anteil des Kantons Zug am nationalen Finanzausgleich ist gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen, und zwar um 22.9 Mio. Franken auf 262.1 Mio. Franken. Die Gemeinden haben sich daran mit 33.5 Mio. Franken beteiligt. Diese Beträge stimmen mit dem Budget überein.

Weniger Investitionen

Die Nettoinvestitionen betragen 80.6 Mio. Franken und lagen somit 13.4 Mio. Franken unter dem Budget. Sie konnten mit dem Finanzierungsbeitrag der Laufenden Rechnung bezahlt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bei guten 105.5%.

Gut ausgestattete Spezialfinanzierungen und Reserven

Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 9.7 Mio. Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 197.4 Mio. Franken. Die finanzpolitischen Reserven für den Ressourcen- und den Steuerausgleich belaufen sich auf insgesamt 427.5 Mio. Franken.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Übersicht Ergebnis Laufende Rechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'297.2	-1'365.9	-1'328.3	37.6	-2.8
Total Ertrag	1'382.0	1'362.1	1'334.4	-27.7	-2.0
Ertrags-/Aufwandüberschuss	84.8	-3.8	6.0	9.8	-258.9

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 6.0 Mio. Franken ab, während das Budget noch mit einem Defizit von 3.8 Mio. Franken rechnete. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite wurden die budgetierten Werte insgesamt unterschritten.

Die wichtigsten Positionen sind in folgender Tabelle zusammengefasst:

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Personalaufwand	-298.0	-305.4	-295.9	9.5	-3.1
Dienstleistungen Dritter und Honorare	*)	-67.7	-65.3	2.4	-3.5
Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-239.2	-262.2	-262.1	0.1	0.0
Fiskalertrag	706.7	694.8	641.3	-53.5	-7.7
Kantonsanteil an Erträgen des Bundes	249.0	268.5	291.9	23.4	8.7
Nettoinvestitionen	-106.4	-94.0	-80.6	13.4	-14.2
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-54.0	-64.3	-58.4	5.9	-9.2

*) Durch die HRM2-Umstellung ist für die Rechnung 2011 keine Vergleichszahl verfügbar.

Informationen zu den wichtigsten Positionen

Personalaufwand

Beim Personalaufwand wurde die budgetierte Teuerung von 0.9% oder 2.6 Mio. Franken nicht beansprucht¹. Dies ergibt folgende Aufstellung:

In Mio. Franken	
Budget 2012	-305.4
nicht beanspruchte Teuerung	2.6
rechnerisches Budget 2012	-302.8
Rechnung 2012	-295.9
rechnerische Budgetunterschreitung	6.9

Zur Budgetunterschreitung haben alle Direktionen beigetragen. Die 6.9 Mio. Franken entsprechen 2.3% des gesamten Personalaufwandes. Über den ganzen Kanton gesehen wurden die im Budget bewilligten Personalressourcen somit diszipliniert und kostenbewusst eingesetzt.

Im Berichtsjahr wurden zusätzlich 0.5 Mio. Franken für Mehrleistungen des Personals zurückgestellt. In der Bilanz sind jetzt 9.7 Mio. Franken als Rückstellung für Zeit- und Ferienguthaben verbucht.

¹ Gemäss RRB vom 22. November 2011 wird auf die Gehälter im Jahr 2012 keine Teuerungszulage ausgerichtet, da der massgebende Indexstand tiefer ist als derjenige, auf dem die aktuellen Löhne basieren.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Bei der Beratung des Budgets 2013 hatte die Staaatswirtschaftskommission eine Zusammenstellung des Lohnaufwandes verlangt für das Personal, das in Teilzeitpensen angestellt ist. Nachfolgende Tabelle enthält die entsprechenden Beträge für die Rechnung 2012:

Konto	Lohnaufwand in Franken	Budget 2012	Rechnung 2012	Differenz
3010.20	Aushilfspersonal	-25'000	-752'900	-727'900
3010.21	Hilfskräfte ohne Reinigungspersonal	-3'282'300	-2'894'600	387'700
3010.25	Reinigungspersonal	-2'482'400	-2'273'200	209'200
3010.26	Reinigungspersonal Schüler/innen	-32'000	-32'600	-600
3010.30	Personal in Ausbildung	-2'802'400	-2'546'300	256'100
3010.40	Fachpersonal	-986'100	-991'900	-5'800
	Total	-9'610'200	-9'491'500	118'700

Dazu noch folgende Bemerkungen:

- Das Konto 3010.20 enthält den Aufwand für Aushilfseinsätze, die normalerweise nicht budgetiert werden können, wie z.B. bei vorübergehenden Ausfällen wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, bezahltem und unbezahltem Urlaub oder Militärdienst.
- Das Konto 3010.21 weist die Kosten für Hilfskräfte aus, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalles eingesetzt werden.
- Beim Personal in Ausbildung, Konto 3010.30, wurden weniger Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter rekrutiert als budgetiert. Zudem konnten zwei Lehrstellen nicht besetzt werden, da zu wenige Bewerbungen eingegangen sind.

Dienstleistungen Dritter und Honorare

In der Finanzstrategie wurde festgelegt, dass unter diesem Titel folgende drei Kontengruppen zusammengefasst werden. Über den ganzen Kanton gesehen ergibt sich eine Budgetunterschreitung von 2.3 Mio. Franken, wozu diverse Ämter durch kostenbewusstes Handeln beigetragen haben:

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
313 Dienstleistungen und Honorare	*)	-34.4	-33.2	1.2	-3.5
314 Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	*)	-22.9	-22.8	0.1	-0.9
315 Unterhalt Mobilien	*)	-10.3	-9.3	1.0	-9.7
Total		-67.7	-65.3	2.3	-3.4

*) Durch die HRM2-Umstellung ist für die Rechnung 2011 keine Vergleichszahl verfügbar.

Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Der Anteil des Kantons Zug am nationalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich ist im Jahr 2012 einmal mehr markant angestiegen, und zwar um 22.9 Mio. Franken auf 262.1 Mio. Franken. Die Gemeinden haben sich daran mit 33.5 Mio. Franken beteiligt. Hier besteht praktisch keine Abweichung zu den budgetierten Beträgen, wie nachfolgende Tabelle zeigt:

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ressourcenausgleich	-237.5	-260.6	-260.4	0.2	-0.1
Lastenausgleich	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Härteausgleich	-1.7	-1.7	-1.7	0.0	0.0
Total	-239.2	-262.2	-262.1	0.1	0.0
Anteil der Gemeinden	36.1	33.5	33.5	0.0	0.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Acht Jahre nach Einführung der Neuausrichtung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird das System auf 2016 überprüft und ein Wirksamkeitsbericht erstellt. Da die Geberkantone in der Unterzahl sind, ist es wichtig, dass sie sich organisieren. Der Kanton Zug, vertreten durch die Finanzdirektion, nimmt eine tragende Rolle in der Konferenz der Geberkantone ein.

Fiskalertrag

Bei den Steuererträgen von natürlichen und juristischen Personen konnten die bei der Erstellung des Budgets 2012 erwarteten Wachstumsraten trotz Bevölkerungszunahme und stetig steigender Unternehmenszahlen nicht erreicht werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass der Regierungsrat das Budget um insgesamt 40 Mio. Franken erhöht hatte, um der optimistischeren Einschätzung der BAK Basel Rechnung zu tragen. Im Nachhinein hat sich diese Erhöhung als nicht gerechtfertigt herausgestellt, wie nachfolgende Tabelle zeigt:

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Einkommenssteuern	387.0	346.8	318.5	-28.3	-8.2
Vermögenssteuern	60.1	73.0	63.2	-9.8	-13.5
Quellensteuern	35.6	32.0	29.8	-2.2	-6.9
Total direkte Steuern natürliche Personen	482.8	451.8	411.5	-40.3	-8.9
Gewinnsteuern	172.8	194.0	179.0	-15.0	-7.8
Kapitalsteuern	20.4	19.5	18.8	-0.7	-3.6
Total direkte Steuern juristische Personen	193.2	213.5	197.8	-15.7	-7.4
Übrige direkte Steuern (Nach- und Steuerstrafen)	2.3	1.4	3.1	1.7	118.9
Total direkte Steuern	678.3	666.7	612.3	-54.4	-8.2
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	28.4	28.1	29.0	0.9	3.3
Total	706.7	694.8	641.3	-53.5	-7.7

Kantonsanteile an Erträgen des Bundes

Auch beim Anteil an der Direkten Bundessteuer wurde seinerzeit das Budget 2012 aufgrund der optimistischeren Einschätzung der BAK Basel um 20 Mio. Franken nach oben korrigiert. Hier zeigt die Rechnung, dass der Ertrag sogar noch um 23.1 Mio. Franken höher ausgefallen ist. Dazu haben insbesondere die juristischen Personen beigetragen:

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Anteil an Direkter Bundessteuer (inkl. Repartitionen)	241.9	262.5	285.6	23.1	8.8
Anteil an Verrechnungssteuer	6.9	5.7	6.2	0.4	7.6
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0.2	0.2	0.2	-0.1	-21.6
Total	249.0	268.5	291.9	23.4	8.7

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Die Nettoinvestitionen betragen 80.6 Mio. Franken und sind damit um 13.4 Mio. Franken oder 14.2% tiefer ausgefallen als budgetiert. Sie konnten mit dem Finanzierungsbeitrag der Laufenden Rechnung finanziert werden, der sich auf 85.1 Mio. Franken belief. Es resultierte ein guter Selbstfinanzierungsgrad von 105.5%. Mittelfristig, d.h. über die letzten fünf Jahre, zeigt sich folgende Entwicklung:

Selbstfinanzierungsgrad In %	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
Mehrjahresbetrachtung	261.9%	215.3%	110.1%	159.2%	105.5%
Mittelwert über die letzten fünf Jahre					170.4%

Als Folge der tieferen Investitionen ist der Abschreibungsaufwand des Verwaltungsvermögens um 5.9 Mio. Franken geringer als budgetiert. Er teilt sich wie folgt auf:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Sachanlagen	-34.6	-38.7	-34.8	3.9	-10.1
Spezialfinanzierung Strassenbau	-19.4	-25.6	-23.6	2.0	-7.8
Total	-54.0	-64.3	-58.4	5.9	-9.2

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Bilanz

Wegen der HRM2-Umstellung haben sich bei den detaillierten Bilanzwerten einige wenige Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben. Jedoch sind die aggregierten Werte «Finanzvermögen» und «Verwaltungsvermögen» immer noch gleich definiert, sodass sich die Struktur der Aktiven nicht verändert hat.

Auf der Passivseite sind die Spezialfinanzierungen neu dem Eigenkapital zugeordnet, während sie bis ins Jahr 2011 als eigenständige Position zwischen Fremd- und Eigenkapital ausgewiesen worden sind. Neu setzt sich das Eigenkapital also wie folgt zusammen: Spezialfinanzierungen, Reserven und Freies Eigenkapital.

Die Struktur der Bilanz per 31. Dezember 2012 ist in Tabelle 11 ersichtlich. Auf der Aktivseite hat das Finanzvermögen um 79.9 Mio. Franken zugenommen und beträgt jetzt 1.48 Mrd. Franken. Auf der Passivseite hängt die Zunahme des Fremdkapitals um 80.9 Mio. Franken vor allem mit den laufenden Verpflichtungen per Ende Jahr zusammen.

Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 9.7 Mio. Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 197.4 Mio. Franken. Die finanzpolitischen Reserven für den Ressourcen- und den Steuerausgleich belaufen sich auf insgesamt 427.5 Mio. Franken. Lediglich die Reserve für den öffentlichen Verkehr hat um 3.3 Mio. Franken abgenommen. Damit wurden – wie budgetiert – zusätzliche Abschreibungen auf getätigte Investitionen kompensiert.

Das Eigenkapital hat um 7.5 Mio. auf 1.2 Mrd. Franken zugenommen, hauptsächlich durch die Zuweisung des Ertragsüberschusses.

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Die Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel schliesst mit einem Ertragsüberschuss von insgesamt 608'276 Franken ab. Der Anteil des Kantons Zug beträgt 121'655 Franken und ist beim Vollzugs- und Bewährungsdienst im Konto 3597.4631.10 als Ertrag verbucht. Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (siehe Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen. Aus diesem Grund stellt der Regierungsrat einen entsprechenden separaten Antrag.

Gebäudeversicherung Zug

Die Gebäudeversicherung Zug hat erstmals einen Jahresabschluss nach Swiss GAAP FER 41 erstellt. Im Geschäftsbericht des Kantons werden – wie in früheren Jahren – die Erfolgsrechnung und die Bilanz publiziert. Die Erfolgsrechnung umfasst neu sowohl die Versicherungs- als auch die Feuerschutzrechnung. Der gesamte Jahresabschluss inklusive Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang sowie Segmenterfolgsrechnungen wird im Geschäftsbericht 2012 der Gebäudeversicherung veröffentlicht. Er kann bei der Geschäftsstelle verlangt oder unter www.gvzg.ch eingesehen und ausgedruckt werden.

Die Gebäudeversicherung beansprucht keine öffentlichen Gelder. Gestützt auf § 23 Abs. 1 Bst. i des Finanzhaushaltgesetzes (BGS 611.1) ist ihr Jahresabschluss jedoch Teil der Jahresrechnung des Kantons und wird als solcher vom Kantonsrat implizit genehmigt.

Anhang zur Jahresrechnung

Im Zusammenhang mit der Umstellung des Kontenrahmens auf die HRM2-Fachempfehlungen ist der Anhang zum Teil neu gestaltet worden. Der Informationsgehalt stützt sich nach wie vor auf § 12 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; BGS 611.1), wonach im Anhang alle in der Bilanz nicht aufgeführten Eventualverpflichtungen sowie weitere wichtige Informationen aufzuführen sind.

Gestützt auf § 28 Abs. 8 FHG werden abgerechnete Verpflichtungskredite bis zu 10 Mio. Franken im Anhang zur Jahresrechnung aufgeführt und sind vom Kantonsrat zu genehmigen. Die Projekte sind sowohl bei den Rahmen- als auch bei den Objektkrediten je mit dem Status «Abgeschlossen» bezeichnet. Dazu stellt der Regierungsrat einen entsprechenden Antrag. Über 10 Mio. Franken wird dem Kantonsrat jeweils ein separater Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

Separatfonds

Die Separatfonds sind gemäss § 9 des Finanzhaushaltgesetzes (BGS 611.1) formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbindung. Das Verfügungsrecht obliegt dem Regierungsrat. Die Bewirtschaftung der Fondsvermögen wird durch die Finanzverwaltung wahrgenommen. Der Jahresabschluss der Separatfonds ist in der Jahresrechnung des Kantons separat auszuweisen, weshalb sie ganz am Schluss des Geschäftsberichtes publiziert werden.

Ertragsüberschussverwendung

Der Ertragsüberschuss ist gemäss § 18 des Finanzhaushaltgesetzes (BGS 611.1) dem freien Eigenkapital zugewiesen worden. Der Regierungsrat sieht vor, einen Teil des Ertragsüberschusses für die Auslandhilfe zu verwenden. Dazu unterbreitet er dem Kantonsrat einen separaten Bericht und Antrag.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabellen

Ab Budget 2012 gilt der neue Kontenrahmen gemäss HRM2. Früher publizierte Zahlen sind deshalb nicht direkt vergleichbar.

Bilanz		Laufende Rechnung		Investitionsrechnung							
1	Aktiven	2	Passiven	3	Aufwand	4	Ertrag	5	Investitions-Ausgaben	6	Investitions-Einnahmen
10	Finanzvermögen	20	Fremdkapital	30	Personalaufwand	40	Fiskalertrag	50	Sachanlagen	60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen
14	Verwaltungsvermögen	29	Eigenkapital	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	41	Regalien und Konzessionen	51	Investitionen auf Rechnung Dritter	61	Rückerstattungen
				32	Rüstungsaufwand (nur Bund)	42	Entgelte	52	Immaterielle Anlagen	62	Abgang immaterielle Anlagen
				33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	43	Verschiedene Erträge			63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
				34	Finanzaufwand	44	Finanzertrag	54	Darlehen	64	Rückzahlung von Darlehen
				35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	55	Beteiligungen und Grundkapitalien	65	Übertragung von Beteiligungen
				36	Transferaufwand	46	Transferertrag	56	Eigene Investitionsbeiträge	66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge
				37	Durchlaufende Beiträge	47	Durchlaufende Beiträge	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	67	Durchlaufende Investitionsbeiträge
				38	Ausserordentlicher Aufwand	48	Ausserordentlicher Ertrag	58	Ausserordentliche Investitionen	68	Ausserordentliche Investitions-einnahmen
				39	Interne Verrechnungen	49	Interne Verrechnungen	59	Übertrag an Bilanz	69	Übertrag an Bilanz

Die nachfolgenden Tabellen 1 - 11 enthalten die wichtigsten Zahlen und Fakten für einen raschen und umfassenden Überblick über die Jahresrechnung 2012. Weiterführende Informationen finden sich in der institutionellen Gliederung bei den einzelnen Direktionen und Ämtern. Dort sind die wichtigsten Entwicklungen und die wesentlichen Abweichungen zum Budget kommentiert.

Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'297.2	-1'365.9	-1'328.3	37.6	-2.8
Total Ertrag	1'382.0	1'362.1	1'334.4	-27.7	-2.0
Ertrags-/Aufwandüberschuss	84.8	-3.8	6.0	9.8	-258.9

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2012 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 24. November 2011 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2012	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	-1'366.1	1'362.1	-4.0
Änderung durch KR	0.2	0.0	0.2
Durch KR beschlossenes Budget	-1'365.9	1'362.1	-3.8

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis

Konto	In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
30	Personalaufwand	-298.0	-305.4	-295.9	9.5	-3.1
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-116.7	-112.7	-110.7	2.0	-1.8
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-54.0	-64.3	-58.4	5.9	-9.2
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.2	-10.2	-2.0	24.5
36	Transferaufwand	-645.2	-776.0	-757.7	18.3	-2.4
37	Durchlaufende Beiträge	-149.6	-79.0	-77.5	1.5	-1.9
39	Interne Verrechnungen	-4.3	-5.0	-3.1	1.8	-37.2
	Total betrieblicher Aufwand	-1'281.6	-1'350.6	-1'313.6	37.0	-2.7
40	Fiskalertrag	706.7	694.8	641.3	-53.5	-7.7
41	Regalien und Konzessionen	26.0	11.8	11.6	-0.1	-1.1
42	Entgelte	65.3	65.5	64.8	-0.7	-1.1
43	Verschiedene Erträge	5.6	6.5	6.0	-0.5	-7.3
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
46	Transferertrag	359.2	444.4	478.5	34.1	7.7
47	Durchlaufende Beiträge	149.6	79.0	77.5	-1.5	-1.9
49	Interne Verrechnungen	4.3	5.0	3.1	-1.8	-37.2
	Total betrieblicher Ertrag	1'316.7	1'306.9	1'282.8	-24.1	-1.8
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	35.1	-43.7	-30.7	12.9	-29.6
34	Finanzaufwand	-11.1	-11.7	-11.1	0.6	-5.1
44	Finanzertrag	61.4	51.4	48.0	-3.4	-6.6
	Ergebnis aus Finanzierung	50.2	39.6	36.8	-2.8	-7.0
	Operatives Ergebnis	85.3	-4.0	6.1	10.1	-252.0
38	Ausserordentlicher Aufwand	-4.4	-3.6	-3.6	-0.1	1.9
48	Ausserordentlicher Ertrag	3.9	3.8	3.6	-0.2	-6.0
	Ausserordentliches Ergebnis	-0.5	0.2	-0.1	-0.3	-133.7
	Ertrags-/Aufwandüberschuss	84.8	-3.8	6.0	9.8	-258.9

Tabelle 3: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Budget 2012	In % vom Total	Rechnung 2012	In % vom Total
Personalaufwand	-305.4	22.4	-295.9	22.3
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-112.7	8.3	-110.7	8.3
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64.3	4.7	-58.4	4.4
Finanzaufwand	-11.7	0.9	-11.1	0.8
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.2	0.6	-10.2	0.8
Transferaufwand	-776.0	56.8	-757.7	57.0
Durchlaufende Beiträge	-79.0	5.8	-77.5	5.8
Ausserordentlicher Aufwand	-3.6	0.3	-3.6	0.3
Interne Verrechnungen	-5.0	0.4	-3.1	0.2
Total Aufwand	-1'365.9	100.0	-1'328.3	100.0

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 4: Laufende Rechnung – Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-305.4	-295.9	9.5	-3.1	Siehe Kapitel «Ausführliche Informationen»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-112.7	-110.7	2.0	-1.8	Zunahme: Delkredere (Debitorenrisiken) 2.3 Mio. Franken Abnahmen: Material- und Warenaufwand 1.2 Mio. Franken, nicht aktivierbare Anlagen 0.8 Mio. Franken, Dienstleistungen Dritter und Honorare 2.3 Mio. Franken (inkl. Unterhalt Mobilien)
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64.3	-58.4	5.9	-9.2	Abnahmen: Sachanlagen 3.9 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Strassenbau 2.0 Mio. Franken
Finanzaufwand	-11.7	-11.1	0.6	-5.1	Abnahmen: Skonto Steuern 0.4 Mio. Franken, Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen 0.2 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.2	-10.2	-2.0	24.5	Zunahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 1.6 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung 0.4 Mio. Franken
Transferaufwand	-776.0	-757.7	18.3	-2.4	Abnahmen: Beiträge an öffentliche Unternehmungen 18.3 Mio. Franken (davon Spitäler 16.5 Mio. Franken)
Durchlaufende Beiträge	-79.0	-77.5	1.5	-1.9	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-3.6	-3.6	-0.1	1.9	Zunahme: Reserve Zivilschutzaufwendungen 0.1 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	-5.0	-3.1	1.8	-37.2	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Tabelle 5: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Budget 2012	In % vom Total	Rechnung 2012	In % vom Total
Fiskalertrag	694.8	51.0	641.3	48.1
Regalien und Konzessionen	11.8	0.9	11.6	0.9
Entgelte	65.5	4.8	64.8	4.9
Verschiedene Erträge	6.5	0.5	6.0	0.4
Finanzertrag	51.4	3.8	48.0	3.6
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Transferertrag	444.4	32.6	478.5	35.9
Durchlaufende Beiträge	79.0	5.8	77.5	5.8
Ausserordentlicher Ertrag	3.8	0.3	3.6	0.3
Interne Verrechnungen	5.0	0.4	3.1	0.2
Total Ertrag	1'362.1	100.0	1'334.4	100.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 6: Laufende Rechnung – Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	694.8	641.3	-53.5	-7.7	Siehe Kapitel «Ausführliche Informationen»
Regalien und Konzessionen	11.8	11.6	-0.1	-1.1	Abnahme: Konzessionen 0.1 Mio. Franken
Entgelte	65.5	64.8	-0.7	-1.1	Zunahme: Rückerstattungen 1.7 Mio. Franken Abnahmen: Gebühren für Amtshandlungen 1.4 Mio. Franken, Bussen 0.9 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6.5	6.0	-0.5	-7.3	Abnahme: Aktivierbare Projektierungskosten (Tiefbau und Strassenunterhalt) 0.5 Mio. Franken
Finanzertrag	51.4	48.0	-3.4	-6.6	Abnahmen: Zinsertrag 2.5 Mio. Franken, Liegenschaftenertrag VV 1.3 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	-0.0	-100.0	Keine Entnahme getätigt
Transferertrag	444.4	478.5	34.1	7.7	Zunahmen: Anteil an Direkter Bundessteuer inkl. Repartitionen 23.1 Mio. Franken, Entschädigungen vom Bund 4.6 Mio. Franken (davon Arbeitslosenkasse 3.6 Mio. Franken), Beiträge vom Bund 4.3 Mio. Franken (Sozialamt und Amt für Berufsbildung)
Durchlaufende Beiträge	79.0	77.5	-1.5	-1.9	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	3.8	3.6	-0.2	-6.0	Abnahme: Reserve Konjunkturförderung 0.2 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	5.0	3.1	-1.8	-37.2	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Investitionsausgaben	-132.3	-113.6	-107.0	6.6	-5.8
Investitionseinnahmen	26.0	19.6	26.4	6.8	34.6
Nettoinvestitionen	-106.4	-94.0	-80.6	13.4	-14.2

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte

In Mio. Franken		Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Projekte Rechnung 2012 >1 Mio. Franken					
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-25.6	-23.6	2.0	-7.8
Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich	Darlehen	0.0	-12.6	-12.6	
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-10.2	-11.1	-0.9	8.8
Radwegbauten	Bauausführungen	-4.7	-4.3	0.4	-8.9
Steinhausen Rigiblick	S-Bahnhaltestelle	0.0	-3.8	-3.8	
WMS/FMS Hofstrasse Zug	Projektierung	-0.7	-3.5	-2.7	379.4
ÖV Feinverteiler	Unterführung Sumpf	-3.0	-3.1	-0.1	4.5
Energiebeiträge	Anschlussprogramm	-1.4	-3.1	-1.7	120.7
KGM Menzingen	Projektierung	-0.6	-3.0	-2.4	404.2
Stiftung Phönix	Kauf und Umbau Tageszentrum	-0.3	-2.2	-1.9	633.3

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

In Mio. Franken		Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Investitionsbeiträge an Gemeinden	Schulneu- und Umbauten	-1.2	-2.0	-0.8	69.8
Busbevorzugung	Bauausführungen	-1.4	-1.5	-0.1	4.9
Kantonales Zeughaus	Umbau Obergericht	0.0	-1.4	-1.4	
Stadtbahn	1. Teilergänzung (Bau)	-6.5	-1.4	5.1	-79.0
Stiftung Maihof	Ausbau und Sanierungen	0.0	-1.3	-1.3	
Amt für Verbraucherschutz	Projektwettbewerb	-2.1	-1.2	0.9	-43.2
Projekte Budget 2012 >1 Mio. Franken					
WMS/FMS Hofstrasse Zug	Bauausführung	-8.5	0.0	8.5	-100.0
Theilerhaus	Kulturwerkstatt	-5.7	0.0	5.7	-100.0
Zuger Polizei	Polycom, Ersatz Funksystem	-3.7	-0.3	3.4	-92.2
Lorze Baar, Spinnerei	Renaturierung	-1.8	-0.5	1.3	-71.6
Museum in der Burg	Umbau	-1.8	-0.2	1.6	-90.3
Landwirtschaftsamt	Strukturverbesserungen	-1.4	-0.7	0.7	-47.7
Wohnbauförderung WFG 10	Darlehen	-1.3	0.0	1.3	-100.0
ZUWEBE	Umbau Werkstätte Bösch	-1.3	0.0	1.3	-100.0
Brücke Städtlerwald	Lebensraumvernetzungsbrücke	-1.2	-0.4	0.8	-63.0
Total wesentliche Investitionsprojekte		-84.4	-81.3	3.2	-3.7
Übrige Investitionen		-9.6	0.7	10.2	-106.8
Nettoinvestitionen		-94.0	-80.6	13.4	-14.2

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'297.2	-1'365.9	-1'328.3	37.6	-2.8
Total Ertrag	1'382.0	1'362.1	1'334.4	-27.7	-2.0
Ertrags-/Aufwandüberschuss	84.8	-3.8	6.0	9.8	-258.9
Zuzüglich Abschreibungen	73.9	79.3	72.1	-7.2	-9.0
Veränderung Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.1	-10.2	-2.0	25.1
Veränderung Reserven	3.3	3.6	3.3	-0.3	-8.4
Finanzierungsbeitrag	169.4	80.0	85.1	5.0	6.3
Abzüglich Nettoinvestitionen	-106.4	-94.0	-80.6	13.4	-14.2
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	63.0	-13.9	4.5	18.4	-132.0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Jahresrechnung

Bericht

Finanzzahlen

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Mio.	Abw. in %
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)					
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-34.6	-38.7	-34.8	3.9	-10.1
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9.2	-11.6	-10.4	1.3	-10.9
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-19.4	-25.6	-23.6	2.0	-7.8
Wertberichtigungen Darlehen	0.0	0.0	-0.0	-0.0	
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	-54.5
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen	-3.0	-3.3	-3.3	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen	-0.8	0.0	0.0	0.0	
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	-67.1	-79.3	-72.1	7.2	-9.0
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital					
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.2	-10.2	-2.0	24.5
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Veränderung Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-13.9	-8.1	-10.2	-2.0	25.1
Reserven					
Einlagen in Reserven	-0.6	-0.2	-0.3	-0.1	28.5
Entnahmen aus Reserven	3.9	3.8	3.6	-0.2	-6.0
Veränderung Reserven	3.3	3.6	3.3	-0.3	-8.4

Tabelle 11: Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2011	Anteil in %	Per 31.12.2012	Anteil in %	Abw. in Mio.	Abw. in %
Aktiven						
Finanzvermögen (FV)	1'403.5	76.4	1'483.5	77.0	79.9	5.4
Verwaltungsvermögen (VV)	433.9	23.6	442.4	23.0	8.5	1.9
Total Aktiven	1'837.5	100.0	1'925.9	100.0	88.4	4.6
Passiven						
Fremdkapital (FK)	641.0	34.9	721.9	37.5	80.9	11.2
Eigenkapital (EK)	1'196.5	65.1	1'204.0	62.5	7.5	0.6
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	188.4	10.3	198.6	10.3	10.2	5.1
Reserven	498.0	27.1	490.0	25.4	-8.0	-1.6
Freies Eigenkapital	510.0	27.8	515.4	26.8	5.3	1.0
Total Passiven	1'837.5	100.0	1'925.9	100.0	88.4	4.6

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

5-Jahresvergleiche

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Direkte Methode

Fonds «Geld»; Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Erträge	2'988'500'312	3'402'003'757	3'489'843'469
davon Steuererträge brutto	2'688'388'448	3'097'868'988	3'171'984'262
davon übrige Erträge	300'111'865	304'134'769	317'859'207
- Liquiditätswirksame Aufwände	-2'993'443'458	-3'229'469'974	-3'385'476'077
davon Personalaufwand	-294'436'707	-297'316'734	-287'783'400
davon Steuerrückerstattungen und -ablieferungen brutto (Steuerpflichtige/Gemeinden/Bund)	-1'903'812'188	-2'057'775'635	-2'207'209'699
davon übrige Aufwände	-795'194'563	-874'377'605	-890'482'978
= Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit	-4'943'145	172'533'783	104'367'392
Cash Flow aus Investitionstätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Einnahmen der Investitionsrechnung	22'537'651	20'591'063	18'753'790
- Liquiditätswirksame Ausgaben der Investitionsrechnung	-93'728'189	-109'096'514	-77'557'155
= Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-71'190'539	-88'505'451	-58'803'366
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit			
+ Finanzeinnahmen (Zinserträge, Rückzahlung Festgelder > 3 Mt.)	479'200'571	703'319'440	353'557'550
- Finanzausgaben (Anlage Festgelder > 3 Mt., Zinszahlungen)	-390'886'440	-623'539'667	-346'364'500
= Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	88'314'131	79'779'773	7'193'049
Geldfluss Fonds «Geld» plus = Zunahme Liquidität, minus = Abnahme Liquidität	12'180'447	163'808'105	52'757'076
Nachweis Bilanz			
Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate per 1. Januar	432'695'583	444'876'030	608'684'135
Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate per 31. Dezember	444'876'030	608'684'135	661'441'211
Veränderung Kassa-, Post- und Bankguthaben sowie Festgelder < 3 Monate	12'180'447	163'808'105	52'757'076
Zusatzinformation			
Veränderung Festgelder > 3 Monate	-25'000'000	0	50'000'000
Cash Flow Kanton Zug inkl. Festgelder > 3 Monate	-12'819'553	163'808'105	102'757'076

Die Rechnung zeigt den effektiven Brutto-Geldfluss auf. So sind z.B. bei den Steuererträgen alle Zahlungen der Steuerpflichtigen sowie bei den Steuerrückerstattungen und -ablieferungen alle Zahlungen an die Steuerpflichtigen, Gemeinden und Bund aufgeführt. Die Abweichungen zu der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sind durch nicht liquiditätswirksame Buchungen und zeitliche Abgrenzungen zu begründen.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Nettoschuld pro Einwohner	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{\text{Fremdkapital 20} - \text{Finanzvermögen 10}}{\text{Einwohner des Kantons Zug per 31.12.}}$	-5'656	-6'171	-6'127	-6'473	-6'393

Richtwerte:

< 0 Fr. = Nettovermögen, 0 - 1'000 Fr. = geringe Verschuldung, 1'001 - 2'500 Fr. = mittlere Verschuldung

Aussage:

Werte kleiner null zeigen ein Nettovermögen auf.

Bemerkung:

Einwohnerzahl bis Rechnung 2008 = zivilrechtliche Wohnbevölkerung; Einwohnerzahl ab Rechnung 2009 = wirtschaftliche Wohnbevölkerung

Bruttoverschuldungsanteil	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{\text{Bruttoschulden (200 + 201 + 206)} \times 100}{\text{Laufender Ertrag 40 + 41 + 42 + 43 + 46}}$	42.3%	37.9%	46.6%	49.7%	54.7%

Richtwerte:

< 50% = sehr gut, 50 - 100% = gut, 100 - 150% = mittel, 150 - 200% = schlecht, > 200% = kritisch

Aussage:

Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.

Nettoverschuldungsquotient	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{(\text{Fremdkapital 20} - \text{Finanzvermögen 10}) \times 100}{\text{Steuern 40}}$	-94.4%	-109.3%	-117.9%	-107.9%	-118.7%

Richtwerte:

< 100% = gut, 100 - 150% = genügend, > 150% = schlecht

Aussage:

Welcher Anteil der Steuererträge wäre erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestition}}$	261.9%	215.3%	110.1%	159.2%	105.5%

Richtwerte:

100% = anzustrebende Zielgrösse, > 100% = Zunahme der liquiden Mittel, < 100% = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Laufender Ertrag 40 + 41 + 42 + 43 + 46}}$	24.9%	17.4%	8.7%	14.6%	7.1%

Richtwerte:

> 20% = gut, 10 - 20% = mittel, < 10% = schlecht

Aussage:

Anteil des Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Investitionen aufwenden kann.

Detailinformationen

Kennzahlen

Investitionsanteil	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{\text{Bruttoinvestitionen } (50 + 51 + 52 + 54 + 55 + 56) \times 100}{\text{Konsolidierter Gesamtaufwand } 3 - (33 + 35 + 37 + 38 + 39) + (50 + 51 + 52 + 54 + 55 + 56)}$	13.6%	11.5%	9.5%	10.7%	8.1%

Richtwerte:

< 7.5% = schwache Investitionstätigkeit, > 7.5% = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{(\text{Zinsaufwand } 340 - \text{Zinsertrag } 440) \times 100}{\text{Laufender Ertrag } 40 + 41 + 42 + 43 + 46}$	-1.8%	-0.8%	-0.3%	0.0%	-0.7%

Richtwerte:

bis 4% = gut, 4 - 9% = genügend, > 10% = schlecht

Aussage:

Anteil des «verfügbaren Einkommens», welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.

Kapitaldienstanteil	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
$\frac{(\text{Nettozinsaufwand } (340 - 440) + \text{ordentliche Abschreibungen } (330 + 332)) \times 100}{\text{Laufender Ertrag } 40 + 41 + 42 + 43 + 46}$	2.9%	4.0%	4.3%	4.4%	4.1%

Richtwerte:

bis 5% = geringe Belastung, 5 - 15% = tragbare Belastung, > 15% = hohe Belastung

Aussage:

Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
10	Gesetzgebende Behörden					
	Aufwand	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682.43	-10.0
	Ertrag					
	Saldo	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682.43	-10.0
11	Allgemeine Verwaltung					
	Aufwand	-13'556'494.99	-14'023'050	-13'825'515.92	197'534.08	-1.4
	Ertrag	3'050'027.60	3'073'200	2'873'242.60	-199'957.40	-6.5
	Saldo	-10'506'467.39	-10'949'850	-10'952'273.32	-2'423.32	
15	Direktion des Innern					
	Aufwand	-78'603'888.70	-85'553'474	-84'466'305.57	1'087'168.03	-1.3
	Ertrag	19'974'644.67	20'975'300	22'713'799.31	1'738'499.31	8.3
	Saldo	-58'629'244.03	-64'578'174	-61'752'506.26	2'825'667.34	-4.4
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Aufwand	-216'653'200.92	-225'187'175	-222'275'119.36	2'912'055.64	-1.3
	Ertrag	16'979'555.19	17'618'800	17'611'097.52	-7'702.48	
	Saldo	-199'673'645.73	-207'568'375	-204'664'021.84	2'904'353.16	-1.4
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Aufwand	-215'963'771.59	-219'575'790	-213'018'834.43	6'556'955.57	-3.0
	Ertrag	96'229'018.68	94'239'550	98'416'188.73	4'176'638.73	4.4
	Saldo	-119'734'752.91	-125'336'240	-114'602'645.70	10'733'594.30	-8.6
30	Baudirektion					
	Aufwand	-105'598'000.82	-109'437'770	-108'654'808.93	782'961.07	-0.7
	Ertrag	48'573'040.25	48'824'626	54'256'858.23	5'432'232.23	11.1
	Saldo	-57'024'960.57	-60'613'144	-54'397'950.70	6'215'193.30	-10.3
35	Sicherheitsdirektion					
	Aufwand	-72'326'612.86	-75'451'800	-73'968'191.53	1'483'608.47	-2.0
	Ertrag	20'128'557.97	19'978'300	20'114'068.77	135'768.77	0.7
	Saldo	-52'198'054.89	-55'473'500	-53'854'122.76	1'619'377.24	-2.9
40	Gesundheitsdirektion					
	Aufwand	-141'760'661.85	-162'639'700	-144'369'234.73	18'270'465.27	-11.2
	Ertrag	44'685'060.06	44'003'200	37'403'648.35	-6'599'551.65	-15.0
	Saldo	-97'075'601.79	-118'636'500	-106'965'586.38	11'670'913.62	-9.8
50	Finanzdirektion					
	Aufwand	-424'685'174.38	-446'137'724	-439'150'930.91	6'986'793.09	-1.6
	Ertrag	1'124'115'181.80	1'105'500'907	1'072'184'021.39	-33'316'885.61	-3.0
	Saldo	699'430'007.42	659'363'183	633'033'090.48	-26'330'092.52	-4.0
61	Richterliche Behörden					
	Aufwand	-26'714'689.87	-26'874'950	-27'692'083.49	-817'133.49	3.0
	Ertrag	8'224'913.31	7'891'700	8'806'574.79	914'874.79	11.6
	Saldo	-18'489'776.56	-18'983'250	-18'885'508.70	97'741.30	-0.5
	Total Kanton					
	Aufwand	-1'297'173'687.42	-1'365'904'933	-1'328'341'842.44	37'563'090.16	-2.8
	Ertrag	1'381'959'999.53	1'362'105'583	1'334'379'499.69	-27'726'083.31	-2.0
	Saldo	84'786'312.11	-3'799'350	6'037'657.25	9'837'006.85	-258.9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kantonsrat	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682.43	-10.0
10	Gesetzgebende Behörden	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682.43	-10.0
1100	Regierungsrat	-3'621'345.70	-3'512'350	-3'471'682.15	40'667.85	-1.2
1120	Staatskanzlei	-6'164'672.88	-6'626'950	-6'716'476.57	-89'526.57	1.4
1128	Ombudsstelle	-313'035.91	-358'000	-309'255.48	48'744.52	-13.6
1129	Datenschutz	-407'412.90	-452'550	-454'859.12	-2'309.12	0.5
11	Allgemeine Verwaltung	-10'506'467.39	-10'949'850	-10'952'273.32	-2'423.32	0.0
1500	Direktionssekretariat	-2'715'892.31	-2'801'900	-2'790'564.40	11'335.60	-0.4
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-861'727.42	-625'114	-1'113'741.03	-488'627.43	78.2
1530	Amt für Wald und Wild	-3'879'578.20	-4'860'100	-4'238'731.82	621'368.18	-12.8
1550	Sozialamt	-44'889'630.93	-47'768'100	-45'516'123.46	2'251'976.54	-4.7
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz		-1'449'300	-1'090'120.79	359'179.21	-24.8
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'282'415.17	-7'073'660	-7'003'224.76	70'435.24	-1.0
15	Direktion des Innern	-58'629'244.03	-64'578'174	-61'752'506.26	2'825'667.34	-4.4
1700	Direktionssekretariat	-36'414'973.27	-40'127'100	-40'502'091.04	-374'991.04	0.9
1730	Amt für Mittelschulen	-782'415.05	-899'150	-857'584.20	41'565.80	-4.6
1733	Kantonsschule Zug	-38'547'726.50	-41'209'900	-38'483'887.14	2'726'012.86	-6.6
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-7'764'775.91	-7'902'500	-7'695'587.83	206'912.17	-2.6
1736	Fachmittelschule	-4'119'090.33	-4'720'850	-4'069'165.94	651'684.06	-13.8
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-101'745'593.04	-102'085'625	-102'676'997.79	-591'372.79	0.6
1777	Amt für Berufsberatung	-1'941'616.53	-2'007'800	-1'945'384.01	62'415.99	-3.1
1780	Amt für Sport	-1'350'675.90	-1'400'250	-1'366'763.96	33'486.04	-2.4
1790	Amt für Kultur	-7'006'779.20	-7'215'200	-7'066'559.93	148'640.07	-2.1
17	Direktion für Bildung und Kultur	-199'673'645.73	-207'568'375	-204'664'021.84	2'904'353.16	-1.4
2000	Direktionssekretariat	-1'210'717.10	-1'747'000	-1'645'496.77	101'503.23	-5.8
2011	Amt für Berufsbildung	-17'919'306.40	-19'254'600	-15'576'979.21	3'677'620.79	-19.1
2012	Amt für Brückenangebote	-4'893'288.95	-4'938'030	-4'782'930.71	155'099.29	-3.1
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-17'683'894.03	-18'905'950	-18'405'839.57	500'110.43	-2.6
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-1'886'462.08	-2'074'550	-2'009'113.74	65'436.26	-3.2
2018	Berufsschule für Gesundheit- und Krankenpflege	-806'444.05		-33'125.40	-33'125.40	100.0
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-12'220'717.13	-12'274'360	-11'732'784.38	541'575.62	-4.4
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-3'803'179.19	-4'773'200	-4'264'782.92	508'417.08	-10.7
2031	Arbeitslosenkasse	-1'201'891.81	-1'312'600	2'019'257.63	3'331'857.63	-253.8
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-28'627'858.32	-28'970'900	-26'324'104.41	2'646'795.59	-9.1
2040	Sozialversicherungen	-26'912'413.75	-28'970'000	-28'696'539.77	273'460.23	-0.9
2050	Landwirtschaftsamt	-2'728'255.40	-2'682'600	-2'598'224.25	84'375.75	-3.1
2065	Amt für Wohnungswesen	-1'861'234.78	-2'060'200	-2'105'846.45	-45'646.45	2.2
2070	Handelsregisteramt	2'887'603.80	3'501'420	2'444'220.89	-1'057'199.11	-30.2
2071	Konkursamt	-866'693.72	-873'670	-890'356.64	-16'686.64	1.9
20	Volkswirtschaftsdirektion	-119'734'752.91	-125'336'240	-114'602'645.70	10'733'594.30	-8.6

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-2'329'996.55	-2'454'100	-2'216'639.45	237'460.55	-9.7
3020	Tiefbauamt	-3'168'075.45	-3'785'000	-2'907'184.97	877'815.03	-23.2
3023	Strassenunterhalt	-12'421'169.45	-13'492'900	-13'102'932.46	389'967.54	-2.9
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-4'696'773.42	-3'811'000	-3'635'168.15	175'831.85	-4.6
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-29'306'911.84	-32'048'844	-27'284'985.25	4'763'858.75	-14.9
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3080	Amt für Raumplanung	-5'102'033.86	-5'021'300	-5'251'040.42	-229'740.42	4.6
30	Baudirektion	-57'024'960.57	-60'613'144	-54'397'950.70	6'215'193.30	-10.3
3500	Direktionssekretariat	-2'229'412.36	-2'255'100	-2'012'297.32	242'802.68	-10.8
3515	Schätzungskommission	-116'795.05	-166'450	-133'485.06	32'964.94	-19.8
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'157'017.15	-2'403'000	-2'161'401.10	241'598.90	-10.1
3541	Stabsstelle Notorganisation	-46'462.63	-130'400	-51'769.35	78'630.65	-60.3
3581	Strassenverkehrsamt	1'961'665.16	1'918'150	2'617'499.57	699'349.57	36.5
3587	Amt für Feuerschutz	-259'314.60	-205'500	-259'656.65	-54'156.65	26.4
3590	Zuger Polizei	-41'382'482.22	-44'736'000	-43'334'943.61	1'401'056.39	-3.1
3592	Amt für Migration	-1'441'664.47	-1'627'600	-1'354'657.53	272'942.47	-16.8
3595	Strafanstalt	-2'500'600.40	-2'354'150	-2'339'579.60	14'570.40	-0.6
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'025'971.17	-3'513'450	-4'823'832.11	-1'310'382.11	37.3
35	Sicherheitsdirektion	-52'198'054.89	-55'473'500	-53'854'122.76	1'619'377.24	-2.9
4000	Direktionssekretariat	-22'990'403.85	-24'350'000	-23'092'800.77	1'257'199.23	-5.2
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'553'997.99	-2'725'800	-2'674'615.59	51'184.41	-1.9
4021	Rettungsdienst	-1'701'356.54	-2'185'800	-1'940'402.34	245'397.66	-11.2
4030	Spitäler	-63'782'592.27	-82'607'000	-72'706'110.45	9'900'889.55	-12.0
4055	Gesundheitsamt	-2'946'107.06	-3'105'800	-2'999'846.36	105'953.64	-3.4
4060	Medizinalamt	-1'744'556.20	-2'044'000	-1'887'323.69	156'676.31	-7.7
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'356'587.88	-1'618'100	-1'664'487.18	-46'387.18	2.9
40	Gesundheitsdirektion	-97'075'601.79	-118'636'500	-106'965'586.38	11'670'913.62	-9.8
5000	Direktionssekretariat	-1'795'287.17	-2'110'100	-1'879'037.81	231'062.19	-11.0
5001	Finanzkontrolle	-563'013.70	-672'000	-638'838.30	33'161.70	-4.9
5010	Personalamt	-1'389'509.49	-1'418'300	-1'358'571.37	59'728.63	-4.2
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-12'615'556.88	-5'286'500	-5'127'693.42	158'806.58	-3.0
5020	Finanzverwaltung	-1'434'091.60	-1'709'000	-1'438'438.25	270'561.75	-15.8
5022	Allgemeiner Finanzbereich	28'721'185.89	1'121'883	3'572'516.58	2'450'633.58	218.4
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-203'135'709.00	-228'686'000	-228'532'444.00	153'556.00	-0.1
5050	Amt für Informatik und Organisation	-7'873'874.08	-8'549'400	-8'218'308.37	331'091.63	-3.9
5060	Steuerverwaltung	-14'469'353.39	-15'632'400	-15'048'204.71	584'195.29	-3.7
5065	Kantonssteuern	664'974'243.49	653'830'000	599'765'316.28	-54'064'683.72	-8.3
5068	Bundessteuern	249'010'973.35	268'475'000	291'936'793.85	23'461'793.85	8.7
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	0.00	0.00	
50	Finanzdirektion	699'430'007.42	659'363'183	633'033'090.48	-26'330'092.52	-4.0

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'038'738.43	-5'376'900	-5'139'661.88	237'238.12	-4.4
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'057'964.79	2'219'500	2'633'290.00	413'790.00	18.6
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'846'077.20	-1'886'200	-1'887'067.11	-867.11	0.0
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-762'771.20	-359'000	-694'451.05	-335'451.05	93.4
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'482'480.40	-4'878'900	-4'539'448.01	339'451.99	-7.0
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	240'004.55	294'000	449'067.50	155'067.50	52.7
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-209'133.70	-222'000	-148'871.35	73'128.65	-32.9
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	87'999.56	77'000	53'865.15	-23'134.85	-30.0
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-7'367'536.64	-7'739'900	-7'827'249.34	-87'349.34	1.1
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	1'319'872.19	1'500'000	650'865.14	-849'134.86	-56.6
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'561'180.83	-2'622'850	-2'485'546.55	137'303.45	-5.2
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	72'300.75	12'000	49'698.80	37'698.80	314.2
61	Richterliche Behörden	-18'489'776.56	-18'983'250	-18'885'508.70	97'741.30	-0.5
	Total Kanton	84'786'312.11	-3'799'350	6'037'657.25	9'837'006.85	-258.9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	Abweichung zum Budget 2012 in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-8'656'400	-8'416'826.50	239'573.50	-2.8
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-168'484'300	-165'116'183.05	3'368'116.95	-2.0
302	Löhne Lehrpersonal		-70'220'100	-66'568'426.65	3'651'673.35	-5.2
304	Zulagen		-3'350'900	-3'147'791.95	203'108.05	-6.1
305	Arbeitgeberbeiträge		-49'041'500	-47'096'679.00	1'944'821.00	-4.0
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-991'000	-1'094'175.80	-103'175.80	10.4
309	Übriger Personalaufwand		-4'672'890	-4'446'609.32	226'280.68	-4.8
30	Personalaufwand		-305'417'090	-295'886'692.27	9'530'397.73	-3.1
310	Material- und Warenaufwand		-12'125'300	-10'888'400.24	1'236'899.76	-10.2
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-8'237'375	-7'472'187.33	765'187.67	-9.3
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV		-3'783'830	-3'584'013.33	199'816.67	-5.3
313	Dienstleistungen und Honorare		-34'428'601	-33'226'637.63	1'201'963.37	-3.5
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-22'959'600	-22'849'808.00	109'792.00	-0.5
315	Unterhalt Mobilien		-10'321'410	-9'285'546.28	1'035'863.72	-10.0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggebühren		-9'731'140	-10'149'992.13	-418'852.13	4.3
317	Spesenentschädigungen		-2'314'100	-2'156'799.87	157'300.13	-6.8
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-4'515'000	-7'038'550.73	-2'523'550.73	55.9
319	Übriger Betriebsaufwand		-4'284'100	-4'075'915.94	208'184.06	-4.9
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		-112'700'456	-110'727'851.48	1'972'604.52	-1.8
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-64'301'000	-58'415'346.55	5'885'653.45	-9.2
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen		-64'301'000	-58'415'346.55	5'885'653.45	-9.2
340	Zinsaufwand		-40'000	-33'654.50	6'345.50	-15.9
341	Realisierte Kursverluste			-7'513.20	-7'513.20	-100.0
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen		-1'627'380	-1'414'199.19	213'180.81	-13.1
349	Verschiedener Finanzaufwand		-10'070'000	-9'684'559.60	385'440.40	-3.8
34	Finanzaufwand FV		-11'737'380	-11'139'926.49	597'453.51	-5.1
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-8'170'500	-10'168'445.74	-1'997'945.74	24.5
35	Einlagen Spezialfinanzierungen		-8'170'500	-10'168'445.74	-1'997'945.74	24.5
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-6'933'200	-8'588'913.79	-1'655'713.79	23.9
362	Finanz- und Lastenausgleich		-333'559'624	-333'405'794.00	153'830.00	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-423'890'400	-405'331'944.22	18'558'455.78	-4.4
364	Wertberichtigungen Darlehen VV			-10'000.00	-10'000.00	-100.0
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		-11'000	-5'000.00	6'000.00	-54.5
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		-11'631'000	-10'362'253.49	1'268'746.51	-10.9
36	Transferaufwand		-776'025'224	-757'703'905.50	18'321'318.50	-2.4
370	Durchlaufende Beiträge		-79'002'800	-77'529'916.40	1'472'883.60	-1.9
37	Durchlaufende Beiträge		-79'002'800	-77'529'916.40	1'472'883.60	-1.9
383	Zusätzliche Abschreibungen		-3'330'000	-3'330'000.00		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'297'173'687.42				
389	Einlagen in das Eigenkapital		-242'900	-312'132.80	-69'232.80	28.5
38	Ausserordentlicher Aufwand	-1'297'173'687.42	-3'572'900	-3'642'132.80	-69'232.80	1.9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	Abweichung zum Budget 2012 in %
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-1'174'000	-1'211'013.85	-37'013.85	3.2
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten		-32'500	-33'671.20	-1'171.20	3.6
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten			-86'195.63	-86'195.63	-100.0
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		-2'855'083	-983'672.33	1'871'410.67	-65.5
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		-566'000	-494'000.00	72'000.00	-12.7
399	Übrige Interne Verrechnungen		-350'000	-319'072.20	30'927.80	-8.8
39	Interne Verrechnungen		-4'977'583	-3'127'625.21	1'849'957.79	-37.2
3	Aufwand	-1'297'173'687.42	-1'365'904'933	-1'328'341'842.44	37'563'090.56	-2.8

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	in %
400	Direkte Steuern natürliche Personen		451'800'000	411'469'294.31	-40'330'705.69	-8.9
401	Direkte Steuern juristische Personen		213'500'000	197'760'606.80	-15'739'393.20	-7.4
402	Übrige direkte Steuern		1'400'000	3'064'882.74	1'664'882.74	118.9
403	Besitz- und Aufwandsteuern		28'100'000	29'025'346.60	925'346.60	3.3
40	Fiskalertrag		694'800'000	641'320'130.45	-53'479'869.55	-7.7
410	Regalien		304'600	290'954.45	-13'645.55	-4.5
411	Schweiz. Nationalbank		9'467'000	9'471'448.00	4'448.00	
412	Konzessionen		1'932'400	1'810'111.75	-122'288.25	-6.3
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten		53'000	52'921.65	-78.35	-0.1
41	Regalien und Konzessionen		11'757'000	11'625'435.85	-131'564.15	-1.1
420	Ersatzabgaben		1'135'000	1'062'126.00	-72'874.00	-6.4
421	Gebühren für Amtshandlungen		29'037'300	27'591'163.10	-1'446'136.90	-5.0
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder		842'500	779'393.83	-63'106.17	-7.5
423	Schul- und Kursgelder		6'688'000	6'431'256.85	-256'743.15	-3.8
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		8'225'600	7'929'900.63	-295'699.37	-3.6
425	Erlös aus Verkäufen		2'904'000	2'962'315.81	58'315.81	2.0
426	Rückerstattungen		8'180'800	9'865'972.23	1'685'172.23	20.6
427	Bussen		6'885'000	5'935'696.00	-949'304.00	-13.8
429	Übrige Entgelte		1'595'200	2'202'686.20	607'486.20	38.1
42	Entgelte		65'493'400	64'760'510.65	-732'889.35	-1.1
430	Verschiedene betriebliche Erträge		45'000	47'539.19	2'539.19	5.6
431	Aktivierung Eigenleistungen		6'391'000	5'921'000.00	-470'000.00	-7.4
432	Bestandesveränderungen		-3'000	-4'950.00	-1'950.00	65.0
439	Übriger Ertrag		20'000	18'287.50	-1'712.50	-8.6
43	Verschiedene Erträge		6'453'000	5'981'876.69	-471'123.31	-7.3
440	Zinsertrag		11'417'800	8'907'690.66	-2'510'109.34	-22.0
441	Realisierte Gewinne FV			351'587.25	351'587.25	100.0
442	Beteiligungsertrag FV		726'000	713'000.00	-13'000.00	-1.8
443	Liegenschaftenertrag FV		1'439'000	1'661'205.15	222'205.15	15.4
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV		28'666'800	28'560'974.70	-105'825.30	-0.4
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen			6'000.00	6'000.00	100.0
447	Liegenschaftenertrag VV		8'546'448	7'197'411.79	-1'349'036.21	-15.8
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften		581'766	589'653.10	7'887.10	1.4
44	Finanzertrag		51'377'814	47'987'522.65	-3'390'291.35	-6.6
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK		42'412		-42'412.00	-100.0
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen		42'412		-42'412.00	-100.0
460	Ertragsanteile		278'523'900	302'301'251.86	23'777'351.86	8.5
461	Entschädigungen von Gemeinwesen		14'530'100	20'032'111.63	5'502'011.63	37.9
462	Finanz- und Lastenausgleich		104'873'624	104'873'350.00	-274.00	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		46'322'950	51'158'422.25	4'835'472.25	10.4
469	Verschiedener Transferertrag		155'000	114'456.05	-40'543.95	-26.2
46	Transferertrag		444'405'574	478'479'591.79	34'074'017.79	7.7
470	Durchlaufende Beiträge		79'002'800	77'529'916.40	-1'472'883.60	-1.9
47	Durchlaufende Beiträge		79'002'800	77'529'916.40	-1'472'883.60	-1.9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	Abweichung zum Budget 2012 in %
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	1'381'959'999.53				
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		3'796'000	3'566'890.00	-229'110.00	-6.0
48	Ausserordentlicher Ertrag	1'381'959'999.53	3'796'000	3'566'890.00	-229'110.00	-6.0
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		1'174'000	1'211'013.85	37'013.85	3.2
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten		32'500	33'671.20	1'171.20	3.6
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten			86'195.63	86'195.63	100.0
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		2'855'083	983'672.33	-1'871'410.67	-65.5
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		566'000	494'000.00	-72'000.00	-12.7
499	Übrige Interne Verrechnungen		350'000	319'072.20	-30'927.80	-8.8
49	Interne Verrechnungen		4'977'583	3'127'625.21	-1'849'957.79	-37.2
4	Ertrag	1'381'959'999.53	1'362'105'583	1'334'379'499.69	-27'726'083.31	-2.0

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
11	Allgemeine Verwaltung					
	Ausgaben	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'951.62	21.9
	Einnahmen					
	Saldo	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'951.62	21.9
15	Direktion des Innern					
	Ausgaben	-9'799'366.07	-4'494'500	-7'671'678.17	-3'177'178.17	70.7
	Einnahmen	209'872.65	767'000	645'519.30	-121'480.70	-15.8
	Saldo	-9'589'493.42	-3'727'500	-7'026'158.87	-3'298'658.87	88.5
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Ausgaben	-1'478'210.70	-2'354'000	-2'852'873.55	-498'873.55	21.2
	Einnahmen	445'757.05	350'000	392'900.00	42'900.00	12.3
	Saldo	-1'032'453.65	-2'004'000	-2'459'973.55	-455'973.55	22.8
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Ausgaben	-8'000'939.60	-16'615'200	-23'401'935.65	-6'786'735.65	40.8
	Einnahmen	1'000'000.00	5'867'000	4'497'768.50	-1'369'231.50	-23.3
	Saldo	-7'000'939.60	-10'748'200	-18'904'167.15	-8'155'967.15	75.9
30	Baudirektion					
	Ausgaben	-77'414'259.62	-75'709'000	-62'758'083.90	12'950'916.10	-17.1
	Einnahmen	24'291'131.95	12'353'000	13'853'900.10	1'500'900.10	12.2
	Saldo	-53'123'127.67	-63'356'000	-48'904'183.80	14'451'816.20	-22.8
35	Sicherheitsdirektion					
	Ausgaben	-1'254'828.20	-5'067'000	-1'377'762.94	3'689'237.06	-72.8
	Einnahmen	30'000.00				
	Saldo	-1'224'828.20	-5'067'000	-1'377'762.94	3'689'237.06	-72.8
40	Gesundheitsdirektion					
	Ausgaben	-4'278'478.47	-980'000	-599'132.75	380'867.25	-38.9
	Einnahmen			6'687'832.70	6'687'832.70	100.0
	Saldo	-4'278'478.47	-980'000	6'088'699.95	7'068'699.95	-721.3
50	Finanzdirektion					
	Ausgaben	-29'283'355.88	-7'420'000	-7'194'545.56	225'454.44	-3.0
	Einnahmen		280'000	329'090.30	49'090.30	17.5
	Saldo	-29'283'355.88	-7'140'000	-6'865'455.26	274'544.74	-3.8
61	Richterliche Behörden					
	Ausgaben	-16'362.00				
	Einnahmen					
	Saldo	-16'362.00				
	Total Kanton					
	Ausgaben	-132'341'915.59	-113'594'700	-107'019'964.14	6'574'735.86	-5.8
	Einnahmen	25'976'761.65	19'617'000	26'407'010.90	6'790'010.90	34.6
	Saldo	-106'365'153.94	-93'977'700	-80'612'953.24	13'364'746.76	-14.2

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'951.62	21.9
11	Allgemeine Verwaltung	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'951.62	21.9
1500	Direktionssekretariat	-383'276.70	-390'000	-1'680'254.87	-1'290'254.87	330.8
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-56'998.33	-250'000	-5'326.20	244'673.80	-97.9
1530	Amt für Wald und Wild	-1'232'821.70	-1'237'500	-810'079.42	427'420.58	-34.5
1550	Sozialamt	-7'916'396.69	-1'600'000	-4'237'880.85	-2'637'880.85	164.9
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	0.00	-150'000	-171'492.90	-21'492.90	14.3
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	0.00	-100'000	-121'124.63	-21'124.63	21.1
15	Direktion des Innern	-9'589'493.42	-3'727'500	-7'026'158.87	-3'298'658.87	88.5
1700	Direktionssekretariat	280'757.05	0	212'900.00	212'900.00	
1730	Amt für Mittelschulen	-88'952.70	0	0.00	0.00	
1733	Kantonsschule Zug	-268'227.05	-312'000	-151'748.30	160'251.70	-51.4
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-48'963.10	-70'000	-68'418.40	1'581.60	-2.3
1736	Fachmittelschule	0.00	-172'000	-171'756.50	243.50	-0.1
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-848'315.85	-1'205'000	-2'046'580.85	-841'580.85	69.8
1780	Amt für Sport	-58'752.00	0	-29'008.80	-29'008.80	
1790	Amt für Kultur	0.00	-245'000	-205'360.70	39'639.30	-16.2
17	Direktion für Bildung und Kultur	-1'032'453.65	-2'004'000	-2'459'973.55	-455'973.55	22.8
2011	Amt für Berufsbildung	-5'000'000.00	0	0.00	0.00	
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-190'160.15	-130'000	-230'181.55	-100'181.55	77.1
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	1'000'000.00	0	0.00	0.00	
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-2'708'350.65	-7'848'000	-17'595'630.40	-9'747'630.40	124.2
2050	Landwirtschaftsamt	-102'428.80	-1'370'200	-1'077'315.50	292'884.50	-21.4
2065	Amt für Wohnungswesen	0.00	-1'400'000	0.00	1'400'000.00	-100.0
2070	Handelsregisteramt	0.00	0	-1'039.70	-1'039.70	
20	Volkswirtschaftsdirektion	-7'000'939.60	-10'748'200	-18'904'167.15	-8'155'967.15	75.9
3000	Direktionssekretariat	-980'566.90	-1'600'000	-2'564'633.35	-964'633.35	60.3
3020	Tiefbauamt	-4'588'069.60	-12'870'000	-10'501'948.55	2'368'051.45	-18.4
3023	Strassenunterhalt	-167'263.50	0	0.00	0.00	
3031	Kantonsstrassen	-17'745'909.24	-25'631'000	-24'890'953.94	740'046.06	-2.9
3032	Nationalstrassen	-1'663'503.60	0	1'256'575.25	1'256'575.25	
3050	Amt für Umweltschutz	-865'264.90	-900'000	-957'589.10	-57'589.10	6.4
3060	Hochbauamt	-27'046'925.66	-21'958'000	-11'209'100.76	10'748'899.24	-49.0
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-8'210.67	-330'000	0.00	330'000.00	-100.0
3080	Amt für Raumplanung	-57'413.60	-67'000	-36'533.35	30'466.65	-45.5
30	Baudirektion	-53'123'127.67	-63'356'000	-48'904'183.80	14'451'816.20	-22.8
3500	Direktionssekretariat	-192'947.55	0	0.00	0.00	
3541	Stabsstelle Notorganisation	0.00	-150'000	0.00	150'000.00	-100.0
3581	Strassenverkehrsamt	-56'449.54	-290'000	-72'882.70	217'117.30	-74.9
3590	Zuger Polizei	-975'431.11	-4'577'000	-1'304'880.24	3'272'119.76	-71.5
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	0.00	-50'000	0.00	50'000.00	-100.0
35	Sicherheitsdirektion	-1'224'828.20	-5'067'000	-1'377'762.94	3'689'237.06	-72.8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
4005	Amt für Verbraucherschutz	-130'624.32	-280'000	-335'284.70	-55'284.70	19.7
4021	Rettungsdienst	-151'713.55	-370'000	-248'333.70	121'666.30	-32.9
4030	Spitäler	-3'996'140.60	-330'000	6'672'318.35	7'002'318.35	-2'121.9
40	Gesundheitsdirektion	-4'278'478.47	-980'000	6'088'699.95	7'068'699.95	-721.3
5000	Direktionssekretariat	-73'332.00	-250'000	-202'353.25	47'646.75	-19.1
5010	Personalamt	-388'417.50	-200'000	-44'487.60	155'512.40	-77.8
5020	Finanzverwaltung	-43'565.55	-282'000	-241'707.45	40'292.55	-14.3
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-26'768'137.55	0	105'677.30	105'677.30	
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'634'903.41	-4'928'000	-6'020'093.01	-1'092'093.01	22.2
5060	Steuerverwaltung	-374'999.87	-1'480'000	-462'491.25	1'017'508.75	-68.8
50	Finanzdirektion	-29'283'355.88	-7'140'000	-6'865'455.26	274'544.74	-3.8
6111	Obergericht: Verwaltung	-16'362.00	0	0.00	0.00	
61	Richterliche Behörden	-16'362.00	0	0.00	0.00	
	Total Kanton	-106'365'153.94	-93'977'700	-80'612'953.24	13'364'746.76	-14.2

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	in %
500	Grundstücke unbebaut			-35'600.00	-35'600.00	-100.0
501	Strassen / Verkehrswege		-43'751'000	-40'394'821.99	3'356'178.01	-7.7
502	Wasserbau		-3'420'000	-1'766'451.92	1'653'548.08	-48.3
503	Übriger Tiefbau		-2'000'000	-1'517'185.95	482'814.05	-24.1
504	Hochbauten		-22'288'000	-13'186'549.26	9'101'450.74	-40.8
505	Waldungen		-30'000		30'000.00	-100.0
506	Mobilien		-15'884'500	-13'183'640.32	2'700'859.68	-17.0
50	Sachanlagen		-87'373'500	-70'084'249.44	17'289'250.56	-19.8
511	Strassen auf Rechnung Dritter		-1'800'000		1'800'000.00	-100.0
51	Investitionen auf Rechnung Dritter		-1'800'000		1'800'000.00	-100.0
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-800'000		800'000.00	-100.0
545	Darlehen private Unternehmungen		-600'000	-2'968'600.00	-2'368'600.00	394.8
547	Darlehen private Haushalte		-350'000	-180'000.00	170'000.00	-48.6
54	Darlehen		-1'750'000	-3'148'600.00	-1'398'600.00	79.9
554	Beteiligungen öffentliche Unternehmungen					-100.0
55	Beteiligungen und Grundkapitalien					-100.0
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände		-2'814'000	-2'992'433.35	-178'433.35	6.3
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen		-11'640'000	-18'435'673.00	-6'795'673.00	58.4
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen		-2'093'200	-1'035'762.70	1'057'437.30	-50.5
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck		-1'600'000	-4'184'302.30	-2'584'302.30	161.5
567	Investitionsbeiträge private Haushalte		-2'100'000	-3'314'633.35	-1'214'633.35	57.8
56	Eigene Investitionsbeiträge		-20'247'200	-29'962'804.70	-9'715'604.70	48.0
570	Bund		-199'000	-199'000.00		
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-400'000	-64'000.00	336'000.00	-84.0
575	Private Unternehmungen		-1'825'000	-890'099.00	934'901.00	-51.2
577	Private Haushalte			-2'671'210.00	-2'671'210.00	-100.0
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge		-2'424'000	-3'824'309.00	-1'400'309.00	57.8
588	Datenübernahme Umstellung HRM2	-158'318'677.24				
58	Ausserordentliche Investitionen	-158'318'677.24				
5	Investitionsausgaben	-158'318'677.24	-113'594'700	-107'019'964.14	6'574'735.86	-5.8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abweichung zum Budget 2012 in Fr.	in %
606	Übertragung Mobilien			12'338.70	12'338.70	100.0
60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen			12'338.70	12'338.70	100.0
611	Rückerstattungen Strassen		1'800'000		-1'800'000.00	-100.0
61	Rückerstattungen		1'800'000		-1'800'000.00	-100.0
630	Investitionsbeiträge Bund		7'533'000	5'365'782.55	-2'167'217.45	-28.8
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände		2'263'000	6'361'365.35	4'098'365.35	181.1
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen		3'797'000	2'438.35	-3'794'561.65	-99.9
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen		1'450'000	1'059'035.15	-390'964.85	-27.0
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		15'043'000	12'788'621.40	-2'254'378.60	-15.0
644	Darlehen öffentliche Unternehmungen			2'057'994.00	2'057'994.00	100.0
645	Darlehen private Unternehmungen			7'230'846.80	7'230'846.80	100.0
646	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck			100'000.00	100'000.00	100.0
647	Darlehen private Haushalte		350'000	392'900.00	42'900.00	12.3
64	Rückzahlung von Darlehen		350'000	9'781'740.80	9'431'740.80	2694.8
655	Beteiligungen private Unternehmungen			1.00	1.00	100.0
65	Übertragung von Beteiligungen			1.00	1.00	100.0
670	Bund		2'225'000	3'625'309.00	1'400'309.00	62.9
675	Private Unternehmungen		199'000	199'000.00		
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge		2'424'000	3'824'309.00	1'400'309.00	57.8
688	Datenübernahme Umstellung HRM2	158'318'677.24				
68	Ausserordentliche Investitionseinnahmen	158'318'677.24				
6	Investitionseinnahmen	158'318'677.24	19'617'000	26'407'010.90	6'790'010.90	34.6

Detailinformationen
5-Jahresvergleiche

Nettoinvestitionen

In Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
Grundstücke VV unüberbaut	0.2	0.1	0.2	0.0	0.0
Tiefbauten	32.1	22.9	24.0	25.5	35.3
Hochbauten	41.3	22.3	9.3	25.2	11.1
Waldungen	0.0	0.0	0.3	0.1	0.0
Mobilien VV	1.8	1.7	1.8	3.3	1.5
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	8.7	8.5	4.8	4.5	11.1
Total Sachgüter	84.1	55.4	40.5	58.7	59.1
Darlehen und Beteiligungen	-0.5	0.0	10.1	31.2	6.0
Investitionsbeiträge	22.2	31.8	30.5	16.5	15.6
Total Nettoinvestitionen	105.9	87.2	81.2	106.4	80.6

Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
Aufwand	-1'258.2	-1'301.9	-1'264.3	-1'297.2	-1'328.3
Ertrag	1'360.2	1'303.3	1'264.7	1'382.0	1'334.4
Ertrags-/Aufwandüberschuss	102.0	1.4	0.4	84.8	6.0
Zuzüglich Abschreibungen	110.0	111.0	73.3	73.9	72.1
Veränderung Spezialfinanzierungen	-9.6	-14.7	-15.2	-13.9	-10.2
Veränderung Reserven	-55.8	-60.5	-0.4	3.3	3.3
Selbstfinanzierung	277.3	187.6	89.4	169.4	85.1
Abzüglich Nettoinvestitionen	105.9	87.2	81.2	106.4	80.6
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	171.4	100.5	8.2	63.0	4.5

Selbstfinanzierungsgrad siehe Detailinformationen, Kennzahlen

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen
5-Jahresvergleiche

Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2008	Per 31.12.2009	Per 31.12.2010	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012
Aktiven					
Flüssige Mittel, Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen, Aktive Rechnungsabgrenzung	1'043.7	1'029.7	1'114.4	1'276.8	1'362.6
Vorräte, Finanzanlagen und Sachanlagen FV	111.8	134.2	130.5	126.7	120.9
Finanzvermögen	1'155.5	1'164.0	1'244.9	1'403.5	1'483.5
Sachgüter	262.0	261.7	237.3	240.2	237.5
Darlehen und Beteiligungen	67.7	67.6	68.7	99.1	111.7
Investitionsbeiträge	71.8	53.2	88.7	94.6	93.2
Verwaltungsvermögen	401.4	382.5	394.7	433.9	442.4
Total Aktiven	1'556.9	1'546.5	1'639.6	1'837.5	1'925.9
Passiven					
Laufende Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzung	512.1	433.4	512.5	609.5	701.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten und Rückstellungen	22.0	22.6	22.7	31.5	20.8
Fremdkapital	534.1	456.1	535.2	641.0	721.9
Eigenkapital (EK)	1'022.8	1'090.4	1'104.4	1'196.5	1'204.0
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	144.5	159.3	174.5	188.4	198.6
Reserven	353.5	505.6	504.6	498.0	490.0
Freies Eigenkapital ¹⁾	524.8	425.5	425.2	510.0	515.4
Total Passiven	1'556.9	1'546.5	1'639.6	1'837.5	1'925.9

¹⁾ Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres ist jeweils im Freien Eigenkapital eingerechnet.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Institutionelle Gliederung

Gesamtwürdigung Direktion

Gesamtwürdigung Amt

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-725'000	-660'138.20	64'862	-8.9
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-15'000	-21'500.20	-6'500	43.3
305	Arbeitgeberbeiträge		-46'700	-40'638.15	6'062	-13.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000		50'000	-100.0
317	Spesensschädigungen		-5'000	-8'054.05	-3'054	61.1
319	Übriger Betriebsaufwand		-129'300	-137'986.97	-8'687	6.7
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-52'500	-52'500.00		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'311'191.44				
	Total Aufwand	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682	-10.0
	Saldo	-1'311'191.44	-1'023'500	-920'817.57	102'682	-10.0

Kommentar Rechnung

301 Mehr Kommissionssitzungen
313 Keine Aufwendungen für externe Mandate
317 Reisekosten und Spesen Kantonsrat

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-2'027'400	-2'003'554.60	23'845	-1.2
305	Arbeitgeberbeiträge		-657'200	-704'897.20	-47'697	7.3
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-91'000	-240'616.35	-149'616	164.4
313	Dienstleistungen und Honorare		-30'000	-26'425.75	3'574	-11.9
317	Spesenentschädigungen		-217'800	-232'024.66	-14'225	6.5
319	Übriger Betriebsaufwand		-138'350	-140'249.94	-1'900	1.4
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-400'000	-230'000.00	170'000	-42.5
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-3'704'343.70				
	Total Aufwand	-3'704'343.70	-3'561'750	-3'577'768.50	-16'019	0.4
426	Rückerstattungen		49'400	106'086.35	56'686	114.7
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	82'998.00				
	Total Ertrag	82'998.00	49'400	106'086.35	56'686	114.7
	Saldo	-3'621'345.70	-3'512'350	-3'471'682.15	40'668	-1.2

Kommentar Rechnung

306 Einlage in Pensionskasse; Rentennachzahlung
363 Weniger Beiträge für das In- und Ausland (z.B. Katastrophen)
426 Mandatsentschädigungen (z.B. aus Verwaltungsratsmandat)

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Staatskanzlei: Die Stabsstelle des Kantonsrates und des Regierungsrates erfüllte ihre Aufgaben gemäss Leistungsauftrag. Der internen Vernetzung und Führung dienten die Sitzungen der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre und der Fachgruppe Kommunikation sowie ein Anlass für alle Amtsleitenden.

Staatsarchiv: Die sechs Schwerpunktaktivitäten – Umstellung von Mikroverfilmung auf Digitalisierung, Umstellung von der Geschäftsverwaltung KONSUL auf GEVER, Inkraftsetzung der Verordnung über die Aktenführung, Nachführung der Amtsträgerdatenbank, Durchführung des Archivtages und die Erarbeitung eines archivspezifischen Notfallkonzeptes – wurden erfolgreich durchgeführt bzw. vollzogen.

Aufgaben

Seit dem 1. Januar 2012 steht die Staatskanzlei wieder unter der Leitung des Landschreibers. Die Staatskanzlei bereitete elf Kantonsratssitzungen vor und nach, begleitete 40 Regierungsratssitzungen mit 1109 Geschäften (1112), redigierte 562 Seiten Protokolle (542) und erfasste 890 Protokollbeilagen (911). Die Staatskanzlei führte die Gesamterneuerungswahlen der Zuger Gerichte durch (stille Wahlen) und führte das computerbasierte System Lexwork für die Erstellung und Veröffentlichung sämtlicher Erlasse des Kantons Zug ein, das erhöhte Rechtssicherheit und elektronische Abfragemöglichkeiten bietet. Im Auftrag des Regierungsrates organisierte die Staatskanzlei einen Workshop für alle Amtsleitenden zum Thema der Strategie des Regierungsrates.

Fachgruppen

Die Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre (KGS) behandelte an sieben Sitzungen verwaltungstechnische und rechtliche Geschäfte von direktionsübergreifender Bedeutung. Es fand eine KGS spéciale zum Thema Konkordatsrecht statt, an der auch Kantonsratsmitglieder teilnahmen. Der Regierungsrat traf die KGS zu einem Gedankenaustausch; erörtert wurde dabei namentlich die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie. Die Fachgruppe Kommunikation hat verschiedene grosse Projekte bearbeitet. Unter anderem hat sie umfassende Leitlinien für die Sozialen Medien sowie einen Ausbau der fremdsprachigen Seiten im Internet des Kantons Zug verabschiedet.

Aktenführung, -ablieferung und -erschliessung

Per 1. Juni 2012 trat die vom Staatsarchiv erarbeitete Verordnung über die Aktenführung (BGS 152.42) in Kraft. Der gesamte Akten-Jahreszuwachs betrug 405 m, davon 359 m von Verwaltungsstellen. Die neue elektronische Geschäftsverwaltung GEVER ist in ihren Grundfunktionen gemäss ISO 15489 fertig entwickelt und bei 40 Mandanten bzw. ca. 370 Mitarbeitenden im Einsatz. Sämtliche Aktenneuzugänge sind in der Archivdatenbank erfasst. Das Staatsarchiv begleitete drei historische Archiverschliessungsprojekte (Einwohnergemeinde Neuheim, Bürgergemeinden Menzingen und Oberägeri).

Langzeitarchivierung und Digitalisierung

Die Mikrofilmstelle produzierte 26'274 Mikrofilmaufnahmen. 94 Prozent entfielen auf Bestände des Staatsarchivs und 6 Prozent auf die Kantonsarchäologie. Ein neu beschaffter A3-Hochleistungsscanner bildet die Basis für die künftige Digitalisierung von ausgewähltem Archivgut.

Archivnutzung und Öffentlichkeitsarbeit

2012 konsultierten 287 Personen Archivgut. Für den Lesesaal wurde ein Buchscanner beschafft. Die Archivbibliothek ist um rund 300 Titel gewachsen. Das Staatsarchiv beteiligte sich am schweizerischen Archivtag vom 3. November 2012. Gegen 400 Personen interessierten sich für die Schwerpunktausstellung «Industrie im Kanton Zug – Spurensuche im Archiv». Die vom Staatsarchiv gepflegte Amtsträgerdatenbank wurde vom Datenstand 1999/2002 auf den Stand 1. Januar 2013 nachgeführt. Das im Internet verfügbare Verzeichnis umfasst nun Einträge zu 3519 Personen in 151 Ämtern.

Gemeindliche Archivbetreuung

Die sechs von den Gemeindecarchivaren des Staatsarchivs betreuten Archive übernahmen aus ihren Verwaltungen insgesamt 75 Ablieferungen. Auf der Archivdatenbank STAR wurden 144 Bestände erfasst.

Sicherheit für den Ereignisfall

Das Staatsarchiv erarbeitete ein Notfallkonzept, das alle grundsätzlichen Notfallsituationen abdeckt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle von Kantonsrat, Büro des Kantonsrates und Regierungsrat. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung und betreibt das Ausweisbüro. Das Staatsarchiv ist zuständig für die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, wirtschaftlich, historisch, sozial oder kulturell relevanten Unterlagen. Es gewährleistet die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns und bietet die Grundlagen für die geschichtliche Aufarbeitung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterstützung Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den KR	Keine für Dritte relevanten Fehler	<input checked="" type="radio"/>	
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	<input checked="" type="radio"/>	
3	Koordination und Unterstützung der Direktionen in Gesetzestechnik, formellen und Rechtsfragen, insbesondere bei KR- und RR-Geschäften	Keine Reklamation	<input type="radio"/>	Die Umstellung auf ein elektronisches Erlassverwaltungssystem hat zu einzelnen Anfragen geführt
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung				
6	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Pro Antrag = 80 Min.	<input checked="" type="radio"/>	
7	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Mindestens 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer = 30 Sek.	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Staatsarchiv				
8	Übernahme und Erschliessung archivwürdiger Unterlagen der Verwaltung	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt. Es werden mindestens gleich viele Laufmeter auf Stufe Amt erschlossen wie abgeliefert werden	<input checked="" type="radio"/>	
A	GEVER-Einführung verwaltungsweit	Alle 35 bisherigen Konsul-Mandanten migriert auf GEVER und bei 50% der neuen Mandanten GEVER eingeführt	<input type="radio"/>	Alle bisherigen Konsul-Mandanten erfolgreich migriert. Verzögerung bei Ausbreitung durch Einführung Windows 7 und vorgezogene Applikationsverbesserungen
Leistungsgruppe 4: Übrige Aufgaben				
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zug.ch	Systemverfügbarkeit = 99%	<input checked="" type="radio"/>	
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	1 Apostille = 15 Min., Grossaufträge innert 24 h, Stichproben/Kundenbefragung	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
KR-/RR-Vorlagen	Stück		400/1'100	264/1'109
KR-Sitzungen	Halbtage		24	17
Wahlen/Abstimmungen	Stück		2/4	2/5
Ausweis anträge	Stück		13'000	12'351
Bewertete Akten (Archiv)	Laufmeter		350	405
Apostillen/Beglaubigungen	Stück		18'000	17'562

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-9'131'702.48	-9'650'750	-9'483'632.82	167'117	-1.7
Total Ertrag	2'967'029.60	3'023'800	2'767'156.25	-256'644	-8.5
Saldo	-6'164'672.88	-6'626'950	-6'716'476.57	-89'527	1.4

Kommentar Rechnung
Beim Aufwand keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr, jedoch Ertragsminderungen bei Ausweisen, Büromaterialverkäufe und Frankaturen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Projekte und Bezeichnung						
AL1120.0004	Aufsicht-Scanner					
	Ausgaben		-130'000	-128'392.90	1'607	-1.2
	Einnahmen					
IT1120.0002	Ausbreitung elektronische Geschäftsverwaltung					
	Ausgaben	-816'115.05	-825'000	-1'035'558.72	-210'559	25.5
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'952	21.9
	Einnahmen					
	Saldo	-816'115.05	-955'000	-1'163'951.62	-208'952	21.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
IT1120.0002: Alle bisherigen Konsul-Mandanten wurden erfolgreich migriert und drei Mandanten zur Freischaltung vorbereitet. Vorgezogene Applikationsverbesserungen und Speichererweiterungen führten zu höheren Kosten im Berichtsjahr als budgetiert.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-253'400	-230'820.70	22'579	-8.9
305	Arbeitgeberbeiträge		-50'300	-45'523.25	4'777	-9.5
309	Übriger Personalaufwand		-4'900	-2'390.00	2'510	-51.2
310	Material- und Warenaufwand		-25'000	-21'206.67	3'793	-15.2
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800	-506.50	294	-36.7
313	Dienstleistungen und Honorare		-12'000		12'000	-100.0
315	Unterhalt Mobilien		-6'000	-6'313.35	-313	5.2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-1'500	-1'645.81	-146	9.7
317	Spesenentschädigungen		-1'800	-19.80	1'780	-98.9
319	Übriger Betriebsaufwand		-2'300	-829.40	1'471	-63.9
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-313'035.91				
	Total Aufwand	-313'035.91	-358'000	-309'255.48	48'745	-13.6
	Saldo	-313'035.91	-358'000	-309'255.48	48'745	-13.6

Kommentar Rechnung

Die Abweichungen zum Budget 2012 von 13.6% erklären sich vor allem durch die Personalkosten, die vom Personalamt für 1.7 Vollzeitstellen budgetiert sind. Die Ombudsstelle Kanton Zug arbeitet zurzeit mit lediglich 1.55 Vollzeitstellen, was eine Differenz von Fr. 22'579.30 zuzüglich Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen ergibt. Eine weitere grössere Abweichung ergibt sich durch die budgetierten Honorare für externe Gutachten und Expertisen im Betrag von 12'000 Franken. Diese Kosten mussten im Jahr 2012 nicht in Anspruch genommen werden. Die übrigen kleineren Beiträge ergeben sich aus nicht in Anspruch genommenen Beiträgen für Weiterbildung und Personalanlässe.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1129 – Datenschutz

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-311'000	-323'787.10	-12'787	4.1
305	Arbeitgeberbeiträge		-62'700	-69'241.75	-6'542	10.4
309	Übriger Personalaufwand		-4'850	-2'211.65	2'638	-54.4
310	Material- und Warenaufwand		-17'700	-13'095.97	4'604	-26.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-49'000	-40'582.75	8'417	-17.2
315	Unterhalt Mobilien		-800	-1'292.15	-492	61.5
317	Spesenentschädigungen		-1'500	-997.00	503	-33.5
319	Übriger Betriebsaufwand		-5'000	-3'650.75	1'349	-27.0
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-407'412.90				
	Total Aufwand	-407'412.90	-452'550	-454'859.12	-2'309	0.5
	Saldo	-407'412.90	-452'550	-454'859.12	-2'309	0.5

Kommentar Rechnung

Aufgrund des Unabhängigkeitsstatus wird die Datenschutzstelle nicht mit Leistungsaufträgen geführt.

Das Datenschutzgesetz sieht vor, dass der Datenschutzbeauftragte gegenüber Kantonsrat, Regierungsrat und Öffentlichkeit einmal jährlich Bericht über seine Tätigkeit erstattet (§ 19 Abs. 1 Bst. h Datenschutzgesetz).

Der Tätigkeitsbericht 2012 wird separat veröffentlicht und erscheint im April 2013. Er kann bei der Datenschutzstelle in gedruckter Form bestellt oder im Internet unter www.datenschutz-zug.ch heruntergeladen werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die verschiedenen Herausforderungen, wie der Aufbau eines neuen Amtes, die Reorganisationen in den Ämtern und die hohe Zahl von Gesetzgebungsprojekten konnten erfolgreich gemeistert werden. Der Kantonsrat hat verschiedene wichtige Vorlagen der Direktion verabschiedet, wie z.B. das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Gesetzgebung

Die Direktion hatte eine aussergewöhnlich grosse Anzahl von Gesetzgebungsprojekten zu bearbeiten. Diese betrafen u.a. das Wahlverfahren, die Kinderbetreuung, die Integration der Migrationsbevölkerung und die Geoinformation.

Der Regierungsrat hat im Mai den kantonalen Waldentwicklungsplan (WEP) beschlossen. Der WEP stellt für das gesamte Waldareal sicher, dass der Wald seine Aufgaben nachhaltig erfüllen kann.

Rechtsprechung

Der Regierungsrat hat seine Rechtsprechung im politisch sensiblen Bereich der Einbürgerungen weiterentwickelt und sechs Beschwerdefälle entschieden. Das Verwaltungsgericht hat in den beiden Fällen, die weitergezogen worden sind, die Entscheide des Regierungsrates gestützt. Der Regierungsrat hat ein Wohnhaus an der Vorstadt sowie das Rote Haus in Unterägeri unter Denkmalschutz gestellt und ist damit den Anträgen der Direktion des Innern und der Denkmalkommission gefolgt. Dies in beiden Fällen entgegen den Anträgen der Eigentümerschaft und der Standortgemeinden. Damit hat der Regierungsrat den Willen manifestiert, besonders wichtige Zeitzeugen auch gegen den Willen der Standortgemeinde und Eigentümerschaft unter Schutz zu stellen. Weiter hat das Verwaltungsgericht sowohl im Fall Schanz 8 als auch im Fall Rötberg die Beschwerden gegen die jeweilige Unterschutzstellungsverfügung der Direktion des Innern abgewiesen.

Aufbau des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit der Direktion war die Neuorganisation des Vormundschaftswesens. Der Kantonsrat hat im Januar beschlossen, die bundesrechtlich geforderte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kantonal auszugestalten und die unabhängige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie das Mandatszentrum der Direktion anzugliedern. In der Folge wurde ein komplett neues Amt mit 26 Vollzeitstellen (32 Personen) per Ende Jahr erfolgreich aufgebaut.

Neuerungen in den Ämtern

Das Kantonsforstamt und das Amt für Fischerei und Jagd wurden erfolgreich zusammengeführt. Das neue Amt für Wald und Wild hat seine Tätigkeit im Januar unter der Co-Leitung der beiden bisherigen Amtsleiter aufgenommen.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt erhielt per 1. Oktober eine neue Leiterin. In den vorangehenden Monaten wurde das Amt interimistisch vom Abteilungsleiter Vermessung geführt. Die im Vorjahr umgesetzte Reorganisation hat sich bewährt.

Im Amt für Denkmalpflege und Archäologie wurde zur Optimierung der Führungsstrukturen eine Reorganisation eingeleitet.

Interkantonale Gremien

Die Direktionsvorsteherin wurde im Juli in den Vorstand der schweizerischen Sozialdirektorinnen- und direktorenkonferenz (SODK) gewählt. Zentrale Anliegen sind ihr dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Solidarität der Kantone im Asylwesen. Sie setzt sich ein für vertiefte Diskussionen der Generationenfrage sowie der Migrations- und Integrationspolitik.

Als Präsidentin des Konkordatsrats der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) beurteilt sie die Umsetzung der bundesrechtlich geforderten Strukturreform als Herausforderung, welche bis anhin in der Zentralschweiz gut gemeistert wird.

Gesamtwürdigung

In Kürze
Das Direktionssekretariat hat aussergewöhnlich viele Gesetzgebungsvorhaben bearbeitet. Es hat die Direktionsvorsteherin und die Ämter in juristischen und kommunikativen Fragen beraten und begleitet. Ausserdem wurde ein neues kantonales Amt von Grund auf konzipiert und aufgebaut.

Kantonsrats-, Regierungsrats- und Direktionsgeschäfte

Das Direktionssekretariat begleitete eine grosse Zahl von Gesetzgebungsprojekten, u.a. die Teilrevision des Gemeindegesetzes, die Revision der Kantonsverfassung und des Wahlgesetzes (neue Sitzzuteilungsmethode für den Kantonsrat, Majorzinitiative, Listenausgestaltung) die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (Alterspolitik), die Teilrevision des Kinderbetreuungsgesetzes und das neue Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung. Weiter wurden zahlreiche Verordnungen ausgearbeitet, z.B. zur Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes, die Geoinformationsverordnung, die Kinderbetreuungsverordnung. Schliesslich wurden wichtige Vorarbeiten für die Revision des Beurkundungsgesetzes geleistet. Das Direktionssekretariat hat 148 Anträge an den Regierungsrat erarbeitet, davon waren 13 Beantwortungen von parlamentarischen Vorstössen und 31 Beschwerdeinstruktionen. Ausserdem wurden 75 Mitberichte und Stellungnahmen verfasst.

Aufbau neues Amt

Die Organisation und der Personalbedarf (inkl. Stellenbeschreibungen aller Mitarbeitenden) wurden in den ersten Monaten geplant. Im ersten Halbjahr konnte die Präsidentin und die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sowie die drei Abteilungsleitenden der unterstützenden Dienste, des Mandatszentrums sowie des Revisorats/Kanzlei ausgewählt und vom Regierungsrat bzw. der Direktionsvorsteherin angestellt werden. Parallel liefen die Aufbauarbeiten und die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur wie Büroräumlichkeiten, IT-Programme, Mobiliar usw.

Software für die Einwohnerkontrollen (EK V5)

Nachdem im Dezember 2011 die Software nicht wie geplant eingeführt werden konnte, wurde das Informatikprojekt EK V5 intensiv weiter bearbeitet, um die Einführung der Software zu realisieren. Im Herbst wurde mit einer Risikoanalyse gestartet. Es wurde bekannt, dass sich ein Entwicklungs- und Vertriebspartner entschieden hatte, die neue Software nicht einzuführen, sondern für die bei ihr angeschlossenen Gemeinden neu zu entwickeln. Die daraus entstehenden Auswirkungen auf den Kanton Zug mussten analysiert werden.

Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

Im Frühling besuchten 148 Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber den staatsbürgerlichen Kurs. Als Referentin konnte wie im Vorjahr alt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz gewonnen werden. Die Bürgergemeinden wurden im jährlichen Workshop in Fragen der Durchführung von Einbürgerungsverfahren unterstützt. Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Namensrechts am 1. Januar 2013 führte der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst zahlreiche Schulungen bei Zivilstandsämtern und anderen Direktionen durch.

Aufsicht Vormundschaftswesen

Die Direktion des Innern übt die Aufsicht im Vormundschaftswesen aus. Aufgrund der neuen Zuständigkeiten im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ab 1. Januar 2013 hatten die Einwohner- und Bürgergemeinden all ihre Dossiers an das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz zu übergeben. Im letzten Quartal wurden alle Verfahren und Dossiers der 22 Vormundschaftsbehörden an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde übergeben. Im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion war die Direktion an allen Übergaben beteiligt.

Grundbuch- und Notariatsinspektorat

Der Grundbuch- und Notariatsinspektor hat die Gesetzgebungsprojekte im Bereich Beurkundungs- und Sachenrecht betreut. Er vertrat den Kanton an den vom Bundesamt für Justiz einberufenen Sitzungen betreffend die Einführung eines elektronischen Registers der Urkundspersonen und des e-Geschäftsverkehrs im Notariatsbereich.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Das Direktionssekretariat unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen, die Registerharmonisierung und die Volkszählung sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80% innert vier Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	<input checked="" type="radio"/>	
3	Fristgerechte Erstellung der Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100% innert Frist	<input type="radio"/>	85%. Zwei Beantwortungen benötigten aufgrund aktueller Entwicklungen bzw. umfassender Abklärungen etwas mehr Zeit
A	Erarbeitung Revision EG ZGB (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)	KR-Beschluss liegt vor	<input checked="" type="radio"/>	
B	Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes	Zur Beratung im KR	<input checked="" type="radio"/>	
L42	Erarbeitung Revision Gemeindegesetz	KR-Beschluss liegt vor	<input type="radio"/>	Rechtzeitig im KR traktandiert, dann aber auf spätere Sitzung verschoben
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Einfache Anfragen innert 48 Stunden, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>	
6	Aufsicht bei Abstimmungen	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss	<input checked="" type="radio"/>	
L42	Projekt «Engere Zusammenarbeit mit Gemeinden»	Weiterbildung für Gemeinden ist festgelegt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Registerharmonisierung/Volkszählung				
7	Lieferung Volkszählungsdaten an Bundesamt für Statistik	100% innert Frist (vierteljährlich)	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
8	Erstellung Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
9	Fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst				
10	Fachgerechte Inspektion der Zivilstandsämter (alle zwei Jahre)	Inspektion aller Zivilstandsämter durchgeführt	●	
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang Kostenvorschuss	●	
12	Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	●	
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	●	
Leistungsgruppe 6: Grundbuch- und Notariatsinspektorat				
14	Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und des Grundbuch- und Vermessungsamtes	Inspektion in allen elf Gemeinden durchgeführt	●	
15	Weiterbildung Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 7: Stabsdienstleistungen				
16	Aktive Information über aktuelle Themen aus der Direktion des Innern	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Beschwerden	Beschwerdeentscheide		35-40	31
Parlamentarische Vorstösse	RRA zu parlamentarischen Vorstössen		8-12	13
Rechnungswesen	Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden		66	66
Bürgerrechtserteilung	Einbürgerungsgesuche		350-400	347
Namensänderungen	Namensänderungsgesuche		60-70	59

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Beschwerdezahl ist jährlich schwankend.
 Zahlreiche Namensänderungsgesuche wurden im Hinblick auf das neue Namensrecht des revidierten ZGB erst für das Jahr 2013 gestellt, da das neue Recht verschiedene Erleichterungen bei Namensänderungen vorsieht.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'265'464.36	-3'302'400	-3'245'916.10	56'484	-1.7
Total Ertrag	549'572.05	500'500	455'351.70	-45'148	-9.0
Saldo	-2'715'892.31	-2'801'900	-2'790'564.40	11'336	-0.4

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1500.0021 Konkordat Zentralschw. BVG- und Stiftungsaufsicht					
Ausgaben					
Einnahmen	96'500.00				
IT1500.0001 Neue Einwohnerkontrolle					
Ausgaben	-306'599.10	-250'000	-1'615'379.87	-1'365'380	546.2
Einnahmen					
IT1500.0002 Strategieplanung Objektdaten					
Ausgaben	-40'556.85				
Einnahmen					
IT1500.0003 Anpassen der statistischen Auswertungen					
Ausgaben	-39'182.80		-10'000.00	-10'000	100.0
Einnahmen					
IT1500.0004 Betriebsumgebung für neue Fachanwendungen					
Ausgaben	-93'437.95				
Einnahmen					
IT1500.0005 eGov-Plattform – Aktualisierung Java					
Ausgaben		-50'000		50'000	-100.0
Einnahmen					
IT1500.0006 Neue Version Assentis-Server					
Ausgaben		-90'000	-54'875.00	35'125	-39.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-479'776.70	-390'000	-1'680'254.87	-1'290'255	330.8
Einnahmen	96'500.00				
Saldo	-383'276.70	-390'000	-1'680'254.87	-1'290'255	330.8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Nachdem die Einwohnerkontroll-Software EK V5 nicht wie vorgesehen Ende 2011 eingeführt werden konnte, mussten die Arbeiten 2012 fortgesetzt werden. Der Regierungsrat hat in vier Beschlüssen die Direktion des Innern ermächtigt, neue nicht budgetierte Aufträge für die Fertigstellung der EK V5, die Gesamtprojektleitung, die Qualitätssicherung, die Anpassung der EK-Formulare und die Auswertungen/Statistiken zu vergeben.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) hat mit seinen drei Abteilungen (Vermessung, Grundbuch und GIS-Fachstelle) die gesetzlichen Aufgaben vollständig erfüllt. Die Ziele gemäss Leistungsauftrag wurden ebenfalls weitestgehend erreicht. Anpassungen an Gesetzesänderungen sind erfolgreich umgesetzt worden. Das GVA hat massgebliche Beiträge zur kantonalen Geoinformationsgesetzgebung geleistet. Das Geoinformationsgesetz (BGS 215.71) und die Geoinformationsverordnung (BGS 215.711) wurden auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. In diesen beiden Erlassen werden die technischen und administrativen Einzelheiten, die für das Bewirtschaften und den Austausch von Geodaten unabdingbar sind, geregelt. Die Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung kann nun erfolgen.

Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung wurde vom Nachführungsgeometer instruktionsgemäss durchgeführt und durch das GVA verifiziert. Die kantonalen Lagefixpunkte (LFP2) wurden mittels periodischer Nachführung in Stand gestellt und dem Bund zur Prüfung eingereicht. Die Arbeiten wurden verifiziert und anerkannt. Für die Einführung des neuen Bezugsrahmens LV95 wurde zusammen mit den Nachführungsstellen ein Konzept erarbeitet. Die Anwenderinnen und Anwender sind an verschiedenen Veranstaltungen über den neuen Bezugsrahmen informiert worden. Die Leistungen gemäss der Vereinbarung mit der eidgenössischen Vermessungsdirektion sind vollumfänglich erbracht worden, wobei die Bereinigung der Hoheitsgrenzen (Kantonsgrenze) aufgrund von Rückständen Dritter eine Verzögerung erfahren hat.

Grundbuch

Das neue Immobiliarsachenrecht sowie die total revidierte eidgenössische Grundbuchverordnung wurden erfolgreich in die Praxis umgesetzt. Das Grundbuch- und Vermessungsamt hat zu den Neuerungen verschiedene Informationsveranstaltungen durchgeführt und im Internet Arbeitshilfen bereitgestellt. Beides hat zur erfolgreichen Umsetzung beigetragen. Entgegen der Ankündigungen von Finanzinstituten wurden Papier-Schuldbriefe nicht im erwarteten Ausmass in Register-Schuldbriefe umgewandelt.

Erneuerung der Grundbuchsoftware

Der Werkvertrag «ISOV-Grundbuch Version 6» zwischen den Kantonen Luzern, Schaffhausen, Solothurn, Zürich und Zug sowie der Stadt Chur mit der IBM wird rückabgewickelt. Vergleichsverhandlungen wurden aufgenommen. Der laufende Betrieb der heutigen Grundbuchsoftware ist vorerst gesichert. Die Gesetzgebung verlangt eine schweizweit standardisierte Datenhaltung, auch deshalb ist eine baldige neue Softwarelösung nötig.

Geo-Informationssystem Zug

ZugMap.ch wurde mit der aktuellsten Karten-Technologie und auf der neuen Geodateninfrastruktur gemäss Corporate Identity aufgebaut. Auf der Basis des neuen ZugMap.ch wird das Nachfolgeprodukt von ZUGIS mit der Bezeichnung ZugMap.secure aufgebaut. Dazu sind die grundlegenden Planungsschritte und erste Migrationen ausgeführt worden.

Die GIS-Fachstelle aktualisiert laufend alle Geodaten in enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern der kantonalen Verwaltung und der Gemeinden. Viele Themen wurden für das neue ZugMap.ch aufbereitet. ZugMap.ch wurde technisch angepasst, damit auf Gesuch hin Eigentumsdaten gesperrt werden können.

Einige der angebotenen Kartendienste wie Baustelleninfos sind bereits produktiv auf www.zug.ch im Einsatz. Der in HTML einbindbare Kartendienst «Embedded ZugMap» wurde technisch weiterentwickelt für den Einsatz in Online-Formularen.

Öffentlichkeitsarbeit

Am 29. August fand eine öffentliche Präsentation der neuen Generation ZugMap.ch statt. Die Veranstaltung wurde von zirka 120 Personen besucht.

Unter dem Motto «Geodaten im Trend» fand am 7. November die GIS-Tagung statt. An dieser Veranstaltung wurde über das neue Geoinformationsrecht, die Nutzungsmöglichkeiten von Geodaten des Kantons Zug aber auch über Neuigkeiten und kommende Projekte informiert. Es haben zirka 115 Personen teilgenommen.

Die amtliche Vermessung Schweiz feierte das 100-Jahre-Jubiläum. Im Kanton Zug fand am 12. Mai auf dem Landsgemeindeplatz in Zug die Ausstellung «Vermessung einst und heute» statt, wo Messmethoden demonstriert und ausprobiert werden konnten. Als bleibende Erinnerung zum Jubiläum wurde am 12. November im Koordinatenmittelpunkt des Kantons (Allenwinden) ein Bergahorn gepflanzt und eine Gedenktafel errichtet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer und dinglichen Rechte verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums erhebt und zur Verfügung stellt. Schliesslich koordiniert es die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug und im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen den Interessierten zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Betreuen des Vermessungswerks				
1	Geoinformationsgrundlagen sind aktuell	Zeitraum der Aktualisierung		
2	LV Amtliche Vermessung (2012) mit Bund erfüllt	Erfüllungsgrad 100%		Bereinigung Hoheitsgrenzen war nicht möglich, da die Nachbarkantone nicht alle Daten liefern konnten. Einführung der Gebäudeidentifikatoren in drei Gemeinden noch nicht vollständig
3	Materielle Richtigkeit der Vermessungsarbeiten kontrollieren	> 6 Kontrollprüfungen		Eine von sechs Kontrollprüfungen konnte aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden
4	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termintreu erfüllt	Innerhalb vereinbarter Frist		
Leistungsgruppe 2: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs				
5	Grundbuchanmeldungen sind fehlerfrei, rechtmässig und im Durchschnitt innert 45 Tagen nach Anmeldung abgeschlossen	Innerhalb der Frist		Wegen personeller Engpässe lag die durchschnittliche Bearbeitungszeit etwas höher (53 Tage)
6	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen erteilt	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert zwei Tagen seit Eingang		
7	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert zwei Tagen nach Bestellung zugestellt		
8	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen. Keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte		
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	Im ISOV-Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben		
B	Papierschuldbriefe sind fehlerfrei, rechtmässig und im Durchschnitt innert 45 Tagen nach Anmeldung in Registerschuldbriefe umgearbeitet	Innerhalb der Frist		
Leistungsgruppe 3: Beurkundung und Beglaubigung				
9	Schnelle und flexible Beurkundung von Pfandrechtsgeschäften	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug				
10	Geodatenaktualisierung erfolgt automatisierter	Aktualisierung läuft terminiert über Nacht	●	Die Automatisierungsprozesse wurden überarbeitet
11	Geodienste (WMS/WFS/embedded ZugMap) werden ausgebaut	Anzahl Nutzende erhöht	●	
12	Erarbeiten und Ergänzen der Datenmodelle nach kantonalem Recht	Konzept für Erarbeitung und Ergänzung liegt vor	○	Das Geoinformationsgesetz trat erst per 1. Januar 2013 in Kraft
C	ZUGIS (Spezialwerkzeuge) sind auf die neue Softwareplattform BM 3.2 migriert	Migration erfolgt	●	
D	Personal zur Umsetzung des GeoIG und GeoIG-ZG ist vorbereitet	Fachperson (Geomatikingenieurin bzw. Geomatikingenieur) ist angestellt und geschult	●	Das Personal wurde auf 2013 rekrutiert, da das Geoinformationsgesetz erst per 1. Januar 2013 in Kraft trat
Leistungsgruppe 5: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)				
13	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	3 Newsletter, 1 Urkundspersonentagung, regelmässige GIS-Tagung	●	Aufgrund des Wechsels bei der Amtsleitung wurde die Urkundspersonentagung 2012 auf den 25. Januar 2013 verschoben
14	Weiterbildung soll die Amtstätigkeit vereinfachen	Je eine Weiterbildungsveranstaltung zu Fragen des Grundbuchs und zu Fragen des GIS Zug ist durchgeführt	●	
15	Aktive Interessenvertretung in Fachverbänden	Eine Interessenvertretung. Intern abgesprochene Interessen sind eingebracht	●	
Leistungsgruppe 6: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)				
16	Unterstützen der Fachstellen des Kantons und der Gemeinden bei der Erstellung der Daten- und der Darstellungsmodelle für Geobasisdaten	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	○	Das Geoinformationsgesetz ist erst per 1. Januar 2013 in Kraft getreten, deshalb konnte mit dem Aufbau des ÖREB-Katasters noch nicht begonnen werden
E	Aufbau des ÖREB-Katasters	Einführungskonzept ist erstellt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Anzahl Grundbuchanmeldungen	Anzahl		13'000	5'833
Verwaltete Grundstücke	Anzahl		77'500	75'909
Verwaltete Grundpfandrechte	Pfandsomme in Milliarden		24.20	26.18
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl		22'000	17'097
Ausdrucke aus ZugMap.ch	Anzahl Kartenausschnitte		19'500	30'000

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Grundbuchanmeldungen: Es wurden wesentlich weniger Papier-Schulbriefe in Register-Schulbriefe umgewandelt als erwartet. Dies führte dazu, dass die Anzahl der Grundbuchanmeldungen im Rahmen der Vorjahre blieb.
 Ausdrucke aus ZUGIS (Intranet) und ZugMap.ch (Internet): Beim ZUGIS macht sich bemerkbar, dass doch einige Nutzerinnen und Nutzer auf den neuen Kartendienst ZugMap.ch gewechselt haben und somit wesentlich mehr Ausdrucke aus ZugMap.ch aufbereitet wurden. Die Anzahl der Ausdrucke aus ZUGIS verringerte sich um 5000. Die Angaben über die Anzahl der Ausdrucke aus ZugMap.ch beruhen teilweise auf Schätzungen, weil aufgrund der Umstellung auf die neue Serverinfrastruktur nur über einen Zeitraum von vier Monaten verlässliche Angaben gemacht werden können.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'130'704.37	-6'363'614	-5'453'263.42	910'350	-14.3
Total Ertrag	4'268'976.95	5'738'500	4'339'522.39	-1'398'978	-24.4
Saldo	-861'727.42	-625'114	-1'113'741.03	-488'627	78.2

Kommentar Rechnung

Entgegen der seinerzeitigen Ankündigungen von Finanzinstituten wurden nicht im erwarteten Ausmass Papier-Schuldbriefe in Register-Schuldbriefe umgewandelt. Dies führte einerseits zu einem Minderaufwand bei den Personalkosten andererseits fiel der Gebührenertrag tiefer als budgetiert aus. Wegen dem Abbruch von «ISOV-Grundbuch Version 6» konnte auf Wartungsarbeiten und Weiterentwicklungen verzichtet werden. Zudem fiel die Umstellung der Fachanwendungen auf Windows 7/Office 2010 geringer aus als erwartet. Das Digitale Terrainmodell konnte wetterbedingt nicht fertiggestellt werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1515.0091 ISOV-Grundbuch					
Ausgaben	-34'545.13		-5'326.20	-5'326	100.0
Einnahmen					
IT1515.0092 Betriebsumgebung für neue Fachanwendungen					
Ausgaben	-22'453.20				
Einnahmen					
IT1515.0093 Gesetzesänd. Immob.Sachrecht (ZGB) + Grundbuchvero					
Ausgaben		-200'000		200'000	-100.0
Einnahmen					
IT1515.0094 Strategie Objektdaten					
Ausgaben		-50'000		50'000	-100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-56'998.33	-250'000	-5'326.20	244'674	-97.9
Einnahmen					
Saldo	-56'998.33	-250'000	-5'326.20	244'674	-97.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1515.0091: Es sind Rechtsberatungskosten zur Rückabwicklung des gescheiterten Werkvertrages «ISOV-Grundbuch Version 6» angefallen.
 IT1515.0093: Mit dem Abbruch von «ISOV-Grundbuch Version 6» und der Kündigung des Wartungsvertrages vom bestehenden «ISOV-Grundbuch Version 5» durch die IBM wurden keine Investitionen in die alte Grundbuchlösung mehr getätigt.
 IT1515.0094: Aufgrund des Stellenantritts der Koordinatorin Objektdatenbewirtschaftung im April 2012 sind in der Phase der Einarbeitung und der konzeptionellen Entwicklung von Lösungsvorschlägen keine Ausgaben angefallen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Frühling hat der Regierungsrat den Waldentwicklungsplan und den Schutzwaldperimeter beschlossen. Die waldbaulichen Massnahmen, unter anderem zur Förderung der Schutzwälder und Naturschutzwälder wurden ausgeführt. Der Druck auf den Zuger Wald durch walddnahe Bautätigkeiten und vielfältige Erholungsnutzungen ist gross und nimmt weiter zu. Diese Entwicklung erschwert zunehmend die qualitative und quantitative Erhaltung des Waldes. Die Sonderschau über den Zuger Rötel an der Zuger Messe war das Highlight im Bereich Fischerei. Amtsintern stellte und stellt die Reorganisation eine spannende Veränderung und Herausforderung für alle Mitarbeitenden dar.

Waldentwicklungsplan und Schutzwaldperimeter

Am 22. Mai beschloss der Regierungsrat den Waldentwicklungsplan (WEP) sowie den Perimeter der Wälder mit besonderer Schutzfunktion gegen Naturgefahren. Der WEP sichert die öffentlichen Interessen am Wald und gewährleistet die nachhaltige Erfüllung aller Waldfunktionen.

Wald

Im Bereich Wald konnten Jungwald, Schutzwald und Naturschutzwälder in intensiver Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Waldeigentümerinnen und -eigentümern nachhaltig gepflegt werden. Dies obwohl die Holzpreise sanken und die Exportmöglichkeiten wegen des starken Schweizer Frankens massiv eingeschränkt waren. An die Zuger Wälder werden sehr unterschiedliche Ansprüche gestellt. Sie können die vielfältigen Funktionen erfüllen; damit ist die qualitative Erhaltung des Waldes nach wie vor garantiert. Der Wald konnte auch quantitativ erhalten werden, weil Bewilligungen für Rodungen stets mit der Forderung nach Realersatz verbunden wurden. Die tiefen Holzpreise decken die Kosten der Arbeiten zur Erhaltung der Waldfunktionen nicht. Deshalb werden die Waldeigentümerinnen und -eigentümer mit öffentlichen Geldern entschädigt. Hält diese Holzpreisentwicklung an, werden die öffentlichen Aufwendungen für besondere Waldfunktionen künftig weiter steigen. Bautätigkeiten in Waldesnähe und zunehmende Ansprüche an die Erholungsfunktion des Waldes setzen den Wald weiter unter Druck.

Fischerei

Alle durch hydroelektrische Nutzungen begründeten Hindernisse mussten bezüglich der Durchwanderbarkeit für Fische bewertet und beschrieben werden. Die Herausforderung bestand darin, die erst im Sommer publizierte Vollzugshilfe bis Ende des Jahres umzusetzen und dem Bundesamt für Umwelt die vollständigen Daten zu liefern.

Der Schweizerische Fischereiverband wählte den Rötel zum Fisch des Jahres. Mit kurzer Vorbereitungszeit konnte der Schweizerische Verband, der kantonale Fischereiverband und das Amt für Wald und Wild die eindruckliche und viel beachtete Sonderschau «Zuger Rötel» an der Zuger Messe realisieren.

Jagd

Der Bundesrat hat Mitte Juli eine Teilrevision der Jagdverordnung in Kraft gesetzt und den Kantonen keine Übergangsfristen zur Umsetzung eingeräumt. Die Kantone müssen eine Fülle von Anpassungen vornehmen. So sind die Modalitäten für die jährlichen Schiessnachweise zu überarbeiten. Zusätzliche Wildarten erhalten eine Schonzeit und für den Einsatz von Hunden auf der Jagd werden vermehrt Leistungsnachweise gefordert. Eine Neuerung des Bundesrechts, nämlich die Möglichkeit, Bestände von Konflikt-Wildarten zu regulieren, wurde gleich angewendet. Gemeinsam mit allen Interessengruppen wurde ein Gesuch für die Regulation der Graugänse-Population am Zugersee beim Bundesamt eingereicht. Dem Gesuch wurde entsprochen.

Reorganisation

Amtsintern galt es, das aus dem Kantonsforstamt und dem Amt für Fischerei und Jagd gebildete Amt für Wald und Wild funktionsfähig zu machen. Die zahlreichen organisatorischen und personellen Neuerungen erforderten von allen Mitarbeitenden grosses Engagement und Bereitschaft für Veränderungen. Die Reorganisation ist erfolgreich, auch wenn noch einige Herausforderungen zu meistern sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Neben dem forst-, fischerei- und jagdwirtschaftlichen Management gehören die Beratung, Schulung und Aufsicht sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu den Kernaufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Lebensräume und der Artenvielfalt ihrer Lebensgemeinschaften	Stichprobenartiges Monitoring ausgewählter Wild- und Fischarten und ihrer Bestände		
Leistungsgruppe 1: Wald				
2	Waldbauliche Beratung und Holzanzzeichnung durch AFW-Förster/innen	22'000 m ³ Holz gezeichnet		Wegen ungünstiger Holzverkaufsbedingungen (Holzpreisreduktionen, sehr schlechter Nachfrage bei Laubholz) wurden nur 18'772 m ³ Holz gezeichnet
3	Pflege von Schutzwald sicherstellen	140 ha Schutzwald gepflegt		
4	Ausführung von Jungwaldpflege sicherstellen	110 ha Jungwald gepflegt		
5	Sicherstellung der nachhaltigen Holznutzung	50'000 bis 80'000 m ³ Holznutzung		
6	Walddatenschutzgebiete und besondere Lebensräume aufwerten	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 105 ha aufgewertet		
7	Pflege von kantonalen Ufergehölzen	6.1 km Uferlänge gepflegt		
8	Fortführung des Wald-Wild-Monitoring	Situationsbericht bis 30. Juni 2012 an Direktionsvorsteherin		
A	Verfassen des Waldwirtschaftsplanes für den Wald der Korporation Zug	1 Waldwirtschaftsplan bis 31. Dezember 2012 erstellt		
B	Beurteilung der Bäche 3. Priorität im Zuständigkeitsbereich des Amtes	100% bis 31. Oktober 2012 beurteilt		Abschluss Gefahrenbeurteilung der Bäche 3. Priorität (geringstes Gefahrenpotenzial), Mitte Dezember
Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd				
9	Erhalt der Lokalform Zuger Rötel durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	250'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente		
10	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Bruterfolg 95% der eingelegten Eier		
11	Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	400 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente		Insgesamt wurden für den Zugersee 774 Patente und 137 Tageskarten verkauft. Uferpatente wurden lediglich 308 Stück nachgefragt (Vergleichszahl Vorjahr: 346)
12	Maximalaufwand der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Aufwand unter 1'130 h		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
13	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Mindestens 400 Rehe sofern Reduktion durch Frühjahrsbestand gerechtfertigt	●	
14	Verkauf Niederwildjagdpatente	221 verkaufte Patente	●	
15	Schilf- und Uferschutzintervention	Reaktionszeit unter 24 h für Beginn Schwemmholzbergung nach Ereignis (Vorbehalt Befahrbarkeit See verantwortlich)	●	
C	eGov-Projekt Fischerei	Verkauf Kurzzeitpatente via Internet > 25%	●	
Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung				
16	Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	100% innert Frist	●	
17	Ausarbeitung von Verwaltungsentwürfen, Vorbereiten von Erlassen	100% innert Frist	●	
18	Direktionsübergreifende Stellungnahmen	100% innert Frist	◐	70%. Amtsintern mussten oft mehrere Personen involviert werden
19	Erlass von Amts-Bewilligungen und Verfügungen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	●	
D	Informationen an Bauabteilungen der Gemeinden und Korporationen betr. Verfahren und Inhalt von fischereirechtlichen Bewilligungen	Bis Ende Oktober 2012 Informationsunterlagen versandt	○	Ziel konnte aus Zeitmangel nicht realisiert werden und soll im Jahr 2013 nachgeholt werden
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information				
20	Planung und Durchführung der Aufsichts- und Kontrollaufgaben während der Jagd	= 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtage 2012 und 300 h Jagdaufsicht 2012	●	
21	Kontrolle von Bauten und Anlagen im Wald durch Forstdienst	Forstdienst entdeckt und meldet Amtsleitung nicht bewilligte Bauten und Anlagen spätestens 6 Monate nach Erstellung	●	
22	Einsatzbereitschaft bei Wildunfällen	Bei 95% der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Aufgebot unterwegs zum Zielort (Journalführung)	●	
23	Aus- und Weiterbildung des Zuger Forstpersonals	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	●	
24	Ausbildung und Prüfung angehender Jägerinnen und Jäger	3 Kursangebote und Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	●	
25	Information und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser	60 Führungen durch FörsterInnen, WildhüterInnen oder FischereiaufseherInnen	●	
E	Ausdehnung und Anwendung Feedback-Karten im ganzen Amt	Systematische Verwendung der Geschäftsantwortkarten inkl. Dokumentation bis Ende Oktober 2012	◐	Feedbackkarte wird seit anfangs Dezember 2012 im ganzen Amt systematisch verwendet
Leistungsgruppe 5: Diverse				
26	Führen des Sekretariats der Natur- und Landschaftsschutzkommission	Erarbeiten von 95% Stellungnahmen innert Wochenfrist unterschrittsbereit zuhanden des Kommissionspräsidenten	◐	78%. Die Verzögerung bei 5 Stellungnahmen (22%) im Monat März 2012 wurde durch die kursbedingte Abwesenheit begründet

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Kommentar
27	Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)	Teilnahme an 80% der Rapporte, Übungen und Veranstaltungen im Rahmen der Notorganisation	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
DI-Verfügungen, auf Antrag des Amtes für Wald und Wild	Anzahl		40	28
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen	Anzahl		45	51
Beitragsgesuche (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.)	Anzahl		310	363
Holz zeichnen durch AFW-FörsterInnen	m ³		22'000	18'772
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer	Anzahl		50	56
Streifen der Laichtiere	Stunden		110	133
Wildunfälle, Bergung Fall- und Unfallwild	Stunden		800	940
Beratung Wildschadenprävention	Stunden		180	325
Baustellen- und Notabfischungen	Stunden		110	247
Seereinigungsboot, Schilf- und Uferschutz	Stunden		75	159
Fliessgewässer-Unterhalt	Laufmeter		800	1'140

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Die Kompetenz für die Erteilung von fischereirechtlichen Bewilligungen wurde per 1. Dezember 2012 von der DI ans AFW delegiert. Ohne Delegation läge die Anzahl bei 44 Verfügungen.
- Die Anzahl Beurteilungen von Waldabstandsunterschreitungen bezieht sich ausschliesslich auf Verfügungen und schriftliche Stellungnahmen; mündliche Beurteilungen sind nicht enthalten.
- Wegen ungünstiger Holzverkaufsbedingungen (Rückgang der Holzpreise, sehr schlechte Nachfrage bei Laubholz) konnte von den Försterinnen und Förstern weniger Holz gezeichnet werden als budgetiert war.
- Der Anteil der Beratungstätigkeit bei der Wildschadenprävention am Gesamtaufwand liess sich – mit vertretbarem Aufwand – nicht ermitteln. Angegeben ist die Aufwandsomme im Bereich der Leistungen zur Wildschadenverhütung und -vergütung.
- Notabfischungen wurden 2012 keine nötig. Der überdurchschnittliche Gesamtaufwand für Baustellenabfischungen resultiert aus der grossen Bautätigkeit an und in Gewässern.
- Drei lokale Starkregenereignisse mit Schwemmhölzeintrag führten zu einem erhöhten Aufwand beim Einsatz des Seereinigungsboots.
- Nach dem Juni-Unwetter mussten am Höllbach, Gemeinde Neuheim, auf einer Länge von zirka 250 Meter Unterhaltmassnahmen zum Schutz der Uferböschungen ausgeführt werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'025'966.65	-6'208'900	-5'755'360.04	453'540	-7.3
Total Ertrag	2'146'388.45	1'348'800	1'516'628.22	167'828	12.4
Saldo	-3'879'578.20	-4'860'100	-4'238'731.82	621'368	-12.8

Kommentar Rechnung

- Leistungsgruppe 1 (Wald): Sowohl beim Bachunterhalt als auch bei der Wald- und Wildplanung wurden weniger Massnahmen ausgeführt als geplant waren; die budgetierten Aufwände sind beim Bachunterhalt um 190'000 Franken und bei der Planung um 200'000 Franken unterschritten. Zudem war der Ertrag von 160'000 Franken von Ausgleichsabgaben für Rodungen zum Kiesabbau im Äbnetwald, Gemeinde Cham, nicht budgetiert. Diese Umstände führen zu einer Reduktion des Aufwandüberschusses um 550'000 Franken.
- Weil bei den andern Leistungsgruppen gut budgetiert wurde und folglich keine erheblichen Differenzen zwischen Budget und Rechnung bestehen, wird der budgetierte totale Aufwandüberschuss um insgesamt 620'000 Franken unterschritten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1530.0001	Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen					
	Ausgaben		-18'500	-14'100.00	4'400	-23.8
	Einnahmen					
DI1530.0002	Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald					
	Ausgaben	-453'297.25	-890'000	-650'257.52	239'742	-26.9
	Einnahmen		200'000	35'107.80	-164'892	-82.4
DI1530.0031	Erwerb von Waldungen					
	Ausgaben		-30'000		30'000	-100.0
	Einnahmen					
DI1530.0033	Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung. + Schutzbauten					
	Ausgaben	-104'139.90	-100'000	-95'083.65	4'916	-4.9
	Einnahmen	19'622.65		3'213.00	3'213	100.0
DI1530.0034	Sanierung Strasse Innerblack – Hintermangeli					
	Ausgaben	-74'005.95		-7'466.15	-7'466	100.0
	Einnahmen					
DI1530.0061	Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess. + Schutzbauten					
	Ausgaben	-714'751.25	-674'000	-392'049.65	281'950	-41.8
	Einnahmen					
DI1530.0062	Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess. + Schutzbauten					
	Ausgaben		-93'000	-66'943.25	26'057	-28.0
	Einnahmen					
DI1530.0063	Bundesbeitrag Programmvereinbarung SchutzbautenWaG					
	Ausgaben					
	Einnahmen	93'750.00	368'000	377'500.00	9'500	2.6
DI1530.0064	Durchlauf. Investitionsbeiträge für/an Waldeigent.					
	Ausgaben		-199'000	-199'000.00		
	Einnahmen		199'000	199'000.00		
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'346'194.35	-2'004'500	-1'424'900.22	579'600	-28.9
	Einnahmen	113'372.65	767'000	614'820.80	-152'179	-19.8
	Saldo	-1'232'821.70	-1'237'500	-810'079.42	427'421	-34.5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- Beim Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten wurden weniger Massnahmen realisiert als geplant waren. Daraus resultieren Minderausgaben von 75'000 Franken.
- Die Waldeigentumsberechtigten führten bei der forstlichen Erschliessung und bei Waldschutzbauten weniger Massnahmen aus als projektiert waren. Deshalb wurden weniger Beiträge im Umfang von 310'000 Franken ausbezahlt.
- Der budgetierte totale Aufwandüberschuss wird um 430'000 Franken unterschritten.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Jahr stand im Zeichen verschiedener Gesetzgebungsprojekte im Bereich der Generationen- und Gesellschaftspolitik, der Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms, des Anstiegs der Asylgesuche in der Schweiz und der Konsolidierung der Abteilung soziale Einrichtungen.

Weiterentwicklung der Generationen- und Gesellschaftspolitik

Das Sozialamt hat elf Sitzungen von drei Kommissionen des Kantonsrats begleitet, welche Gesetzesvorlagen aus dem Sozialamt berieten: die Teilrevision Sozialhilfegesetz (Alterspolitik; BGS 861.4), die Teilrevision Kinderbetreuungsgesetz (BGS 213.4) und das neue Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz). Der Kantonsrat lehnte es ab, im Sozialhilfegesetz eine explizite gesetzliche Grundlage für die Alterspolitik zu schaffen. Das auf sechs Jahre befristete Kinderbetreuungsgesetz hat sich auch aus Sicht des Kantonsrates bewährt und wird unbefristet weitergeführt. Das Integrationsgesetz regelt die Steuerung und Koordination der Integrationsförderung und die wichtigsten Integrationsmassnahmen. Es wurde vom Kantonsrat in erster Lesung behandelt.

Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms KIP

Im ersten Halbjahr hat der Bund seine Vorstellung für die Weiterentwicklung der Integrationsförderung konkretisiert. So sollen sämtliche Förderbereiche des Bundes ab 2014 in einer integralen Programmvereinbarung zwischen Kanton und Bund geregelt werden. Dazu definierte der Bund zwölf verbindliche Programmziele in acht Förderbereichen, welche durch die Kantone zu konkretisieren sind. Bis Ende Jahr erarbeitete die Fachstelle Integration des Sozialamts einen ersten Entwurf des Programms für die Vorprüfung durch den Bund. Der Programmentwurf entstand in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen, Gemeinden und Privaten. Zu diesem Zweck hat das Sozialamt über 30 Hearings, Workshops und Fokusgespräche durchgeführt.

Erfolgreiche Unterbringungsstrategie im Asylbereich

Im Zusammenhang mit den politischen Umwälzungen in Nordafrika kam es seit Anfang 2011 zu einem deutlichen Anstieg der Asylgesuche in der Schweiz. Die Unterbringung dieser Personen stellt für den Bund und die Kantone eine grosse Herausforderung dar. Ende Jahr musste der Kanton 627 Personen im Asylbereich unterbringen. Das sind 75 Personen (+ 12%) mehr als noch Ende 2011. Es gelang, durch Akquisition auf dem Liegenschaftsmarkt und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden genügend Unterkünfte bereitzustellen: drei wegfallende Unterkünfte mit 34 Plätzen konnten durch zwölf neue Unterkünfte mit 131 Plätzen ersetzt werden.

Konsolidierung der Abteilung soziale Einrichtungen

Im Hinblick auf die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und zwischen Kanton und Gemeinden (ZFA) hat die Abteilung soziale Einrichtungen ab 2008 bedeutende Aufgaben neu übernommen. Es wurde ein Behindertenkonzept und ein Gesetz sowie eine Verordnung über soziale Einrichtungen geschaffen. Die Übergangsphase ist in allen Teilen erfolgreich abgeschlossen. Es geht nun darum, die Steuerung sozialer Einrichtungen zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. So wurde eine Auslegeordnung zum Thema «Menschen mit Behinderung werden älter» gemacht und veröffentlicht. Die Zentralschweizer Kantone beschlossen die gemeinsame Erhebung und Auswertung statistischer Daten. Zudem soll für soziale Einrichtungen im Behindertenbereich ein Projekt zur individuellen Bedarfserhebung für die Angebotsplanung durchgeführt werden. Seit Ende Jahr hat die Abteilung eine neue Leiterin.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen soziale Einrichtungen, Asyl, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl				
1	Regelmässige Beratungen	Anzahl Beratungsgespräche/Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70%	<input type="radio"/>	Erreichter Wert 66%; Ziel wurde nicht erreicht, da Zahl der zu betreuenden Personen stärker anstieg als erwartet
2	Durchführung von Integrationsmassnahmen	Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge mit einer Integrationsmassnahme: 80%	<input checked="" type="radio"/>	
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	100% genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	<input checked="" type="radio"/>	
4	Korrekte Reportings und Abrechnungen gegenüber dem Bund	100% innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen				
5	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Anzahl Controllinggespräche: 17 Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 5	<input checked="" type="radio"/>	
6	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Annerkennungsvoraussetzungen	Anzahl Überprüfungen: 10	<input checked="" type="radio"/>	
A	Bauprojekt Maihof Schlussabrechnung liegt vor	Schlussabrechnung erstellt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte				
7	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	95% innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte				
8	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 5: Information, Koordination und Vernetzung				
9	Aktuelle Kinderbetreuungsbrochure und Kinderbetreuungswebseite mit integriertem Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Brochure: aktualisiert und versandt im Mai. Erstes Reporting abgeschlossen und mit den Gemeinden evaluiert	<input type="radio"/>	Reporting konnte aufgrund technischer Verzögerungen (Programmierung) noch nicht realisiert werden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
10	Fördergelder des Bundes durch Kompetenzzentrum Integration eingeholt und Zielvorgaben des Bundes in den zentralen Leistungsbereichen erreicht	Gelder eingeholt: 100% Mindestzielvorgaben des Bundes erfüllt	●	
B	Entwicklung und Umsetzung des Sprach- und Bildungsangebots und innerkantonale Koordination	Zielvorgaben gemäss Programmvereinbarung mit Bund sind zu 80% umgesetzt. Gelder eingeholt: 80%	●	
C	Entwicklung kantonales Integrationsprogramm für spezifische Integrationsförderung (EKIM)	Finanzgesuch und Konzept innert Frist eingereicht an Bund	●	
Leistungsgruppe 6: Übrige Aufgaben				
11	Fach- und fristgerechte Durchführung von Adoptionsverfahren	Prozessvorgaben eingehalten	●	
12	Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissionssitzungen	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9 Jährliche Sitzungsgeldabrechnung	●	
13	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	100% innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/SHG	●	
D	Projekt «Aufsicht und Qualitätssicherung in der familienergänzenden Kinderbetreuung»	Konzept durch Direktion bewilligt und Umsetzung gestartet	◐	Konzept liegt vor. Bewilligung pendent
E	Pilotprojekt «Frühe Förderung in Kitas»	Finanzierungsbeschluss RR und Start der 1. Projektphase	●	
F	Umsetzung Postulat Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache	Ergebnis Prüfung verschiedener Varianten liegt vor	●	
L23	Koordination und Umsetzung der Massnahmen zur Familienpolitik der DI	Zwischenbericht an RR gemäss Aussprachepapier	◐	Zwischenbericht liegt in Entwurfsform vor. Abschluss 1. Quartal 13
L23	Entwicklung Altersleitbild	Vorgehensplan erarbeitet, Umsetzung eingeleitet	○	Nichteintreten auf den Altersparagrafen im Sozialhilfegesetz durch den Kantonsrat am 3. Mai 2012

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
RR-Anträge (KSA)	Anzahl		60	40
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		20	19
Lotteriefondsgesuche	Anzahl		40	33
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl		25	25
Beitragsgesuche Integration	Anzahl		40	42
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl		755	865
- Asylsuchende N			240	332
- Nothilfe			80	70
- Vorläufig Aufgenommene F (finanziert von Bund)			140	148
- Vorläufig Aufgenommene F7+ (finanziert von Kanton)			125	114
- Anerkannte Flüchtlinge B			120	134

Institutionelle Gliederung
 Direktion des Innern
 1550 – Sozialamt

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F			50	59
- Aufenthaltsstatus C			5	8
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl		755	865
- Durchgangsstation			90	94
- Dezentrale Unterkunft			420	512
- Nothilfe-Unterkunft			35	21
- Private Unterkunft			195	216
- Andere Unterbringung			15	22
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze			
- Wohnen			38	34
- Wohnen mit Beschäftigung			170	166
- Wohnen mit geschütztem Arbeitsplatz			65	65
- Geschützte Arbeitsplätze			227	217
- Beschäftigung			35	38
Kostenübernahmegarantien (KÜG)	Anzahl behandelte Gesuche		240	305
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossier		75	68
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossier		95	103

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Zahl der Regierungsratsanträge des Sozialamtes kann nur beschränkt geplant werden. Sie ist stark von externen Faktoren abhängig: Parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen, kurzfristig aktuelle Geschäfte usw. In den Vorjahren waren es jeweils zwischen 46 und 62 Anträge pro Jahr.

Die steigende Zahl von Asylgesuchen seit Anfang 2011 machte sich wiederum bemerkbar. Ende Jahr waren 865 Personen im Asylbereich in der Zuständigkeit des Sozialamtes. Dies entspricht einem Wachstum von 101 Personen bzw. 13% gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum war damit wesentlich grösser als im Zeitpunkt der Budgetierung erwartet wurde.

Bei der Zahl der behandelten Gesuche über eine Kostenübernahmegarantie (KÜG) für Personen in sozialen Einrichtungen wurde eine markante Zunahme verzeichnet. Verschiedene Kantone sind dazu übergegangen, für Personen, die in derselben Einrichtung sowohl die Angebote Wohnen als auch Beschäftigung in Anspruch nehmen, zwei separate KÜG einzureichen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-57'585'914.35	-61'114'100	-61'690'571.01	-576'471	0.9
Total Ertrag	12'696'283.42	13'346'000	16'174'447.55	2'828'448	21.2
Saldo	-44'889'630.93	-47'768'100	-45'516'123.46	2'251'977	-4.7

Kommentar Rechnung

Die Gründe für die Budgetabweichung von 2.25 Mio. Franken sind folgende:

Die Kostenübernahmegarantien für Zuger Bewohnerinnen und Bewohner in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen sind 600'000 Franken über Budget. Der Bedarf nach Angeboten für Menschen mit Behinderung steigt stärker als die innerkantonalen Angebote, was zu mehr ausserkantonalen Platzierungen führt. Im Kanton Zürich wurde zudem von der Defizit- auf die Pauschalabrechnung umgestellt, was dazu führt, dass die Kosten für 2012 grösstenteils auch bereits 2012 in Rechnung gestellt wurden, zugleich aber noch viele Forderungen für Leistungen des Jahres 2011 abgerechnet wurden.

Die Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck (Leistungs- und Subventionsvereinbarungen) sind aufgrund von Rückzahlungen 730'000 Franken unter Budget. Die innerkantonalen Kostenabgeltungen gemäss Zuständigkeits- und Sozialhilfegesetz sind 160'000 Franken unter Budget.

Aufgrund der gestiegenen Anzahl Asylgesuche erzielten die Sozialen Dienste Asyl höhere Bundesbeiträge. Dank diesen Beiträgen schlossen sie 1'780'000 Franken unter Budget ab. Weitere diverse Budgetunterschreitungen ergeben rund 200'000 Franken.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0024	Wohn- u. Werkheim Schmetterling					
DI1550.0027	ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch					
	Ausgaben		-1'300'000		1'300'000	-100.0
	Einnahmen					
DI1550.0029	Sicherheitsmassnahmen LV					
	Ausgaben			-231'880.85	-231'881	100.0
	Einnahmen					
DI1550.0032	Stiftung Phönix: Kauf und Umbau Tageszentrum					
	Ausgaben		-300'000	-2'200'000.00	-1'900'000	633.3
	Einnahmen					
DI1550.0033	Beitrag ConSol Wäscherei Ibelweg					
	Ausgaben			-516'000.00	-516'000	100.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-1'600'000	-2'947'880.85	-1'347'881	84.2
	Einnahmen					
	Saldo		-1'600'000	-2'947'880.85	-1'347'881	84.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0001	ZUWEBE Baar, Anbau und Sanierung Gebäude					
	Ausgaben	-2'971'396.69				
	Einnahmen					
DI1550.0022	Stiftung Maihof Ausbau und Sanierungen					
	Ausgaben	-4'945'000.00		-1'290'000.00	-1'290'000	100.0
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-7'916'396.69		-1'290'000.00	-1'290'000	100.0
	Einnahmen					
	Saldo	-7'916'396.69		-1'290'000.00	-1'290'000	100.0

Kommentar Rechnung

DI 1550.0027 ZUWEBE: Der Umbau der Werkstätte Bösch wurde verschoben.

DI 1550.0029 Sicherheitsmassnahmen: Beim Projekt Sicherheitsmassnahmen LV wurde ein Beitrag an das Wohnheim Eichholz für Investitionen im Bereich Brandschutz bewilligt. Die Schlusszahlung an die Sicherheitsmassnahmen im Rahmen des Umbaus bei der Stiftung Maihof konnte erst Ende 2012 erfolgen (budgetiert im 2011).

DI 1550.0032 Phönix: Die Stiftung Phönix konnte das zuvor von der ZUWEBE für das Tageszentrum gemietete Stockwerk kaufen und zusätzlich die Geschäftsstelle im gleichen Gebäude integrieren. Bei der Budgetierung ging man davon aus, dass der Kauf bereits im 2011 erfolgen kann. Der Umbau ist inzwischen abgeschlossen und die Bauabrechnung eingetroffen. Das Budget konnte eingehalten werden. Die Prüfung muss noch erfolgen.

DI 1550.0033 ConSol: Der Ausbau der Wäscherei ist abgeschlossen, die Bauabrechnung ist eingetroffen, aber noch nicht geprüft. Die effektiven Kosten entsprechen dem Regierungsratsbeschluss. Die Gelegenheit zur Geschäftsübernahme und zum Ausbau ergab sich erst nach der Budgetierung.

DI 1550.0022 Stiftung Maihof: Die Schlussabrechnung ist eingetroffen. Die Kosten sind rund 250'000 Franken unter Budget. Die Prüfung hat noch nicht stattgefunden.

Gesamtwürdigung

In Kürze
Am 1. Januar 2013 wird das Vormundschaftsrecht aus dem Jahr 1907 durch ein modernes Kindes- und Erwachsenenschutzrecht abgelöst. Das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ist aufgebaut und kann seine Arbeit gemäss neuem Recht rechtzeitig aufnehmen.

Aufbau Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES)

Aufgrund der Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 19. Dezember 2008 (SR 210), welche per 1. Januar 2013 in Kraft tritt, hatten die Kantone die Aufgabe, die bestehenden Vormundschaftsbehörden neu zu organisieren. Dabei fordert das Bundesrecht neu eine interdisziplinäre zusammengesetzte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde mit Fachpersonen. Der Kanton Zug entschied sich, dafür ein neues Amt aufzubauen – das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES). Das neue Amt besteht aus der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sowie den Abteilungen unterstützende Dienste, Revisorat/Kanzlei und Mandatszentrum und beschäftigt 32 Personen (26 Vollzeitstellen).

Im Berichtsjahr wurde das gesamte Personal rekrutiert, ausgewählt und angestellt, die Infrastruktur erstellt sowie die Organisationsabläufe festgelegt. Für alle Mitarbeitenden wurden Stellenbeschreibungen erstellt, diese mussten den Vorgaben entsprechend weitgehend selbständig ihre Arbeit aufnehmen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Übernahme der 1308 Fälle aus den 22 Bürger- und Einwohnergemeinden sowie der elektronische Datentransfer. Die Dossierübernahme wurde mit jeder Gemeinde einzeln geplant und vorbereitet. Die ersten Gemeinden übergaben ihre Dossiers bereits anfangs Oktober. Weil diese aufgrund der veränderten Verhältnisse über keine oder nur noch wenige Mitarbeitende in den Vormundschaftssekretariaten verfügten, mussten Mitarbeitende des neuen Amtes bereits die Dossiers bearbeiten. Die Entscheide wurden jedoch den noch bestehenden Vormundschaftsbehörden unterbreitet, da das neue Recht erst ab 1. Januar 2013 in Kraft tritt.

Ein weiterer Schwerpunkt des neuen Amtes war neben der Klärung der Schnittstellen die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen wie z.B. Zuger Polizei, Psychiatrische Klinik Zugersee, Ambulante Psychiatrische Dienste, Ärzteschaft, Fachstellen, Jugendanwaltschaft, Gerichte, Schulen, Schulsozialarbeit sowie die gemeindlichen Sozialdienste zu definieren. Einen wichtigen Stellenwert nahm auch die Öffentlichkeitsarbeit ein. An zahlreichen Informationsveranstaltungen wurde das neue Amt vorgestellt und ausführlich über das neue Recht informiert.

Zahlreiche Mandate (400) werden im Kanton Zug durch 300 private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger geführt. Diese Personen wurden ebenfalls durch gezielte Veranstaltungen über das neue Recht und allfällige Veränderungen informiert.

Eine Begleitgruppe von Vertreterinnen und Vertretern aus den Bürger- und Einwohnergemeinden begleitete den Aufbau des Amtes.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die sie unterstützenden Dienste und das Mandatsführungszentrum sind die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Gesamtleistung: Aufbau des Amtes				
A	Aufbau des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz	Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist im ersten Quartal 2012 bestellt, die Hälfte der Mitarbeitenden sind Mitte 2012, die übrigen Ende 2012 angestellt		Per 31. Dezember 2012 sind die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie alle Mitarbeitenden der Abteilungen unterstützende Dienste, Revisorat/Kanzlei und Mandatszentrum angestellt
B	Aus- und Weiterbildung der Behördenmitglieder und der Mitarbeitenden	Die Behördenmitglieder haben die Grundausbildung der KOKES zum neuen Erwachsenenschutzrecht abgeschlossen		
C	Aufbau Bibliothek	Fachbibliothek ist aufgebaut		
D	Daten und Dossier der Einwohner- und Bürgergemeinden sind vom Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz übernommen	Datenübernahme von den Gemeinden ist abgeschlossen. Dossiers sind übergeben. 100% bis Ende 2012		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Laufende Massnahmen	Fall		1'050	1'308
Neu angeordnete Massnahmen	Fall		260-270	262

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um Fallzahlen und nicht um angeordnete Massnahmen gemäss Zivilgesetzbuch (ZGB). Etliche hängige Massnahmen, welche von den Vormundschaftsbehörden der Gemeinden nicht mehr im Jahr 2012 entschieden wurden, müssen nun von der KESB abgeklärt und unter Umständen im Nachhinein angeordnet werden. Bei der letzten Befragung bei den Gemeinden im Jahre 2011 wurde die Fallzahl mit 1050 angegeben. Inzwischen sind die Fallzahlen stark angestiegen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand		-1'449'300	-1'266'870.19	182'430	-12.6
Total Ertrag			176'749.40	176'749	100.0
Saldo		-1'449'300	-1'090'120.79	359'179	-24.8

Kommentar Rechnung

Das Budget wurde im Wesentlichen aus folgenden zwei Gründen um Fr. 359'179.21 unterschritten:

1. Durch die aus Effizienzgründen gestaffelt angeordneten Stellenantritte konnte der budgetierte Personalaufwand um Fr. 146'405.55 unterschritten werden. Dies führte dazu, dass auch in weiteren personalabhängigen Budgetbereichen, wie beispielsweise bei den Spesenentschädigungen, ein kleinerer Aufwand entstand.
2. Neben den Behördendossiers wurden auch die Mandatsdossiers bereits im Laufe des Herbstes 2012 von den Gemeinden übernommen. Der damit einhergehende Aufwand für die Dossierführung wurde den Gemeinden in Rechnung gestellt. Da zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht bekannt war ob und in welchem Umfang Entschädigungen für die vorzeitige Dossierführung in Rechnung gestellt werden, konnten auch keine Erträge budgetiert werden. Daraus resultierte ein Ertragsüberschuss von Fr. 176'749.40.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1552.0001 Kostenberücksichtigung Fallführungs-Software					
Ausgaben		-150'000	-202'191.40	-52'191	34.8
Einnahmen			30'698.50	30'699	100.0
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-150'000	-202'191.40	-52'191	34.8
Einnahmen			30'698.50	30'699	100.0
Saldo		-150'000	-171'492.90	-21'493	14.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das Budget wurde aufgrund folgender drei Punkte um Fr. 21'492.90 überschritten:

1. Bei der Budgetierung der Kosten für die Fallführungssoftware wurden Fr. 9912.90 zu wenig veranschlagt.
2. Die Fallführungssoftware basiert auf dem Datenbanksystem «Microsoft SQL Server». Die dafür angefallenen Lizenzkosten von Fr. 8510.15 wurden nicht budgetiert.
3. Damit die Falldaten der Gemeinden möglichst effizient, sicher und vollumfänglich übernommen werden konnten, wurde entschieden, den Datenimport automatisiert mittels der Software «XML-Import» durchzuführen. Die angefallenen Lizenz- und Dienstleistungskosten von gesamthaft Fr. 33'768.35 wurden von den betroffenen Gemeinden und dem Kanton anteilmässig übernommen. Der Kantonsanteil von Fr. 3069.85 konnte zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht berücksichtigt werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Wegen der hohen Bautätigkeit beurteilte und begleitete die Denkmalpflege viele Bau- und Planungsvorhaben. Zunehmend wurden auch energetische wirksame Massnahmen an Baudenkmalern und in Ortsbildschutzzonen beurteilt. Die von verschiedensten Seiten gewünschte Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde fortgeführt und in einer ersten Gemeinde abgeschlossen. Die archäologischen Rettungseinsätze, die aufgrund der vielen Bauvorhaben notwendig waren, führten zum Teil zu bemerkenswerten Entdeckungen. Einige Fundmagazine waren massiv von Schimmelpilz befallen; dies verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit eines besseren Depots zum Schutz archäologischer Kulturgüter. Verschiedene Ausgrabungen und Bauuntersuchungen konnten wissenschaftlich ausgewertet und veröffentlicht werden. Das Interesse an Publikationen, Vorträgen und Grabungsführungen war gross.

Reorganisation

Die Struktur des Amtes wurde analysiert und auf Verbesserungen geprüft. Die Reorganisation optimiert u.a. Abläufe und Führungsstrukturen. Sie führt dazu, dass das Amt neu aus vier Abteilungen bestehen wird.

Denkmalpflege

Die Beratung von Baubehörden und Privaten sowie die Mitwirkung in Beurteilungsgremien von Wettbewerben und Studienaufträgen waren zeitintensiv. Eine neue Herausforderung bildete die Beurteilung von energetisch wirksamen Massnahmen (Wärmedämmung, Energiegewinnung) an Baudenkmalern und in Ortsbildschutzzonen. Hier gilt es jeweils Lösungen zu finden, die zugleich ökologischen und denkmalpflegerischen Anliegen gerecht werden.

Die systematische und flächendeckende Bestandesaufnahme von historischen Bauten und die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurden fortgeführt. In der Gemeinde Neuheim wurde die Überarbeitung mit der Aufnahme von 27 Objekten ins Inventar abgeschlossen.

Die kantonale Denkmalkommission beurteilte die Schutzwürdigkeit von 17 Objekten. Der Regierungsrat und die Direktion des Innern haben sechs Objekte unter kantonalen Schutz gestellt; ein Objekt wurde aus dem Schutz entlassen. Das Verwaltungsgericht bestätigte zwei Entschiede des Regierungsrates, die Baudenkmalern unter Schutz stellten; vier weitere Fälle sind hängig.

Archäologie

Die grosse Bautätigkeit machte zahlreiche archäologische Rettungseinsätze erforderlich. Eine besondere Herausforderung war die termingerechte Bearbeitung grossflächiger Baustellen von mehreren zehntausend Quadratmetern Grösse. Insgesamt kamen an acht neuen Stellen reichhaltige Funde aus verschiedensten Epochen zum Vorschein. Beim Alpenblick in Cham stiessen die Fachleute auf Reste bronzezeitlicher Pfahlbauten. In Risch, Menzingen, Oberwil und der Stadt Zug mussten historische Bauten weichen oder waren von tiefgreifenden Umbauten betroffen.

Das Amt bildete die Sicherheitskompanie der Zivilschutzorganisation im Bereich Kulturgüterschutz aus.

Nach jahrelanger Forschungsarbeit in der Zuger Altstadt konnte das Buch «Archäologie der Stadt Zug Band 1» veröffentlicht werden. Die wissenschaftlichen Auswertungen und Publikationen zu verschiedenen Themen wurden weitergeführt, z.B. zu den hölzernen Wohnbauten aus dem 14. bis 17. Jahrhundert; dies dank der Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds und der Universität Zürich.

Das Interesse an den Veranstaltungen wie Vorträgen, Führungen auf Grabungen und durch den Betrieb war gross. Besondere Beachtung fanden die Aktion «Zeitbild» und die Sonderausstellung «Excalibur aus dem Zugersee» in der Burg Zug mit der Sendung «Einstein» von SRF mit einem Dokumentarfilm über den mittelalterlichen Degen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung				
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
2	Fachkundige Beratung von Bauherrschaften, Planenden und Behörden	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
3	Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	100% Auftragserteilung innert Monatsfrist		
Leistungsgruppe 2: Archäologische Untersuchungen und Auswertung				
4	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
5	Kleine bis mittelgrosse Objekte sach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	80% innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin		
6	Komplette Aufarbeitung der Dokumentation zur Archivreife innert 24 Monaten	80% der Objekte		
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): - Römische Mühle Cham-Hagendorn - Pfahlbauten Cham-Alpenblick - Historische Holzbauten - Malereien Baar, Leihgasse 39/41	- Römische Mühle: Abschluss Gesamtauswertung per 31. Dezember - Pfahlbauten: 75% Funde gereinigt und erfasst, 50% Dendro-Analyse, 20% Befund per 31. Dezember - Holzbauten: 50% Auswertung per 31. Dezember - Malereien: 50% Auswertung per 31. Dezember		- Römische Mühle: Bis auf ein externes Manuskript ist Gesamtauswertung fertig. - Pfahlbauten: 100% Funde, 55% Dendro-Analyse, 10% Befund - Holzbauten: 75% - Malereien: Projektbeginn hat sich wegen externer Faktoren verzögert. Projektstand: 10%
Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)				
7	Sitzungen kantonale Denkmalkommission	Einladung 10 Tage vor Sitzung verschickt (mit Traktandenliste und Protokoll der letzten Sitzung)		
8	Kunden- und objektgerechte Behandlung der Unterschutzstellungs- und Beitragsgesuche	80% der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen drei Wochen vor Sitzung ein		
9	Fundierte Vorlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit erstellen	80% im Sitzungsrythmus der Denkmalkommission		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung				
10	Aktualisierung des Verzeichnisses der geschützten Baudenkmäler und des Inventars der schützenswerten Baudenkmäler	Vierteljährlich auf Internet	●	
11	Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank und der archäologischen Fundstellendatenbank	Vierteljährlich auf Internet	◐	Datenbanken wurden laufend aktualisiert und Daten vierteljährlich auf Zugmap eingetragen. Teilweise konnten die Daten noch nicht auf Zugmap eingetragen werden
12	Erstellen der Kulturgüterschutz-Sicherstellungs-Dokumentation für Einsatzpläne Feuerwehr	80% gemäss Planung	●	
13	Erfassen Neueingänge archäologischer Funde und Einleitung vorsorglicher Konservierungsmassnahmen innert 24 Monaten	90% innert Frist	●	
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten/ Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Projektplan auf Basis Pilotgemeinde liegt vor. Gemeinde Neuheim abgeschlossen. 80% der Objekte in Gemeinde Zug erfasst	●	
Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit				
14	Wissenschaftliche Berichterstattung Jahrbuch Archäologie Schweiz per 15. Januar und Tugium per 31. Mai	Innert Frist	●	
15	Vorträge, Führungen, Öffentlichkeitsanlässe	10 Anlässe	●	
C	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Redaktion abgeschlossen per 31. Dezember	●	
D	Monographie Kirche St. Oswald Zug	Auftragserteilung für Druckvorstufe erteilt per 31. Dezember	●	

Kommentar Zielsetzung und Erfolgskontrolle

Ein grosser Teil des Geschäftsgangs ist abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Unterschutzstellungen	Anzahl		8	8
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl		80	30
Denkmalpflege: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl		360	260
Denkmalpflege: Stellungnahmen in Bezug auf ISOS (BGer Entscheid Rüti)	Anzahl		120	123
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl		6	13
Archäologie: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl		40	95
Archäologie Feldarbeit I: Ausgrabung, Bauuntersuchung	Anzahl		18	23
Archäologie Feldarbeit II: Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl		48	42

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind abhängig von der Bau- und Planungstätigkeit im Kanton. Der Zuwachs an Objekten im Rahmen der laufenden Revision des Inventars schützenswerter Denkmäler war zum Zeitpunkt der Budgetierung schwer abzuschätzen. Die Anzahl der denkmalpflegerischen Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden hat nicht wie in den Vorjahren zugenommen, sondern war sogar rückläufig; sie liegt aber immer noch über dem langjährigen Mittelwert (2005 – 2012: 246). Die Anzahl der archäologischen Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden hat aufgrund der hohen Bau- und Planungstätigkeit markant zugenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'595'838.97	-7'115'160	-7'054'324.81	60'835	-0.9
Total Ertrag	313'423.80	41'500	51'100.05	9'600	23.1
Saldo	-6'282'415.17	-7'073'660	-7'003'224.76	70'435	-1.0

Kommentar Rechnung

Der Aufwand für archäologische Rettungsgrabungen und für zweckgebundene Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler (offene Beitragsverpflichtungen und erwartete Beitragsgesuche) ist jeweils nur annähernd prognostizierbar. Die Rechnung bewegt sich im üblichen jährlichen Schwankungsbereich. Langfristig ist von stabilen Rechnungswerten auszugehen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1580.0001 Ersatz für Fachanwendung SPATZ					
Ausgaben		-100'000	-121'124.63	-21'125	21.1
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-100'000	-121'124.63	-21'125	21.1
Einnahmen					
Saldo		-100'000	-121'124.63	-21'125	21.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ersatz archäologisches Informationssystem SPATZ durch neue Datenbank IMDAS PRO. Die Umsetzung läuft schneller als geplant, woraus im laufenden Jahr ein leicht höherer Aufwand resultierte. Der Gesamtkredit wird aber eingehalten werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Nachdem 2011 innert Jahresfrist die gesetzlichen Grundlagen für die neue Pädagogische Hochschule Zug geschaffen werden konnten, wurde 2012 auch den weiteren Überführungsarbeiten hohe Priorität beigemessen. Im März ergab sich bezüglich Mittelschulstandorte eine neue Ausgangslage, die eine Neuplanung notwendig machte. Im Bereich der Volksschule nahmen insbesondere die Anstrengungen für eine Stärkung der Sekundarschule viel Raum ein. Über die Arbeit an laufenden und neuen Projekten hinaus nutzte der Bildungsdirektor sein zweites Amtsjahr zur Verfeinerung seiner übergeordneten Ziele.

Übergeordnete Ziele verfeinert

Auf der strategischen Ebene definierte der Bildungsdirektor die Bildungshoheit der Kantone sowie das Subsidiaritätsprinzip im bildungspolitischen Umgang mit den Gemeinden, Schulkommissionen, Schulleitungen, Schulhausleitungen und Lehrpersonen als Grundlage einer hohen Schulqualität. Ebenfalls auf die strategische Stufe gehört die Debatte über das Nebeneinander von Berufs- und Allgemeinbildung bzw. über die Anteile der beiden Ausbildungswege. Eine Annäherung an später selektionierende Bildungssysteme ist dabei abzulehnen. Zu befürworten ist die in den letzten Jahren stetig verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen und die Ausgestaltung der Berufsbildung nach dem Motto «Kein Abschluss ohne Anschluss». Einer solchen Schweizer Bildungspolitik gelingt, was dem offensichtlich mehr europäischen Ansatz mit späterer Selektion versagt bleibt: Sie öffnet Chancen für alle. Auf der operativen Ebene gilt in der Bildungsdirektion die Arbeit am Dreibein «Starker Lehrkörper – Hohe Ziele – Viel Unterricht» als Handlungsrichtlinie für die behutsame Arbeit am Zuger Schulwesen.

Starkes Engagement auf interkantonaler Ebene

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz, D-EDK, legte im Sommer eine erste Entwurfsfassung des Lehrplans 21, LP 21 vor, der nach einer Überarbeitung Mitte 2013 in Konsultation gegeben werden soll. Wo diesbezügliche Entscheide anfallen, setzt sich der Bildungsdirektor für einen schlanken LP 21 ein. Als turnusgemässer Präsident der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz, BKZ, war der Bildungsdirektor auch im Vorstand der EDK vertreten. Die Zentralschweizer Regierungskonferenz, ZRK, beauftragte ihn als Präsident des Konkordatsrates der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, PHZ, mit den Arbeiten zur Sicherstellung der geordneten Auflösung des PHZ Konkordates per 31. Juli 2013.

Durchlässigkeit im Zuger Schulsystem

Die Stärkung des Ausbildungswegs über die Sekundarschule und die Arbeit an der Durchlässigkeit des Zuger Schulsystems zu verschiedenen Zeitpunkten der schulischen Laufbahn waren zentral für die Arbeit im Bildungsrat. Damit soll die Kantonsschule Zug schnell entlastet und der Wahrnehmung des Übertritts nach der sechsten Klasse als unumkehrbare «Weichenstellung» mit harten Fakten entgegengetreten werden.

Von der PHZ Zug zur PH Zug

Schon vor Abschluss der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf im März 2012 zeichnete sich eine breite Unterstützung für die eigene Lehrpersonenausbildung im Kanton Zug ab. Fest in der Hochschulwelt verankert und nah an den tatsächlichen Bedürfnissen der Gemeinden – das ist der Anspruch der Zuger Politik an die neue Pädagogische Hochschule Zug. Im Sommer 2012 unterzeichnete der Bildungsdirektor gemeinsam mit seinem Luzerner Amtskollegen einen Kooperationsvertrag, um die hohe Qualität und die gemeinsame Ausrichtung der Zentralschweizer Lehrpersonenausbildung auch in einer eigenständigen Zukunft zu gewährleisten. Im Dezember 2012 bestätigte der Kantonsrat in 1. Lesung seine Zustimmung zu einer eigenen PH.

Entscheidfindung Mittelschulstandorte

Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe führte in der zweiten Jahreshälfte 2012 drei Workshops durch und prüfte dreizehn Standortvarianten. Am 20. Dezember konnte die Bestvariante als Empfehlung zuhanden des Regierungsrats bestimmt werden. Pädagogische Überlegungen und Schülerinnen- und Schülerprognosen waren neben raumplanerischen Fragen und Kostenaspekten handlungsleitend. Bis zu den Sommerferien 2013 wird das Geschäft dem Kantonsrat zur Beratung vorgelegt.

Ein neues Bundesgesetz im Sport

Seit dem 1. Oktober hat Jugend und Sport mit dem neuen Sportförderungsgesetz eine neue, einfachere und einheitlichere Grundlage. Das total revidierte Bundesgesetz erweitert die Aufgabenbereiche des Kantonalen Sportamtes zum Beispiel im Bereich Kindersport.

Zwei Grossprojekte für die Zuger Kultur

Mit der Konzeption der Kulturwerkstatt im Theilerhaus und dem Abschluss des Wettbewerbs zum neuen Kunsthaus prägten zwei Grossprojekte die Arbeit des Amtes für Kultur.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Schulrecht des Kantons wird in einem mehrjährigen Prozess geändert. Der erste Teil der Änderung des Schulgesetzes wurde erstellt und dem Kantonsrat überwiesen. Die Publikationen wurden im laufenden Jahr hinsichtlich inhaltlicher Kohärenz überprüft. Die Aufgaben der Stipendienstelle und des Rechtsdienstes wurden analysiert.

Arbeit am Schulgesetz

In einem ersten Schritt erfolgten vorwiegend eine Bereinigung des Schulgesetzes und die Füllung von Lücken, welche seit der letzten Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2007 notwendig wurden. Die Bereinigung bildet die Grundlage für weitere Anpassungen in den folgenden Jahren. Die schrittweise Anpassung des Rechtes erweist sich vor dem Hintergrund der interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des Bildungswesens als notwendig und zielführend. Die Analyse der Umsetzung des pädagogischen Ausbildungsauftrages ergab, dass die zeitliche Aufteilung von Arbeitsinhalten der Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen im 2013 einer Prüfung zu unterziehen ist.

Kohärenz der Publikationen

Als Direktion mit engem Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern werden die Angebote und Aktivitäten von öffentlichem Interesse mit einem einheitlichen Auftritt angeboten. Einher damit geht die Überprüfung der Inhalte von bestehenden Druckerzeugnissen bei einer Neuauflage. Ziel ist es, die Inhalte der verschiedenen Publikationen widerspruchsfrei zum geltenden kantonalen Recht nachzuführen. Der Einsatz der elektronischen Medien wird aufmerksam verfolgt. Mit einer sanften Renovation der Zeitschrift «Schulinfo Zug» wird die Grundlage für eine spätere Überführung in ein elektronisches Medium vorbereitet.

Anpassungen im Bereich Dienste

Die personelle Neubesetzung der Leitung der Stipendienstelle infolge Pensionierung per Ende 2013 veranlasste zur Überprüfung des Leistungsauftrages. Die Stipendienstelle wird ab 1. Januar 2014 anstelle einer Abteilung des Direktionssekretariats dem Amt für Berufsberatung eingegliedert. Die personellen, strukturellen und baulichen Vorarbeiten für die Gewährleistung eines nahtlosen Übergangs sind erfolgt. Ziel ist, die Dienstleistungen ohne äusserlich erkennbaren Unterbruch im Verarbeitungsfluss und in der Bearbeitungsqualität während der Umsetzungsphase im 2013 auf gewohnt hohem qualitativem und quantitativem Niveau sicherzustellen. Der Einsatz einer neuen IT-Verarbeitungssoftware und die Ausgliederung der Bewirtschaftung von Darlehen wurden in einem Projekt unter Einbezug der Finanzdirektion geprüft. Änderungen sind allenfalls für das Jahr 2015 vorzusehen. Der Rechtsdienst erfuhr vor dem Hintergrund der wachsenden Komplexität des Bildungsrechtes einerseits und der stetig wachsenden Anzahl von Beschwerdefällen andererseits eine personelle Verstärkung. Der Auftrag des Rechtsdienstes ist es auch, mit präventiver Information und Schulung die mit dem Vollzug beauftragten Mitarbeitenden über die formell und materiell korrekte Anwendung des Rechtes auf dem Laufenden zu halten. Der Rechtsdienst führt zur Gewährleistung einer kohärenten Entscheidungsfindung eine Fallsammlung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und der kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK. Im Weiteren gehört die Stipendienstelle zum DS DBK.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstössen	100% innert Frist	<input type="radio"/>	Bearbeitung auf im 2013 vorgesehene Gesetzesrevision verschoben
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung				
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input type="radio"/>	Umfangreiche Sachverhaltsabklärung führte in einem Fall zu Nichteinhaltung der Frist
6	Fach- und fristgerechte Prüfung sowie Genehmigung der Schul- und Disziplinar-Ordnungen der gemeindlichen Schulen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 4 Monaten. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	<input checked="" type="radio"/>	
8	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonalen Schulen	100% innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>	
A	Teilrevision Schulgesetz	1. Lesung Regierungsrat	<input checked="" type="radio"/>	
B	PH-Gesetz	1. + 2. Lesung Regierungsrat, Bildungskommission, Stawiko	<input checked="" type="radio"/>	
C	Fachgerechte Vorbereitung der Volksabstimmungen betreffend Schulnoten (Abstimmungsbüchlein)	1. + 2. Lesung Regierungsrat, 1. Quartal 2012 Abstimmung	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission				
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung, Protokollentwurf und Berichte 7 Arbeitstage nach Sitzung	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Beitragswesen				
10	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Darlehensgewährung	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●	
11	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●	
12	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	100% innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	●	
13	Einsatz in kantonalen, regionalen, deutschschweizerischen und eidgenössischen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen	90%-ige Sitzungsteilnahme	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
14	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	100% innert angeordneter oder vereinbarter Frist	◐	Längere/Umfangreichere Abklärungen als veranschlagt
15	Fachgerechte Auskunftserteilung der gemeindlichen Rektorate zu Fragen des Schulrechts	Mündlich 100% innert 2 Arbeitstagen, schriftlich innert 10 Arbeitstagen	◐	Bei Fristüberschreitung wurde immer das Einverständnis der rechtssuchenden Stelle/Person eingeholt
16	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	100% innert vereinbarter Frist	●	
17	Einsatz in kantonalen, regionalen, deutschschweizerischen und eidgenössischen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen	90%-ige Sitzungsteilnahme	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Behandlung der Anfragen, Gesuche usw. erfolgt durchschnittlich innerhalb den festgelegten Bearbeitungszeiten. Die Einzelfallbearbeitung orientiert sich an der Dringlichkeit.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Stipendien/Studiendarlehen	Gesuche		630	743
PHZ Zentralschweiz	Studierende		230	218
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende		1'220	1'359
Zugerische Privatschulen	Schüler-/innen		977	924

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

«PHZ Zentralschweiz» beinhaltet Zuger Studierende an allen Teilschulen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-36'805'486.97	-40'537'100	-40'903'846.14	-366'746	0.9
Total Ertrag	390'513.70	410'000	401'755.10	-8'245	-2.0
Saldo	-36'414'973.27	-40'127'100	-40'502'091.04	-374'991	0.9

Kommentar Rechnung

Beitragswesen (Leistungsgruppe 5)

Stipendienleistungen

- Trotz Budgetkorrektur sind die Stipendienleistungen um 500'000 Franken weniger hoch ausgefallen als budgetiert. Der Minderaufwand ist auf weniger beitragsberechtigte Antragsstellerinnen bzw. Antragssteller zurückzuführen.

PHZ Zentralschweiz

- Die PHZ Zug konnte wesentlich höhere Leistungen an Dritte fakturieren als geplant.
 - Die Personalkosten enthalten einen Budgetierungsfehler im Bereich der BVG-Beiträge von 355'000 Franken
 - Die Sach- und Personalkosten liegen wesentlich tiefer als budgetiert. Die Gründe liegen primär bei Verschiebungen aus Kapazitätsgründen und Verzicht auf Aufgaben. Insgesamt führt dies zu einem Minderaufwand der Ergänzungspauschale von rund 740'000 Franken.

Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen

Die Studierendenzahlen an den Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Fachschulen) beruhen auf Schätzungen und Prognosen. Die Zuverlässigkeit der Prognosen hängt ab von der Anzahl Personen, die einen Studienzulassungsausweis besitzen, von den Entscheiden der Maturabgänger und -abgängerinnen über eine Fortsetzung ihrer Ausbildung an einer Hochschule, über den Zeitpunkt des Studienbeginns sowie über die Wahl der Hochschule und des Fachbereichs. Der Mehraufwand inkl. Abgrenzungen fiel um 2.1 Mio. Franken höher aus als angenommen.

Zugerische Privatschulen

Weniger Schülerinnen und Schüler als angenommen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1700.0004 Auszahlung Studiendarlehen					
Ausgaben	-149'000.00	-350'000	-180'000.00	170'000	-48.6
Einnahmen					
DB1700.0005 Rückzahlung Studiendarlehen					
Ausgaben	-16'000.00				
Einnahmen	445'757.05	350'000	392'900.00	42'900	12.3
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-165'000.00	-350'000	-180'000.00	170'000	-48.6
Einnahmen	445'757.05	350'000	392'900.00	42'900	12.3
Saldo	280'757.05		212'900.00	212'900	100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- Auszahlung Studiendarlehen
 - Zurückhaltende Darlehensbeanspruchung. Gründe hierfür könnten sein: Keine vorzeitige Verschuldung, ungewisse Arbeitsmarktsituation nach Studienabschluss.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Mittelschulen sowie die Rektoren der kantonalen Mittelschulen waren Teil der breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe, die in drei Workshops insgesamt 13 Standortvarianten für die Zuger Mittelschulen verglichen hat. Durch diese Einbindung konnte sichergestellt werden, dass die pädagogischen Anliegen fundiert vorgebracht werden und neben baulichen und finanziellen Überlegungen in die Evaluation einfließen konnten. Im Zusammenhang mit der Pädagogischen Hochschule Zug erarbeitete das Amt für Mittelschulen federführend die Grundlagen für die bevorstehende Überführung der Hochschule in eine neue Rechtsform. Erfreulich – wenn auch etwas weniger im Fokus der Öffentlichkeit – verläuft auf der Ebene des pädagogischen Handwerks die systematische Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität an den kantonalen Schulen im Zuständigkeitsbereich des Amts für Mittelschulen.

Hohes Prüfungsniveau

Ein wichtiger Gradmesser der Unterrichtsqualität an den Zuger Mittelschulen sind die Abschlussprüfungen, welche durch Prüfungskommissionen begleitet und beobachtet werden. Die Qualität der Abschlussprüfungen 2012 wird von den Kommissionen als positiv beurteilt: So werden die sehr gute Vorbereitung der Lehrpersonen, die formale Korrektheit und die hohe Transparenz während der Prüfungsgespräche sowie das hohe Niveau der Prüfungen herausgestrichen. Ebenso wie bei den kantonalen Mittelschulen werden die Abschlussprüfungen bei den anerkannten privaten Mittelschulen durch eine Prüfungskommission beaufsichtigt. Der bei den kantonalen Mittelschulen gestellte Befund, wonach die Qualität der Abschlussprüfungen zu überzeugen vermochte, gilt gleichermassen für die privaten Mittelschulen.

Zukünftige Mittelschullandschaft

Eine zentrale Frage für die Zuger Mittelschulen sind deren zukünftigen Standorte: In Zusammenarbeit mit den Rektoren erarbeitete das Amt für Mittelschulen Kriterien und Beurteilungen, welche im Rahmen eines breit abgestützten Prozesses verschiedene Standortvarianten, insbesondere aus pädagogischer Perspektive ausleuchten.

Mit einer Schulkommission in die Zukunft

Der Regierungsrat hat beschlossen, per 1. Januar 2013 die beiden Schulkommissionen der Fachmittelschule sowie der Kantonsschule Zug/ des Kantonalen Gymnasiums Menzingen zusammenzulegen. Die gute Positionierung der Zuger Mittelschulen hängt wesentlich mit der strategischen Arbeit der beiden Schulkommissionen in den vergangenen Jahren zusammen. Den Mitgliedern der beiden Kommissionen sei auch an dieser Stelle für ihr wichtiges Engagement zugunsten der Mittelschulen herzlich gedankt.

Förderung der Grundkompetenzen

Als thematischen Schwerpunkt für die Jahre 2012 und 2013 hat die Kommission Allgemeine Weiterbildung das Thema «Grundkompetenzen/ Menschen mit Lücken in Basisqualifikationen» gesetzt. 2012 wurden in diesem Bereich vier Projekte unterstützt. Neben diesen projektbezogenen Beiträgen richtete die Bildungsdirektion im Rahmen des Budgets Jahresbeiträge an Institutionen aus, welche im Bereich der allgemeinen Weiterbildung tätig sind.

Neue gesetzliche Grundlage für die PH Zug

2012 und 2013 stehen ganz im Zeichen der Erarbeitung neuer Grundlagen für den Weiterbetrieb der Pädagogischen Hochschule Zug, PH Zug, nach Auflösung des Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, PHZ-Konkordat. Im Zentrum steht die Entwicklung der nötigen Erlasse (insb. PH-Gesetz, Verordnungen, Studienreglement). Daneben geht es auch um den fristgerechten Abschluss von Verträgen mit den Schulen St. Michael Zug (Mietvertrag, Vertrag über Verwaltungsleistungen), von Vereinbarungen mit Partnerhochschulen sowie die erneute Anerkennung der Studiengänge durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, EDK. Weiterführende Informationen zur «neuen» PH Zug finden sich unter: www.phzg.ch.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen sowie für deren Qualitätsaufsicht. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung, koordiniert die Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen				
1	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind eingehalten	100% eingehalten		
2	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind eingehalten	100% eingehalten		
3	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Prüfungskommission erstellt Bericht Erfolgsquote Abschlussprüfungen > 95%		KSZ, WMS, kgm: > 95%; FMS: 86%
4	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22		Richtzahl 18 im Durchschnitt über alle Schulen resp. Klassen hinweg erreicht. – KSZ/WMS: 19; FMS: 17; kgm: 16
5	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt. Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektor/innen. Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II		
6	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug (Broschüren der Schulen, DVD, Broschüre zur Aufnahmeprüfung, Insetate)	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen		
Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung				
7	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Vorgaben zu 100% eingehalten		
8	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Weiterbildung	Organisation von 2 Netzwerktreffen. Programm zur Elternbildung im Kanton		Ab 2012 nur noch ein Netzwerktreffen Programm «Elternbildung Kanton Zug» publiziert
Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug				
A	Neuausrichtung der PHZ aufgrund Auflösung des Konkordats per 1. August 2013	1. Hälfte 2012: externe Vernehmlassung PH Gesetz. 2. Hälfte 2012: Bildungskommission/Stawiko		
Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen				
9	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Maturitätskommission erstellt Bericht		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Fr.		315'000	298'134
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl		107	105
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl		2'084	1'906

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Im Budget 2012 ist der Schüler/innenzahl eine durchschnittliche Klassengrösse hinterlegt (107 Klassen x zirka 19.5). Die Rechnung 2012 gibt die effektiven Schüler/innenzahlen wieder.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-794'331.60	-914'150	-869'813.55	44'336	-4.9
Total Ertrag	11'916.55	15'000	12'229.35	-2'771	-18.5
Saldo	-782'415.05	-899'150	-857'584.20	41'566	-4.6

Kommentar Rechnung

Minderaufwand aufgrund von Teilevaluationen anstelle einer Gesamtevaluation durch IFES (Institut für externe Schulevaluation) sowie der ins 2013 verschobenen Überarbeitung der DVD «Bildungswege im Kanton Zug».

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1730.0001 Ablösung BIBDIA					
Ausgaben	-88'952.70				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-88'952.70				
Einnahmen					
Saldo	-88'952.70				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Kantonsschule Zug (KSZ) präsentiert sich in ihrem 151. Bestehensjahr als sehr grosse, attraktive, vielfältige, im Kanton solide verankerte Schule mit hohen Qualitätsansprüchen und breiter Ausstrahlung, die sich als Organisation aber an der Grenze des Wachstums befindet. 2012 wurde zum zweiten Mal (nach 2010) eine schulinterne Strategiekonferenz zu den in den Mehrjahreszielen aufgeführten Bereichen «Schulentwicklung, Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Infrastruktur» durchgeführt. Aus den beiden Strategiekonferenzen resultierten die grossen strukturellen und pädagogischen Handlungsfelder «Zeitorganisation an der KSZ», «Leistungsbeurteilung» und «Studienreise»; diese wurden je von Schulentwicklungsgruppen bearbeitet. Das Handlungsfeld «Qualität im Unterricht» wurde von der Schulleitung übernommen, das Feld «Wachstum und Schulraumplanung» vom lokalen Kontext (Machbarkeitsstudie für die KSZ) gelöst und in die Mitte 2012 gestartete kantonale Schulraumplanung eingebunden.

Schulentwicklung

Maturaarbeit: 2012 wurde erstmals die Maturaarbeit gemäss eidgenössisch revidiertem Reglement und angepassten schulinternen Vorgaben durchgeführt, das heisst mit einer Note im Maturitätszeugnis abgeschlossen. Die Präsentationen der Maturaarbeiten wurden öffentlicher und zeitlich gebündelter durchgeführt, die besten Arbeiten wurden nominiert und wiederum in festlichem Rahmen prämiert.

Wochenstundentafel: Die Ausgestaltung der Wochenstundentafel wurde 2012 auf Ebene Schulleitung überprüft. Aufgrund der Raumproblematik und der kantonalen Schulraumplanung wurden die Anpassung und die Weiterentwicklung (z.B. Ausbildungsprofile für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler) bis zur allfälligen Erstellung von Provisorien auf dem Gelände der KSZ ausgesetzt.

Unterrichtsentwicklung

Lehrpläne Gymnasium und WMS: Im Anschluss an die Neusetzung der Wochenstundentafel 08 wurden sämtliche Lehrpläne der KSZ (vgl. www.ksz.ch) hinsichtlich einer Kompetenzorientierung überarbeitet. Die Umsetzung erfolgt seit Schuljahr 2009/10 laufend für jede Jahrgangsstufe und wird im kommenden Schuljahr 2013/14 abgeschlossen. Die neuen Lehrpläne für die WMS wurden gemäss eidgenössischen Vorgaben 2012 erstellt und von der Schulkommission genehmigt.

Evaluationen: Das kantonale Rahmenkonzept zur Qualitätsentwicklung macht Vorgaben zur Evaluationspraxis. Als grosse Schule mit vielen Evaluationsfeldern auf den Stufen «Schule, Fachschaften und Lehrperson» ist ein auf die Institution passendes Evaluationskonzept zwingend. Dieses wurde 2012 an der KSZ erstellt. Darauf basierend wurde eine schulinterne Evaluation zum Bereich Studienreise durchgeführt. Ebenfalls evaluiert wurde das Konzept der Studienwoche durch die entsprechende Konzeptgruppe sowie bei vier unterstufenspezifischen Fächern je die Lehrpläne und der Unterricht durch die eigene Fachschaft.

Personalentwicklung

In Zusammenarbeit mit der Schulkommission und dem Amt für Mittelschulen wurden die Grundlagen für die Anpassung der Leitungsstruktur an die Grösse der Schule geschaffen. Die Schulleitung implementierte das überarbeitete schulinterne Konzept zur Weiterbildung der Lehrpersonen (SchiLW KSZ), insbesondere auch der Klassenlehrpersonen an der KSZ.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt		
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut		Periodische Evaluation – Letzte Evaluation IFES 2010
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten		
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Start Projektwettbewerb Start Bauprojektierung		Ab Mai 2012 Planungsarbeiten sistiert
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt		
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1.8 Wöchentliche Öffnungszeiten (Std.): 45 Besucherfrequenz/Jahr: 92'000		
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut		
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen. Jährlich aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Indikatoren und Zielgrößen bei Zielsetzung 5 müssen 2013 überprüft werden. Mit 55'261 Ausleihen bei 1'841 Benutzenden weist die Mediothek eine hohe Auslastung aus.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Klassenzahl	Anzahl		min. 86.0 max. 87.25	85
Anzahl Schüler/innen	Anzahl		min. 1'660 max. 1'694	1'581
Anzahl Lehrpersonen (FTE)	Anzahl		171.93	162.94

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 siehe Kommentar Laufende Rechnung

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-39'248'115.84	-41'925'400	-39'220'085.16	2'705'315	-6.5
Total Ertrag	700'389.34	715'500	736'198.02	20'698	2.9
Saldo	-38'547'726.50	-41'209'900	-38'483'887.14	2'726'013	-6.6

Kommentar Rechnung

Die Aufwandsdifferenz von 2.705 Mio. Franken resultiert vollumfänglich aus den Personalkosten. Dies hat drei verschiedene Gründe:

1. Für das Budget 2012 wurde von 86 Klassen im Schuljahr 2011/12 und 88 Klassen im Schuljahr 2012/13 ausgegangen, effektiv waren es aber 86 Klassen im Schuljahr 2011/12 und 84 Klassen im Schuljahr 2012/13. Das auf Basis der Vorjahre erwartete Wachstum traf nicht ein; zudem wurden zwei Klassen auf Beginn des Schuljahres 2012/13 zusammengelegt und mangels Anmeldungen kein Übergangskurs mit Schwerpunkt Italienisch geführt.
2. Aufgrund der Erfahrungswerte aus den Vorjahren wurde bei der Budgetierung von 1.98 Vollzeitstellen pro Klasse. Effektiv waren es aber 1.93 Vollzeitstellen pro Klasse. Dieser Wert ist abhängig von der Durchführung einzelner Kurse sowie dem Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler.
3. Die auf Beginn des Schuljahres 2012/13 eingestellten Lehrpersonen wurden unter dem budgetierten Mittelwert (Annahme Lohnklassen) eingestuft (vermehrt jüngere Lehrpersonen).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1733.0003	Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen					
	Ausgaben	-150'593.45	-250'000	-104'501.95	145'498	-58.2
	Einnahmen					
DB1733.0004	Ersatz analoges Funknetz (Telefonie)					
	Ausgaben	-22'863.60				
	Einnahmen					
IT1733.0002	Redundanter Backbone Switch					
	Ausgaben	-94'770.00				
	Einnahmen					
IT1733.0003	Firewall					
	Ausgaben		-62'000	-47'246.35	14'754	-23.8
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-268'227.05	-312'000	-151'748.30	160'252	-51.4
	Einnahmen					
	Saldo	-268'227.05	-312'000	-151'748.30	160'252	-51.4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Ziele in den drei Projekten, welche für die Zukunft des Kantonalen Gymnasium Menzingen (kgm) von zentraler Bedeutung sind, konnten 2012 in unterschiedlichem Grad erreicht werden: Während das Angebot an gymnasialen Profilen plangemäss und erfolgreich erweitert werden konnte, kam es beim Bauprojekt und bei der Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium zu politisch bedingten Verzögerungen beziehungsweise Unterbrüchen.

Erfolgreiche Erweiterung des Bildungsangebots

Bei den Neuanmeldungen für die 1. Klassen konnte der Trend der letzten Schuljahre erfreulicherweise gewendet werden. Für das Schuljahr 2012/13 meldeten sich 61 Erstklässler und -klässlerinnen an (vgl. 30 bis 40 Neuanmeldungen in den drei vorangehenden Schuljahren). Dies erlaubte es, nicht nur in den bisherigen musisch-neusprachlichen, sondern auch in den neuen mathematisch-naturwissenschaftlichen und wirtschaftlich-rechtlichen Profilen Schwerpunktachkurse zu eröffnen. Damit ist die Etablierung des kgm als Kurzzeitgymnasium mit einem umfassenden gymnasialen Profilingebot geglückt.

Bauprojekt: Erneute Evaluation der Mittelschulstandorte

Nachdem im Frühling 2012 signalisiert worden war, dass nebst den bisherigen, im kantonalen Richtplan vorgesehenen Standorten in Zug (Luegeten, Hofstrasse) und Menzingen allenfalls in Cham ein weiteres Landstück für die zukünftigen Mittelschulstandorte zur Verfügung stehen könnte, entschied der Kantonsrat im Juni 2012, dass der politische Prozess der Bauprojekte in Menzingen und Zug (FMS/Hofstrasse und KSZ/Luegeten) zu Gunsten einer erneuten Evaluation der zukünftigen Mittelschulstandorte unterbrochen werden soll. Dieser Prozess konnte in der Zwischenzeit abgeschlossen werden. Gemäss Entscheid des Regierungsrates soll der Standort Menzingen gemäss den bisherigen Planungen ausgebaut werden.

Ergänzung des Kurzzeitgymnasiums durch ein Langzeitgymnasium

Auch das dritte Zukunftsprojekt des kgm, die Konzeptentwicklung für die Einführung eines Langzeitgymnasiums, welches das Kurzzeitgymnasium ergänzen soll, wurde vor dem Hintergrund der politisch unsicheren Entwicklung zwischenzeitlich unterbrochen. Die seit Beginn des Kalenderjahres 2011 im Auftrag der DBK durchgeführte erste Phase der Konzeptentwicklung konnte mit der Bewilligung der Stundentafeln für das Kurzzeit- und das Langzeitgymnasium durch die Schulkommission abgerundet werden. Die weiteren Meilensteine und die für das Kollegium noch zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen wurden von der Schulleitung in Absprache mit der DBK auf das Kalenderjahr 2013 verschoben.

Nachdem im Sommer die Grundlagen zur Einführung des Langzeitgymnasiums vor dem veränderten politischen Hintergrund überprüft worden waren, verfügte der Bildungsdirektor am 28. August 2012 das Schuljahr 2015/16 als definitiven Einföhrungstermin. Die zweite Phase der Konzeptentwicklung kann von der Schulleitung und dem Kollegium somit ab 2. Semester 2012/13 in Angriff genommen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das kgm ist ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessendes Gymnasium mit allen gymnasialen Profilrichtungen.
 Das Bildungsziel des kgm ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt		Element 2 «Kollegiale Unterrichtsentwicklung»: Umsetzung ab 2. Semester 2012/13
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut		
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten		Sonderbewilligung DBK vom 31.3.12 für befristete Unterschreitung der durchschnittlichen Klassengrösse. Alle andern Zielgrössen eingehalten
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Einführung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht per Schuljahr 2012/13		
L11b	Planung und Koordination Neubau kgm	Abschluss Bauprojekt und Objektkredit: Frühjahr 2012		Bauprojekt abgeschlossen; Objektkredit sistiert
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
4	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1.5 Wöchentliche Öffnungszeit (Std.): 31		Öffnungszeiten: bis Nov. 30.2 Stunden/Woche, seit Dez. 29.3. Stunden/Woche (Grund für Unterschreitung: Weiterbildung resp. neue Arbeitszeiten der Mediathekarin)
5	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut		
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern- und Orientierungsabende sowie Schnuppertage und -halbtage durchgeführt. Informationsmaterialien aktualisiert. Laufende Aktualisierung der Homepage		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Klassenzahl	Anzahl		11	10
Schüler/innen	Anzahl		220	155
Lehrpersonen (FTE)	Anzahl		25.60	24.76

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anmeldezahlen für die Schuljahre 2009/10 bis 2011/12 lagen mit 30 bis 40 Neuanmeldungen unter Erfahrungswerten der vorangehenden Schuljahre (vgl. Neuanmeldungen 2006 – 2008 zwischen 50 und 60 Schülerinnen und Schülern, Höchstbestand 2008/09 bei 221 Schülerinnen und Schülern).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'899'277.61	-8'045'900	-7'803'692.63	242'207	-3.0
Total Ertrag	134'501.70	143'400	108'104.80	-35'295	-24.6
Saldo	-7'764'775.91	-7'902'500	-7'695'587.83	206'912	-2.6

Kommentar Rechnung

Die Differenz beim Aufwand erklärt sich u.a. durch die tieferen Lohnkosten beim Lehrpersonal (weniger Schüler/innen als budgetiert und weniger Stellvertretungskosten). Diejenige beim Ertrag erklärt sich dadurch, dass der Kanton die Liegenschaft nicht, wie bei der Budgetierung noch geplant, per 1. August 2012 vom Kloster übernahm.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage					
Ausgaben	-48'963.10	-70'000	-68'418.40	1'582	-2.3
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-48'963.10	-70'000	-68'418.40	1'582	-2.3
Einnahmen					
Saldo	-48'963.10	-70'000	-68'418.40	1'582	-2.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fachmittelschule Kanton Zug hatte 2012 eine Reihe von Veränderungsprozessen gestaltend zu bewältigen: die Ablösung der Berufsmaturität Gesundheit durch die Fachmaturität Gesundheit, den Wechsel im Rektorat, die Ablösung der eigenen Schulkommission FMS durch eine Kommission für alle Mittelschulen sowie die Schaffung und Besetzung der neuen Stelle einer Leitung Betriebsmanagement. Als wesentliches Element kommt die Neuplanung der Mittelschulstandorte hinzu. Es ist gelungen, diese Prozesse planvoll anzugehen und zu lenken, so dass die FMS Zug ihren Bildungsauftrag trotz turbulenter Zeiten ungeschmälert erfüllen konnte.

Startjahr der Fachmaturität Gesundheit

Die Fachmaturität Gesundheit ist ein von 15 Kantonen erprobtes Ausbildungsmodell, das auf dem EDK-Reglement vom 12. Juni 2003 beruht. Sie gestattet den Absolventinnen und Absolventen den Zugang zu Schweizer Fachhochschulen oder höheren Fachschulen im Gesundheitsbereich. Dieses Ausbildungsmodell löst an der FMS Zug die Berufsmaturität Gesundheit ab, deren Abschlusszeugnisse an der Abschlussfeier vom 22. August 2012 letztmalig vergeben wurden. Das neue Ausbildungsmodell setzt Schwerpunkte in Mathematik/Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Basiskompetenzen Gesundheitsberufe und Praktika. Neben einer guten Allgemeinbildung werden berufsfeldspezifische Kompetenzen in Theorie und Praxis vermittelt.

Personeller Wechsel in der Schulleitung

Per 1. August übergab die bisherige Rektorin nach vier Jahren intensiver und erfolgreicher Aufbauarbeit ihr Amt an ihren Nachfolger. Die Übergabe wurde bereits im Vorfeld durch zahlreiche Treffen der alten und neuen Schulleitung, die Mitwirkung des Amtsleiters und Begegnungen des neuen Rektors mit dem Kollegium sorgfältig vorbereitet. Es ist das erklärte Ziel des neuen Rektors, auf das Bewährte aufzubauen, zu konsolidieren, integrierend zu wirken und sich Zeit zu nehmen, um die Schule in all ihren Facetten nach und nach kennenzulernen.

Verabschiedung der Schulkommission FMS

Seit vielen Jahren haben die Mitglieder der Schulkommission die FMS Zug und ihre Vorgängerorganisationen mit Rat und Tat begleitet und gefördert. Dass die Schule heute über ein klares Profil, eine gesellschaftlich relevante Funktion und ein blühendes Schulleben verfügt, ist in hohem Masse der strategischen Aufbauarbeit dieses Pionier-Gremiums zu verdanken. Mit dem Ende des Jahres 2012 übergab die Schulkommission FMS die Verantwortung an die neu geschaffene Schulkommission der Mittelschulen im Kanton Zug.

IT-Support und Schuladministrationssoftware «schulNetz»

Die bewährte Zusammenarbeit mit dem Schulischen-Brücken-Angebot, SBA, im Bereich IT-Support konnte weiterentwickelt und mit einer externen Informatik-Firma optimal ergänzt werden. Wie diese positive Entwicklung konsolidiert werden kann, ist in Prüfung. Die Einführung der Schuladministrationssoftware «schulNetz» wurde erfolgreich initiiert und die neuen Prozesse wurden Schritt für Schritt aufgegleist. Insgesamt verschafft «schulNetz» der ganzen Schulgemeinschaft Zugang zu den zielgruppenspezifischen Informationen und erleichtert die tägliche Arbeit.

Leitung Betriebsmanagement und Leitung Administration

Die neu bewilligte Stelle einer Leitung zentrale Dienste (Verwaltungsleitung) wurde organisatorisch in einem Co-Leitungsmodell mit den zwei Positionen «Leitung Betriebsmanagement» und «Leitung Administration» umgesetzt. Die neue Leiterin Betriebsmanagement wird ihre Arbeit ab 1. April 2013 mit einem Pensum von 50% aufnehmen. Als Leiterin Betriebsmanagement ist sie der Leiterin Administration gleichgestellt und verantwortet gemeinsam mit ihr die zentralen Dienste der FMS Zug.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulabschluss, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>	
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	<input checked="" type="radio"/>	
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
L11c	Planung und Koordination Neubau WMS/FMS und Umbau FMS	Abschluss Bauprojekt und Objektkredit: Frühjahr 2012	<input type="radio"/>	Objektkredit: Beschluss KR noch ausstehend
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen. Aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Klassenzahl	Anzahl		10	11
Schüler/innen	Anzahl		170	187
Lehrpersonen (FTE)	Anzahl		24.04	22.13

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da die Pensen von Monat zu Monat schwanken, ist es schwierig eine exakte Lehrpersonen-Anzahl (FTE) zu ermitteln. Der angegebene Wert wurde im Dezember 2012 ermittelt. Insgesamt betrachtet keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'614'874.38	-5'324'750	-4'640'749.49	684'001	-12.8
Total Ertrag	495'784.05	603'900	571'583.55	-32'316	-5.4
Saldo	-4'119'090.33	-4'720'850	-4'069'165.94	651'684	-13.8

Kommentar Rechnung

Die Differenz zwischen Budget und tiefer ausgefallener Rechnung lässt sich einerseits dadurch erklären, dass zirka zwei Vollzeit-Lehrpersonenstellen weniger benötigt wurden als budgetiert, andererseits dadurch, dass das Lohnniveau einiger Lehrpersonen tiefer liegt als der Standardbetrag, der bei der Budgetierung zugrunde gelegt wurde. Zusätzlich konnten durch hohe Ausgabendisziplin gewisse Einsparungen realisiert werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1736.0095 Teil-Ersatz Computer Schulen Athene					
Ausgaben		-172'000	-171'756.50	244	-0.1
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-172'000	-171'756.50	244	-0.1
Einnahmen					
Saldo		-172'000	-171'756.50	244	-0.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen gegenüber Budget

Gesamtwürdigung

In Kürze

Herausragendes Produkt im Berichtsjahr war die Herausgabe des Handbuchs «Beurteilen und Fördern». Die Annahme der Noteninitiative «Noten ab der 2. Primarklasse» hat ein grosses Umsetzungsprojekt ausgelöst. Die externe Evaluation unterstützt als wichtiger Faktor das Qualitätsmanagement der gemeindlichen Schulen.

Neues Standardwerk im Bereich Schulentwicklung und Bildung von Fachgruppen

Nach einer langen Entwicklungs- und Umsetzungszeit wurde das Projekt «Beurteilen und Fördern» auf kantonaler Ebene im Berichtsjahr beendet. Um die Lehrpersonen in ihrem Unterricht zu unterstützen, gab das Amt für gemeindliche Schulen (AgS) unter Mitwirkung der Pädagogischen Hochschule Zug das Handbuch «Beurteilen und Fördern» heraus. Es ist ein bedeutungsvolles Standardwerk, das auch in der Aus- und Weiterbildung eingesetzt werden kann.

Um die Zusammenarbeit zwischen den Schulstufen zu fördern und gleichzeitig auf kantonaler Ebene didaktisches Know-how zu sichern und weiterzuentwickeln, setzte das AgS verschiedene Fachgruppen ein, die sich aus Vertretungen der Lehrerschaft aller Stufen, auch aus der Sekundarstufe II und der Pädagogischen Hochschule, zusammensetzen.

Annahme der Noteninitiative hat weitreichende Anpassungen zur Folge

Die Annahme der Noteninitiative (Zeugnisnoten ab der 2. Primarklasse) hat das AgS vor eine grosse Herausforderung gestellt. Die Umgestaltung der Zeugnisse und die Überarbeitung des Promotionsreglements befinden sich noch in Arbeit und werden rechtzeitig auf das neue Schuljahr fertiggestellt. Auch das Übertrittsverfahren von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II wird neu geregelt.

Grosse Fortschritte im Qualitätsmanagement Schulunterricht

Die Externe Schulevaluation hat mit ihren Arbeiten wesentlich zum Qualitätsmanagement der gemeindlichen Schulen beigetragen. Im Berichtsjahr konnten insgesamt elf Schulen der Primar- und Sekundarschule evaluiert werden. Die Evaluatorinnen und Evaluatoren erarbeiteten zudem einen Referenzrahmen «Unterrichts- und Schulqualität», welcher die Grundlage für künftige interne wie auch externe Evaluationen bilden soll.

Im Didaktischen Zentrum wurden von 1156 Personen mehr als 40'000 Medien ausgeliehen.

Grösserer Bedarf an Abklärungen im Bereich Sonderpädagogik

Der Schulpsychologische Dienst hatte es mit einer deutlichen Zunahme der Anmeldungen auf allen Stufen zu tun. Auch die Bearbeitung von Fragen rund um die Sonderschulung war eine wichtige Tätigkeit.

Die ehemalige Stelle für Sonderpädagogik wurde in eine eigene Abteilung umgewandelt. Diese bearbeitete insgesamt 421 Anträge auf Mitfinanzierung- bzw. Finanzierung einer Sonderschulung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt fördert die Entwicklung und Koordination im Schulwesen, plant und koordiniert die Qualitätsentwicklung im Rahmen der obligatorischen Schulzeit, führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte, ist zuständig für die externe Evaluation der Schulen, unterstützt und berät die gemeindlichen Schulen, beschliesst die Lehrmittel und stellt diese bereit, kann befristete Lehrbewilligungen erteilen und prüft die Umsetzung der Schulgesetzgebung. Es bietet schulpsychologische Abklärung und Beratung für Schülerinnen und Schüler sowie für Lernende auf der Sekundarstufe II an. Es führt eine Dokumentations-/Verleihstelle für schulische Medien und koordiniert die Erhebungen der Bildungsstatistik für die obligatorische Schulzeit.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung				
A	Nachqualifikationen Support für die Nachqualifikation der Lehrpersonen in den Bereichen Ethik und Religion (E&R) sowie Französisch gewährleisten	Termingerechte Information an die Lehrpersonen und Rektorate vor Kursbeginn, externe Evaluation E & R		
B	Beurteilen und Fördern Die Verankerungselemente zur Umsetzung von Beurteilen und Fördern (B&F) an den gemeindlichen Schulen sind erarbeitet und stehen zur Verfügung	Handbuch liegt vor und dient als Grundlage für vertiefende Weiterbildungsangebote		
C	Sek I plus Die Vernehmlassung zum Grundlagenbericht des Projekts Weiterentwicklung Sekundarstufe I ist abgeschlossen und die Vereinbarungen mit Pilotschulen sind erarbeitet	Vernehmlassungsbericht liegt vor, Vereinbarungen mit Pilotschulen liegen vor		Ergebnis der Verhandlungen mit den Pilotschulen ist noch offen
D	Partizipation Die Reorganisation der Partizipation ist abgeschlossen. Die neuen Strukturen sind vereinfacht und entsprechen dem Bedürfnis der Lehrpersonen, der Gemeinden und des Kantons	Strukturen der Partizipation sind den gesetzlichen Vorgaben angepasst und ermöglichen gezielt Wissen aufzubauen sowie den Austausch zu unterstützen		Verhandlungen mit der PH Zug dauern länger als erwartet
Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht				
1	Schulaufsicht hält sich bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen an definierte Grundsätze	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100% eingehalten		
2	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule innerhalb von 6 Wochen, erste Kontaktaufnahme innert Wochenfrist		
3	Schulaufsicht leitet das Übertrittsverfahren transparent und begleitet die Lehrpersonen unterstützend. Die Entscheide der Übertrittskommission erfahren eine hohe Akzeptanz	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert, neuen Lehrpersonen wird ein Weiterbildungskurs angeboten, keine gutgeheissenen Beschwerden wegen Verfahrensmängeln		
E	Die Aufgaben, Abläufe, Zuständigkeiten, Kompetenzen der Schulaufsicht werden konsequent umgesetzt bzw. wahrgenommen	Abläufe bei 100% der Stichproben eingehalten		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst				
4	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	78% der geleisteten Arbeitszeit	●	
5	Die Anmeldungen so rasch als möglich bearbeitet	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	●	
6	Anträge für laufbahnbestimmende Massnahmen sind termingerecht gestellt	Versand der Anträge bis Ende Juni	◐	Einzelne Anträge nach Ende Juni versandt (zu spät eingereichte Anmeldungen)
F	Das Pflichtenheft für den Fachbereich Sekundarstufe II ist erstellt	Das Papier ist bis Ende Februar fertig gestellt	●	
Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation				
7	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	QM der Abteilung Externe Schulevaluation wird laufend optimiert und angepasst	●	
G	Ein Grobkonzept für die Evaluation von Sonderschulen und von Sonderschulung ist erstellt	Detailliertes Konzept der Evaluation von Sonderschulen und der Sonderschulung liegt vor	●	
H	Verfahren für den 2. Durchgang (inkl. Führungsebene) ist erstellt	Grobkonzept liegt vor	◐	Vernehmlassung des Referenzrahmens ist noch nicht abgeschlossen
Leistungsgruppe 5: Lehrmittelzentrale und didaktisches Zentrum				
8	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft und rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Lehrmittelverzeichnis Kindergarten ist im Verzeichnis Primarschule vollständig integriert. Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar.	●	
9	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft und rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler maximal 120 Franken	●	
10	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Weitere Anpassungen im Online-Katalog	●	
11	Ausleihe der Medien sowie Beratung und Einführung der Benutzerinnen und Benutzer ist gewährleistet	Mindestens 31'000 Ausleihen	●	
Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik				
12	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	●	
13	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen 2012 – 14 und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Das Controllings erfolgt gemäss Controllingkonzept	●	
I	Erarbeitung der Richtlinien Integrative Sonderschulung (IS) für alle Behinderungen	Die Richtlinien IS werden umgesetzt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Schüler/innen obligatorische Schulzeit	Anzahl		10'850	10'931
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl		680	823
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote		3.10%	2.63%

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Schüler/innen obligatorische Schulzeit: Zur Zeit des Budgetprozesses 2012 konnte noch nicht auf Daten zurückgegriffen werden, die im Rahmen der Bildungsstatistik des Kantons Zug erhoben wurden.

Die aktuelle Zahl basiert auf den Daten der Erhebung 2012/13 (Stichtag 15. November 2012) und umfasst die Schülerinnen und Schüler der gemeindlichen Schulen.

Lehrmittel und Unterrichtshilfen: Das Lehrmittelangebot wurde aktualisiert. Der Einfluss auf die Kostenentwicklung ist jedoch gering, da es sich mehrheitlich um Schulhaussätze und Lehrmittel für den Förderunterricht handelt.

Anteil Sonderschulung: Zur Zeit des Budgetprozesses 2012 konnte noch nicht auf Daten zurückgegriffen werden, die im Rahmen der Bildungsstatistik des Kantons Zug erhoben wurden. Die aktuelle Zahl basiert auf den Daten der Erhebung 2012/13 (Stichtag 15. November 2012).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-116'404'484.59	-117'233'625	-117'806'301.69	-572'677	0.5
Total Ertrag	14'658'891.55	15'148'000	15'129'303.90	-18'696	-0.1
Saldo	-101'745'593.04	-102'085'625	-102'676'997.79	-591'373	0.6

Kommentar Rechnung

Aufwand: Das Budget wurde aufgrund von Projektverzögerungen in der Abteilung Schulentwicklung unterschritten.

Ertrag: Keine nennenswerten Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1740.0001 Invest.beitrag an Gde für Schulneu- und Umbauten					
Ausgaben	-823'455.85	-1'205'000	-2'046'580.85	-841'581	69.8
Einnahmen					
IT1740.0001 LehrerOffice – Datenbanklösung					
Ausgaben	-24'860.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-848'315.85	-1'205'000	-2'046'580.85	-841'581	69.8
Einnahmen					
Saldo	-848'315.85	-1'205'000	-2'046'580.85	-841'581	69.8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Investitionsbeiträge wurden teilweise bereits 2011 budgetiert, aber erst in der Gesamtrechnung 2012 verbucht.

Gesamtwürdigung

In Kürze

«Bereit für den nächsten Schritt» ist das Motto des Amtes für Berufsberatung. Unsere jugendlichen und erwachsenen Kundinnen und Kunden unterstützen wir bei der erfolgreichen Gestaltung ihrer Laufbahn. Dabei konnten wir im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft, den Schulen und der Verwaltung neue und hilfreiche Angebote (weiter-)entwickeln. So etwa die Kampagne «My top Job», welche Jugendliche bei der ersten Berufswahl darin bestärken soll, sich nicht von Vorurteilen leiten zu lassen, sondern einen Berufs- oder Schulentcheid gemäss den eigenen Fähigkeiten und Interessen zu treffen. Oder mit den Laufbahnseminaren, welche an den Berufsfachschulen angeboten werden. Im neuen Auftritt des BIZ drückt sich diese Dynamik in den frischen Farben und der Pfeilform aus.

Nahtstelle 1: Übergang Schule Beruf

Im Bereich erste Berufswahl hat das BIZ Amt für Berufsberatung zusammen mit dem Amt für Berufsbildung, der Rektorin und den Rektoren der Gemeinden und Verbänden aus der Wirtschaft die Kampagne «My top Job» lanciert, ein interaktives Theater zum Thema Vorurteile bei der Berufswahl. Auch in anderen Bereichen hat das BIZ mit der Wirtschaft eng zusammengearbeitet, etwa beim Entwickeln eines Schnupperlehrformulars oder des neuen Angebotes «Rent-a-Boss». Die Befragungen am Ende der Oberstufe zeigen, dass die Jugendlichen auf den Übertritt gut vorbereitet sind und nur einzelne nicht wissen, wie es weitergeht nach Abschluss der Schulzeit.

Nahtstelle 2: Laufbahnplanung und Studienwahl

Vor zwei Jahren wurde mit Lernenden des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug GIBZ im letzten Ausbildungsjahr erstmals ein Laufbahnseminar durchgeführt, in welchem die vielfältigen Möglichkeiten des Schweizer Bildungssystems nochmals aufgezeigt und Zeit zur individuellen, begleiteten Recherche im BIZ zur Verfügung gestellt wurde. Die Seminare stiessen auf sehr positive Resonanz. Inzwischen steht das Angebot auch den Klassen des Kaufmännischen Bildungszentrums Zug (KBZ) zur Verfügung und wird an beiden Berufsschulen rege benutzt.

Im Berichtsjahr konnten wir zehn Jahre Studienberatung im BIZ des Kantons Zug feiern. Aus diesem Anlass wurden die Rektoren der Gymnasien zu einem Austausch zum Thema Studienwahlvorbereitung eingeladen. Die beiden Studienberaterinnen stellten ihre Workshops vor. Im Gespräch war man sich einig, dass diese für die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sehr hilfreich sind.

Information und Dokumentation I+D

Das I+D Team hat sich im Berichtsjahr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, welche Informationen wie zur Verfügung gestellt werden sollen. Anders gefragt: Wie viel Papier braucht es im Zeitalter des Internets noch? Aufgrund von Kundenbefragungen und im Austausch mit anderen Berufsinformationszentren wurde ein neues Konzept erarbeitet. Während die interne Ablage vermehrt elektronisch erfolgt, erweitern wir das Dokumentationsangebot in den Regalen und Ordnern. Dieses bietet eine qualitativ hochwertige Zusammenschau von Informationen, wie sie das Internet nicht liefern kann. Das ist der Mehrwert, den wir der erneut gestiegenen Zahl von Besucherinnen und Besuchern – zusammen mit den mündlichen Auskünften durch die Fachpersonen – bieten können und wollen.

Beratungsangebote: Laufbahnfragen stehen im Zentrum

Die Nachfrage nach Einzelberatungen ist im Bereich der Erwachsenen nach wie vor sehr hoch. Inzwischen finden 60% aller Beratungen mit Personen statt, die über 20 Jahren alt sind. Dabei war zirka jede fünfte Person arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	3 – 5 Vorschläge aus der Masterarbeit (Marketing und PR-Konzept BIZ Zug) sind umgesetzt		
2	Das Amt für Berufsberatung vernetzt sich auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene	8% der zeitlichen Ressourcen		
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Angebote der Infothek sind analysiert, Optimierungen umgesetzt		Analyse hat stattgefunden, Umsetzung ist erst im Verlauf 2013 möglich (Eingabe im Budget 2013)
Leistungsgruppe 1: Berufswahl, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung				
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Für alle SchülerInnen werden Klassenbesuche im BIZ, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten. Alle SchülerInnen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner		
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut. Statistik fristgerecht weitergeleitet		
6	Gefährdete Jugendliche werden bei der beruflichen Integration unterstützt	Mitwirkung beim Case Management Berufsbildung		
7	Mittelschülerinnen und Mittelschüler befähigen, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt		
8	Berufslernende befähigen, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	25 Workshops haben stattgefunden und sind evaluiert		
9	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell». 2 Weiterbildungsveranstaltungen. Organisation «Rent a Stift»		
A	Maturandenbefragung	Realisierung der Maturandenbefragung gemäss Zentralschweizer Lösung		
L18	Aktion: Geschlechtsspezifische Stereotype in Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Logo erarbeitet, Flyer verteilt, im Internet publiziert. Die Zuger Medien berichten mindestens zweimal über diese Kampagne		Vorbereitungen abgeschlossen, Kampagne startet mit Premiere im Februar 2013

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen				
10	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Informationsmittel sind auf dem neuesten Stand. Eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	●	
11	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Der Berufswahlordner wird jährlich aktualisiert. Der Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert. Neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	●	
12	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Das BIZ Zug organisiert/koordiniert 120 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	●	
13	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel. Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	●	

Leistungsgruppe 3: Studien- und Laufbahnberatung				
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Termine innert 2 – 4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche. 1'800 Einzelberatungen	◐	Erstmals seit 2006 keine weitere Zunahme der Beratungsfälle
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Das Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt. Kurse für RAV-Beratende finden statt	●	
16	Das Eingangsportal vermittelt interessierten Erwachsenen aktuelle Informationen zur Erlangung eines Bildungsabschlusses auf Sekundarstufe 2	Das Eingangsportal für die Validierung von Bildungsleistungen steht bereit und wird genutzt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
2. Oberstufe	Klassen	54	55	70
3. Oberstufe	SchülerInnen	884	860	870
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	22	Im April zirka 100	April 2012: 96
Brückenangebote	Lernende	190	160	178 inkl. EiB
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	10	25	28
Gymnasien	Klassen	17	15	20
Besuchende Infothek	Anzahl	8'200	6'000	9'500
Einzelberatungen	Anzahl	1'904	1'950	1'789
RAV Beratungen	Anzahl	156	120	163
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'200	1'200	1'421
WAB Weiterbildungsangebote	Anzahl	980	980	891
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	260	260	260

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Brückenangebote: EiB meint ein Motivationssemester für den Einstieg in die Berufswelt

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'038'602.53	-2'088'800	-2'038'388.46	50'412	-2.4
Total Ertrag	96'986.00	81'000	93'004.45	12'004	14.8
Saldo	-1'941'616.53	-2'007'800	-1'945'384.01	62'416	-3.1

Kommentar Rechnung

Abweichungsbegründungen: Weniger Personalkosten, da eine neu geschaffene Stelle erst ab Sommer besetzt werden konnte und mehr Einnahmen, da mehr Beratungen für das RAV durchgeführt wurden als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das total revidierte Bundesgesetz erweitert die Aufgabenbereiche des Kantonalen Sportamtes. Das bisherige Sportförderungssystem wird den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Eine Verstärkung der Bewegungsförderung bei Kindern und Jugendlichen, aber auch verschärfte Strafbestimmungen gegen Doping stehen im Fokus der neuen Gesetzgebung. Innerkantonal verzichten der Kanton und die Stadt Zug künftig gegenseitig auf die Verrechnung von Gebühren für die Nutzung ihrer Sportanlagen.

Sportförderungsgesetz seit 1. Oktober 2012 in Kraft

Der J+S Kindersport ist im überarbeiteten Sportförderungsgesetz gesetzlich verankert. Das Programm J+S umfasst somit die Zielgruppen J+S Kindersport (5- bis 10-Jährige) und J+S Jugendsport für 10- bis 20-Jährige. Starke Gewichtung erhält auch die Nationale Datenbank für Sport, mit welcher die Förderprogramme Jugend und Sport, J+S, sowie Erwachsenensport Schweiz, esa, administriert werden. Der dafür notwendigen Intensivierung der Zusammenarbeit mit Schulen, Sportvereinen und Anbietern von Kinder-, Jugend-, Erwachsenen- und Seniorensport wird grosse Bedeutung beigemessen. Der Aufgabenbereich des Sportamtes erweitert sich damit vor allem in der Vereinsbetreuung und der Kaderausbildung. Am bestehenden Schulsportobligatorium wird unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Schulstufen festgehalten.

Keine Gebühren für Zuger Sportanlagen

Künftig erhalten Vereine, Schulen und Institutionen noch bessere Rahmenbedingungen für ihre sportlichen Aktivitäten: Die Stadt Zug und der Kanton verzichten rückwirkend per 1. Januar 2012 auf eine Gebührenverrechnung all ihrer Sportinfrastrukturen. In den Genuss der neuen Regelung gelangen sämtliche Vereine und gemeinnützige Organisationen mit Sitz in der Stadt Zug. Die Regierung führt in ihrer Strategie 2010 – 2018 die «kostenlose Nutzung kantonalen Sportanlagen für Zuger Vereine» als Legislaturziel auf. Die im Mai 2012 unterzeichnete Vereinbarung mit der Stadt Zug ist ein wichtiges Etappenziel. Gespräche zwischen dem Sportamt und einzelnen Gemeinden zur Realisierung analoger Vereinbarung sind bereits im Gange. Der gegenseitige Verzicht auf Gebührenerhebung reduziert den administrativen Aufwand für Betreibende und Nutzende.

Das Sportamt bewegt

Der RRB vom 29. November 2012 schafft die gesetzliche Grundlage für eine kantonale Ehrung erfolgreicher Zuger Sportlerinnen und Sportler, welche erstmals 2013 in Hünenberg stattfinden wird. Zudem werden sämtliche Tätigkeiten und Aktivitäten im Bereich der J+S-Leiterkurse, der Vereinsbetreuung, des polysportiven Jugendlagers Tenero, der Zuger-Nachwuchssportförderung, der kantonalen Schülermeisterschaften, von Sport am Mittag oder auch der Angebotsbroschüre «Sport 60+» mittels Kundenbefragung evaluiert. Wir nehmen eine erfreulich hohe Kundenzufriedenheit wahr und setzen weiterhin alles daran, eine echte Dienstleistung für den Zuger Sport zu erbringen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualität aller Angebote des AfS sicherstellen	QM entwickeln für mindestens 80% der AfS Angebote, Zufriedenheit der Kursteilnehmenden > 80%	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)				
2	Organisation der J+S Kaderbildung optimieren	Zuger Bedürfnisse klären, Angebote straffen, regionale Zusammenarbeit intensivieren	<input checked="" type="radio"/>	
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine und Schulen mittels Beratungsgesprächen	Kundenzufriedenheit mittels Umfrage klären. Anzahl Angebote + TN analog erreichte Werte von 2011	<input checked="" type="radio"/>	
4	Effiziente Organisation und Durchführung der polysportiven Lager Tenero	Analog erreichte Werte von 2011 ohne Aufwandsteigerung	<input checked="" type="radio"/>	
5	Auf- und Ausbau der J+S-Kidskurse intensivieren, Qualitätssicherung aller J+S Kidsangebote sicherstellen	1 Kaderkurs organisiert, mindestens 50% aller Vereine betreut	<input checked="" type="radio"/>	
6	Angebote und Vorgaben des J+S Erwachsenensports ESA des BASPO bekannt machen	Mit Partnerorganisationen Aufgaben und Zusammenarbeit definieren	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport				
7	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften an Zuger Sportvereine übergeben	Konstante Teilnehmerzahl, reduziertes Arbeitsvolumen für AfS	<input checked="" type="radio"/>	
8	Nachhaltige Unterstützung der Zuger Nachwuchssportler/Nachwuchssportlerinnen sichern (NWS)	90% aller Zuger NWS mit Swiss Olympic Talent Cards regional, national, international sind kontaktiert und beraten	<input checked="" type="radio"/>	
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Zusätzliche Abendkurse in anderen Sportarten, über 400 Teilnehmende, 8 externe Firmen	<input checked="" type="radio"/>	
A	Aufbau lokales Bewegungs- und Sportnetz (LBS)	Mindestens 2 Gemeinden beginnen aktiv mit dem Aufbau eines LBS gemäss Vorgaben des BASPO	<input type="radio"/>	Erste Gespräche geführt – trotz vorhandenem Interesse priorisieren Gemeinden zurzeit andere Schwerpunkte
B	Erarbeitung einer Nachfolgeregelung für Kunst & Sport-Klasse Cham auf Sek.-Stufe II	Zusammenarbeit mit Partnern klären, Entwurf eines Konzepts	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
10	Qualität der Beantwortung von Sport-Toto-Gesuchen sichern, Arbeitsabläufe optimieren	Zeitsparende Online-Formulare erstellen, Information der Vereine auf Homepage vereinfachen	●	Pilotprojekt zeigte, dass die technischen Möglichkeiten keine Zeitersparnis und Vereinfachung erlauben
C	Aufgaben der neuen Sportkommission konkretisieren	Pflichtenhefte, Geschäftsordnung, evtl. Verordnung erstellen	○	Aufwand für Pflichtenhefte höher als erwartet
L32	Der gegenseitige Gebührenverzicht für die Nutzung von Sportinfrastrukturen von Stadt und Kanton Zug ist sichergestellt	Gebührenreglemente der kantonalen Schulen sind vereinheitlicht, Gebührenbefreiung zwischen Stadt und Kanton Zug ist vereinbart	●	Vereinbarung mit der Stadt Zug abgeschlossen Vereinheitlichung der Benutzungsreglemente kant. Sportanlagen noch in Abklärung
L32	Der Kanton stellt seine Sportanlagen allen privaten, gemeinnützigen sportbetriebsorientierten Trägerschaften mit Sitz im Kanton Zug kostenlos zur Verfügung	Anpassung der gesetzlichen Grundlagen prüfen, Erstellung der nötigen gesetzlichen Grundlagen (RRB oder KRB)	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Diskussion um Öffnungszeiten kant. Sportanlagen als Voraussetzung für Aktualisierung der Benutzungsreglemente und Vereinbarung zum Gebührenverzicht mit Gemeinden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Ausgebildete Sportleiter/innen	Personen		1'000	766
Betreute J+S Angebote	Kurse/10- bis 20-jährige Jugendliche		800/11'500	908/11'138
Betreute J+S-Kids Kurse	Kurse/5- bis 10-jährige Kinder		60/800	96/1'377
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche/Personen		20/450	22/550
Lokales Bewegungs- und Sportnetz	Zuger Gemeinden		2	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Erfreulicher Erfolg der Anstrengung zur Implementierung des neuen Bundesauftrages «J+S Kindersport»

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'757'215.75	-1'812'250	-1'840'973.61	-28'724	1.6
Total Ertrag	406'539.85	412'000	474'209.65	62'210	15.1
Saldo	-1'350'675.90	-1'400'250	-1'366'763.96	33'486	-2.4

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget
 Mehreinnahmen dank zusätzlicher Dienstleistungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1780.0001	Onlinerreservationssystem Sportinfrastruktur					
	Ausgaben	-58'752.00		-29'008.80	-29'009	100.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-58'752.00		-29'008.80	-29'009	100.0
	Einnahmen					
	Saldo	-58'752.00		-29'008.80	-29'009	100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Erweiterung der Performance vom Onlinerreservationssystem Sportinfrastruktur in Auftrag gegeben.
 Dennoch den im Budget 2011 bewilligten Investitionskredit von 100'000 Franken nicht voll ausgeschöpft.
 Kontierung auf Laufender Rechnung 2012 (Kto. 3153.50)

Gesamtwürdigung

In Kürze

Zwei Grossprojekte prägten die Arbeit im Amt für Kultur: Die Konzeption der Kulturwerkstatt im Theilerhaus und der Neubau des Kunsthauses. Daneben hat das Amt für Kultur zahlreiche Beitragsgesuche behandelt. Auch die kantonale Kunstsammlung und das Kunst-am-Bau-Projekt im Kantonsspital wurden mit vielfältigen Werken bereichert.

Kulturwerkstatt im Theilerhaus

Das Konzept für eine kulturelle Nutzung des Theilerhauses sieht eine Beiz, Ateliers und einen Ausstellungsraum für Industriegeschichte und Veranstaltungen vor. Dieses Konzept wurde mit dem Industriepfad Lorze und Kennern der Zuger Industriegeschichte weiterentwickelt. Im Fokus war zudem die Entwicklung eines Modells für Trägerschaft, Organisation und Struktur des Betriebs. Die bei der Baudirektion in Auftrag gegebene bauliche Machbarkeitsstudie musste im Frühling 2012 wegen der Sistierung der kantonalen Schulraumplanung unterbrochen werden. Die inhaltliche Arbeit an der Kulturwerkstatt war von diesem Stopp nicht tangiert und konnte produktiv vorangetrieben werden. Auch konnte die kulturelle Zwischennutzung der Shedhalle auf dem Theilerareals (Hofstrasse 15) mit Atelier und Veranstaltungsraum, bedingt durch die Sistierung, bis mindestens 2013 verlängert werden.

Neubau Kunsthaus Zug

Der letzten Sommer durch die Baudirektion lancierte städtebauliche Studienauftrags-Wettbewerb wurde vom Büro Renzo Bader Architekten AG gewonnen. Das Resultat, der breit abgestützte städtebauliche Masterplan, wurde der Stadt Zug überwiesen, welche bis Ende 2013 einen Bebauungsplan erarbeiten wird.

Institutionen

Die Burg Zug war 2012 mit diversen Geschäften präsent und der aus feuerpolizeilichen Gründen notwendige Umbau der Burg wurde vom Kantonsrat bewilligt. Die Leistungsvereinbarung wurde bis und mit 2014 verlängert. Subventionen für den Betrieb 2012 erhielten: Kunsthaus Zug, Museum in der Burg Zug, Theater Casino Zug, Chollerhalle, Galvanik, Theater im Burgbackeller, Fischereimuseum, Ballettschule Zug, Tanzatelier Zug, Tanzhaus Baar, Voice Steps, Kinder- und Jugendtheater Zug.

Tätigkeiten der Kulturkommission

Die Kommission zur Förderung des kulturellen Lebens unter der Leitung des Vorstehers der Direktion für Bildung und Kultur bearbeitete 228 Gesuche. Die ausgerichteten Beiträge zulasten des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke beliefen sich auf insgesamt 3'826'852 Franken. Die Kulturausgaben zulasten der Laufenden Rechnung betragen 7'151'268 Franken. Sieben Zuger Kunstschaaffende erhielten Förderbeiträge von insgesamt 98'000 Franken und vier Zuger Kunstschaaffende werden die Wohnateliers in Berlin und New York im Jahr 2014 beziehen.

Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

Das Museum für Urgeschichte(n) präsentierte erstmals die bedeutendsten Münzfunde aus dem Kanton Zug in einer Gesamtschau. Im Rahmen des Forschungsprojekts «Cham-Hagendorn» organisierte das Museum zusammen mit der Kantonsarchäologie eine internationale Tagung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Kulturförderung				
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Bestätigung über Erhalt innerhalb einer Woche		
2	Termingerechte Abwicklung Wettbewerb Förderbeiträge/Zuger Werkjahr	Ausschreibung im Frühling, Jurierungen im Sommer, Regierungsratsbeschluss und Preisübergabefeier im Herbst		
3	Termingerechte Abwicklung Belegung Ateliers	Ausschreibung im Sommer, Mitteilung Beschluss im Dezember		
4	Wirtschaftlichkeit Atelierunterhalt	Buchführung monatlich, ein Kontrollaufenthalt		
5	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Besuche Ausstellungen Zuger Kulturschaffende		
6	Kunstsammlungen der Verwaltung/Öffentlichkeit zugänglich machen	Mindestens zwei Leihtermine		
7	Regelmässige Ausrichtung Zuger Anerkennungspreis	Evaluation einer Ausrichtung		
A	Richtlinien der visarte zu Kunst am Bau werden eingehalten	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau. Kantonales Gymnasium Menzingen und Theilerareal (WMS/FMS und Theilerhaus)		kgm: Kredit aus Spargründen gestrichen; Theilerhausareal: Planungsstopp für die Schulraumplanung durch Motionen im KR
Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen				
8	Sicherstellen der korrekten Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Kulturspezifisches Controlling der Berechnung für die Abgeltungsperiode 2013 - 15		
L10	Neubau Kunsthaus Zug	Mitwirkung Projektgruppe und Jury: Teilnahme an den Sitzungen		
L22	Kulturwerkstatt Theilerhaus	Umsetzung Nutzungskonzept: Start Konzipierung Betriebskonzept und Organisationsstruktur, Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene		Bauliche Ebene gestoppt wegen Planungsstopp Schulraumplanung Theilerareal Konzeptionelle Ebene: Ziel erreicht
Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen				
9	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Neuverhandlung Leistungsvereinbarung ab Frühjahr 2012. Controlling		
B	Umbau Burg Zug	Begleitung Umbau auf inhaltlicher und strategischer Ebene		
C	Zwischennutzung Shedhalle	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Museum für Urgeschichte(n)				
10	Durchführung Sonderausstellung	Eröffnung Sonderausstellung 2012	●	
D	Grabung Cham/Hagendorn	Abschluss Manuskript	◐	Abschluss per 1. Februar 2013
E	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Mitwirkung in Projektgruppe Neubau WMS/FMS. Koordination Museumsplaner	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Beitragsgesuche	Anzahl		200	228
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl		2	2
Preise und Auszeichnungen	Anzahl		1	1
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl		30	13
Besuchende KMUZ	Anzahl		10'000	9'510
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl		230	240

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'090'811.65	-7'305'200	-7'151'268.63	153'931	-2.1
Total Ertrag	84'032.45	90'000	84'708.70	-5'291	-5.9
Saldo	-7'006'779.20	-7'215'200	-7'066'559.93	148'640	-2.1

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1790.0003	Beitrag Umbau Stadt- und Kantonsbibliothek					
	Ausgaben		-245'000	-205'360.70	39'639	-16.2
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-245'000	-205'360.70	39'639	-16.2
	Einnahmen					
	Saldo		-245'000	-205'360.70	39'639	-16.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Trotz einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz und im Kanton Zug entwickelte sich die Zuger Wirtschaft grundsätzlich positiv. Im Vordergrund standen bei der Volkswirtschaftsdirektion der Ausbau der Infrastrukturen im Bildungs- und Verkehrsbereich. Die interkantonalen Beziehungen zur Zentralschweiz und zum Grossraum Zürich wurden gefestigt.

Zuger Wirtschaft

Trotz Andauerns der Eurokrise und des weiterhin starken Frankens kann davon ausgegangen werden, dass die Zuger Wirtschaft auch 2012 gewachsen ist. Gemäss einer im Januar 2013 durchgeführten Befragung des Technologie Forums Zug bei den Unternehmen im 2. Sektor stuft eine grosse Mehrheit der Befragten das Umsatz- bzw. Ertragsniveau weiterhin als gut bzw. akzeptabel ein. Die Arbeitslosenzahlen blieben konstant tief und es wurden noch nie so viele neue Lehrverhältnisse abgeschlossen. Auch das Handelsregister verzeichnet eine Zunahme des Bestandes an eingetragenen Firmen, wobei die Nettozahl tiefer liegt als in den anderen Jahren. In einer Interpellationsbeantwortung konnte nach zwei Jahren Mitgliedschaft in der Greater Zurich Area (GZA) ein positives Fazit gezogen werden; insbesondere unterstützt der Regierungsrat die neue GZA-Strategie der Fokussierung der eigenen Aktivitäten auf bestimmte Regionen und Branchen sowie des Einbezugs der Ressourcen der Wirtschaftsförderung der Mitgliederkantone.

Weitere Schritte im öffentlichen Verkehr

Im Dezember wurde die neue S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick eingeweiht. Auf den Fahrplanwechsel ist im ganzen Kanton Zug ein neues Tarifsystem in Kraft getreten. Dies nicht zuletzt wegen der Einführung des ITV Z-Passes, welcher eine engere Verknüpfung des zugerischen Tarifwesens mit dem Verkehrsverbund Zürich ermöglicht. Verbunden mit diesen Änderungen war ein markanter Ausbau des Busnetzes im Kanton Zug um rund 7%. Das aktive Einbringen unseres Kantons in den Verein Metropolitanraum Zürich zeigte seine Früchte: Ausgehend von Vorarbeiten der Metropolitankonferenz Zürich fanden sich 15 Kantone zur «Bahnallianz» zusammen zwecks Unterstützung zukunftsweisender Bahnprojekte in diesem Raum, unter anderem des Zimmerberg-Basistunnels II.

Neue Infrastrukturen für Berufsfachschulen

Auf der Zielgerade befinden sich zwei Vorlagen im Kantonsrat für einen neuen Trakt am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug (GIBZ), der die aktuelle Raumnot beheben soll sowie einen Umbau für das Kombinierte-Brücken-Angebot. Noch nicht entschieden ist die räumliche Zukunft des Integrations-Brücken-Angebots, da die Mittelschulraumplanung des Kantons noch nicht abgeschlossen ist. Ebenfalls beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, den Landwirtschafts- und Forschungsbetrieb Chamau in Hünenberg von der ETH zu erwerben und dort den Gutsbetrieb des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Schluechthof einzurichten.

Neues FHZ-Konkordat

Im Verlauf des Jahres wurden die Vorarbeiten für eine neue Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung als Basis der Fachhochschule Zentralschweiz abgeschlossen und der Ratifizierungsprozess in den sechs Zentralschweizer Kantonen durchgeführt. Am 1. Januar 2013 trat die neue Regelung in Kraft. Diese bringt eine neue einheitliche Trägerschaft der fünf Teilschulen. Mehrere Mitarbeitende der Volkswirtschaftsdirektion engagierten sich massgeblich in diesem Prozess. Einerseits zeigt das jahrelange Ringen um diese neue Vereinbarung die hohe Sensibilität der Kantone um Autonomie und Standortfragen, andererseits ist das Resultat ein Signal, dass sich die Zentralschweiz mit gemeinsamen Projekten stärken kann.

Zug/Glarus an der OLMA

Der gemeinsame Gastauftritt der Kantone Zug und Glarus an der OLMA vom 11. bis 21. Oktober in St. Gallen war ein voller Erfolg. Den beiden Kantonen ist es gelungen, mit einem interaktiven Filmpanorama, einer vielfältigen Tieraussstellung sowie einem farbenfrohen Umzug ihr Brauchtum und ihre kulturelle und wirtschaftliche Vielfalt zu zeigen.

Kommunikation

Das Jahresmotto der Direktion «Service public» wurde mit drei Veranstaltungen vertieft. Das Projekt «Nachhaltigkeit» wurde erfolgreich abgeschlossen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat befasste sich schwergewichtig mit neuen zentralen Instrumenten im Rechnungswesen, in der Geschäftsverwaltung und der IT. Zudem verzeichnete es im Gesetzesvollzug einen markanten Anstieg der Gesuche bei Lex Koller.

Mehrere grosse Projekte

Zahlreiche Ressourcen benötigten die Begleitung von vier Ämtern und die eigene Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung sowie die Umstellung auf die neue Geschäftsverwaltung GEVER.

Das Direktionssekretariat bearbeitete das Konzept IT an kantonalen Schulen zur Harmonisierung der IT-Strukturen und das Projekt EDUC+, einer Schuldatenerfassungssoftware für mehrere grosse kantonale Schulen. Die Arbeiten verlaufen planmässig.

Anstieg der Lex-Koller-Gesuche

Aufgrund der hohen Immobilienätigkeit und des Zuzugs von ausländischen Personen stieg die Zahl der Gesuche zum Bundesgesetz über den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland markant an. Zudem mussten zusätzliche Abklärungen bei natürlichen Personen vorgenommen werden und es wurden zahlreiche Auskünfte an Dritte erteilt. Eine Änderung der Verweisungspraxis durch das Grundbuch- und Vermessungsamt im Bereich der juristischen Personen konnte verhindert werden.

Charta Berufschance Zug und Zuger Innovationspreis

Im Rahmen der Umfrage «Charta Berufschance Zug» wurden rund 3000 Unternehmen, die Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten bzw. Trainees ausbilden, zum Thema Fremdsprachenkenntnisse der Jugendlichen befragt. Rund 635 Unternehmen machten mit, erachteten Fremdsprachen für den Kundenservice zentral und stuften die Fremdsprachenkenntnisse der Jugendlichen als besser ein als früher.

Erneut wurde die Verleihung des Zuger Innovationspreises organisiert. 2012 bewarben sich 15 Unternehmen aus dem Kanton Zug. Gewinnerin wurde die Cham Paper Group für Entwicklung und Vertrieb ihres Spezialpapiers Barnamic®.

Gute Zusammenarbeit mit Drittpartnern

Das Direktionssekretariat übernahm die Abwicklung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zug Tourismus. Dabei konnte der Kantonsbeitrag für den Betrieb der Tourismusanlaufstelle im Reisezentrum am Bahnhof Zug erhöht werden.

Engagement in Arbeitsgruppen

Verschiedene Mitarbeitende des Direktionssekretariats engagierten sich in kantonalen und überkantonalen Arbeits-, Steuer-, Projekt- und Usergruppen bzw. hatten Einsitz in den Vorständen privater Dritter, welche für den Kanton Leistungen erbringen oder mit dem Kanton zusammenarbeiten. Damit tragen sie aktiv bei, dass der Kanton Zug weiterhin «mit Zug einen Schritt voraus» sein kann.

Politische Geschäfte

Dank dem Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an die Veranstalter von Grossanlässen für die Kosten von Extrabussen und -zügen können Matchbesuchende nach den EVZ-Heimspielen weiterhin von einem breiten Busangebot in mehrere Gemeinden profitieren.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und deren Ämter in den Bereichen Rechtsdienst, Personalwesen, Finanzen, Kommunikation, Informatik und Infrastruktur. Das Direktionssekretariat unterstützt den Volkswirtschaftsdirektor administrativ und berät ihn fachlich. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen				
1	Wahrnehmung der Drehscheibenfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	90% positive Rückmeldungen		
2	Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	100% innert Frist		
3	Gewährleistung des Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte, 4 direktionsübergreifende Treffen, mindestens 30 Medienmitteilungen/-konferenzen		
4	Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Korrespondenz innert 24 Stunden, Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag		
A	Unterstützung des Direktionsvorstehers in seiner Funktion als Landammann	Fehlerfreie Führung der Traktandenliste für alle RR-Sitzungen, fehlerfreie Terminkoordination mit aktualisiertem Wochenprogramm für Reden und Publikationen		Führung der RR-Traktandenliste entfiel mit Eintritt neuer Landschreiber
B	Durchführung Charta Berufschance	30 neue Unterzeichnende der Charta		
C	Gastauftritt an der OLMA	Fristgerechte Präsentation, mehrheitlich positives Feedback von Messeleitung und Medien		
D	Pilotamt für Optimierung Kreditorenprozess	Eingehende Tests mit ausgewählter Lösung, fundierte Berichterstattung		
Leistungsgruppe 2: Sachgeschäfte der Direktion				
5	Anträge der Direktion	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
6	Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100% innert Frist		
7	Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	100% innert Frist		
8	Verfügungen der Direktion	Innert 14 Tagen nach Vorliegen aller Unterlagen		
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
9	Erarbeitung Beschwerdeentscheide	Innert 3 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels		
10	Aushandlung bzw. Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Bis Ende November		
11	Vergabe Zuger Innovationspreis	Mindestens 10 Bewerbungen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Vollzug Gesetzgebung				
12	Überprüfungen Lex Koller	Innert 7 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	●	2 Überprüfungen verspätet
13	Bewilligungen Konsumkredit	Innert 7 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	●	1 Bewilligung verspätet
14	Führen Sekretariat landwirtschaftliche Pacht	Vermittlungsquote > 50%	○	Keine Verhandlungen
Leistungsgruppe 5: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen				
L40	Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80% der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums, Sitzungsteilnahmequote: 80%	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Durch die Zunahme der Gesuche im Bereich Lex Koller und die bereits hohe Arbeitsbelastung konnten wenige Verfügungen nicht fristgemäss erfolgen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Anträge der Direktion	Anzahl		100	44
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		12	11
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl		115	76
Verfügungen der Direktion	Anzahl		100	67
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl		10	5
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl		2	2
Überprüfung Lex Koller	Anzahl		35	65
Gesuche Konsumkredit	Anzahl		4	3
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl		5	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Weniger Geschäft als erwartet, Zunahme im Vollzugsbereich.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'263'046.30	-1'761'000	-1'666'896.77	94'103	-5.3
Total Ertrag	52'329.20	14'000	21'400.00	7'400	52.9
Saldo	-1'210'717.10	-1'747'000	-1'645'496.77	101'503	-5.8

Kommentar Rechnung

Die effektiv ausgerichteten Beiträge an das Aktionsprogramm des Vereins Metropolitanraum Zürich (-30'000 Franken), der Destinationsbeitrag an Zürich Tourismus (-35'000 Franken) sowie der allgemeine Sachaufwand (-30'000 Franken) fielen tiefer aus. Durch die gestiegene Anzahl an Lex-Koller-Verfügungen sind Mehrerträge von 7500 Franken resultiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Berufsbildung im Kanton Zug positioniert sich erfreulich. Im Bereich der beruflichen Grundbildung kann mit 1219 ein Rekord an neu bewilligten Lehrverträgen verzeichnet werden. Ebenso hat sich die Anzahl der aktiven Lehrbetriebe nochmals erhöht. Im Bereich der höheren Berufsbildung kann ein grosses Interesse von Zugerinnen und Zuger an diesen Ausbildungsgängen festgestellt werden. Mit der Lernortkooperation konnte die verbundpartnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Lehrbetrieben, Berufsfachschulen und überbetrieblichen Kursen weiter optimiert werden.

Lehrstellensituation

Zusammen mit der Tatsache, dass im Kanton Zug rund 30% der Lehrstellen an Jugendliche vergeben werden, die nicht im Kanton Zug wohnen, kann wiederum von einer ausserordentlich positiven Lehrstellensituation gesprochen werden, die sich auch über die Kantonsgrenzen hinaus auswirkt. Die Betriebe engagieren sich im Kanton Zug für junge Berufsleute und bieten Lehrstellen an. Dank Anstrengungen mit gezielten Marketingmassnahmen, die Berufe in der zweijährigen Grundbildung mit Attest bekannter zu machen, konnte die Zahl der Lehrverhältnisse in diesem Bereich gesteigert werden.

Erhalt und Pflege der aktiven Lehrbetriebe

Da mit der demografischen Entwicklung gesamthaft der Bedarf an Lehrstellen gedeckt ist und keine namhafte Steigerung an weiteren Lehrstellen erwartet wird, setzt sich das Amt für Berufsbildung im Bereich Erhalt und Pflege von Lehrbetrieben ein. In diesem Zusammenhang wurden über 100 zusätzliche Betriebsbesuche durchgeführt. Ebenfalls wurden im Bereich Öffentlichkeitsarbeit diverse Veranstaltungen wie «Zuger Forum für Berufsbildende», «Berufsbildnerzünli» und Berufswahlveranstaltungen durchgeführt.

Lehrabschlussfeier erstmals vor den Sommerferien

Der Prozess der Lehrabschlussprüfungen wurde angepasst, so dass die kantonale Lehrabschlussfeier erstmals vor den Sommerferien stattfinden konnte. Aufgrund der vielen positiven Reaktionen wird dieser Zeitplan für die kommenden Jahre beibehalten.

Verbundpartnerschaftliche Weiterentwicklung der Berufsbildung

Die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Berufsbildungsämtern und den regionalen und lokalen Berufsbildungspartnern wird weiterhin aktiv gepflegt.

Seit mehreren Jahren befindet sich die Berufsbildung in einem Reformprozess. Die Ausbildungsvorschriften für mehr als 200 vom Bund reglementierte Berufe müssen weiterhin überarbeitet und angepasst werden. Im laufenden Jahr wurden neu 21 Berufe angepasst, somit sind gesamthaft rund 170 Berufe neu reglementiert.

Diverse Projekte wie Case Management Berufsbildung, Fachkundige individuelle Begleitung, KV-Business Englisch oder way-up-plus sind Zusatzangebote der Zuger Berufsbildung, welche ein breites Spektrum abdecken und zu einer hohen Attraktivität beitragen.

Politische Geschäfte

Für die neue interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen HFSV wurde der kantonale Ratifizierungsprozess gestartet und das Geschäft den entsprechenden Kommissionen vorgestellt. Der Kantonsrat wird 2013 über den Konkordatsbeitritt entscheiden.

Mit Zug einen Schritt voraus

Der vom Kanton Zug unterstützte Berufsbildungsverbund «bildxzug» übernimmt die Projektleitung des von der Zuger Wirtschaftskammer initiierten Projekts «Faszination Technik», welches zum Ziel hat, mehr Jugendliche für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für alle Berufsbildungsfragen mit dem Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ genügendes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	Bearbeitung Bildungsbewilligungsgesuche	95% < 30 Tage		
2	Koordinierte Besuche Lehrbetriebe	100		
3	Eröffnung Prüfungsergebnisse	Innerhalb von zwei Arbeitstagen nach vollständigem Erhalt der Ergebnisse		
4	Durchführung von Kursen	12		
A	Definitive BBT-Anerkennung Validierungsverfahren	Anerkennung per 31. Dezember		
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Überprüfung Zugangsberechtigung	95% innert Frist		
6	Controlling HF-Bildungsgänge	Systemevaluation (Prüfung Pilot-Schule)		
Leistungsgruppe 3: Berufsbildungsentwicklung und Steuerung				
7	Kooperation mit Akteuren der Berufsbildung	Wahrnehmung 80% der Einladungen (Engagementliste)		
8	Gewährleistung externe Kommunikation	6 e-Bulletin, 10 Informationsanlässe		
B	Umsetzung Berufsreformen	Start reformierte Bildungen per August		
C	Berufsbildungsmarketing Attest und way-up plus	6% der Lehrverträge im Bereich Attest, 10 neue way-up-Lehrverträge		8 neue Lehrverträge im Bereich way-up

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zu Ziel C: Die Rekrutierung von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erweist sich schwieriger als erwartet. Die entsprechenden Marketingmassnahmen befinden sich noch im Aufbau.

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Lernende in der Grundbildung	Anzahl		3'550	3'603
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl		1'100	1'167
Lehrbetriebe	Anzahl		1'370	1'387
Berufe im Kanton Zug	Anzahl		180	133
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl		280	325
Qualifikationsverfahren	Anzahl		1'800	1'696
Einsichtnahmen bei der LAP	Anzahl		50	45
Prüfungsexperten/innen	Anzahl		800	878

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Berufe im Kanton Zug: Es werden nur diejenigen Berufe ausgewiesen, welche im Rechnungsjahr aktive Lernende hatten. Im Budget wurden hingegen alle möglichen Berufe aufgeführt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-28'535'517.40	-29'716'100	-27'714'318.11	2'001'782	-6.7
Total Ertrag	10'616'211.00	10'461'500	12'137'338.90	1'675'839	16.0
Saldo	-17'919'306.40	-19'254'600	-15'576'979.21	3'677'621	-19.1

Kommentar Rechnung

Die ausgerichteten Beiträge an die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) waren um 1.9 Mio. Franken tiefer als budgetiert, dies hauptsächlich aufgrund folgender Entwicklungen: Durch Budgetkürzungen im Luzerner Kantonsparlament wurden zwar die Konkordatskantone entlastet, das Budget der FHZ rechnet aber mit einem Ausgabenüberschuss, welcher mittels einer Reserveentnahme gedeckt werden soll. Ausserdem wurden die Standortvorteilskosten des Kantons Luzern erhöht. Zur Entlastung beigetragen hat ebenfalls die höhere Anzahl der Studierenden aus nicht Zentralschweizer Kantonen.

Der Beschluss durch National- und Ständerat um Erhöhung der Bundessubventionen auf nun 25% der Kosten der öffentlichen Hand im Bereich der Berufsbildung erfolgte schneller als vorausgesehen, was Mehreinnahmen für den Kanton Zug von rund 1.7 Mio. Franken bedeutete.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2011.0002 Darlehen International School of Zug and Luzern					
Ausgaben	-5'000'000.00				
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-5'000'000.00				
Einnahmen					
Saldo	-5'000'000.00				

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schulzeit noch ein Jahr Zeit für ihren Berufswahl- oder Entwicklungsprozess brauchen, besuchen eines der drei Brückenangebote. Am Ende des Angebotsjahres konnten über 91% der Lernenden eine Lehre, eine allgemeinbildende Schule oder eine andere nachhaltige Lösung beginnen.

Jahresarbeitszeitmodell eingeführt

Zu einem guten Ende kam im Sommer ein längerer Entwicklungsprozess, für die Lehrkräfte das Jahresarbeitszeitmodell definitiv einzuführen. Die Art und Weise, wie die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter die Jugendlichen unterstützen, machte diese Umstellung nötig. Vermehrt stehen die konsequente Hinführung zum selbständigen Arbeiten und Lernen sowie ein professionelles Coaching im Zentrum.

Neue Grundlagen für die Schultätigkeit

Ebenfalls seit dem Sommer ist das neue Reglement über die Brückenangebote in Kraft. In einem schlanken Dokument erscheinen der Grundauftrag, das Aufnahmeverfahren, die Disziplinarordnung sowie die Rechten und Pflichten der Lernenden, Erziehungsberechtigten und der Lernbegleitung.

Abgängerinnen- und Abgängerbefragung

Das im kantonalen Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung vorgesehene Element Schulevaluation wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildungsökonomie und Bildungsmanagement (IBB) weiterentwickelt, womit es die Standards einer externen Selbstevaluation erfüllt. Die Befragung wurde zum ersten Mal an allen drei Brückenangeboten mit demselben, jeweils für die Angebote adaptierten Onlinefragebogen durchgeführt. Insgesamt zeigt die Evaluation ein positives Bild der Brückenangebote. Den Angeboten gelingt es, die Lernenden abzuholen und sie auf dem Weg in die berufliche Ausbildung gut zu begleiten. Gut bewertet werden die Lernsettings (Lernateliers, die Lernumgebung und die Lernmaterialien). Die Lehrpersonen werden als kompetent, engagiert und verständnisvoll, aber auch fordernd erlebt.

Schulisches-Brücken-Angebot S-B-A

Durch interne Weiterbildungstage wurde das Handlungsrepertoire der Lehrpersonen in Bezug auf die Begleitung der Lernenden erweitert. Veränderungsprozesse der Lernenden sind eine herausfordernde Aufgabe. Sie sollen sich ihrer Fähigkeiten und Stärken bewusst werden und diese individuell optimieren. Die erfolgreiche Bewältigung des Übergangs von der Volksschule in die Berufsbildung/allgemeinbildende Schule ist ein zentrales Ziel der Lernenden in diesem Brückenjahr.

Kombiniertes-Brücken-Angebot K-B-A

Mit dem K-B-A besteht ein Angebot von wöchentlich drei Tagen Praktikum und zwei Tagen Unterricht. Die Leitung legte den Schwerpunkt auf die Einführung mehrerer Elemente der Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II: Das Individualfeedback wurde eingeführt und ausgewertet. An einem Qualitätsentwicklungstag wurde die Umsetzung des Elements Kollegiale Unterrichtsentwicklung erarbeitet und eingeführt. Ausserdem entwickelte das Team sein Konzept für die Unterstützung bei der Praktikumssuche oder bei der Vermittlung von Praktikumsstellen weiter.

Integrations-Brücken-Angebot I-B-A

Das Angebotsjahr wurde im I-B-A mit Lernenden aus 27 Nationen gestartet. Wie jedes Jahr widerspiegeln sich die Migrationsentwicklungen auch in den Mutationen mit Austritten und Neuaufnahmen während des Jahres. Dies erfordert eine hohe Flexibilität der Lernbegleitung und der Organisation. Im Auftrag des Amtes für gemeindliche Schulen führt das I-B-A für Jugendliche auf der Sekundarstufe I die Zweitsprachförderung durch. Lernende mit Anschlusslösungen werden nach dem Aufbaujahr nach Bedarf in einem Übergang coaching betreut.

Mit Zug einen Schritt voraus

Mit den Brückenangeboten zur Optimierung Nahtstelle Schule – Arbeitswelt kann ein namhafter Beitrag zur Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie zur Stärkung des Bildungsangebotes und damit der Erhaltung der Spitzenposition im Standortwettbewerb geschaffen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Brückenangebote stellt sicher, dass Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schule keinen direkten Anschluss haben, in einem der drei Brückenangebote in ihren Übergangs-, Handlungs- und berufsrelevanten Schlüsselkompetenzen gefördert und zu einer nachhaltigen Lösung geführt werden.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Umsetzung Rahmenkonzept des Kantons zur Qualitätsentwicklung Sek II	Zwei weitere Q-Elemente sind eingeführt	<input checked="" type="radio"/>	
2	Vernetzung und Mitwirkung in kantonalen und interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen	Sitzungsteilnahmequote 80%	<input checked="" type="radio"/>	
A	Überprüfung der Angebote auf Grund der Bedürfnisse des Zielpublikums	Analysebericht liegt bis Mitte Jahr vor	<input checked="" type="radio"/>	
B	Einführung neues Arbeitszeitmodell	Bericht an RR liegt im Januar vor, definitiver Entscheid auf Schuljahr 2012/13	<input checked="" type="radio"/>	
L11d	Lösung der Platz- und Standortprobleme des I-B-A und K-B-A	Start Bauvorhaben (gemäss KRB)	<input type="radio"/>	Politischer Prozess verzögert
Leistungsgruppe 1: Schulisches-Brücken-Angebot (S-B-A)				
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	> 90% erreichen Anschlusslösung, > 70% kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	<input checked="" type="radio"/>	
C	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Neuer Lehrplan liegt vor	<input type="radio"/>	Ziel erweitert
Leistungsgruppe 2: Kombiniertes-Brücken-Angebot (K-B-A)				
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	> 80% erreichen Anschlusslösung	<input checked="" type="radio"/>	
5	Kontakt- und Imagepflege zu Praktikumsstellen	Pro Lernenden finden mindestens zwei Besuche im Betrieb statt	<input checked="" type="radio"/>	
D	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Neuer Lehrplan liegt vor	<input type="radio"/>	Ziel erweitert
E	Bereitstellen der Infrastruktur auf der Basis des Betriebskonzeptes der gestalteten Lernumgebung	Räume sind bezogen	<input type="radio"/>	Politischer Prozess verzögert

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Integrations-Brücken-Angebot (I-B-A)				
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	> 70% erreichen Anschlusslösung	●	
F	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem SE-Projekt Beurteilen und Fördern	Neues Zeugnis ist ausgearbeitet	◐	Neue Zielsetzung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zu Zielen C, D und F: Der Lehrplan wird angebotsübergreifend erstellt. Das neue Zeugnis ist gekoppelt an die Schaffung des Angebotslernplanes.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Lernende S-B-A	Anzahl	74	75	76
Lernende K-B-A	Anzahl	58	60	57
Lernende I-B-A	Anzahl	62	55	57

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'291'992.65	-5'283'030	-5'146'990.71	136'039	-2.6
Total Ertrag	398'703.70	345'000	364'060.00	19'060	5.5
Saldo	-4'893'288.95	-4'938'030	-4'782'930.71	155'099	-3.1

Kommentar Rechnung

Weil die budgetierte Teuerung nicht ausgeglichen wurde, reduziert sich der Personalaufwand um 42'000 Franken. Die tatsächlichen Aufwendungen für die IT sind um rund 27'000 Franken geringer ausgefallen als erwartet, ebenso die Sachaufwände und Anschaffungen (47'000 Franken). Bei den Mieten konnten rund 20'000 Franken eingespart werden, da die Amtsleitung kantonseigene Büros bezogen hat und weniger Kosten für Schulräume angefallen sind. Mehrerträge resultierten durch höhere Schulgelder (9000 Franken) und zusätzlichen Einnahmen von 3000 Franken für die Durchführung eines Zentralschweizer Weiterbildungskurses. Der Verkauf von PCs an Lernende brachte ebenfalls einen Ertrag von 7000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ) hat auf die wichtigen Megatrends im Bildungswesen reagiert. Die neue Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget, die sich stetig im Wandel befindlichen Berufsbilder und das wachsende Weiterbildungsangebot bilden für das GIBZ anspruchsvolle Herausforderungen, um den Wechsel von der herkömmlich geführten Berufsfachschule zur dynamischen Bildungsinstitution zu vollziehen.

Neue Strukturen geschaffen

Die auf die zukünftigen Erfordernisse ausgerichteten organisatorischen Strukturen der Aufbau- und Ablauforganisation konnten fristgemäss eingeführt werden; die Initialisierung der Kosten-/Leistungsrechnung zeigt erste positive Wirkungen in der Führungsarbeit. Die erfreulicherweise stetig wachsende Nachfrage an Bildungslehrgängen in Teilen der Grundbildung, in der Ergänzenden Bildung und in der Weiterbildung steht diametral dem knappen Raumangebot gegenüber – eine echte Herausforderung für das GIBZ.

Die diesjährige Qualitätsevaluation belegt bei allen Anspruchspartnern eine hohe Gesamtzufriedenheit. Mit der geplanten Umsetzung der Lernortkooperation und dem weiteren Ausbau des IT-Angebotes kann die Attraktivität des GIBZ zusätzlich gesteigert werden.

Ausbau Berufliche Grundbildung

Erfreulich viele Bewerberinnen und Bewerber haben sich für den neuen Berufsmaturität-Vollzeitstudiengang Gesundheit und Soziales angemeldet. Ausserdem wurden für das GIBZ relevante Bildungsverordnungen neu gestaltet. So können zusätzlich Baupraktiker/innen, Hauswirtschaftspraktiker/innen und Fachangestellte Gesundheit (verkürzte Lehre) ihre Ausbildung am GIBZ absolvieren. Vor kurzem wurden die aktualisierten Lehrberufe «Bodenleger/innen» und die Attestausbildung «Gesundheit und Soziales» zusätzlich ins Schulprogramm aufgenommen. Insbesondere konnte im vorausschauenden Sinn die regionale Nachwuchsgewinnung des Fachpersonals im Pflegebereich kontinuierlich ausgebaut werden. Die Lernförderung und -begleitung verläuft aus Sicht der pädagogischen und finanzökonomischen Aspekte gut. Für die Begabtenförderung liegt eine ausgearbeitete Ideenskizze vor, die nun umgesetzt werden kann. Die technischen Grundlagen und das nötige Netzwerk für das EU Förderprogramm «Leonardo da Vinci» sind entwickelt; zurzeit wird die Zusammenarbeit mit der Stiftung Intercultural Programs Switzerland geprüft. Das Austauschprogramm soll im nächsten Semester erstmals durchgeführt werden.

Höhere Berufsbildung und Berufliche Weiterbildung mit neuen Akzenten

Das GIBZ kann neu schweizweit als einziger Anbieter den Lehrgang zur Vorbereitung auf die eidg. Prüfung zur Zahntechnikermeisterin/zum Zahntechnikermeister durchführen. Des Weiteren verlaufen die Vorbereitungskurse für das Coiffeurfach und für die Automobiliagnostiker/innen in den Modullehrgängen als Vorbereitung auf die Berufs- und höhere Fachprüfung nach wie vor sehr gut. Allgemein liegt der Fokus bei der weiteren Ausgestaltung der Bildungslehrgänge, so auch für das Gesundheitswesen und im Berufsbereich der Inneneinrichtungsgestaltung. Die Trends weisen allgemein auf eine gute Nachfrage hin.

Bildungsleistungen

Die GIBZ-eigene virtuelle Lern-, Bilanzierungs- und Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» entwickelt sich plangemäss, das System ist stabil. Mit den Entwicklungsprojekten der Berufsbildung kann das GIBZ eine ansprechende Anzahl verrechenbarer Gebühren und Stunden vorzeigen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Es ist gelungen, das Zentrum für die Weiterbildung der Zahntechnikerinnen und Zahntechniker in der deutschen Schweiz aufzubauen. Mit der systematischen Förderung der Kultur- und Sprachenkompetenz für Berufslernende und Berufsschullehrpersonen konnte ein weiterer Meilenstein nach dem Leitsatz der Regierungsrätlichen Strategie umgesetzt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das GIBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in gewerblichen und industriellen Berufen, Allgemeinbildung, Berufsmaturität (BM) und für Sport. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Wahrnehmung der Schnittstellen-Aufgaben: praktische Grundbildung, überbetriebliche Kursaktivitäten, höhere Berufsbildung, Dienstleistungen	Abstimmung der Grundbildungsprozesse mit den Verbundpartnern, vollständige Umsetzung der Lernortkooperation		Lernortkooperation vorerst im Grundsatz geklärt. Bei einzelnen Berufsfeldern noch Koordinationsprozesse nötig. Informationsbroschüre liegt im Frühjahr 2013 vor
2	Durchführung der Qualitätsevaluationen und Umsetzung des 360-Grad-Feedbacks	= 80%-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen		
A	Aufbau und Betrieb einer webbasierten DigiThek für den Unterricht	Einrichtung Plattform auf der Basis der Knowledge-Factory		
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Pflichtunterricht in Berufskunde, Allgemeinbildung und Sport im gewerblichen, industriellen und gesundheitspezifischen Sektor	Umsetzung der Schullehrpläne von 26 Lehrberufen		
4	Pflichtunterricht für die technische Berufsmatura	Umsetzung der Schullehrpläne nach eidg. Richtlinien		
5	Umsetzung neu gestaltete Bildungsverordnungen	5 neu gestaltete Lehrberufe, vollständige Aktualisierung der Bildungspläne in fachlicher und zeitlicher Hinsicht		
6	Durchführen Qualifikationsverfahren in der Allgemeinbildung, Berufsmatura und für Informatiker/innen	Erfüllungsgrad: 100%. Aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren		
7	Bereitstellen der IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht	100% Verfügbarkeit, Umsetzung des kantonalen IT-Konzepts, Sicherstellung des First- und Second Level Supports		
8	Individualisierte Förderung im Rahmen von Stütz- und Förderkursen	0.5% Stütz- und Freikurse		
9	Beratung und Mediation von Berufslernenden	55 Beratungsgespräche pro Semester		
10	Umfassende Informationsmittel in der Mediathek und DigiThek	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot		
B	PR-Massnahmen für die Berufsbildung	Entwicklung und Realisierung von berufsbezogenen Erlebnisboxen		
C	Teilnahme am EU-Förderprogramm «Leonardo da Vinci»	Entwicklung eines Austauschprogramms, verbunden mit dem Aufbau eines Netzwerks in Europa		EU-Anträge für Berufslernende und Lehrpersonen eingereicht. Erste Austausche im zweiten Semester des Schuljahres 2012/13 möglich

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
L20	Entwicklung des Vollzeit-BM-Studienganges in Gesundheit und Soziales für ausgelernte Berufsleute	Research, Projektplanung und Machbarkeitsstudie erstellen, Erstellung der eidg. Anerkennungsgrundlage	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
11	Durchführung von berufsbegleitenden, modularen Weiterbildungskursen	Total Teilnehmerlektionen: 28'800	●	
12	Durchführung der Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung	Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonaler Weiterbildungsstrategie, Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau, 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge, total Teilnehmerlektionen: 30'000	●	
13	Durchführung von berufsbegleitenden Kursen im Rahmen der berufsorientierten Weiterbildung	Total Teilnehmerlektionen: 12'200	●	
14	Ergänzende Bildung gemäss individueller Kompetenzbilanz	Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz, Total Teilnehmerlektionen: 90'000	●	
15	Förderung des Prozesses «Validieren von Bildungsleistungen» in Verbindung mit der «Ergänzenden Bildung»	Verfahren gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt umsetzen, 120 Kompetenzbilanzierungen	◐	Nach Einführung der sog. verkürzten Lehre für Fachangestellte Gesundheit (FaGe) wurden die Kompetenzbilanzierungen auf max. 60 beschränkt
16	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	100% Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (DB 1)	●	
Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen				
17	Einsatz der Lern- und Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» für den Hybridunterricht	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory, 120 verrechenbare Arbeitsstunden, 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	●	
18	Projektführungen rund um die Berufsbildung	250 verrechenbare Stunden	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Für die Umsetzung der einzelnen Zielsetzungen wurde ein systematisches Risikomanagement-System aufgebaut und erstmals erfolgreich eingesetzt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Grundbildung	Klassen		136	142
	Lernende		1'800	1'812
	Lektionen		119'100	67'780
Berufsmatura	Klassen		26	34
	Lernende		390	457
	Lektionen		30'800	20'493
IT-Infrastruktur	PC-Stationen		640	635
	User		2'550	2'610
	Softwarepakete		100	100

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Mediathek und Digithek	Ausleihen		21'200	11'498
	Artikel		20'000	19'578
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module		23	39
	Teilnehmende		450	690
	Lektionen		1'420	1'742
HF-Vollzeit-Studium	Klassen		2	2
	Studierende		30	28
	Lektionen		2'400	3'250
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten		25	116
	Teilnehmende		420	2'011
	Lektionen		770	6'018
Ergänzende Bildung Individuelle Kompetenzbilanz	Module		20	20
	Berufslernende		140	250
	Lektionen		1'800	380

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die referenzierten Budgetwerte basieren auf bisher ermittelten statistischen Bezugsgrössen, welche nun im Zuge der Einführung der gesamtheitlichen Kosten-/Leistungsrechnung neu formiert wurden. Des Weiteren ist zu beachten, dass die einzelnen Bildungsangebote der Weiterbildung nach der aktuellen Bildungssystematik des Bundes strukturiert wurden. Die Rubrik «Ergänzende Bildung» wurde neu aus der Sicht der Schulführungsprozesse strukturiert; in diesem Bereich werden aus statistischen Gründen nur noch die individuellen Kompetenzbilanzierungen aufgeführt. Bei der Rubrik «Mediathek und Digithek» ist anzumerken, dass in zunehmendem Mass statt Medien ausgeliehen, direkt im Internet recherchiert wird. Die Mediathek ist zudem nebst der Ausleihe auch Arbeits- und Rechercheort für Lernende und Lehrpersonen. Die Kundenfrequenz hat wöchentlich von bisher 992 auf neu 1112 zugenommen. Dementsprechend erhöhte sich der Zeitaufwand der Beratungstätigkeit des Mediathekspersonals.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-24'019'689.83	-24'414'800	-24'394'537.52	20'262	-0.1
Total Ertrag	6'335'795.80	5'508'850	5'988'697.95	479'848	8.7
Saldo	-17'683'894.03	-18'905'950	-18'405'839.57	500'110	-2.6

Kommentar Rechnung

Aufgrund der Nachfrage wurden zusätzliche Bildungslehrgänge angeboten, insbesondere BM Gesundheit und Soziales, Hauswirtschaftspraktiker/in EBA (Eidgenössisches Berufsattest), verkürzte Lehre FaGe, Baupraktiker/in EBA. Dies führte zu höheren Lohnkosten und wirkte sich gleichzeitig auf der Ertragsseite positiv aus. Ein äusserst kostenbewusstes Handeln führte gegenüber dem Budget zu erheblichen Einsparungen beim Sachaufwand.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %	
IT2013.0001 PC-Ersatzbeschaffung						
	Ausgaben	-68'062.65				
	Einnahmen					
IT2013.0002 Neuanschaffung von Visualizern						
	Ausgaben	-122'097.50				
	Einnahmen					
IT2013.0003 PC Ersatz- und Neuanschaffungen						
	Ausgaben		-130'000	-230'181.55	-100'182	77.1
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
 Volkswirtschaftsdirektion
 2013 – Gewerblich-industrielles Bildungszentrum

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-190'160.15	-130'000	-230'181.55	-100'182	77.1
Einnahmen					
Saldo	-190'160.15	-130'000	-230'181.55	-100'182	77.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Mehrausgaben im Rechnungsjahr gehen einher mit den Minderinvestitionen im Vorjahr, da sich die PC-Ersatzbeschaffung aus technischen Gründen im Jahre 2011 verzögerte.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Für das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof war das Jahr einmal mehr geprägt durch starke Veränderungen und Neuerungen in den Lehrgängen. Der letzte Lehrgang nach altem Bildungssystem fand im März, der erste Lehrgang nach neuem Berufsbildungsgesetz im Juni seinen Abschluss. Parallel dazu konnte der Pilotlehrgang «Agrotechniker/in HF» in das zweite Jahr starten.

Grundbildung mit neuem Qualifikationsverfahren

Die traditionellen Winterkurse, welche seit Jahrzehnten einen zentralen Bestandteil der Ausbildung darstellten, fanden zum letzten Mal statt: Im März nahmen die jungen Berufsleute ihre Diplome in Empfang. Parallel zum letzten Winterkurs wurde zum ersten Mal die Grundbildung nach neuem Berufsbildungsgesetz im Juni abgeschlossen. Zum ersten und somit auch einzigen Mal fanden im gleichen Jahr zwei Diplomfeiern in der Grundbildung statt.

Weiterbildung mit Akzenten in der Höheren Berufsbildung

Neben dem Pilotlehrgang «Agrotechniker/in HF» konnte im August bereits der zweite Lehrgang gestartet werden.

Wiederum wurde in der höheren Berufsbildung ein grosses überregionales Wahlfachangebot durchgeführt. In Wochenblöcken besuchten die Studierenden der Höheren Fachschule und die Absolventinnen und Absolventen der Betriebsleiterschule Kurse wie «Pferdehaltung», «Eigenbestandesbesamerkurs», «Klauenpflegekurs» und «Geflügelhaltung».

Die Betriebsleiterschule wurde zum ersten Mal im Jahresrhythmus gestartet. Eigentlich war geplant, den Lehrgang in der Ausbildung mit der Höheren Fachschule zu kombinieren. Aufgrund der hohen Anzahl Anmeldungen musste die Klasse jedoch separat geführt werden, was die Infrastruktur maximal auslastete.

Im Herbst konnte eine zweite Kursreihe «Bauern- und Unternehmerschulung» gestartet werden. In zehn Modulen à zwei Tagen setzen sich die Teilnehmenden intensiv mit der eigenen Persönlichkeit und dem Unternehmen auseinander.

Beratung von Hofübergaben geprägt

Die Beratung war geprägt von vielen Fragen zu Hofübergaben. Bedingt durch den Ablauf der Übergangsfristen im Bereich Tierschutz mussten auch viele Beratungen im Bereich Betriebsneuausrichtungen durchgeführt werden.

Seminare/Hotellerie sehr gut ausgelastet

Dadurch, dass das Amt für Berufsbildung die kantonalen Berufsbildnerkurse neu am Schluechthof durchführt, wurde die bereits schon hohe Auslastung der Infrastruktur nochmals verbessert.

Landwirtschaftsbetrieb vor Herausforderungen

Für den Landwirtschaftsbetrieb war es kein einfaches Jahr. Die Situation des Schweinemarktes war vor allem in der ersten Hälfte sehr schlecht. Im Bereich des Maschinenunterhaltes waren einige grössere Reparaturen notwendig. Das Ziel eines Betriebsgewinnes konnte nicht erreicht werden.

Politische Geschäfte

Das ganze Team des LBBZ war stark mit der kantonsrätlichen Vorlage zum Kauf der «Chamau» beschäftigt. In detaillierten Konzepten wurde die allfällige künftige Bewirtschaftung geplant.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet – wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit – die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Vertiefung und praktische Umsetzung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentral-schweiz, Aargau und Zürich)	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen, Austausch von Lehrpersonen, überregionales Wahlfachangebot		
2	Öffentlichkeitsarbeit, Förderung des Verständnisses für Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft (Nachhaltigkeit)	Mindestens 10 Publikationen in der nichtlandwirtschaftlichen Fachpresse, mindestens 1 Veranstaltung für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung		
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Durchführung des Schulunterrichts zum Landwirt EFZ	Je eine Klasse pro Lehrjahr		
4	Führen einer Winterschulklasse nach dem bisherigen Bildungssystem	Eine Klasse		
5	Durchführen des Qualifikationsverfahrens	Erfüllungsgrad: 100%, aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren		
A	Unterstützung der Branche beim Ausbau der Lehrbetriebe	Herbst 2012 mindestens 45 Lehrstellen auf Lehrbetrieben im Kanton Zug		
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
6	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt (kombiniert mit HF-Ausbildung)	Mindestens 12 Lernende, Qualifikation über dem CH-Durchschnitt		
7	Führen einer Betriebsleiterschule II zur Vorbereitung Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung)	Mindestens 10 Lernende, Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt		
8	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpfleger-Spezialist BP»	Start im Zweijahresrhythmus, erst Frühling 2013		Start 2013
9	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF»	Führen einer zweiten Klasse mit mindestens 12 Teilnehmenden		
10	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	100% Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (DB 1)		
11	Aktuelles Wissen vermitteln bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 11/12, 1'200 Teilnehmerlektionen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
12	Herausgabe des Weiterbildungsprogramms (in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Organisationen)	Durchführung von mindestens 30 Kursen, 80% der Kurse mindestens 10 Personen	●	
13	Bildungsangebot für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung	Mindestens 4 Angebote	●	
Leistungsgruppe 3: Beratung				
14	Unterstützung und rasche Hilfestellung in produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen (Kurzberatungen)	Maximale Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	●	
15	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidungsfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	25 Beratungsgespräche (Betriebsumstellungen), Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	●	
16	Bildung einer Schnittstelle zur Landwirtschaft für andere kantonale Ämter und Gemeinden, konstruktive Begleitung und Beratung der Zuger Landwirtschaft bei raumplanerischen und umweltrelevanten Themen (Gewässerschutz, Trinkwasserfassungen, Leitungsverlegungen usw.)	Kompetente Geschäftsführung LEK Cham gemäss Leistungsvereinbarung, qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert Monatsfrist erledigt, 80% positives Feedback	●	
Leistungsgruppe 4: Hotellerie				
17	Angebot von Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen	Mindestens 20 Vermietungen, Kundenzufriedenheit > 90%	●	
18	Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Kostendeckungsgrad: 100%, Einnahmen mindestens 150'000 Franken, > 100 Gruppen/Seminare mit Mittagessen, > 90% Kundenzufriedenheit	●	
Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb				
19	Führen eines vielseitigen, vorbildlichen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen	Jahresgewinn von > 20'000 Franken, mindestens 10 Betriebszweige (Kulturen), mindestens 1 Auszubildende/r, mindestens 5 Demonstrationsversuche	◐	Gewinn nicht erreicht
20	Gestaltung eines offenen, ansprechenden Landwirtschaftsbetriebes für die Bevölkerung als Erlebnisumfeld	> 15 Besuchende/Tag	●	
21	Führen eines kundengerechten Hofladens mit eigenen Produkten	> 10'000 Franken Direktverkaufseinnahmen/Monat	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Grundbildung	Klassen	4	4	4
	Lernende	65	55	51
Höhere Berufsbildung	Klassen	1	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)
	Lernende	30	55	61
Beratung	Anzahl	65	35 grössere Fälle	46 grössere Fälle

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'458'897.65	-3'573'050	-3'697'288.40	-124'238	3.5
Total Ertrag	1'572'435.57	1'498'500	1'688'174.66	189'675	12.7
Saldo	-1'886'462.08	-2'074'550	-2'009'113.74	65'436	-3.2

Kommentar Rechnung

Dadurch, dass mehr Kurse (Weiterbildung und Wahlfach) durchgeführt wurden, sind die Einnahmen bei den Kursgeldern und Mittagessen höher. Andererseits sind deshalb auch höhere Lohnkosten für Kursleitung zu verzeichnen. Das schwierige Jahr des Landwirtschaftsbetriebes wirkt sich negativ auf den Ertrag aus.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege			-28'803.55	-28'804	100.0
305	Arbeitgeberbeiträge			-3'672.50	-3'673	100.0
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV			-649.35	-649	100.0
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'234'014.05				
	Total Aufwand	-1'234'014.05		-33'125.40	-33'125	100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	427'570.00				
	Total Ertrag	427'570.00				
	Saldo	-806'444.05		-33'125.40	-33'125	100.0

Kommentar Rechnung

Für Lohnzahlungen einer Teilzeitangestellten für Abschlussarbeiten sind noch Aufwendungen angefallen. Die Liquidationsarbeiten wurden vom Direktionssekretariat begleitet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Jahr 2012 trat die neue eidgenössische Bildungsverordnung der Kaufmännischen Grundbildung in Kraft. Die Ausbildung rückt näher an die betriebliche Praxis heran, bringt für die Ausbildungsbetriebe etliche Vereinfachungen und aktualisiert die Bildungsinhalte. Das Kaufmännische Bildungszentrum Zug (KBZ) hat die neuen Bildungspläne und Konzepte (z.B. die Promotionsordnung im Profil der erweiterten Grundbildung) für das erste Lehrjahr erfolgreich umgesetzt.

Stärkung der Lernortkooperation

Die Volkswirtschaftsdirektion hat die Stärkung der Lernortkooperation, also die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Berufsbildung, der Berufsfachschule und den Ausbildungsbetrieben, konzeptionell geregelt. Erstmals tagte unter Federführung des KBZ die entsprechende Qualitätssicherungsgruppe der Kaufleute und des Detailhandels mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Ausbildungsbetriebe, mit einer Vertreterin des Amtes für Berufsbildung sowie mit Mitgliedern der Schulleitung des KBZ. Die Teilnehmenden erhielten einen Einblick in die Qualitätsentwicklung am KBZ und einen Überblick über das Coaching der Lernenden.

Erfreuliche Zahlen in der Grundbildung

Insgesamt wurden so viele Lernende in der beruflichen Grundbildung zum Berufs- oder Berufsmaturitätsabschluss geführt, wie noch nie, nämlich rund 430 (96% Bestehensquote). Die anspruchsvolle Prüfungsorganisation wurde von der schweizerischen Prüfungskommission im Detailhandel anlässlich ihres Inspektionsbesuchs als tadellos taxiert.

Weiterbildung konstant

Das Volumen der Abteilung Weiterbildung konnte auf sehr hohem Niveau konstant gehalten werden und liegt nur knapp unter dem Rekordwert des Jahres 2010. An den eidgenössisch organisierten Abschlussprüfungen lagen die Erfolgsquoten der KBZ-Lernenden insgesamt wiederum deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt.

Im Rahmen des Projekts «KBZplus», initiiert im Jahr 2010, hat die KBZ Weiterbildungsabteilung Konzepte im Bereich Didaktik, Qualitätsentwicklung und Personalentwicklung entwickelt und umgesetzt. Ein wesentlicher Bestandteil des Projekts konnte mit der internen Weiterbildung von rund 90 Lehrpersonen erfolgreich abgeschlossen werden.

Dank erfreulicher Teilnehmernachfrage startete erstmals der Lehrgang «Tourismus & Event», den das KBZ in Kooperation mit edupool.ch und Vertretern des Zuger Tourismus gestaltet hat.

Neuer Rahmenlehrplan der HFW

Der neue Rahmenlehrplan der Höheren Fachschule für Wirtschaft (HFW) war für die Studierenden des ersten Studienjahrs operativ. Das Anerkennungsverfahren ist initiiert.

Web-Präsenz verstärkt

Per Ende Jahr hat das KBZ seine Web-Präsenz verstärkt. Die neue Web-Site (www.kbz-zug.ch) bringt eine freundlichere Aufmachung und erweitert den Informationsgehalt.

Mit Zug einen Schritt voraus

Das KBZ ist neu auch auf Facebook präsent, und zwar mit je einem professionellen Auftritt für die Grundbildung, die Weiterbildung und die Höhere Fachschule für Wirtschaft.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das KBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule Wirtschaft.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Website KBZ erneuern	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen		
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	Pflichtunterricht erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Umsetzung der Schullehrpläne in den sechs Berufen des KBZ		
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen	60 Kursangebote		
3	Beratung und Mediation	45 Beratungsgespräche pro Semester		
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht		
B	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Die Lehrgänge starten im Sommer nach neuer Bildungsverordnung		
C	QM: Umsetzung der Konzepte zum Rahmenkonzept QE Sek II	Die Konzepte, insbesondere Know-How-Aufbau bei den Lehrpersonen (kollegiale Hospitation sowie Feedbacks Leitungspersonen), sind umgesetzt		
D	QE-Handbuch ist online verfügbar	QE-Elemente sind verlinkt und online verfügbar		
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone – zirka 4.1 Mio., Kostendeckungsgrad mind. 85% (DB 1), überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen		Weniger Kurse als geplant, deshalb Erträge unter Budget
6	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht		
E	Überprüfen und Überarbeiten der KBZ-Strategie im Weiterbildungsbereich	Strategie ist definiert, allfällige konkrete Umsetzungsmassnahmen sind geplant		
F	Schulentwicklung beinhaltend didaktische Konzepte, Personalentwicklungskonzept	Konzepte in allen neu startenden Lehrgängen umgesetzt, Nachqualifikation Lehrpersonal im Plan		
G	Anpassung Qualitätsmanagementsystem gemäss Schulentwicklungskonzept	QM-Anforderungen sind definiert; Umsetzung im Plan		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
H	Neue Lehrgänge zur Vorbereitung auf eidg. Finanzplaner/in, Sozialversicherungsfachleute	Lehrgänge sind ausgeschrieben. Mindestens ein Lehrgang kann durchgeführt werden	☉	Ungenügende Zahl Anmeldungen
I	Einführung neuer Rahmenlehrplan HFW	Umsetzung für Folgejahr	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Grundbildung ohne BMS II	Klassen		61	60.5
	Lernende		990	1'020
	Standard-Wochenlektionen		960	915
Grundbildung BMS II	Klassen		3	4
	Lernende		55	67
	Standard-Wochenlektionen		90	95
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende		95	104
	Klassen		6	6
	Standard-Wochenlektionen		85	80
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatzvolumen		2.95 Mio.	2.55 Mio.
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatzvolumen		0.35 Mio.	0.24 Mio.

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Es wurde – zu optimistisch – eine erhebliche Steigerung der Umsatzzahlen in der Weiterbildung budgetiert. Teilweise wurde das Lehrgangs-Sortiment um defizitäre Angebote bereinigt (so z.B. die Führungsausbildung und der Frauenkongress). Auch konnte zufolge fehlender Anmeldungen der Lehrgang «Aussenhandelsfachleute» nicht geführt werden, der von einem Drittanbieter (mit Verrechnung via KBZ) vermarktet wird.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-17'397'210.78	-17'996'860	-16'728'447.98	1'268'412	-7.0
Total Ertrag	5'176'493.65	5'722'500	4'995'663.60	-726'836	-12.7
Saldo	-12'220'717.13	-12'274'360	-11'732'784.38	541'576	-4.4

Kommentar Rechnung

Die Saldoabweichung ergibt sich aus der nicht ausgerichteten Teuerung, der irrtümlich doppelten Budgetierung der Berufsmaturität für Erwachsene (BMS II), einer etwas besseren Kostendeckung der Weiterbildung sowie insgesamt tieferem Sachaufwand. Den gegenüber Budget reduzierten Erträgen der Weiterbildung (vgl. Zielsetzung 5) stehen entsprechend reduzierte Lohnaufwendungen gegenüber.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Vollzugstätigkeit des Amts für Wirtschaft und Arbeit ist durch die Bundesgesetzgebung und die konjunkturelle Entwicklung bestimmt. Die Planbarkeit war schwierig, die Wirtschaftsdaten sind aber letztlich besser als bei der Budgetierung zu erwarten war.

Bessere Kennzahlen als erwartet

Die wirtschaftliche Konjunktur ist für die Tätigkeiten des Amts für Wirtschaft und Arbeit prägend und für die Leistungserbringung bestimmend. So schliesst das Jahr mit besseren als von vielen Fachleuten prognostizierten Kennziffern ab. Das Bruttoinlandprodukt hat sich weiterhin positiv entwickelt und die kantonale Arbeitslosenrate liegt per Ende Jahr bei 2.0 Prozent. Dennoch sind die Unsicherheiten spürbar. Betriebe sind am Konsolidieren und schonen die Ressourcen. Entsprechend musste das Amt im Herbst vermehrt Fragen betreffend Pflichten, Rechten und Usancen bei Massenentlassungen beantworten. Auch beim Ansiedlungsgeschäft werden Entscheide weniger schnell gefällt und die Anzahl erfolgreicher Projekte ist rückgängig. Zur konjunkturellen Lage kommen eine härtere Konkurrenz – auch aus den EU-Ländern wie Niederlande und Grossbritannien – und die Unwägbarkeiten in der Schweizer Aussenpolitik betreffend Steuerregime, Doppelsteuerabkommen, usw. Leicht steigende Zahlen bei der Kurzarbeit, bei der Abklärung von Vermittlungsfähigkeit von arbeitslosen Personen sowie die leicht gesunkene Anzahl an Bewilligungen für Arbeitskräfte ausserhalb des EU-Raumes einerseits und eine weiterhin hohe Intensität an Neu- und Umbauten von Büroräumlichkeiten und industriellen, gewerblichen Immobilien andererseits zeigen die momentane, wirtschaftlich herausfordernde Situation und bestimmen den Vollzugsalltag.

Planbarkeit bei Drittpartnern schwierig

Diese Unsicherheiten übertragen sich auch auf die beiden privatrechtlichen Partnerorganisationen, den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen und ProArbeit, welche im Dialog mit dem Amt eine Balance zwischen Kosteneffizienz und der rechtzeitigen Verfügbarkeit von personellen und infrastrukturellen Ressourcen finden müssen.

Die seit einiger Zeit laufende Legiferierung für ein neues Integrationsgesetz beeinflusst die Leistungsvereinbarung, welche Kanton und Gemeinden gemeinsam mit dem Verein für die Beratung von ausländischen Arbeitskräften und deren operativer Fachstelle Migration jährlich auszuhandeln haben. Eine längerfristige Optik für das Dienstleistungsangebot der Fachstelle für Migration war so nicht mehr möglich, was die personelle Planung erschwerte.

Dafür wurden die Ziele bei der Jobbörse der Gemeinnützigen Gesellschaft, beim Technologieforum Zug, beim Businesspark und beim Netzwerk Labor entsprechend den Erwartungen erfüllt.

Neupositionierung GZA auf Kurs

Die Neupositionierung der Greater Zurich Area AG (GZA) scheint auf strategischer Ebene gelungen. Die Marktbearbeitung wird in drei Teilstrategien eingeteilt. Mit der Teilstrategie «Fokus» werden die USA und China mit GZA-eigenem Personal vor Ort bearbeitet. Die Teilstrategie «Indirekt» deckt alle Anfragen ab, welche ohne direkte Marketingaktivitäten an die GZA herangetragen werden. Die Teilstrategie «Selektiv» deckt Europa und spezifische Opportunitäten in anderen Ländern ab. Aufgrund knapper personeller Ressourcen wird die Selektiv-Strategie mit allen kantonalen Wirtschaftsförderern gemeinsam gestaltet, d.h. eine Person vertritt die ganze GZA-Region. So kann eine breitere Wirkung am Markt erzielt werden. Diese neue Zusammenarbeit ist auf gutem Weg, verlangt aber von den kantonalen Wirtschaftsförderstellen ein Umdenken. Trotz Konkurrenzsituation wird ein hohes Mass an Gemeinsinn von den Kantonsvertreterinnen und -vertretern abverlangt.

Höherer Controllingaufwand

Das Frühjahr war geprägt durch eine starke Häufung von Revisionen, Audits und Kontrollen von kantonalen und insbesondere Bundesaufsichtsstellen. Dies ist nicht zuletzt auf die zunehmend strukturierte und prozessorientierte Aufsicht der Bundesbehörden, welche der Vereinheitlichung des Vollzugs der Bundesgesetze dienen soll, zurückzuführen. Zu oft beschränken sich diese aber auf inputorientierte, mit anderen Kantonen vergleichende Indikatoren und vernachlässigen die unterschiedlichen Voraussetzungen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Als Teil der regierungsrätlichen Vision E-Government bietet das Amt für Wirtschaft und Arbeit zusammen mit dem Amt für Migration seit November den Bewilligungsprozess für ausländische Arbeitskräfte internetbasiert an. Der Pilotbetrieb läuft noch bis ins Frühjahr 2013.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Vollzug Bundesgesetze betreffend Arbeitsmarkt				
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem Seco	100 Kontrollen FLAM, Rechenschaftsberichte bis 31. Januar an Seco		
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländerinnen und Ausländer	100% der Verfahren mit «Secondeye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt, < 5% Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM		
3	Fristgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen (AV) und für Handelsreisende (HR)	> 80% AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier, > 80% HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier		
Leistungsgruppe 2: Vollzug Bundesgesetze betreffend Arbeitsbedingungen				
4	Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	System-Audit Seco erfüllen		
5	Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekte Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	> 80% PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet, 25 ASA-Kontrollen		15 ASA Kontrollen: Personalfuktuation aufgrund einer Frühpensionierung
Leistungsgruppe 3: Vollzug Bundesgesetze betreffend Bekämpfung der Arbeitslosigkeit				
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	Lagebeurteilung und Massnahmen mit VAM anhand Führungskennzahlen des Seco, Audit Seco (alle 3 Jahre) durchlaufen		
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfugen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits-(KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	100% der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt, 100% der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtlichem Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)		
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der arbeitsmarktlichen Massnahmen	Mindestens 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs, > 80% positive Rückmeldungen der Kursbesuchenden		
9	Korrekte Weiterverrechnung der Verwaltungskosten und der Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen an den Bund	Keine gravierenden Beanstandungen in interner und externer Revision		
10	Abklären und Beraten in juristischen Fragestellungen sowie rasches Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	> 80% Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier, < 10% Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten, 1x je Semester Peer Review (Rechtsgleichheit)		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Standortförderung				
11	Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	130 Firmenbesuche im Kanton Zug, 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	●	
12	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	3 Zielmärkte, > 90% Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	●	
13	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	3 Newsletter, 1 Neuunternehmerapéro	●	
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
14	Fristgerechte Mitwirkung bei Rechtssetzung: Vernehmlassung, Mitbericht, Anhörung, Stellungnahme	100% fristgerechte Eingaben	●	
15	Wahrung der Interessen des Kantons Zug nach Aussen (Verbandstätigkeit, Repräsentation, Kommissionen)	Sitzungsteilnahmequote: 80%	●	
16	Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Arbeitslosenstatistik gemäss Sperrfrist Seco monatlich publizieren	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Stellensuchende	Personen		2'400	2'121
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Bewilligungen		620	453
Arbeitszeitbewilligungen	Bewilligungen		120	141
Planbegutachtungen	Anzahl		150	135
Total AVG-Bewilligungen	Anzahl		360	395

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Planbarkeit war schwierig, die Wirtschaftsdaten sind aber letztlich besser als bei der Budgetierung zu erwarten war.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-15'128'174.09	-15'209'200	-15'255'040.85	-45'841	0.3
Total Ertrag	11'324'994.90	10'436'000	10'990'257.93	554'258	5.3
Saldo	-3'803'179.19	-4'773'200	-4'264'782.92	508'417	-10.7

Kommentar Rechnung

Die vom Bund nicht rückerstattbaren Aufwendungen für Programme der vorübergehenden Beschäftigung wurden vorsichtshalber höher budgetiert. Grund waren die höheren Kosten durch den neuen Standort des VAM (Halle 44) und die durch die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 2011 höhere Beteiligung der Kantone an Aufwendungen für nicht bezugsberechtigte arbeitslose Personen. Letztere betreffen vorwiegend ausländische Jugendliche im Programm «Einstieg in die Berufswelt». Da aber die höhere Kantonsbeteiligung bei den ausländischen Jugendlichen vom Bund (noch) nicht umgesetzt wurde und die Aufwendungen der Halle 44 grösstenteils beim Bund angerechnet werden konnten, reduzierten sich die zusätzlich budgetierten Aufwendungen um rund 400'000 Franken. Die Personalaufwendungen sind ausserdem um 60'000 Franken tiefer, da die Nachfolge nach einer Pensionierung nicht unmittelbar erfolgen konnte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2030.0001	Darlehen Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)					
	Ausgaben					
	Einnahmen	1'000'000.00				
Total Budgetkredite						
	Ausgaben					
	Einnahmen	1'000'000.00				
	Saldo	1'000'000.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeitslosenkasse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Bewältigung der steigenden Gesuchszahlen in den Leistungsbereichen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Insolvenz. Der zeitliche Aufwand für die Bearbeitung der Anträge hat wegen der Komplexität der Sachverhalte zugenommen. Die Projekte Ausbau des internen Kontrollsystems und die Einführung eines neuen Zeiterfassungssystems verliefen erfolgreich.

Arbeitslosenentschädigungen

Im Jahresdurchschnitt verblieb die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger konstant auf tiefem Niveau. Aufgrund der Arbeitsmarktlage war jedoch ein markanter Anstieg von neuen Anmeldungen – insbesondere im letzten Quartal – zu verzeichnen. Die total geleisteten Arbeitslosenentschädigungen erreichten die 50-Mio.-Franken-Grenze.

Arbeitslosenhilfe

Entgegen dem Trend bei den bundesrechtlichen Leistungen entwickelte sich die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger deutlich rückläufig.

Entschädigungen bei Konkursen, Kurzarbeit und Schlechtwetter

Vermeehrt sind Insolvenzenschädigungen an Arbeitnehmende von grösseren konkursiten Firmen ausgerichtet worden. Ausserdem stieg die Anzahl der von Kurzarbeit betroffenen Firmen deutlich an. Eine Kälteperiode verursachte zudem länger dauernde Arbeitsausfälle wegen schlechten Wetters.

Aufwändigere Verfahren

Die zu beurteilenden Sachverhalte des Rechtsdienstes bei den Einspracheverfahren sind komplexer geworden und benötigen für die Bearbeitung mehr Zeit. Die gleiche Entwicklung ist bei den Fallbearbeitungen im Bereich Sachbearbeitung zu beobachten. Zudem führte der Gesetzgeber im AVIG Neuerungen bei den bilateralen Verträgen ein, was zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand führte.

Ausbau internes Kontrollsystem und Einführung Kosten-/Leistungsrechnung

Im Rahmen der Weisungen des Seco ist das interne Kontrollsystem auf allen Ebenen verstärkt worden. Die Verantwortlichkeiten und Befugnisse wurden nach vorgegebenen Risikogrundsätzen neu überprüft und angepasst. Erstmals ist die Verwaltungskostenrechnung für den Bund mit dem neuen Zeiterfassungssystem des Kantons erstellt worden. Dank dieser Erfassung konnten die Vollzugskosten des AVIG zu Gunsten des Kantons präziser bestimmt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG). Im Auftrag der Gemeinden richtet sie Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Entschädigungen AVIG				
1	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des Seco	Innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	<input checked="" type="radio"/>	
2	Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	<input checked="" type="radio"/>	
3	Termingerechte Durchführung der Zahlungsverarbeitungen		<input checked="" type="radio"/>	
4	Sicherstellen der Liquidität	100% Vorgaben eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
5	Führen des internen Kontrollsystems	100% Vorgaben des Seco eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
6	Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	100% Vorgaben des Seco eingehalten	<input type="radio"/>	Ausstehende Zahlen der kantonalen KLR für Jahresrechnung
Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen				
7	Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	Innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	<input checked="" type="radio"/>	
8	Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	<input checked="" type="radio"/>	
9	Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
10	Ausarbeitung fundierte Einspracheentscheide	Entscheid innert 3 Monaten nach Einreichung der Einsprache	<input checked="" type="radio"/>	
11	Ausarbeitung von Vernehmlassungen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
12	Effiziente, einwandfreie juristische Beratung	< 5 Reklamationen wegen Fehlinformation	<input checked="" type="radio"/>	
13	Sicherstellen/Umsetzung rechtsgleicher Vollzug	< 10% Abweichung zum gesamtschweizerischen Durchschnitt	<input checked="" type="radio"/>	
14	Unterstützung bei juristisch komplexen Fragestellungen	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen für Dritte				
15	Ausarbeitung Einspracheentscheide für AWA/RAV	Entscheid innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	●	
16	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	●	
17	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformativkursen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG, 90% positive Rückmeldungen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Bezüger/innen ALE	Anzahl		3'500	3'246
Bezüger/innen ALH	Anzahl		600	228
Abrechnungen Entschädigungen	Anzahl		18'000	15'907
Mutterschaftsanträge	Anzahl		80	80
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl		70	49
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl		280	316
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl		300	298
jur. Beratung Sachbearbeitung	Stunden		3'000	991
jur. Beratung Arbeitsrecht	Stunden		1'100	825
jur. Bearbeitung RAV	Stunden		1'700	1'813
Grundinformativkurse beim RAV	Anzahl		80	69

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Prognosen für den Arbeitsmarkt sind wegen unsicherem Konjunkturverlauf schwierig einschätzbar. Die Stunden für die jur. Sachbearbeitung sind zu hoch budgetiert worden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'661'210.95	-6'567'600	-6'045'924.22	521'676	-7.9
Total Ertrag	5'459'319.14	5'255'000	8'065'181.85	2'810'182	53.5
Saldo	-1'201'891.81	-1'312'600	2'019'257.63	3'331'858	-253.8

Kommentar Rechnung

Die ausgerichteten Mutterschaftsbeiträge erhöhten sich wegen der durchschnittlich angestiegenen Beiträge um mehr als 350'000 Franken. Gleichzeitig sanken die Arbeitslosenhilfeleistungen (ALH) um mehr als 950'000 Franken (durchlaufende Beiträge im Aufwand und Ertrag). Durch die Umstellung auf periodengerechte Abgrenzung der AVIG-Vollzugskosten ergeben sich einmalige Mehrerträge von 3.6 Mio. Franken. Als Folge der periodengerechten Abgrenzung sind auch die Erträge der von den Gemeinden zu tragenden ALH-Vollzugskosten um 190'000 Franken höher.

In den Anhang der Jahresrechnung wurde als Eventualverpflichtung 1 Mio. Franken aufgenommen für vom Bund während dreier Jahre nicht anerkannter AVIG-Vollzugskosten. Über die Rechtmässigkeit dieser Nichtanerkennung wird das Bundesgericht im kommenden Jahr entscheiden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Am Fahrplanwechsel wurde das Busnetz im Kanton markant ausgebaut, das Zonensystem im Tarifverbund Zug erneuert, das Billettangebot im Wirtschaftsraum Zürich ausgebaut und die S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick in Betrieb genommen. Diverse weitere Infrastrukturprojekte stehen in Planung und werden in den nächsten Jahren realisiert.

Grosser Angebotsausbau beim Bus

Der Fahrplan hat am 9. Dezember im Busbereich den grössten Angebotsausbau seit Einführung des Konzepts «Bahn und Bus aus einem Guss» im Jahr 2004 erlebt. Im Vordergrund stand die erste Etappe des leistungsfähigen Feinverteilers mit der neuen Linie 6 ins Arbeitsgebiet Sennweid (Steinhausen), der Zusammenlegung der Linien 11 und 13 im Gebiet Herti-Feldhof (Stadt Zug), dem Angebotsausbau am Abend auf den nachfragestarken Linien im Agglomerationsgebiet (Baar/Zug/Steinhausen) sowie der Neuorganisation des Angebots im Ägerital mit neuen Direktverbindungen von und nach dem Bahnhof Baar. Für den nächsten Ausbauschritt haben die Bauarbeiten am Durchstich Sumpf (Eigentrassee) in Steinhausen und weitere Ausbauten planmässig begonnen.

Spatenstich zur 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich

Die eisenbahnrechtliche Plangenehmigung des Teilprojekts «Verkürzung der Zugfolgezeit Thalwil – Zug» wurde durch das Bundesamt für Verkehr erteilt. Am 4. Mai konnte in der Littli bei Baar der Spatenstich zur 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich mit Vertretern des Bundes, der SBB und von sieben weiteren Kantonen stattfinden.

Neue S-Bahnhaltestelle in Steinhausen

Am 26. November wurde die neue Haltestelle Steinhausen Rigiblick eingeweiht. Sie wird seit dem Fahrplanwechsel halbstündlich durch die S9 bedient.

Finanzierung Doppelspurausbau Freudenberg-Rotkreuz sichergestellt

Der Bundesrat hat die finanziellen Mittel für den Doppelspurausbau Freudenberg – Rotkreuz freigegeben und die SBB mit deren Umsetzung beauftragt. Dies ist notwendig, da ab 2017 die Gotthardzüge während zwei Jahren via Rotkreuz umgeleitet werden. Im laufenden Jahr konnte das Vor- und Auflageprojekt für die Schliessung dieser Doppelspurlücke abgeschlossen werden. Ein finanzielles Engagement des Kantons ist für diesen Ausbau nicht notwendig.

Verzögerung beim Doppelspurausbau in Walchwil

Dieser Ausbau wird unter anderem von zwei Komitees bekämpft. Der Regierungsrat musste die Vorlage zur Festsetzung der Doppelspurinsel im Richtplan kurzfristig aus dem Kantonsrat zurückziehen. Es wurden anschliessend verschiedene Zusatzabklärungen bei der SBB in Auftrag gegeben, so wurde auch eine Kreuzungsstation im Murpflü vertieft untersucht. Die Richtplananpassung wird dem Kantonsrat im Frühling 2013 unterbreitet.

Weitere Planungen

Es wurden die Grundlagen für die 2. Teilergänzung der Stadtbahn Zug erarbeitet und mit dem Agglomerationsprogramm Zug (2. Generation 2015 – 2018) beim Bund angemeldet. Mit einem 3. Gleis zwischen Baar und Zug und einer Wendemöglichkeit in Baar Littli soll die Stadtbahn künftig weiter ausgebaut werden.

Grundlegende Neuerungen im Tarifverbund Zug

Im Tarifverbund Zug wurde das seit 25 Jahren bestehende Zonensystem von Ringzonen- auf Flächenzonen geändert. Diese Änderung wurde unter anderem nötig, da gleichzeitig auch das Angebot des bisherigen Abonnementsverbund Z-Pass auf Einzelfahrausweise ausgedehnt wurde. Im Gleichschritt mit den nationalen Tarifen wurden am Fahrplanwechsel auch die Tarife im Tarifverbund erhöht.

Politische Geschäfte

Erstmals erfolgte eine Angebotsvereinbarung mit den eidg. konzessionierten Schifffahrtsunternehmen, gestützt auf den Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidg. konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Von der Region Gruyère bis zu einer Delegation holländischer Eisenbahnerinnen und Eisenbahner haben sich auch dieses Jahr diverse Interessenten aus dem In- und Ausland über den modernen öv im Kanton Zug informiert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Sicherstellung nachfrageorientiertes öV-Angebot				
1	Abwicklung Angebotsprozess	RRB im August, Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart		Verzögerung beim Mitbesteller Bund
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kostendeckungsgrad > 40%		
3	Periodische Messung der Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	90% der Umfrageteilnehmenden zufrieden		
Leistungsgruppe 2: Sicherstellung öV-Verkehrsinfrastruktur				
4	Kostencontrolling	Halbjährliche umfassende Reportings bei strategischen Projekten von SBB und Tiefbauamt		
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	100% fristgerecht bearbeitet		
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	293 Haltestellen und Bahnhöfe		
A	Planung und Projektierung von Bahnprojekten	Vorprojekt DS Freudenberg – Rotkreuz, Studie DS-Insel Walchwil, Studie 3. Gleis Baar – Zug		
L13	Mehrheitsfähige (Mit-)Finanzierung von regionalen und kantonalen ÖV-Projekten	Durchstich Busstrasse Sumpf im Bau, Leistungssteigerung Zug – Thalwil im Bau, Hst. Rigiblick ab Dezember in Betrieb		
Leistungsgruppe 3: Sicherstellung öffentliche Schifffahrt				
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kostendeckungsgrad > 60%		
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Vereinbarung bis September abgeschlossen		Angebotsvereinbarung im Dezember aufgrund des Saisonergebnisses 2012
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Aufgaben				
9	Mitwirkung Rechtsetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen	100% fristgerechte Eingaben		
L41	Wahrung Interessen des Kantons nach aussen	Sitzungsteilnahmequote: 90%		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien		34	34
Bahn- und Buslinien	Länge in km		227	227
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl		293	293
Kursangebot	Kurskilometer		6.4 Mio.	6.4 Mio.
öV-Tarife der SBB	Tariferhöhung in %		1.5%	5.2%

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-35'394'638.32	-36'152'900	-33'765'832.41	2'387'068	-6.6
Total Ertrag	6'766'780.00	7'182'000	7'441'728.00	259'728	3.6
Saldo	-28'627'858.32	-28'970'900	-26'324'104.41	2'646'796	-9.1

Kommentar Rechnung

Die Abgeltung im öffentlichen Personenverkehr lag um 2.3 Mio. Franken tiefer, da die Offerten im Herbst 2011 nachverhandelt wurden. Das bessere Ergebnis ist zum grössten Teil auf die sehr positive Nachfrageentwicklung bei Bahn und Bus zurückzuführen. Aufgrund verschiedener grösserer Angebotsanpassungen und einer abschliessenden Bereinigung im Herbst 2011 wurden den Gemeinden mehr Haltestellenabfahrten verrechnet, was Mehrerträge von 260'000 Franken generierte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0014 Stadtbahn Zug, Rückstellung aus Objektkredit					
Ausgaben	-10'173.65				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-10'173.65				
Einnahmen					
Saldo	-10'173.65				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0001 öV-Feinverteiler Planung					
Ausgaben	-31'029.35		-12'874.85	-12'875	100.0
Einnahmen					
VD2035.0007 Projektierung Stadtbahn 1. Teilergänzung					
Ausgaben	-60'183.60	-90'000	749'797.10	839'797	-933.1
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2035 – Amt für öffentlichen Verkehr

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0009	1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)					
	Ausgaben	-1'216'000.00	-10'550'000	-1'368'248.60	9'181'751	-87.0
	Einnahmen		4'042'000		-4'042'000	-100.0
VD2035.0015	V-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe					
	Ausgaben	-183'372.50	-250'000	-18'541.00	231'459	-92.6
	Einnahmen					
VD2035.0017	Investitionsbeitrag an SGZ					
	Ausgaben	-350'000.00				
	Einnahmen					
VD2035.0020	Bahnprojekte (Planung und Projektierung)					
	Ausgaben	-70'591.55	-500'000	-221'731.50	278'269	-55.7
	Einnahmen					
VD2035.0022	Bahnprojekte (Bau)					
	Ausgaben		-500'000		500'000	-100.0
	Einnahmen					
VD2035.0023	Darlehen Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich					
	Ausgaben			-12'600'000.00	-12'600'000	100.0
	Einnahmen					
VD2035.0024	Erwerb von Aktien der ZVB AG					
	Ausgaben	-787'000.00				
	Einnahmen					
VD2035.0025	Zugfolgezeit Littli-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)					
	Ausgaben			-335'000.00	-335'000	100.0
	Einnahmen					
VD2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick					
	Ausgaben			-4'789'031.55	-4'789'032	100.0
	Einnahmen			1'000'000.00	1'000'000	100.0
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-2'698'177.00	-11'890'000	-18'595'630.40	-6'705'630	56.4
	Einnahmen		4'042'000	1'000'000.00	-3'042'000	-75.3
	Saldo	-2'698'177.00	-7'848'000	-17'595'630.40	-9'747'630	124.2

Kommentar Rechnung

Das Darlehen an die Durchmesserlinie Zürich (Projekt 0023) wurde im Jahr 2011 budgetiert, die Auszahlung erfolgte dieses Jahr. Innerhalb des Projekts 0009 wurden ursprünglich für die Budgetierung die Aufwendungen für die Projekte 0025 und 0026 miteingerechnet. Die effektiven Ausgaben und Einnahmen erfolgten je unter einer separaten Projektnummer.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Ausgleichskasse und IV-Stelle Zug können erneut auf ein erfolgreiches und intensives Jahr zurückblicken. Vor allem die Umsetzung der IV-Revision 6a und die Einführung eines neuen IT-Projektes prägten das Jahr und forderten viel Einsatz der gut 90 Mitarbeitenden.

IV-Revision 6a in Kraft getreten

Per 1. Januar 2012 trat mit der IV-Revision 6a das erste Massnahmenpaket der neuen IV-Revision in Kraft. Die Umsetzung dieser Vorlage bedeutete auch für die IV-Stelle Zug einige Neuerungen. Die mit der IV-Revision 6a eingeführten Instrumente begünstigen die Eingliederung von Rentenbezügerinnen und -bezügern in den Arbeitsmarkt – ganz nach dem bekannten Grundsatz «Eingliederung vor Rente». Zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit können neu beispielsweise jederzeit Massnahmen zur Wiedereingliederung umgesetzt werden. Die Versicherten werden dabei von den Mitarbeitenden der IV-Stelle beraten und eng begleitet. Auch die Einführung eines sogenannten Arbeitsversuchs unterstützt die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Der neu geschaffene Arbeitsversuch ermöglicht zudem die Vermittlung von Versicherten oder Rentenbezügern an Unternehmen in der Region. Damit erhalten sie die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und später im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen.

Die IV-Stelle hat die Änderungen in ihre tägliche Arbeit integriert und setzt die ihr zur Verfügung stehenden neuen Instrumente und Massnahmen, wo immer möglich, ein. Bereits können erste Erfolge verbucht werden. Die IV-Stelle Zug leistet mit ihrer Arbeit damit einen Beitrag zur gelungenen Umsetzung der IV-Revision 6a.

AHV-Gesetzesrevision «Verbesserung der Durchführung»

Auf den 1. Januar 2012 trat eine AHV-Revision in Kraft, nachdem zwei Anläufe für eine 11. AHV-Revision in früheren Jahren scheiterten. In diese AHV-Revision wurden nur unbestrittene Gesetzesvorgaben aufgenommen, die von allen Parteien getragen wurden. Auf diese Weise wurde in der Rekordzeit von weniger als einem Jahr eine Minirevision im Parlament verabschiedet. Alle bestrittenen Revisionsvorhaben, die seit mehr als 15 Jahren diskutiert werden, wurden auf eine nächste AHV-Revision verschoben. Der Lösungsbedarf wird damit noch grösser und eine politische Einigung dadurch nicht einfacher.

Neues IT-System für Ausgleichskassen

Im Frühling wurde ein technologischer Meilenstein erreicht. Mit der Einführung des neuen IT-Systems Vista wurde die Bearbeitung, Programmierung und Archivierung sämtlicher Daten bei der Ausgleichskasse neu konzipiert. Davon betroffen sind vor allem die Leistungsabteilung, aber auch das Rechnungswesen und die Beitragsabteilung. Das neue System vereinfacht die Bearbeitung der einzelnen Leistungsdossiers und löst damit Probleme ab, die technologisch weit über 20 Jahre alt waren. Vista ist ein Projekt, das nun bei allen Gesellschafterinnen der IGS GmbH in St. Gallen – einem Gemeinschaftswerk aller kantonalen Ausgleichskassen der Ostschweiz (inkl. Fürstentum Liechtenstein), der Ausgleichskassen der Zentralschweiz (ohne Luzern) sowie der Ausgleichskassen Fribourg, Solothurn und Tessin – eingeführt wurde.

Viele Mitarbeitende der Ausgleichskasse Zug waren mit einem jahrelangen Grosseinsatz wesentlich an der Einführung von «Vista» beteiligt. Sie waren entweder als Testpersonen tätig, schulten Mitarbeitende oder halfen anderen Kassen bei der reibungslosen Einführung und Umstellung auf das neue System. Bei der Ausgleichskasse Zug verlief die Umstellung dank sorgfältiger Vorbereitung problemlos, was angesichts der enormen Komplexität, die hinter einem solchen Technologiewechsel steckt, nicht selbstverständlich ist.

Neues EO-Register

Nicht zuletzt wegen des massiven Missbrauchs der Erwerbsersatzordnung durch Zivilschutz und Armee in Millionenhöhe in den letzten Jahren wurde im Oktober ein neues EO-Register eingeführt. Dies erlaubt die sehr enge Kontrolle der bescheinigten Dienstage und ermöglicht dadurch eine wirksame Bekämpfung des Versicherungsmissbrauchs.

Politische Geschäfte

Wegen der Änderungen des Bundesgesetzes über die Familienzulagen werden ab 1. Januar 2013 auch sämtliche Selbstständigerwerbende im Kanton Zug neu einer Familienausgleichskasse angehören. Dies hat zur Folge, dass die Selbstständigerwerbenden einerseits beitragspflichtig werden und auf der anderen Seite Familienzulagen beziehen können. Die Anpassungen des kantonalen Gesetzes konnten rechtzeitig abgeschlossen und die Änderungen auf den 1. Januar in Kraft gesetzt werden. Ausserdem beschloss der Regierungsrat wegen der ungenügenden Reserven der Familienausgleichskasse eine Erhöhung des Beitragssatzes von 1.4% auf 1.6%.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'550'000	-1'554'133.50	-4'134	0.3
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-37'770'000	-37'628'025.27	141'975	-0.4
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-38'419'552.75				
	Total Aufwand	-38'419'552.75	-39'320'000	-39'182'158.77	137'841	-0.4
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		10'350'000	10'485'619.00	135'619	1.3
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	11'507'139.00				
	Total Ertrag	11'507'139.00	10'350'000	10'485'619.00	135'619	1.3
	Saldo	-26'912'413.75	-28'970'000	-28'696'539.77	273'460	-0.9

Kommentar Rechnung

Obwohl bei der Budgetierung eine Vielzahl von Unbekannten hineinspielt, wie die Entwicklung der Zahl der Bezügerinnen und Bezüger, die Entwicklung der Fallkosten (z.B. Heimtaxen werden regelmässig vom Regierungsrat erst Ende des Vorjahres festgelegt), die Entwicklung der Krankenversicherungsprämien, die Anpassung der Renten (und damit der EL-Bundesansätze an die zweijährige Teuerungs- und Lohnentwicklung), entspricht die Rechnung einer Punktlandung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Bis auf die extreme Kälte im Februar und die weiterhin tiefen Preise für Schweine und Milch fiel das Jahr für die Zuger Landwirtschaft durchschnittlich aus. Unwetter waren keine zu verzeichnen. Mit der Einführung der Datenerhebung via Internet und der Anwendung HODUFLU zur Überwachung der Hofdüngerflüsse konnte das e-Government ausgebaut werden. Die Übernahme der Hofdüngerthematik vom Amt für Umweltschutz hat sich eingespielt und bewährt. Das Landwirtschaftsamt hat sich bei interkantonalen und nationalen Plattformen intensiv mit der Agrarreform AP 2014 – 17 befasst, um rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

Strukturdaten

Die jährliche landwirtschaftliche Datenerhebung umfasst unverändert rund 600 Betriebe, 300 Hobbytierhaltungen und 260 Bienenhaltungsstandorte. Sie wird vollständig über das nationale Webportal www.agate.ch abgewickelt. Die Landwirtinnen und Landwirte erfassen die Daten selber, teilweise unterstützt von den Ackerbaustellenleiter. Diese Arbeitsweise hat sich bewährt. Die Anzahl Landwirtschaftsbetriebe ist weiterhin leicht rückläufig. Zudem ist eine verstärkte Tendenz zum Ausstieg gerade grösserer Betriebe aus der Milchproduktion festzustellen.

Kontrolltätigkeit

Die Regionalstelle Zug des akkreditierten Kontrolldienstes Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ) führte auf 46% der ÖLN-Betriebe Kontrollen durch, was einer leichten Zunahme entspricht. Die Biobetriebe wurden durch die Biokontrollorganisationen kontrolliert. Insgesamt mussten bei rund 15% der Betriebe Mängel festgestellt werden, was deutlich weniger als im Vorjahr ist. Häufigste Mängel waren wiederum unvollständige Aufzeichnungsunterlagen, fehlende Boden- und Wasseranalysen, fehlende Weide-/Auslauftage und Überschreitungen in der Nährstoffbilanz. Vereinzelt wurden deshalb Direktzahlungen gekürzt.

Strukturverbesserung

Die Anzahl bewilligter Kreditgesuche ist nur leicht, die durchschnittliche Kreditsumme jedoch stark gestiegen. Die Ursache dürfte im Auslaufen der Übergangsfristen im baulichen Tierschutz und im beliebten Bau von Solaranlagen auf Scheunendächern liegen. Kreditausfälle waren keine zu verzeichnen.

Stofflicher Gewässerschutz neu beim Landwirtschaftsamt

Seit 2012 werden verschiedene Bereiche des stofflichen Gewässerschutzes in der Landwirtschaft nicht mehr vom Amt für Umweltschutz, sondern vom Landwirtschaftsamt vollzogen. Darunter fallen insbesondere Aufgaben, zu deren Beurteilung auf die Nährstoff- oder die Import-/Exportbilanz zurückgegriffen werden muss. Damit kann dieses Fachwissen an einem Ort konzentriert werden. Gleichzeitig wurden die öffentlich-rechtlichen Hofdünger-Abnahmeverträge durch ein Meldesystem via nationalem Webportal «HODUFLU» abgelöst, was die Administration für Behörden und Landwirtinnen und Landwirte vereinfacht.

Ressourcenprojekt Ammoniak

Beim Zentralschweizer Ressourcenprojekt zur Verminderung der Ammoniakverluste in den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug nimmt die Zahl der teilnehmenden Betriebe kontinuierlich zu. Die stickstoff- bzw. proteinoptimierte Fütterung von Milchkühen und Schweinen ergänzt neu die bisher unterstützten Massnahmen der Hofdüngerausbringung mittels Schleppschlauch und der baulichen Anpassungen. Dadurch können die vom Bund vorgegebenen Ziele des Ressourcenprojekts besser erreicht werden. Die Beteiligung liegt weiterhin unter den sehr optimistischen Erwartungen.

Politische Geschäfte

Das Amt war an der Ausarbeitung der Kantonsratsvorlagen über den Erwerb der Chamau sowie der Umsetzung des revidierten eidg. Gewässerrechts, welche zur Revision des kantonalen Gesetzes über die Gewässer führt, massgeblich beteiligt.

Mit Zug einen Schritt voraus

Das vom Amt unterstützte Regionalentwicklungsprojekt «Zuger und Rigi Chriesi» ist Teil des Legislaturziels «Zuger Chriesi». Zur Abwicklung des Projekts haben die Initiantinnen und Initianten die zuger-rigi-chriesi AG gegründet, welche sich in ihrem zweiten Tätigkeitsjahr besonders dem Aufbau der Absatzkanäle und der Produktkreation gewidmet hat. Neben zahlreichen anderen Massnahmen wurden eine Kirschen-Entsteinungs- und eine Kirschen-Entsaftungsmaschine in Betrieb genommen. Die Eintragung von «Zuger Kirsch» und «Rigi Kirsch» in das nationale Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen (GUB bzw. AOC) ist kurz vor dem Abschluss, ebenso die Eintragung der Zuger Kirschtorte ins Register der geschützten geografischen Angaben.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, primär im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion				
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	100% Akontozahlungen bis 10. Juli, 100% Hauptzahlungen bis 10. Dezember, 95% aller Betriebe sind mit der Hauptzahlung korrekt abgerechnet	<input checked="" type="radio"/>	
2	Zertifizierung ISO/IEC 17020	Wiederholungsaudit bestanden	<input checked="" type="radio"/>	
3	Kontrollkoordination für die Programme ÖLN, HyMp, blaue Kontrollen, Primärproduktion, Ammoniakprojekt (ausgenommen Bio, Verdachtsfälle, Nachkontrollen und Labels)	1 koordinierte Kontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb	<input checked="" type="radio"/>	
A	Klärung Prozesse beim stofflichen und baulichen Gewässerschutz	Prozess zwischen AfU und LWA geklärt	<input checked="" type="radio"/>	
B	Überprüfen Schnittstellen zwischen Leistungsgruppen 1 und 3	Schnittstellen neu geregelt	<input checked="" type="radio"/>	
L28	Förderung E-Government im Bereich Landwirtschaft	Durchführung von mindestens 2 Schulungshalbtagen	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Strukturverbesserung				
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Liegt bis 15. Januar vor	<input checked="" type="radio"/>	
5	Stand Betriebskapital (IK, BH) fristgerecht melden	Meldung bis 15. Juli	<input checked="" type="radio"/>	
6	Kreditrisiken tief halten	100% Rückzahlungsquote	<input checked="" type="radio"/>	
C	Unterstützung Zuger Käseproduktion	Beitrag verfügt	<input type="radio"/>	Folgt 2013; Abklärungen für Businessplan brauchten mehr Zeit
D	Überführung der Geschäftstätigkeit Investitionskredite und Beiträge in die Software Lawis 3	Bis 30. April abgeschlossen	<input type="radio"/>	Folgt 2013; Programmierung aufwändiger als angenommen, interkantonales Projekt
E	Übernahme Pläne Bodenverbesserungen auf GIS	Konzept bis 30. März erstellt	<input type="radio"/>	Im Oktober 2012 erreicht
Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht				
7	Gesuche BGGB speditiv und rechtsgleich behandeln	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>	
F	Landverlosung der Korporation Oberägeri	Pachtzinse kontrolliert bis 31. Dezember	<input type="radio"/>	Vorprüfung Pachtzinse im Herbst 2012. Einreichung definitive Pachtverträge Januar 2013

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft				
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr, mindestens 1 aktuelle Informationsbroschüre	●	
9	Führung des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämtler der Schweiz (Kolas)	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen, Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	●	
G	Vernetzungsprojekte Lorzenebene: Bedürfnisabklärung	Die Bewirtschafter haben eine Trägerschaft gebildet.	●	
H	Vernetzungsprojekte Bösch und Gemeinde Risch: Hilfe bei Aufbau Trägerschaft und Projektgesuch	Die Arbeitsgruppen haben die Projekte bis 31. Dezember eingereicht	●	
L7	Regionalentwicklungsprojekt Zuger & Rigi Chriesi entwickeln und Grundlage für Beiträge ZG, SZ, LU schaffen	Umsetzung Teilprojekte 1 und 2 hat begonnen	●	
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
10	Nationale, regionale und kantonale Fachtagungen sowie kantonale Generalversammlungen	Sitzungsteilnahmequote 80%	●	
11	Arbeitsgruppen des Bundes zum Aufbau der Agrarsektoradministration (ASA 2011)	Sitzungsteilnahmequote 80%	●	
12	Mitwirkung Rechtssetzung: Planungsverfahren, Mitberichte, Stellungnahmen	100% fristgerechte Eingaben	◐	Grosse Zahl von Geschäften

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Verfügung Direktzahlungen	Anzahl		500	512
Verfügung Strukturverbesserung	Anzahl		15	26
Verfügung bäuerliches Bodenrecht	Anzahl		95	105
Verfügung landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl		50	54
Verfügung Landwirtschaftsgesetz	Anzahl		12	19

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die höhere Zahl Verfügungen in der Strukturverbesserung ist bedingt durch dringende Bauprojekte (Ablauf Übergangsfristen baulicher Tierschutz) und das Chriesi-Projekt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-32'942'022.55	-33'035'700	-32'837'241.70	198'458	-0.6
Total Ertrag	30'213'767.15	30'353'100	30'239'017.45	-114'083	-0.4
Saldo	-2'728'255.40	-2'682'600	-2'598'224.25	84'376	-3.1

Kommentar Rechnung

Der Minderaufwand ergibt sich aus einer zweimonatigen Personalvakanz (25'000 Franken) und insgesamt geringeren Beiträgen (30'000 Franken), weil u.a. die Beteiligung der Landwirtinnen und Landwirte am Ammoniakprojekt überschätzt worden war. Die tieferen durchlaufenden Beiträge für Direktzahlungen (130'000 Franken) wirken sich im Aufwand und im Ertrag aus. Es wurden weniger Gebühren eingenommen (11'000 Franken), hingegen waren die Beiträge des Bundes an die Feuerbrandbekämpfung höher (20'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2050.0006 Erweiterungsbau Schweiz. Hochschule Landwirtschaft					
Ausgaben	-102'428.80				
Einnahmen					
VD2050.0007 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen					
Ausgaben		-3'195'200	-1'606'484.00	1'588'716	-49.7
Einnahmen		1'825'000	890'099.00	-934'901	-51.2
VD2050.0008 Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben			-2'968'600.00	-2'968'600	100.0
Einnahmen			2'534'819.50	2'534'820	100.0
VD2050.0009 Betriebshilfedarlehen LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben					
Einnahmen			72'850.00	72'850	100.0
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-102'428.80	-3'195'200	-4'575'084.00	-1'379'884	43.2
Einnahmen		1'825'000	3'497'768.50	1'672'769	91.7
Saldo	-102'428.80	-1'370'200	-1'077'315.50	292'885	-21.4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Investitionskredite und Betriebshilfen (Bundesgelder) wurden bisher nicht budgetiert, weil die Abwicklung über die Bilanz erfolgte. In der Strukturverbesserung wurde ein grosses Bauprojekt noch nicht ausgeführt, deshalb entfiel auch der korrespondierende Bundesbeitrag. Im Zuger und Rigi Chriesi Projekt waren die Investitionen höher.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Wohnungswesen befasste sich hauptsächlich mit der Umsetzung der Instrumente zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum und des Legislaturziels «Förderung von neuen Wohnformen im Alter». Zudem sind gemeinnützige Bauträger bei der Realisierung von preisgünstigen Wohnbauprojekten beraten worden. Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht erzielte eine hohe Vermittlungsquote bei den Schlichtungsverfahren.

Überprüfung der Ansprüche auf Verbilligungsleistungen

Die alle zwei Jahre durchgeführte Überprüfung der Ansprüche auf Mietzinsverbilligungen führte bei 30 Mietenden zum Wegfall der Anspruchsberechtigung.

Wohnraumförderungsgesetz

Seit Einführung der Wohnraumförderungsgesetze im Jahr 1992 konnten 1683 preisgünstige Wohnungen gefördert werden. Die Mieten konnten monatlich um mehr als 300 Franken gesenkt werden.

Nach intensiver Beratung konnten dieses Jahr fünf Projekte mit 130 preisgünstigen Wohnungen gefördert werden. Weitere sieben Bauvorhaben mit mehr als 300 Wohnungen wurden beratend begleitet.

Neue Förderungsinstrumente

Mehrere Gemeinden sind über die Möglichkeiten der Darlehensgewährung durch den Kanton beraten worden. Bisher konnte noch kein entsprechendes Projekt gefördert werden. Eine Gemeinde hat sich entschlossen, ein Bauvorhaben mit preisgünstigen Alterswohnungen ohne die Inanspruchnahme der Darlehen selber zu erwerben und an die Genossenschaft für Alterswohnungen zur Verwaltung abzugeben.

Tiefer Leerwohnungsbestand

Die Erhebung des Leerwohnungsbestandes weist 174 leer stehende Wohnungen aus. Mit 0.3% gehören Zug zusammen mit Genf und Zürich zu den Kantonen mit der tiefsten Leerbestandsquote.

Hohe Schlichtungsquote

Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht befasste sich besonders häufig mit Herabsetzungsbegehren infolge tieferem Referenzzinssatz sowie Kündigungen und Forderungen aus Mietvertrag. In mehr als 70% der Verfahren konnte eine Einigung erzielt werden.

Mit Zug einen Schritt voraus

Die Umsetzung des Legislaturziels zur Förderung von alternativen Wohnformen im Alter ist mit einer breit abgestützten Fachgruppe erörtert worden. Bisher sind zwei konkrete Projekte für Alterswohngemeinschaften für die Gewährung von Beiträgen in Planung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnbauförderungsgesetzgebungen. Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung				
1	Technische Beurteilung der Gesuche	100% Einhaltung der Vorgaben des WFG	<input checked="" type="radio"/>	
2	Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	<input type="radio"/>	Zwei betroffene Objekte
3	Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	<input type="radio"/>	Mehrere Geschäftsfälle im 4. Quartal
4	Anspruchsabklärungen auf Beiträge	Innert 14 Tagen nach Eingang des Antragsformulars	<input checked="" type="radio"/>	
5	Erarbeitung der Semesterzahllisten	Innert 30 Tagen nach Semesterende	<input checked="" type="radio"/>	
L37	Umsetzung/Unterstützung der alternativen Wohnformen im Alter	Förderung von mindestens zwei konkreten Projekten	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung				
6	Entscheide der Gesuche um Bausparbeiträge	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	<input checked="" type="radio"/>	
7	Technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	<input type="radio"/>	Fehlende Gesuche
8	Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	100% Einhaltung der vorgegebenen Termine	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde				
9	Ausarbeitung Schlichtungsentscheide	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	<input checked="" type="radio"/>	
10	Planen/Durchführen der Verhandlungen	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	<input checked="" type="radio"/>	
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Genehmigung innert 2 Wochen	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Aufgrund eines Anstiegs des Arbeitsvolumens bei der Arbeitslosenkasse und einer Zunahme der Wohnbauprojekte, vor allem im letzten Quartal, konnten die Fristen nicht durchwegs eingehalten werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl		430	347
Wohnbauprojekte	Anzahl		10	12
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl		110	167
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl		560	615
Bauspargesuche	Anzahl		6	2
Schlichtungsverfahren	Anzahl		220	288

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Mieterberatungen waren rückläufig, die Schlichtungsverfahren hingegen sind markant angestiegen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'862'944.78	-2'073'200	-2'117'728.45	-44'528	2.1
Total Ertrag	1'710.00	13'000	11'882.00	-1'118	-8.6
Saldo	-1'861'234.78	-2'060'200	-2'105'846.45	-45'646	2.2

Kommentar Rechnung

Markanter Anstieg der Ausgaben für Mietzinsbeiträge (240'000 Franken). Bausparbeiträge wurden weniger ausbezahlt, da die Anzahl der Gesuche sank (-75'000 Franken). Mangels geeigneter Objekte für das neue Förderungsinstrument «Darlehen» wurde der bewilligte Personaletat nicht ausgeschöpft (-120'000 Franken Personalaufwandskosten).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2065.0001 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)					
Ausgaben		-100'000		100'000	-100.0
Einnahmen					
VD2065.0002 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)					
Ausgaben		-1'300'000		1'300'000	-100.0
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben		-1'400'000		1'400'000	-100.0
Einnahmen					
Saldo		-1'400'000		1'400'000	-100.0

Kommentar Rechnung

Mangels Objekte und geeignetem Bauland konnten keine Projekte mit Darlehen gefördert werden.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Rechnung
Das Amt ist derzeit inaktiv.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Trotz einem Rückgang der Eintragungen im Handelsregister ist die Anzahl eingetragener Firmen moderat angestiegen. Als Folge der geringeren Zahl von Eintragungen hat sich der Gebührenertrag nochmals vermindert. Die amtlichen Vollzugshandlungen als Folge von Konkursen, Organisationsmängeln und fehlenden oder falschen Adressen und die damit verbundenen Aktivitäten verbleiben auf hohem Niveau.

Weniger Anmeldungen an das Handelsregisteramt

Die Anzahl der Anmeldungen für Eintragungen in das Handelsregister ist zurückgegangen. Dies, sowie die im Jahr 2010 vorgenommene Gebührenrevision, haben nochmals zu einer Reduktion der Gebühreneinnahmen geführt. Dieses Resultat widerspiegelt zudem das anspruchsvolle wirtschaftliche Umfeld, in welchem sich auch der Kanton Zug im vergangenen Jahr befunden hat.

Moderate Zunahme der Zahl der im Kanton Zug eingetragenen Firmen

Trotz des Rückgangs der Eintragungen hat sich der Bestand der im Kanton Zug registrierten Firmen erhöht. Die Zunahme hat sich allerdings gegenüber den Vorjahren abgeschwächt. Einerseits sind die Neugründungen und die Zuzüge aus anderen Kantonen zurückgegangen, andererseits hat die Zahl der gelöschten Firmen gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Gesellschaften ohne Organe oder ohne Adresse

Seit fünf Jahren beschäftigt sich das Handelsregisteramt intensiv mit jenen Gesellschaften, welche einen Organisationsmangel aufweisen oder keine oder keine korrekte Adresse eingetragen haben. Gesellschaften, welche keine gesetzeskonforme Verwaltung, Vertretung oder Revisionsstelle eingetragen haben und diesen Mangel nicht beheben, werden an das Kantonsgericht überwiesen und von diesem notfalls aufgelöst. Diese Gesellschaften werden in der Folge vom Konkursamt nach den Vorschriften über den Konkurs liquidiert. Dagegen werden Gesellschaften, welche keine korrekte Adresse mehr aufweisen, vom Handelsregisteramt aufgelöst, sofern sie den Mangel nicht beheben.

Das im Jahr 2008 vom Bund verlangte Vorgehen gegenüber Gesellschaften mit Organisationsmängeln führt zu einer Bereinigung des Handelsregisters. Die Kehrseite ist allerdings, dass zahlreiche Gesellschaften auf eine ordentliche Auflösung und Liquidation verzichten und diese durch das Konkursamt durchführen lassen. Dadurch werden die Kosten der Liquidation auf den Staat abgeschoben.

Im vergangenen Jahr wurde bei vielen Einzelunternehmen festgestellt, dass sie keine oder keine korrekte Adresse mehr im Handelsregister eingetragen haben. Die betroffenen Firmen wurden aufgefordert, eine korrekte Adresse anzumelden. Dieses Vorgehen führte sowohl zu freiwilligen Löschungen als auch zu vielen Löschungen von Amtes wegen. Es scheint nicht allen Inhaberinnen und Inhabern von Einzelunternehmen bewusst zu sein, dass eine einmal eingetragene Firma auch wieder zur Löschung aus dem Handelsregister angemeldet werden muss.

Einführung der elektronischen Anmeldung auf den 1. Januar 2013

Das Handelsregister hat in diesem Jahr die Voraussetzungen geschaffen, dass ab dem Jahr 2013 die Belege für eine Eintragung im Handelsregister elektronisch eingereicht werden können. Damit wird es künftig möglich sein, auf Papierbelege zu verzichten.

Nebst der elektronischen Übermittlung der Dokumente strebt das Handelsregisteramt Zug auch die elektronische Übernahme der entsprechenden Daten an. Dies hätte zur Folge, dass die von den Kundinnen und Kunden eingegebenen Daten nicht nochmals erfasst, sondern nur noch geprüft und gegebenenfalls ergänzt werden müssten. Allerdings konnte diese Programmierung noch nicht vollständig realisiert werden.

Im Zuge der nächsten Revision des Obligationenrechts besteht zudem beim Bund die Absicht, die elektronische Anmeldung vorzuschreiben, sodass dann gar keine Papierbelege mehr eingereicht werden könnten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt erfasst rechtlich relevante Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Rechtseinheiten (im Folgenden Unternehmen genannt), legt diese offen und erbringt weitere damit verbundene Dienstleistungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Registerführung				
1	Qualität der Dienstleistungen	< 10% gutgeheissene Beschwerden, < 1% Rückweisungen durch das eidg. Amt für das Handelsregister	<input checked="" type="radio"/>	
2	Eintragungen für die anmeldenden Rechtseinheiten	80% innert 5 Arbeitstagen	<input type="radio"/>	Ziel mit Ausnahme von saisonalen Spitzen erreicht
3	Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	95% innert 2 Arbeitstagen	<input checked="" type="radio"/>	
4	Vorprüfungen und rechtliche Abklärungen	90% Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	<input checked="" type="radio"/>	
5	Aufforderungen zur Nachbesserung an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	80% innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	<input checked="" type="radio"/>	
6	Amtsverfügungen/Anträge an das Kantons- gericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	60% innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	<input type="radio"/>	In Spitzenzeiten knapp nicht erreicht
7	Pendente und unvollständige Anmeldungen werden angemahnt und bei ausbleibender Reaktion zurückgeschickt	80% der Mahnungen nach 3 Monaten ver- sandt, Rücksendung der Akten nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist	<input type="radio"/>	Zeitliche Vorgabe zu kurz angesetzt
8	Auskunftserteilung	90% innert 1 Arbeitstag	<input checked="" type="radio"/>	
A	Einführung elektronische Anmeldung per 1. Januar 2013	Umsetzung und Abschluss bis Ende Jahr	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
9	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Sitzungs-Teilnahmequote 100%	<input checked="" type="radio"/>	
10	Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen	100% fristgerechte Eingaben	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl		20'000	16'982
Eingetragene Firmen	Anzahl		30'700	30'312
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl		17'000	15'500
Juristische Vorprüfungen	Anzahl		700	600
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl		780	980
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl		1'500	1'150
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl		170	300
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl		180	110

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'410'032.89	-2'498'680	-2'474'594.94	24'085	-1.0
Total Ertrag	5'297'636.69	6'000'100	4'918'815.83	-1'081'284	-18.0
Saldo	2'887'603.80	3'501'420	2'444'220.89	-1'057'199	-30.2

Kommentar Rechnung

Weniger Eintragungen haben zu Mindererträgen bei den eidgenössischen und kantonalen Gebühren geführt. Ausserdem waren die Auswirkungen des neuen Gebührentarifs, welcher per 1. Januar 2011 eingeführt wurde, erst mit dem Abschluss 2011 sichtbar und wurden zum Zeitpunkt der Budgetierung unterschätzt. Die Budgetierung der Gebühreneinnahmen war daher klar zu hoch ausgefallen (1 Mio. Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2070.0097 Elektronische Anmeldung und Belege					
Ausgaben			-1'039.70	-1'040	100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben			-1'039.70	-1'040	100.0
Einnahmen					
Saldo			-1'039.70	-1'040	100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zahl neu eröffneter Konkurse ist deutlich gesunken. Hauptgrund ist die Abnahme von Konkurseröffnungen als Folge von Organisationsmängeln. Bei den Konkursen, welche ihre Ursache im SchKG haben, betrug der Rückgang knapp 10%. Dies führte zu einer deutlichen Abnahme der pendenten Verfahren, welche auf das neue Jahr übertragen werden müssen. Da zahlreiche Verfahren über keine oder praktisch keine Aktiven mehr verfügen, ist der Betrag ungedeckter Verfahrenskosten wiederum sehr hoch ausgefallen.

Starker Rückgang der Konkurseröffnungen

Trotz des anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeldes ist die Zahl der Konkurseröffnungen deutlich zurückgegangen. Den stärksten Rückgang erfuhren die Verfahren gemäss Art. 731b OR, wonach Gesellschaften vom Richter aufgelöst werden, weil die Verwaltung, die Vertretung oder die Regelung der Revision nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Damit sank der Anteil dieser Verfahren gegenüber dem Vorjahr wieder auf weniger als 50%. Die Konkurseröffnungen gemäss SchKG als Folge einer Überschuldung gingen geringfügig zurück.

Weniger erledigte Verfahren

Die Anzahl erledigter Konkursverfahren ging insgesamt zurück. Dabei wurden viel weniger Verfahren mangels Aktiven eingestellt. Dafür stieg die Zahl der durchgeführten Verfahren an. In diesen Verfahren hat das Konkursamt Verlustscheine über eine deutlich höhere Summe als im Vorjahr ausgestellt. Dank des Rückgangs der Konkurseröffnungen sowie der nach wie vor grossen Anzahl Erledigungen ging die Zahl der auf das Folgejahr zu übertragenden pendenten Verfahren ebenfalls deutlich zurück.

Viele vermögenslose Gesellschaften

Mit der Revision des Obligationenrechts wurde vor fünf Jahren die Möglichkeit geschaffen, Gesellschaften mit einem Organisationsmangel, gestützt auf Art. 731b OR, an den Richter zu überweisen. In diesem Fall kann das Handelsregisteramt beim Kantonsgericht den Antrag stellen, die notwendigen Massnahmen zur Behebung des Organisationsmangels zu ergreifen. Kann das Gericht keine organisatorischen Massnahmen anordnen, werden diese Gesellschaften aufgelöst und durch das Konkursamt liquidiert.

Insbesondere bei diesen Gesellschaften stellt sich bei der konkursamtlichen Liquidation häufig heraus, dass sie vermögenslos sind. In diesen Fällen hat dann der Kanton die Kosten des Verfahrens bis zur Einstellung mangels Aktiven zu tragen. Die Summe der ungedeckten Verfahrenskosten belief sich in diesem Jahr auf rund 250'000 Franken. Obwohl sich dieses Vorgehen bei Organisationsmängeln grundsätzlich bewährt hat, birgt es auch Missbrauchspotenzial. So gibt es immer mehr Gesellschaften, die sich die Liquidationskosten sparen.

Einrichtung einer systematischen Wissensdatenbank

Im vergangenen Jahr wurde eine elektronische Wissensdatenbank eingerichtet, aus welcher die Mitarbeitenden Informationen zu Verfahrensfragen abrufen können. Darin werden unter anderem interne rechtliche Abklärungen, Gerichtsentscheide, wissenschaftliche Abhandlungen usw. aufgenommen. Damit kann nebst den regelmässigen Sitzungen der interne Wissenstransfer besser gewährleistet werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren				
1	Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Mindestens 80% der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt Höchstens 20% der Verfahren dauern länger als 1 Jahr Davon sind 90% der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100% der Verfahren > 12 Monate	<input checked="" type="radio"/>	
2	Klage- und Beschwerdeverfahren	Max. 10% ganz oder teilweise Gutheissung von Klagen und Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
3	Fristgerechte Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	99% innert eines Jahres	<input checked="" type="radio"/>	
4	Betreibungsbegehren, Bestätigungen, Auskünfte	99% innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist	<input checked="" type="radio"/>	
5	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Sitzungsteilnahmequote 100%	<input checked="" type="radio"/>	
6	Mitwirkung bei Rechtssetzung, Mitberichten und Vernehmlassungen	100% fristgerechte Eingaben	<input checked="" type="radio"/>	
7	Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten	100% fristgerechte Reaktion	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl		250	240
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl		280	211
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl		40	28
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl		1	4
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl		8	4
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl		400	450
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen	Anzahl		50	60
Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts nach Art. 10 EG SchKG	Anzahl		5	2
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8 a SchKG	Anzahl		3'500	15'000
Spezialliquidationen	Anzahl		3	3

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die periodische Zählung der telefonischen Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG zeigte, dass die Schätzung für das Budget 2012 massiv zu tief war.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'944'826.60	-1'973'670	-1'958'708.20	14'962	-0.8
Total Ertrag	1'078'132.88	1'100'000	1'068'351.56	-31'648	-2.9
Saldo	-866'693.72	-873'670	-890'356.64	-16'687	1.9

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Baudirektion verfolgt grosse und weit in die Zukunft weisende Infrastrukturprojekte sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Kredite stehen bereit für neue Kantonsstrassen im Talgebiet und für die Projektierung des Verwaltungszentrums 3 «Fokus». Die Planung der Mittelschulen erfolgt dank eines Landangebots unter neuen Voraussetzungen. Damit die Baudirektion diese und die weiteren Vorhaben ins Werk setzen kann, sucht sie in strategischen Zwischenschritten die Unterstützung der Bevölkerung und in den Bewilligungsverfahren einvernehmliche Lösungen.

Rechtsetzung

Die Baudirektion hat die rechtlichen Grundlagen mit einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Umweltschutzgesetz samt zugehöriger Verordnung und der Änderung der Verordnung zum Planungs- und Baugesetz à jour gebracht. Die Änderung des Planungs- und Baugesetzes selbst, die auf eine Erleichterung des Bewilligungsverfahrens für Solaranlagen abzielt, ging an den Kantonsrat zur Beratung. Dieser hat sich mit einem Kantonsratsbeschluss für kantonale Förderbeiträge bereits energiepolitisch positioniert. Die Energiefachstelle vollzog diesen Beschluss unter Beizug von Privaten.

Tiefbau

Das Tiefbauamt setzte die Vorarbeiten für die Tangente Zug/Baar und für die Umfahrung Cham – Hünenberg als neue Kantonsstrassen fort. Bei der Tangente kam es zur Projektauflage im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens. Dagegen erforderte die Umfahrung Cham – Hünenberg einen Zwischenschritt. Die flankierenden Massnahmen, die diese neue Kantonsstrasse insbesondere im Ortskern von Cham begleiten sollen, verlangen nach Konsens von Behörden und Bevölkerung, damit das Gesamtsystem die nötige Zustimmung gewinnt. Das Tiefbauamt hat im Weiteren Fluss- und Bachrenaturierungen vorbereitet und wie im Falle der Lorze bei der Ziegelhütte in Baar auch umgesetzt.

Hochbau

Das Hochbauamt hat sich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion mit der Planung eines Neubaus und von Umbauten auf dem Areal des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug GIBZ auseinandergesetzt. Eine entsprechende Vorlage gelangte zur Beratung in der kantonsrätlichen Kommission für Hochbauten. Die einen weiten Umfang einnehmende Mittelschulplanung war geprägt von einem Landangebot, das es dem Kanton ermöglichte, im grossen Kreis einer Arbeitsgruppe die Standortfragen nochmals zu prüfen. Planungen für Neu- und Umbauten beim kantonalen Gymnasium Menzingen und für die Wirtschaftsmittelschule bzw. die Fachmittelschule an der Hofstrasse in Zug wurden dennoch fertiggestellt. Das Hochbauamt konnte mit dem vom Kantonsrat beschlossenen Projektierungskredit von 33.5 Mio. Franken für das Verwaltungszentrum 3 (Fokus) an der Aa in Zug einen ersten Grundstein für die räumliche Konzentration von Verwaltungseinheiten legen.

Raumplanung

Das Amt für Raumplanung bereitete für das Agglomerationsprogramm II des Bundes die Eingabe vor. Die zur Subventionierung durch den Bund angemeldeten Vorhaben summieren sich auf 840 Mio. Franken. Besonders vielfältig war eine Anpassung des kantonalen Richtplans, die ebenfalls das Amt für Raumplanung hinsichtlich der Verdichtung von Bauzonen, der Bestimmung von Bevölkerungszahlen, des preisgünstigen Wohnungsbaus und der Funktion der Lorzenebene vorbereitete. Ein Statistikkonzept kam zum Tragen. Zuverlässige statistische Werte werden fortan allen Interessierten zur Verfügung stehen.

Umweltschutz

Das Amt für Umweltschutz erzielte Fortschritte bei den Restwassersanierungen der elf Kraftwerksanlagen, von denen die meisten die bundesrechtlichen Anforderungen bereits erfüllen. Umweltschutz bedeutet nach wie vor auch Luftreinhaltung und Lärmschutz, beides viel Kleinarbeit erfordernd. Von den weiteren Fachgebieten sei der Bodenschutz hervorgehoben. Mit dem Autobahnbau in den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts kam es im Kanton Zug zu weitflächigen Erdverschiebungen. Die Rückführung solcher Flächen ist noch nicht zufriedenstellend. Das Amt für Umweltschutz kann dank der Hilfe der Bundesstellen nochmals eine Reihe von Massnahmen einleiten, um die Bodenfruchtbarkeit zu stärken.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat hat seinen kleinen Personalbestand beibehalten. Es hat an der Erneuerung von Rechtserlassen des Kantons Zug mitgewirkt. Abgeschlossen ist eine Teilrevision der Verordnung zum Planungs- und Baugesetz, während die Teilrevisionen des Energiegesetzes und des Gesetzes über die Gewässer mit einer ersten Lesung bzw. mit weit ausgreifenden Vorarbeiten in Gang kamen. Die Sekretariatsführung für kantonsrätliche Kommissionen nahm an Umfang zu, da die bauliche Entwicklung des Kantons Zug die Legislative ebenso forderte wie Regierung und Verwaltung. Die verwaltungsinterne Justiz bewegte sich mit 53 Verwaltungsbeschwerdefällen im bisherigen Rahmen.

Leitung des Direktionssekretariates

Der Generalsekretär konnte auf zuverlässige Mitarbeit sowohl der Kanzleiangestellten als Drehscheibe der Direktion als auch der juristischen Mitarbeiter und der weiteren Fachangestellten zählen. Er befasste sich selber mit dem Sekretariat der kantonsrätlichen Kommission für Hochbauten und mit der Gesetzgebung, wie auch mit parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen gegenüber Bundesbehörden. Nicht zuletzt leitete er wie bis anhin allein die kantonale Energiefachstelle.

Verwaltungsinterne Justiz und Rechtsdienst

Die drei juristischen Mitarbeiter befassten sich mit den 53 im Berichtsjahr eingegangenen Verwaltungsbeschwerden. In einigen Fällen konnten sie dank Vermittlung oder günstiger Umstände eine Abschreibung der Verfahren ohne Sachentscheid herbeiführen, oft aber waren umfangreiche Abklärungen erforderlich. Die bauliche Dichte im Kanton Zug macht sich auch im Beschwerdewesen bemerkbar. Der Rechtsdienst bedeutet Beratung von kantonalen Dienststellen in Planungs- und Bausachen, namentlich Unterstützung des Amtes für Raumplanung mit seiner behördlichen Funktion im Bewilligungswesen für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen. Er entwickelte zusammen mit dem Amt das Instrument des «kantonalen Gesamtentscheids».

Das Tiefbauamt steht ebenfalls häufig vor baurechtlichen Fragen. Der Kanton Zug muss nach eigenem Submissionsgesetz, das im Wesentlichen auf die Interkantonale Vereinbarung über das öffentlichen Beschaffungswesen (IVöB) verweist, seine Arbeitsvergebung nach strengen Regeln gestalten. Auch hierbei sind die Dienste der hauseigenen Juristen gefragt, die jeweils das Tiefbauamt und das Hochbauamt unterstützen. Zwei dieser Juristen bilden ein Team und haben sich für das Submissionsrecht spezialisiert. Der Generalsekretär achtet darauf, dass diese speziellen Kompetenzen gepflegt werden, ob im erwähnten Submissionsrecht, im Umweltrecht oder auf anderen Gebieten.

Landerwerb/Immobilieneschäfte

Die vom Kantonsrat beschlossenen Kredite für die Umfahrung Cham-Hünenberg und für die Tangente Zug/Baar lassen den Vollzug erst dann zu, wenn das benötigte Land zur Verfügung steht. Die Fachstelle für Landerwerb/Immobilieneschäfte nahm sich unter Beizug von beauftragten Fachkräften der Aufgabe an, in zahlreichen und wiederholten Gesprächen mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern dieses Land zu sichern. Noch sind nicht alle Ziele erreicht, wie es mittlerweile bei der längst erstellten Nordzufahrt der Fall ist. Für den Landerwerb ist es jeweils hilfreich, über Land zum Abtausch zu verfügen. Die Fachstelle achtet darauf, an solche Tauschflächen heranzukommen, was nur gelingt, wenn es das bäuerliche Bodenrecht gestattet. Die Kleinarbeit lohnt sich jedenfalls, betrachtet man die Fortschritte Ende Jahr.

Organisation/Kommunikation

Die Fachkraft für Organisation/Informatik war im Berichtsjahr unverzichtbar, da keine Verwaltungsarbeit möglich wäre, wenn nicht Gewissheit bestünde, dass elektronische Vorgänge klaglos ablaufen und die rückwärtigen Dienste funktionieren. Zwar ist das Amt für Informatik und Organisation der Finanzdirektion ein guter Partner, doch sind immer auch Anwendungen im Hause zu betreuen oder neu einzuführen. Die Energiefachstelle benötigte eine neue Software, um die rasch eintreffenden Gesuche für Beiträge nach kantonalem Förderprogramm abzuwickeln. Diese Software ist inzwischen installiert.

Die Baudirektion besorgt mit ihren Infrastrukturaufgaben weit in die Zukunft weisende Geschäfte, die die Bevölkerung aufmerksam verfolgt. Der Kommunikationsbeauftragte sorgte für die Berichterstattung. Er organisierte Medienkonferenzen und Informationsveranstaltungen, verfasste Medienmitteilungen und gab Informationen heraus, damit die Bevölkerung in der Lage war, so grosse Vorhaben wie die Mittelschulplanung, das neue Verwaltungszentrum 3 an der Aa oder den Stadttunnel in den Dimensionen zu erfassen.

Energiefachstelle

Die Energiefachstelle hat einen Kreditbeschluss samt zugehöriger Verordnung für kantonale Energiebeiträge vorbereitet, nachdem der bisherige Kredit von 6 Mio. Franken erschöpft war. Ab Mitte Mai standen 10 Mio. Franken für Beiträge an die Gesamtsanierung der Gebäudehülle, an Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen zur Verfügung. Bis Ende Jahr gingen in rascher Folge gesamthaft 140 Gesuche ein. Dank bewährtem Beizug von privaten Fachleuten und eingespieltem Team lief der Vollzug auch des neuen Förderprogramms ohne Probleme an. Die Energiefachstelle bildete eine Arbeitsgruppe, um eine Sonderschau für Solaranlagen an der Zuger Messe 2013 vorzubereiten. Ein stetes Augenmerk der Fachstelle galt den Massnahmen, die gemäss Regierungsratsbeschluss vom 21. Juni 2011 «Energie im Kanton Zug. Leitbild, Leitsätze, Massnahmen» umzusetzen sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Baudirektion. Sie unterstützt den Baudirektor administrativ und in fachlicher Hinsicht. Das Direktionssekretariat erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste, auch solche im IT-Bereich und im Rechnungswesen sowie in der externen Kommunikation, und es berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Kanton Zug in fachlicher Hinsicht, namentlich im Bereich des Planungs- und Baurechts, des Umwelt- und Energierechts. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Dritten zusammen, die im Leistungsauftrag Aufgaben des Kantons wahrnehmen. Es besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Formal richtige Anträge der BD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstößen	100% der Vorstöße sind innert Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>	99%
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen	100% der Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen sind innert Frist beantwortet	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide innert drei Monaten seit Abschluss des Schriftenswechsels gefällt	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	99%
A	Umsetzung der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes mit Verordnung zum Planungs- und Baugesetz, Vollzug von neuen Bestimmungen fördern	Regierungsbeschluss zur Umsetzung liegt vor	<input checked="" type="radio"/>	Änderung der Verordnung zum Planungs- und Baugesetz vom 19. Juni 2012
B	Verordnung zum Planungs- und Baugesetz beschlossen	Regierungsbeschluss liegt vor	<input checked="" type="radio"/>	Änderung der Verordnung zum Planungs- und Baugesetz vom 19. Juni 2012
L5c	Anpassung des kantonalen Energiegesetzes prüfen, aufgrund des Leitbildes «Energie im Kanton Zug 2011»	Kantonsratsbeschluss liegt vor	<input type="radio"/>	Die Vorarbeiten sind abgeschlossen. Der Kantonsrat wird die Vorlage im 1. Quartal 2013 behandeln können
Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle				
5	Die Bevölkerung kennt und nutzt die vom Kanton finanzierte Energieberatung	100 Beratungen	<input type="radio"/>	Rückgang bei den kantonalen Energieberatungen (45); Zuwachs bei den gemeindlich finanzierten Beratungen
C	Motion von Daniel Burch vom 29. Januar 2009, erheblich erklärt am 29. Oktober 2009, betreffend Strategie zur Substitution fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Raumwärme in Gebäuden im Hinblick auf Umsetzung geklärt	Kantonsratsbeschluss liegt vor	<input type="radio"/>	Erste Lesung der Änderung des Energiegesetzes im Regierungsrat, 4. September 2012, Freigabe zur Vernehmlassung
D	Die Bevölkerung für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Mediale Kampagne	<input checked="" type="radio"/>	Informationskampagne im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Energieleitbildes sowie verwaltungsinterne Aktion zum Verhalten im Umgang mit der Energie
L30	Die strategischen Zielsetzungen der Energiepolitik sind mit Behörden und Wirtschaft abgestimmt	Mindestens zwei Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben				
6	Konsensorientierte, erfolgreiche Landerwerbsverhandlungen	Maximal eine vollzogene Enteignung pro Jahr	●	
7	Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	80 Medienmitteilungen, 12 Medienkonferenzen	●	Mehr Medienkonferenzen, dafür weniger Medienmitteilungen
E	Kommunikative Vorbereitung der Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans vom 29. Januar 2009 im Hinblick auf den Perimeter Lorzenebene	Medienmitteilung, allenfalls Medienkonferenz	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Kein ergänzender Kommentar

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Anträge BD an RR	Anzahl		180	177
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		16	17
Eingang Verwaltungsbeschwerden	Anzahl		50	53
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl		15	15
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl		120	51
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl		150	147

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Ein starker Rückgang bei den gemeindlichen Publikationen auf der Submissionsplattform simap.ch führte zur insgesamt deutlichen Budgetunterschreitung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'339'631.85	-2'454'600	-2'268'222.60	186'377	-7.6
Total Ertrag	9'635.30	500	51'583.15	51'083	10'216.6
Saldo	-2'329'996.55	-2'454'100	-2'216'639.45	237'461	-9.7

Kommentar Rechnung

Zur Budgetunterschreitung haben beigetragen:
 – Geringere Ausgaben für das Sekretariat der Schätzungskommission
 – Geringere Ausgaben für die kantonale Energieberatungsstelle (Leistungsauftrag). Die Nachfrage nach Energieberatungen ist vermehrt von den gemeindlichen Angeboten abgedeckt worden.
 – Weniger Dienstleistungen und Beiträge an Dritte
 – Ausserordentliche Gebühreneinnahmen und Rückerstattungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0002	Durchlaufende Beiträge «Das Gebäudeprogramm»					
BD3000.0004	Investitionsbeitrag Holz-Wärmeverbund Neuheim					
	Ausgaben		-200'000		200'000	-100.0
	Einnahmen					
BD3000.0005	Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO ₂ -Abgabe					
	Ausgaben	-2'028'250.00		-2'671'210.00	-2'671'210	100.0
	Einnahmen	2'028'250.00		2'671'210.00	2'671'210	100.0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-2'028'250.00	-200'000	-2'671'210.00	-2'471'210	1'235.6
	Einnahmen	2'028'250.00		2'671'210.00	2'671'210	100.0
	Saldo		-200'000		200'000	-100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0001	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf					
	Ausgaben	-2'127'566.90	-100'000	150'587.20	250'587	-250.6
	Einnahmen	1'147'000.00	100'000	375'000.00	275'000	275.0
BD3000.0003	Anschlussprogramm Energiebeiträge					
	Ausgaben		-2'000'000	-3'465'220.55	-1'465'221	73.3
	Einnahmen		600'000	375'000.00	-225'000	-37.5
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-2'127'566.90	-2'100'000	-3'314'633.35	-1'214'633	57.8
	Einnahmen	1'147'000.00	700'000	750'000.00	50'000	7.1
	Saldo	-980'566.90	-1'400'000	-2'564'633.35	-1'164'633	83.2

Kommentar Rechnung

- Die Förderung des Holz-Wärmeverbundes entfällt, nachdem die Unternehmung auf die geplante Realisierung verzichtet.
- Beim Projekt Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf sind die Kreditmittel bereits weitestgehend im Jahr 2011 verpflichtet worden. Die Differenz bei den Ausgaben entsteht, weil einzelne verbindlich zugesicherte Förderbeiträge entfallen, nachdem die privaten Sanierungsmassnahmen nicht realisiert werden.
- Bei den in der Rechnung 2012 im Anschlussprogramm Energiebeiträge ausgewiesenen Ausgaben sind im Umfang von 2.5 Mio. Franken verbindlich zugesicherte Förderbeiträge enthalten, welche erst in den Folgejahren zur Auszahlung kommen.

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das erste Amtsjahr des neuen Kantonsingenieurs war geprägt von den Arbeiten und Weichenstellungen in den Grossprojekten, vom Ausblick in die Zukunft und der Erkenntnis, dass die anstehenden Aufgaben nur mit einer personellen Aufstockung bewältigt werden können.

Team neu ausrichten

Seit mehreren Jahren konnten im Tiefbauamt erstmals wieder alle Stellen besetzt werden. Die Marktsituation bei den Ingenieuren ist und bleibt schwierig. So konnte in der Abteilung Brückenbau die vakante Stelle erst nach zweieinhalb Jahren wieder besetzt werden. Für die Kontrolle der Projekte im Agglomerationsprogramm und für die Führung der Betriebsrechnung des Strassenunterhaltes wurden erstmals im Tiefbauamt BetriebsökonomInnen angestellt.

Informatik-Effort

Im Kanton Zug konnte das vom Bund entwickelte Informationssystem für Strassenanlagen MISTRA für die Fachanwendungen Kunstbauten und Trasse landesweit als erstes in Betrieb genommen werden.

Grosse Strassenprojekte dominieren

Alle Abteilungen waren bei der Bearbeitung der Grossprojekte Stadttunnel Zug, Tangente Zug/Baar und Umfahrung Cham – Hünenberg speziell stark gefordert, sind doch die Terminvorstellungen für die Fertigstellung oft knapp und die Kapazitäten der Ingenieurunternehmungen konnten nicht beliebig aufgestockt werden. Nicht zu unterschätzen ist der Aufwand für die Kommunikation mit allen Beteiligten und Betroffenen, um erfolgreich vorwärts zu kommen. So musste der Termin für die Kantonsratsvorlage zum Projekt Stadttunnel um vier Monate verschoben werden. Hingegen konnte das Projekt Tangente Zug/Baar im Herbst fristgerecht öffentlich aufgelegt werden. Die Umfahrung Cham – Hünenberg erreichte dieses Ziel auf Grund der starken Opposition gegen die vorgesehenen flankierenden Massnahmen nicht.

Mit einer elektronischen Busspur sollen auf einem Teilstück der Artherstrasse die Busse bei Stau gesteuert und abgesichert die Gegenfahrbahn befahren, um den Fahrplan einhalten zu können. Dieses System würde in der Schweiz erst zum zweiten Mal eingesetzt werden.

Im Herbst wurde mit dem Bau der neuen Unterführung unter der SBB-Linie im Sumpf gestartet, welche das Kernstück der neuen Busverbindung Zug – Cham darstellt.

Mit der Strassenabwasserbehandlungsanlage beim Autobahnanschluss Rotkreuz hat der Kanton Zug nun das letzte Projekt im Auftrag des Bundes für die Nationalstrassen fertiggestellt.

Spezielles

Eine spezielle Herausforderung war die erfolgreiche Instandsetzung der historischen und unter Denkmalschutz stehenden Holzbrücke im Lorzentobel. Unwetter Anfang Juni und Oktober führten zu Überschwemmungen, Hangrutschen und Schäden an Strassen. Die Böschung der Sihlbruggstrasse rutschte auf einer Länge von gut 100 Metern in die Sihl ab und die Strasse kann vorläufig nur noch einstreifig befahren werden.

Allgegenwärtiger Verkehr

Weiterhin sind laufend Fragen zum Verkehr und zur Verkehrssicherheit in der Agglomeration zu bearbeiten. In diesem Jahr begann zusätzlich die systematische Analyse der Fussgängerstreifen, nachdem diese wegen einer Serie von Unfällen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt waren.

Hochwasserschutz und Renaturierung

Beim Renaturierungsprojekt «Lorze Spinnerei Baar» konnten die Bauarbeiten abgeschlossen und die neue Flussführung in Betrieb genommen werden. Für die Renaturierung des Tobel- und des Dürrbaches und für das Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekt Littibach konnten die Bauprojekte fertiggestellt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau und die Erneuerung des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen. Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen sowie die generelle Aufsicht an den öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern, sofern sie ausserhalb der Bauzonen liegen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Fortlaufende Umsetzung des Strassenbauprogramms 2004 – 2014	Realisierungsgrad der Projekte 60%		
Leistungsgruppe 1: Planung, Bau und Erneuerung von Strassen und Radwegen				
2	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	80% der Projekte ohne Beanstandung		
A	Umfahrung Cham – Hünenberg	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt		
B	Ausbau Grindel – Bibersee	Realisierungsphase		
C	Tangente Zug/Baar	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt		
D	Brücke Städtlerwald	Eröffnung		
E	Brücke Gibelfeld	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt		
F	Sihlbrugg – Neuheim 1. Etappe	Realisierung		
L8	Bus-Unterführung Sumpf, Steinhausen	Realisierung		
L8	Hinterbergstrasse Steinhausen	Realisierung		Verzögerung durch Einsprachen
L12a	Stadttunnel Zug	Kreditvorlage (KRV) für generelles Projekt		Verzögerung in Folge sehr aufwändiger Planung mit Zusatzthemen sowie Mitwirkung und durch Einsprachen zu Baulinien
L12b	Umfahrung Unterägeri	Klären von Rahmenbedingungen		
L12c	Ausbau Ägeristrasse mit Radstreifen Lorzentobelbrücke bis Schmittli	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt		Auflageprojekt ist in Bearbeitung
L12c	Rad-/Fussweg Lutisbachweg bis Mitteldorfstrasse, Oberägeri	Realisierung		
L12c	Ausbau Kantonsstrasse mit Rad-/Fussweg Chilematt bis Teufi, Oberägeri	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt		Bauprojekt ist sehr aufwändig, Vernehmlassung läuft
Leistungsgruppe 2: Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen und privaten Gewässern				
3	Schilfschutzprojekt	Realisierung gemäss Budgetvorgabe		
G	Renaturierungsprojekt Lorze, Spinnerei Baar	Abschluss Bauarbeiten		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen und hoheitliche Entscheide				
4	Gesuche an Kantonsstrassen (Einmündungsbewilligungen, Benutzung von kantonalen Grundstücken usw.)	Keine Reklamationen betr. termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 4	●	
5	Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Keine Reklamationen betreffend termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 1	●	
6	Unterstützung der Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für Baudirektion; = 90%	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Kantonsstrassennetz	km		137	137
Kunstabenobjekte	Anzahl		258	450
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km		80	80
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl		80	71
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl		1'750	2'233

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Viele Kunstbauten konnten in die Datenbank aufgenommen werden.
- Markanter Anstieg an Kreditoren, ausgelöst u.a. durch die Grossprojekte wie Stadttunnel Zug, Umfahrung Cham – Hünenberg, Tangente Zug/Baar und Grindel – Bibersee sowie durch die Rechnungsabgrenzungen per 31. Dezember 2012 neu auch in der Investitionsrechnung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'597'893.90	-6'239'000	-5'861'302.02	377'698	-6.1
Total Ertrag	2'429'818.45	2'454'000	2'954'117.05	500'117	20.4
Saldo	-3'168'075.45	-3'785'000	-2'907'184.97	877'815	-23.2

Kommentar Rechnung

- Tieferer Aufwand beim Unterhalt Wasserbau in Folge Projektverzögerungen durch Einsprachen und Landerwerbsverhandlungen
- Höhere Erträge bei Beiträgen Bund und Rückerstattungen Dritte

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3020.0001	Einführung MISTRA					
	Ausgaben		-200'000	-158'292.05	41'708	-20.9
	Einnahmen					
TB3020.0003	Sanierung alte Lorzentobelbrücke					
	Ausgaben		-50'000		50'000	-100.0
	Einnahmen					
TB3020.0005	Erwerb von öffentlichen Anlagen					
	Ausgaben	-820.00	-50'000		50'000	-100.0
	Einnahmen					
TB3020.0006	Strassenbeleuchtungen					
	Ausgaben	-85'442.75	-300'000	-340'090.30	-40'090	13.4
	Einnahmen					
TB3020.0007	Landerwerb an öffentlichen Gewässern					
	Ausgaben		-20'000		20'000	-100.0
	Einnahmen					
TB3020.0044	Bauliche Massnahmen Suizidprävention Oberwil					
	Ausgaben		-50'000	-28'653.55	21'346	-42.7
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-86'262.75	-670'000	-527'035.90	142'964	-21.3
	Einnahmen					
	Saldo	-86'262.75	-670'000	-527'035.90	142'964	-21.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0002	Busbevorzugung					
	Ausgaben	-99'386.40	-1'400'000	-1'468'522.85	-68'523	4.9
	Einnahmen					
TB3020.0004	Radwegbauten					
	Ausgaben	-1'204'978.90	-4'700'000	-4'613'872.70	86'127	-1.8
	Einnahmen	50'817.95		333'552.80	333'553	100.0
TB3020.0010	Reussdamm					
	Ausgaben	-181'400.00				
	Einnahmen					
TB3020.0012	Renaturierung Lorze Baar, Spinnerei					
	Ausgaben	-925'314.00	-2'800'000	-1'318'600.25	1'481'400	-52.9
	Einnahmen	383'690.05	1'000'000	808'103.65	-191'896	-19.2
TB3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee					
	Ausgaben	-154'494.65	-100'000	-137'397.60	-37'398	37.4
	Einnahmen		100'000		-100'000	-100.0

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3020 – Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0042	Vorsorglicher Landerwerb 2007 – 2012					
	Ausgaben	-9'999.50	-100'000		100'000	-100.0
	Einnahmen					
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald					
	Ausgaben	-3'860'741.40	-2'000'000	-444'029.15	1'555'971	-77.8
	Einnahmen	1'500'000.00	800'000		-800'000	-100.0
TB3020.0045	ÖV Feinverteiler UF Sumpf					
	Ausgaben		-5'000'000	-3'194'146.55	1'805'853	-36.1
	Einnahmen		2'000'000	60'000.00	-1'940'000	-97.0
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-6'436'314.85	-16'100'000	-11'176'569.10	4'923'431	-30.6
	Einnahmen	1'934'508.00	3'900'000	1'201'656.45	-2'698'344	-69.2
	Saldo	-4'501'806.85	-12'200'000	-9'974'912.65	2'225'087	-18.2

Kommentar Rechnung

- TB3020.0004: Verzögerte Auszahlung Beiträge an Holzbrücke Lorzentobel und RW Gubel- bis Feldstrasse
- TB3020.0012: Ausstehender Landerwerb
- TB3020.0043: Geringere Ausgaben wegen günstiger Vergabe und früherer Bauvollendung. Geringere Einnahmen, da bereits 2011 grosser Teil ausbezahlt
- TB3020.0045: Verzögerter Baubeginn, geänderter Bauablauf mit geringeren Anfangskosten. Beiträge wegen geringeren Ausgaben angepasst.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes des Kantons Zug ist zuständig für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen. Der betriebliche Unterhalt umfasst Massnahmen zur Gewährleistung einer möglichst dauernden Betriebsbereitschaft sowie einen umweltgerechten Winterdienst.

Der bauliche Unterhalt umfasst alle baulichen Massnahmen zur Werterhaltung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Anzahl berechnete Werkhaftungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	<input checked="" type="radio"/>	
2	Warterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2.2	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Betrieb				
3	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Anzahl berechnete Werkhaftungsklagen infolge mangelndem Winterdienst max. 2	<input checked="" type="radio"/>	
4	Ständige Einsatzbereitschaft im Pikettdienst	Einsatz im Winterdienst nach Aufgebot durch Pikettchef innerhalb von 30 Minuten in mind. 95% der Fälle	<input checked="" type="radio"/>	
5	Fach- und termingerechte Reinigung sicherstellen	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Reinigung max. 10 Abweichung der Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	<input checked="" type="radio"/>	
6	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Der Sicherheitsgrünschnitt (1 m ab Strassenrand) ist bis Ende Juli ausgeführt Abweichung der Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	<input checked="" type="radio"/>	
7	Fach- und termingerechten Unfalldienst sicherstellen	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80% gedeckt	<input checked="" type="radio"/>	
8	Fach- und termingerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Reparaturen max. 10 Abweichung der Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	<input checked="" type="radio"/>	
9	Umsetzung Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Ausfalltage wegen Betriebsunfällen max. 20 Tage	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Strassenerhaltung				
10	Kostenschätzungen oder -voranschläge der Erhaltungsprojekte einhalten	Kostenschätzung oder -voranschlag der einzelnen Projekte mit max. ± 20% Abweichung	<input type="radio"/>	Infolge weniger Materialersatz als geplant ist bei 2 Projekten die Abweichung grösser als 20% (Minderaufwand)
11	Reparatur Winterschäden	Schäden bis Ende Oktober behoben	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
12	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchsgesuche	Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von zehn Arbeitstagen in mind. 95% der Fälle bearbeitet	●	
A	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4/338/P; Sanierung Kreisel Sihlbrugg, Baar	Projekt ausgeführt	●	
B	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 368; Sanierung Rischerstrasse, Schlosswald – Bushaltestelle Risch, Risch	Projekt ausgeführt	●	
C	Fach- und termingerechte Ausführung von KS P; Sanierung Cholrainstrasse, Hauptstrasse – Dürrbach, Menzingen	Projekt ausgeführt	◐	Aufgrund zusätzlicher Kosten für die Sanierung von Winterschäden wird die 2. Etappe erst im Jahr 2013 ausgeführt
Leistungsgruppe 3: Elektrotechnik				
13	Fachgerechten Betrieb sicherstellen		●	
14	Strassenbeleuchtung	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	●	
15	Lichtsignalanlagen	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträge bei Totalausfall (Anlage dunkel) bei mind. 90% der Fälle eingehalten	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Strassennetz	km		136.9	136.9
Entwässerungsleitungen	km		113	113
Grünflächen	m ²		337'000	337'000
Lichtsignalanlagen	Anzahl		37	37
Beleuchtungskandelaber	Anzahl		1'800	2'571
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl		27	27
Grabenaufbrüche	Anzahl		100	107
Drittsschäden im Strassenraum	Anzahl		130	129

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl der Lampenstellen innerorts beträgt 1800 und entlang aller Kantonsstrassen 2571.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-17'566'942.10	-18'730'900	-18'347'320.56	383'579	-2.0
Total Ertrag	5'145'772.65	5'238'000	5'244'388.10	6'388	0.1
Saldo	-12'421'169.45	-13'492'900	-13'102'932.46	389'968	-2.9

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3023.0034 Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge					
Ausgaben	-167'263.50				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-167'263.50				
Einnahmen					
Saldo	-167'263.50				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3030 – Strassenbau Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-25'631'000	-23'634'378.69	1'996'621	-7.8
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-8'116'000	-9'668'431.36	-1'552'431	19.1
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-34'205'560.94				
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-1'124'000	-1'161'013.85	-37'014	3.3
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten			-86'195.63	-86'196	100.0
	Total Aufwand	-34'205'560.94	-34'871'000	-34'550'019.53	320'980	-0.9
403	Besitz- und Aufwandsteuern		28'100'000	29'025'346.60	925'347	3.3
460	Ertragsanteile		4'023'000	4'585'846.10	562'846	14.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	34'205'560.94				
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		2'748'000	938'826.83	-1'809'173	-65.8
	Total Ertrag	34'205'560.94	34'871'000	34'550'019.53	-320'980	-0.9
	Saldo					

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0015	Eigenleistung Tiefbauamt und Strassenunterhalt					
	Ausgaben	-5'629'000.00	-6'391'000	-5'921'000.00	470'000	-7.4
	Einnahmen					
TB3031.0046	Globalbeiträge Hauptstrassen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	541'081.00	500'000	600'000.00	100'000	20.0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-5'629'000.00	-6'391'000	-5'921'000.00	470'000	-7.4
	Einnahmen	541'081.00	500'000	600'000.00	100'000	20.0
	Saldo	-5'087'919.00	-5'891'000	-5'321'000.00	570'000	-9.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0011	Studien und Vorprojekte					
	Ausgaben	-3'001'360.91	-2'000'000		2'000'000	-100.0
	Einnahmen	68'180.00				
TB3031.0013	Nordzufahrt Zug/Baar					
	Ausgaben	-3'625'402.78	-250'000	-696'413.00	-446'413	178.6
	Einnahmen	7'935'650.55	1'200'000	335'243.00	-864'757	-72.1
TB3031.0014	Neueinr. u. Erweiter. von Verkehrsregelungsanlagen					
	Ausgaben	-487'513.20	-800'000	-576'375.30	223'625	-28.0
	Einnahmen					
TB3031.0016	Zug/Bundesplatz-Walchwil/St.Adrian					
	Ausgaben	-26'013.40		-9'710.65	-9'711	100.0
	Einnahmen					
TB3031.0020	Lokale Korrekturen					
	Ausgaben	-3'404'261.15	-4'500'000	-2'043'982.80	2'456'017	-54.6
	Einnahmen	37'339.45	1'200'000	1'845'136.45	645'136	53.8
TB3031.0026	Sihlbrugg-Neuheim-Edlibach-Schmittli/Neuägeri					
	Ausgaben	-53'114.85	-300'000	-427'341.10	-127'341	42.4
	Einnahmen					
TB3031.0030	Kunstabtensanierungen					
	Ausgaben	-1'077'855.45	-170'000	-58'089.15	111'911	-65.8
	Einnahmen					
TB3031.0031	Lärmschutzmassnahmen					
	Ausgaben	-795'826.60	-1'300'000	-510'921.70	789'078	-60.7
	Einnahmen	536'200.00	220'000	403'375.00	183'375	83.4

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3031 – Kantonsstrassen

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3031.0037	Nachtragsrechnungen aus Strassenbauprogrammen					
	Ausgaben	-60'774.15	-40'000	-36'939.60	3'060	-7.7
	Einnahmen					
TB3031.0039	Umfahrung Cham-Hünenberg					
	Ausgaben	-3'327'415.50	-2'500'000	-3'966'904.35	-1'466'904	58.7
	Einnahmen					
TB3031.0041	Grindel Bibersee (Realisierung)					
	Ausgaben	-2'382'177.80	-10'000'000	-6'625'280.00	3'374'720	-33.7
	Einnahmen		1'000'000	1'000'000.00		
TB3031.0042	Technische Einrichtungen					
	Ausgaben	-8'544.95	-350'000	-349'264.90	735	-0.2
	Einnahmen					
TB3031.0044	Strasse N, Lättich - Baarburgrank					
	Ausgaben	-238'325.05	-50'000	-471'221.36	-421'221	842.4
	Einnahmen					
TB3031.0045	Strasse C, Cham - Hünenberg					
	Ausgaben	-225'766.05		-4'058.80	-4'059	100.0
	Einnahmen					
TB3031.0047	Tangente Zug/Baar					
	Ausgaben	-2'494'120.80	-1'100'000	-1'785'046.30	-685'046	62.3
	Einnahmen					
TB3031.0050	Landerwerb Strassenbau Spezialfinanzierung 11-16					
	Ausgaben	-26'887.60		-35'600.00	-35'600	100.0
	Einnahmen					
TB3031.0051	Studien-, Vor- und Bauprojekte Strassenbau					
	Ausgaben			-2'176'577.06	-2'176'577	100.0
	Einnahmen			116'000.00	116'000	100.0
TB3031.0052	Stadttunnel Zug, Generelles Projekt					
	Ausgaben			-3'495'982.32	-3'495'982	100.0
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-21'235'360.24	-23'360'000	-23'269'708.39	90'292	-0.4
	Einnahmen	8'577'370.00	3'620'000	3'699'754.45	79'754	2.2
	Saldo	-12'657'990.24	-19'740'000	-19'569'953.94	170'046	-0.9

Kommentar Rechnung

- TB3031.0011: Umbuchung auf TB3031.0051
- TB3031.0013: Neue Verkehrsdatenerfassung und Landerwerb. Teil der Einnahmen bereits 2011 eingegangen
- TB3031.0020: Projektverzögerung infolge Einsprachen und ausstehender Landerwerb
- TB3031.0031: Projektverzögerung infolge Einsprachen und ein Projekt zurückgestellt
- TB3031.0039 + TB3031.0044 + TB3031.0047: Umfangreichere Projektierung
- TB3031.0041: Bauphasenumstellung und Ablaufanpassung Projektierung
- TB3031.0052: Vorgezogener Projektstart

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3032.0022	Nationalstrassenbau					
	Ausgaben	-1'188'982.20		-104'320.00	-104'320	100.0
	Einnahmen	998'745.05		87'628.80	87'629	100.0
TB3032.0040	Nationalstrassenbau (100%)					
	Ausgaben	-9'147'670.25	-1'800'000	-912'112.85	887'887	-49.3
	Einnahmen	7'674'403.80	1'800'000	2'185'379.30	385'379	21.4
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-10'336'652.45	-1'800'000	-1'016'432.85	783'567	-43.5
	Einnahmen	8'673'148.85	1'800'000	2'273'008.10	473'008	26.3
	Saldo	-1'663'503.60		1'256'575.25	1'256'575	100.0

Kommentar Rechnung

- TB3032.0022: Ausstände 2011
- TB3032.0040: Pumpwerk Breiten wird neu unter Federführung ASTRA realisiert. Höhere Einnahmen infolge Nachzahlungen Bund von 2011

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Wechsels und der Erneuerung. Die Laufende Rechnung des Amtes blieb leicht unterhalb des Budgets, wobei die Hauptziele trotzdem weitestgehend erreicht werden konnten.

Amtsleitung

Auf Anfang 2012 traten das revidierte kantonale Umweltschutzgesetz (EG USG) und per 1. September die entsprechend angepasste Vollzugsverordnung (V EG USG) in Kraft. Die Änderungen betreffen die Luftreinhaltung (Partikelfilter für stationäre dieselgetriebene Geräte, Fahrzeuge und Maschinen, Interventionsschwellen bei Smog-Lagen), den Bodenschutz (Prüfperimeter für Bodenverschiebungen), Abfallanlagen (Betriebsbewilligungen für bestimmte Anlagentypen) sowie das Verbot von himmelwärts gerichteten künstlichen Lichtquellen (Skybeamern usw.). Auch in personeller Hinsicht gab es verschiedene Wechsel. Wie bereits im Vorjahr eingeleitet, wurde eine weitere Pensionierung eines Mitarbeiters genutzt, die Verschiebung der Aufgaben/Arbeitslast (z.B. Bewilligung Geothermie, Grundwassernutzungen usw.) innerhalb der Abteilungen aufzufangen. Die personellen Wechsel führten auch dazu, dass nicht alle Vorhaben wunschgemäss realisiert werden konnten. Der Aufwand blieb deshalb 3.5% unterhalb des Budgets. Die Erträge übertrafen das Budget um 5.5%. Der Aufwandüberschuss verteilt sich ziemlich gleichmässig auf die 3 Leistungsgruppen «Vollzug» (37%), «Umweltbeobachtung» (30%) und «Information/Koordination» (33%).

Abteilung Boden

In den 70er- und 80er-Jahren beanspruchte der Kanton Zug beim Bau der Autobahnen N4, N4a und N14 die angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen. Trotz der durchgeführten Rekultivierungsmassnahmen weisen verschiedene Böden heute noch Nachfolgeschäden auf. In der Folge haben sich der Kanton Zug, vertreten durch das Amt für Umweltschutz und durch das LBBZ Schluechthof, sowie das Bundesamt für Strassen ASTRA entschlossen, Flächen mit Nachfolgeschäden im Rahmen eines Vorprojektes zu untersuchen. Im Folgeprojekt wurden der Zustand der Böden im Rahmen von detaillierten Bodenuntersuchungen erhoben und objektbezogene Sanierungsvorschläge ausgearbeitet. Bei den Sanierungsarbeiten der ehemaligen Deponie Baarburg rutschte Ende 2011/Anfang 2012 ein Teil des Nordhangs ab. Um einen langfristig stabilen Hangaufbau zu erreichen, schlug das Amt für Umweltschutz vor, den Nordhang aufzuforsten. Der am 16. August von den Grundeigentümern unterzeichnete Vertrag bildete die Voraussetzung, dass das Projekt entsprechend angepasst werden konnte.

Abteilung Wasser

Im Kanton Zug gibt es elf Wasserkraftwerke mit Wasserentnahmen und Restwasserstrecken. Bei neun Restwasserstrecken ist die Restwasseranierung umgesetzt. Bei einer Restwasserstrecke (Untere Lorze bei Frauental) erfolgt die rechtlich gebotene Sanierung zusammen mit der Erneuerung des Stauwehrs voraussichtlich im Jahr 2013; es wird aber seit einigen Jahren Restwasser abgegeben. Für eine weitere Restwasserstrecke (Untere Lorze beim Hammer) ist ein Sanierungsprojekt in Vorbereitung; die rechtliche und bauliche Umsetzung erfolgt vor der Wiederinbetriebnahme des heute defekten Kraftwerks. Die Einhaltung der festgelegten Restwassermengen wurde mittels Messungen überprüft.

Im Rahmen des Teilprojektes Gesamtleitung gemäss neuem VSA-Musterpflichtenheft Generelle Entwässerungsplanung (GEP) wurde in Zusammenarbeit mit dem GVRZ der aktuelle Stand der kommunalen GEP-Planungen überprüft. Mittels Befragungen und einer Checkliste wurden bei allen elf Zuger Gemeinden GEP-Checks durchgeführt und dabei der Stand der genehmigten GEP der Gemeinden kontrolliert, um damit Schwerpunkte für die weiteren GEP-Bearbeitungen zu definieren. Der GEP-Check hat gezeigt, dass ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen sowie ein optimierter Mitteleinsatz der Gemeinden sichergestellt sind. Handlungsbedarf besteht bei den Gemeinden vor allem im Bereich des Anlagekatasters zur Definition der Eigentumsverhältnisse.

Abteilung Luft

Die Zuger Luft ist heute deutlich sauberer als in den 80er- und 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese Fortschritte wurden durch den Einsatz moderner Abgasminderungs-Technik auf der Strasse, beim Verbrennen fossiler Brennstoffe und Holz einerseits und dem konsequenten Vollzug der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) möglich. Das Amt für Umweltschutz fordert die Betreibenden grösserer Feuerungen industrieller und gewerblicher Anlagen, welche die Luft verunreinigen können, alle zwei bzw. drei Jahre zur Emissionsmessung auf. Im Berichtsjahr wurden 74 Anlagen kontrolliert und falls notwendig einreguliert oder in Stand gestellt. Mit einem der grössten Emittenten in der Sparte Industrie & Gewerbe (I&G) konnte nach vertiefter Analyse der Produktionsprozesse eine Sanierungsvereinbarung abgeschlossen werden. Trotzdem zeigen die Messreihen des Zentralschweizer Luftschadstoff-Messnetzes (www.inluft.ch) seit mehreren Jahren keine weitere Verbesserung der Luftqualität mehr. Die weitere notwendige Sanierung der Luft stagniert. Um die Luftqualitätsvorgaben der LRV zukünftig flächendeckend einzuhalten, müssen die Emissionen je nach Schadstoff um zusätzliche 30 bis 50 Prozent reduziert werden. Weitere Anstrengungen in allen Sektoren (Verkehr, I&G, Haushalt und Landwirtschaft) sind notwendig.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei, indem es die Umweltqualität überwacht, die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt orientiert, Massnahmen zum Schutze der Umwelt erarbeitet, den Entscheidungsgremien unterbreitet und umsetzt, soweit es selbst zuständig ist. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Organisationen der Wirtschaft und Privaten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Umweltqualität bleibt erhalten oder verbessert sich	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl Schadenfälle (Gewässer-, Bodenverschmutzungen, Luftverunreinigungen) - höchstens auf gleichem Niveau wie im Vorjahr - Phosphorgehalt im Zugersee kleiner als im Vorjahr. Ein belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht - Spezifische Luftschadstoffemissionen kleiner als im Vorjahr 		
Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz				
2	Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	<ul style="list-style-type: none"> - 80% der Voruntersuchungen sind innerhalb von 30 Tagen beurteilt - 80% der Hauptuntersuchungen sind innerhalb von 90 Tagen beurteilt 		
3	Stellungnahmen zu Geschäften	<ul style="list-style-type: none"> - 90% der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert zwei Wochen 		
4	Überprüfung von Betrieben respektive Anlagen anhand eidgenössischer und kantonaler Vorschriften	95% der unten stehenden Betriebsanlagen sind im Rahmen von Branchenlösungen fristgerecht überprüft: <ul style="list-style-type: none"> - Garagenbetriebe - Tankstellen - Malerbetriebe - Chemische Reinigungen - Kompostieranlagen - Kiesgruben - Bauabfallanlagen Landwirtschaftsbetriebe in einer Gemeinde für Entwässerungsplan aufgefordert 80% der eingereichten Pläne bearbeitet Bei 90% der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet		
5	Erteilen von Bewilligungen	<ul style="list-style-type: none"> - 90% der Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsonden sind innerhalb von drei Wochen erteilt - 95% der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft 		
6	Kontrolle von Tankanlagen	<ul style="list-style-type: none"> - 100 Stichprobenkontrollen von Tankanlagen (zirka 1% der Anlagen) - 90% der Mängel sind innert sechs Monaten behoben 		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
7	Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung NISV	<ul style="list-style-type: none"> - Der fristgerechte Eingang (Ziel 95%) der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden wird überprüft - Mindestens eine Stichprobenkontrolle pro Jahr pro massgebenden Anbietenden wird durchgeführt - Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 W ERP) 	●	
A	Sanierung Deponie Baarburg	<ul style="list-style-type: none"> - Rekultivierung in Etappe A realisiert - Neue Entwässerung und Gasdrainage in Etappe B realisiert 	●	
B	Bodenschutz	<ul style="list-style-type: none"> - KABO-Zentralschweiz und Projekt Bodenverschiebung fortführen gemäss Bodenschutzkonzept 	◐	Einführung Prüferimeter für Bodenverschiebungen bei Gemeinden wegen personellen Wechsels auf 2013 verschoben
C	Umsetzung des revidierten EG USG	<ul style="list-style-type: none"> - Anlagentypen, die neu über eine Betriebsbewilligung verfügen müssen, sind vom RR bestimmt (§ 16a EG USG) 	●	
Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung				
8	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung (vgl. 1.1 Grundauftrag)	<ul style="list-style-type: none"> - Daten des Vorjahres (soweit jährlich erhoben) im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert - Bei ungenügender Umweltqualität werden gegebenenfalls Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen - Erkennen von Abweichungen der gesetzlich vorgegebenen Qualitätsziele - 95% der geplanten Messungen durchgeführt - Homepage wird von Leistungsempfänger und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdienst entlastet 	●	
Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination				
9	Orientierung über den Zustand der Umwelt gemäss Art. 6 USG (vgl. 1.1 Grundauftrag) sowie Beratung	<ul style="list-style-type: none"> - Ereignisorientierte Berichterstattung (inklusive zweimalige Herausgabe von «Umwelt Zug») 	●	
10	Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Mindestens ein grösserer Event zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Umwelthanliegen 	●	
11	Unterstützung der Gemeinden im Vollzug, Verbesserung des Informationsflusses an Gemeinden über relevante Probleme/ Aufgaben unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung und Unterstützung des Vollzugs der Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung auf Gemeindeebene - Vorgaben für generelle Entwässerungspläne (GEP) erstellt und Gemeinden instruiert - Mindestens drei Info- bzw. Schulungsanlässe 	●	
12	Koordination nach kantonalem Umsetzungsplan «Invasive Organismen»	<ul style="list-style-type: none"> - Zwei Info-Anlässe der kantonalen Plattform 	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	3	2-3	4
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl	177	140	118

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Eingereichte Gesuche für Tankanlagen: 23
 Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen: 316 (Vgl. Kommentar zu Zielsetzung Nr. 4)
 Baugesuche ausserhalb der Bauzone: 276 (Vgl. Kommentar zu Zielsetzung Nr. 3)

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'178'178.07	-4'308'000	-4'159'261.80	148'738	-3.5
Total Ertrag	481'404.65	497'000	524'093.65	27'094	5.5
Saldo	-4'696'773.42	-3'811'000	-3'635'168.15	175'832	-4.6

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0002 Sanierung Kehrichtdeponie Baarburg					
Ausgaben	-1'934'623.20	-2'000'000	-1'517'185.95	482'814	-24.1
Einnahmen	1'151'519.30	1'400'000	568'235.55	-831'764	-59.4
BD3050.0007 Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen					
Ausgaben	-109'548.00	-400'000	-64'000.00	336'000	-84.0
Einnahmen	109'548.00	400'000	64'000.00	-336'000	-84.0
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-2'044'171.20	-2'400'000	-1'581'185.95	818'814	-34.1
Einnahmen	1'261'067.30	1'800'000	632'235.55	-1'167'764	-64.9
Saldo	-783'103.90	-600'000	-948'950.40	-348'950	58.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0005 Sanierung Schiessanlagen					
Ausgaben	-82'161.00	-300'000	-8'638.70	291'361	-97.1
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-82'161.00	-300'000	-8'638.70	291'361	-97.1
Einnahmen					
Saldo	-82'161.00	-300'000	-8'638.70	291'361	-97.1

Kommentar Rechnung

Die Bundesbeiträge an die Sanierung der Kehrichtdeponie Baarburg werden erst nach Abschluss der Arbeiten ausbezahlt.
 Die Gemeinden sanierten weniger Schiessanlagen als geplant.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-54'500	-62'226.50	-7'727	14.2
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-60'745.90				
	Total Aufwand	-60'745.90	-54'500	-62'226.50	-7'727	14.2
420	Ersatzabgaben		35'000	42'571.00	7'571	21.6
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	60'745.90				
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		19'500	19'655.50	156	0.8
	Total Ertrag	60'745.90	54'500	62'226.50	7'727	14.2
	Saldo					

Kommentar Rechnung

Die angegebenen Budgetzahlen basieren auf Schätzungen der abgelagerten Mengen in den Deponien Alznach und Tännlimoos. Diese können je nach Konjunktur, grösseren Bauvorhaben usw. stark schwanken.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Dynamik des Kantons Zug hat die Arbeiten des Hochbauamtes im Jahr 2012 stark beeinflusst. Durch Flexibilität ist es gelungen, auch die kurzfristig angemeldeten Bedürfnisse der Kunden termingerecht umzusetzen.

Immobilienstrategie und organisatorische Massnahmen

Im Berichtsjahr erarbeitete das Hochbauamt eine übergeordnete Immobilienstrategie, welche die Grundlage für die Erneuerung und Bewirtschaftung der Immobilien bildet. Damit die kantonalen Liegenschaften auch weiterhin in einem guten Zustand bleiben, wird auf Basis dieser Strategie eine rollende 5-Jahres-Instandhaltungsplanung erarbeitet. Federführend für diese Aufgabe zeichnet die neue Abteilung Portfoliomanagement, welche ausserdem für die Belegungsplanung verantwortlich ist. In diesem Zusammenhang wurde in der Berichtsperiode die strategische Büroraumplanung mit einem Zeithorizont von rund zehn Jahren erarbeitet. Damit soll sichergestellt werden, dass die Verwaltung und Gerichte bis zum Bezug des geplanten Verwaltungsgebäudes VZ3 über genügend Arbeitsplätze verfügen.

Eine weitere organisatorische Veränderung betrifft die Fachstelle Sicherheit, welche neu direkt dem Baudirektor als Stabstelle unterstellt ist, mit administrativer Angliederung beim Hochbauamt. Neben der Durchführung von rund 40 Sicherheitskursen und sechs Audits konnte das Projekt «Überarbeitung des Sicherheitskonzeptes» weiter vorangetrieben werden.

Kontinuierliche Verbesserung der Prozesse

Das prozessorientierte Arbeiten im Hochbauamt hat sich bewährt. Im dritten Jahr nach der Einführung des Qualitätsmanagementsystems (ISO 9001:2008) hat das Hochbauamt die erforderliche Rezertifizierung durch die SQS erfolgreich bestanden. Das System wird laufend verbessert. Im vergangenen Jahr wurde insbesondere in die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Betrieb und Planung+Bau investiert. Wichtige Erkenntnisse für den optimalen Betrieb eines Gebäudes sollen früh in den Planungsprozess einfließen. Weiter konnte die Umstellung auf die «ergebnisorientierte Reinigung» bei zusätzlichen elf Objekten abgeschlossen werden.

Planung und Realisierung von Bauten

Die oben angesprochene Dynamik zeigte sich auch bei der Planung für das Kantonale Gymnasium Menzingen (kgm) und die Wirtschafts- und Fachmittelschule (WMS/FMS): Die Baudirektion liess aufgrund von politischen Vorstössen die laufenden Umbau- und Erweiterungsprojekte mit Zustimmung des Kantonsrates sistieren und zusammen mit der Direktion für Bildung und Kultur die Standorte neu evaluieren. Im Rahmen eines dritten und letzten Workshops hatte die Arbeitsgruppe Ende Jahr beschlossen, den politischen Entscheidungsträgern die Variante «V11» als Grundlage der weiteren Schulraumplanung zu empfehlen. Diese Variante umfasst gegenüber der bisherigen Planung einen zusätzlichen Mittelschulstandort in Cham. Die bereits fertig geplanten Bauprojekte sollen nun wie vorgesehen dem Kantonsrat zur Kreditberatung eingereicht werden.

Ein Meilenstein wurde beim Konzentrationsprojekt der Verwaltung und Gerichte sowie der Zugerland Verkehrsbetriebe AG am Standort An der Aa erreicht. Für das Gemeinschaftsprojekt mit dem Titel «Fokus» sprach der Kantonsrat im Mai einen Projektierungskredit von 33.5 Mio. Franken.

Die Anfang Jahr gestartete Planung für das neue Gebäude des Amtes für Verbraucherschutz in Steinhausen ist gut im Fahrplan.

Mitte Jahr wurden mit dem Spatenstich die Arbeiten für den Stadtgarten auf dem Zeughausareal in Zug freigegeben.

Dringliche Massnahmen

Zahlreiche dringliche, nicht geplante Massnahmen mussten in der Berichtsperiode umgesetzt werden. So wurden für die Gewerbeschule ein neues Zahntechniklabor und für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde rund 40 Arbeitsplätze eingerichtet, um nur zwei Beispiele zu nennen. Trotzdem ist es bis auf wenige Ausnahmen gelungen, die geplanten Massnahmen umzusetzen. Die Kunden zeigten sich dabei mit den realisierten Lösungen ausnahmslos zufrieden, insbesondere auch mit dem im Sommer neu gestalteten Restaurant Aabächli.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie auch die Sicherung der langfristigen Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist ausserdem verantwortlich für die gemieteten Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (z.B. Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Restaurant usw.).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	- Durchführung von zwei internen Audits - Erfolgreiche Rezertifizierung		
Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement				
A	Erarbeitung einer Immobilienstrategie	Ist erarbeitet		
B	Erarbeitung einer Instandhaltungsstrategie	Ist erarbeitet		
C	Erarbeitung von Büroraumstandards im Rahmen der Planung des Verwaltungszentrum 3 (VZ3)	Ist erarbeitet		
Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten				
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Investitionskrediten	100%		
3	Zufriedenheitsgrad der Leistungsabnehmenden von Neubauten/Umbauten mit Status gut/sehr gut	90%		Der Zufriedenheitsgrad der Leistungsabnehmenden erfolgte zu 100% mit gut/sehr gut
D	Erweiterung Kantonsschule, Zug	KRB Projektierungskredit		Projekt sistiert wegen neuer Standortevaluation Mittelschulen
E	Neubau ZVB-Hauptstützpunkt, Zug	Projektwettbewerb		
F	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Vor-/Bauprojekt		
G	Aufstockung Gewerblich- industrielles Bildungszentrum und Kombiniertes-Brücken-Angebot, Zug	KRB Objektkredit		
H	Integrations-Brücken-Angebot Zugerbergstrasse 22, Zug	KRB Objektkredit		Projekt sistiert wegen neuer Standortevaluation Mittelschulen
I	Werkhof Hinterberg, Steinhausen	KRB Projektierungskredit		Projekt wurde bis auf weiteres verschoben
J	Kantonsspital-Areal, Zug	Bebauungsplan		
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3 (VZ3), Zug	Projektwettbewerb		
L11b	Erweiterung Kantonales Gymnasium, Menzingen	KRB Objektkredit		Projekt sistiert wegen neuer Standortevaluation Mittelschulen
L11c	Erweiterung Wirtschaftsmittel- und Fachmittelschule, Zug	KRB Objektkredit		Projekt sistiert wegen neuer Standortevaluation Mittelschulen

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur (EN-Norm 15221)				
4	Angemessener Anteil des jährlichen Unterhalts (Instandhaltung und Instandsetzung) am Gebäudeversicherungswert	1.25%		Erreichter Wert 1.22%. Neben den ordentlichen Instandhaltungsmassnahmen mussten noch dringliche Mieterausbauten für rund 2.4 Mio. Franken umgesetzt werden
5	Zufriedenheitsgrad von Leistungsabnehmer im Bereich von Mieterausbauten mit Status gut/sehr gut	90%		Der Zufriedenheitsgrad der Leistungsabnehmenden erfolgte zu 100% mit gut/sehr gut
6	Der Gebäudepark ist in gutem Zustand, der durchschnittliche Zustandswert zu Neuwert (nach Stratus)	89%		Der durchschnittliche Zustandswert zu Neuwert beträgt per Ende 2012 88%, womit der Zustand des Gebäudeparks als gut beurteilt werden kann
7	Umstellung auf ergebnisorientierte Reinigung	11 Objekte (30%)		
8	Energieverbrauch Standort an der Aa tief halten: Elektrizität Wärme (klimabereinigt) CO ₂ -Belastung	97 kWh/m ² pro Jahr 36 kWh/m ² pro Jahr 48 t CO ₂ pro Jahr		97.23 kWh/m ² pro Jahr: Gesamter elektrischer Verbrauch ohne Wärmepumpe 28.69 kWh/m ² pro Jahr: Ziel Energieverbrauch für Wärme klar erreicht 48.2 t CO ₂ pro Jahr
9	Vermietungsquote Objekte Liegenschaften des FV (ohne Zugerbergstrasse 22, Zug, und Artherstrasse 25 - 27, Zug/ehemaliges Kantonsspital)	100%		
Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation (EN-Norm 15221)				
10	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli (Anzahl verkaufte Hauptmahlzeiten)	48'000		Das Total der verkauften Hauptmahlzeiten betrug 50'186
11	Durchschnittsbewertung Sicherheitskurse auf einer Skala von 1 - 4 (1=ungenügend; 2=genügend; 3=gut; 4=sehr gut)	> 3.5		
K	Aufbau Sicherheitsmanagementsystem	1. Phase Umsetzung des Sicherheitsmanagementsystems ist abgeschlossen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Staatseigene Objekte VV	Anzahl		96	103
Staatseigene Objekte FV	Anzahl		24	17
Fläche staatseigene Objekte VV (HNF)	m ²		120'600	138'000
Fläche staatseigene Objekte FV (HNF)	m ²		5'000	19'000
Gemietete Objekte	Anzahl		40	40
Fläche gemietete Objekte (HNF)	m ²		19'900	19'900
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.		958	990
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl		4'200	4'135
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl		2'000	2'000

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Mobility-Nutzung	Stunden		16'500	16'100
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl		40	38
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl		6'500	6491

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Objekte VV und FV: Neu sind das alte und neue Kantonsspital (Anzahl und Fläche) enthalten. Des Weiteren waren Objekte der Zugerbergstrasse 22, Zug im FV anstelle VV ausgewiesen. Dies sind die Gründe für die Differenzen zu den Zahlen des Budgets 2012.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-32'920'413.59	-35'260'512	-35'565'357.75	-304'846	0.9
Total Ertrag	3'613'501.75	3'211'668	8'280'372.50	5'068'705	157.8
Saldo	-29'306'911.84	-32'048'844	-27'284'985.25	4'763'859	-14.9

Kommentar Rechnung

Das Globalbudget HBA schneidet um rund 4.8 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Der Hauptgrund für diese Abweichung ist auf der Einnahmenseite auszumachen: Erstmals erfolgte die Zahlung der vertraglich festgelegten Miete des Zuger Kantonsspitals von 4.47 Mio. Franken (diese lief in der Vergangenheit über die Rechnung der Gesundheitsdirektion und war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt).

Des Weiteren sind folgende grösseren Abweichungen (> 0.5 Mio. Franken) bei den einzelnen Leistungen erwähnenswert:

- Planung und Realisierung von Bauten: Höhere oder nicht budgetierte Planungskosten insbesondere bei den Schulen (Kantonsschule Zug und GIBZ) und für das Areal des alten Kantonsspitals
- Zumietung von Immobilien und Flächen für die kantonale Verwaltung sowie Beratung: Mehrkosten für neue Mietobjekte und deren Ausbau, insbesondere für das neue Amt KESB
- Bewirtschaftung und Zuteilung von Parkplätzen: Besseres Abschneiden der Spezialfinanzierung Parking wegen Mehreinnahmen und tieferen Kosten

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0015 Rückstellungen Zentralspital/Pflegezentrum					
Ausgaben	-1'152'251.55				
Einnahmen			2'438.35	2'438	100.0
HB3060.0088 Umbau Cafeteria Aabächli					
Ausgaben		-900'000	-745'453.36	154'547	-17.2
Einnahmen					
HB3060.0099 Kant. Zeughaus: Umgebungsgestaltung					
Ausgaben	-270'413.50		-40'505.95	-40'506	100.0
Einnahmen	100'000.00		110'679.80	110'680	100.0
HB3060.0107 Strategie Raumbedarf An der Aa 4, Zug					
Ausgaben	-649'416.70		-14'076.05	-14'076	100.0
Einnahmen					
HB3060.0108 Storenersatz Aabachstrasse, Zug					
Ausgaben	-643'152.85		-391'824.05	-391'824	100.0
Einnahmen					
HB3060.0111 Neue Sitzungszimmer EG, Aabachstr. 5, Zug					
Ausgaben	-1'051'071.35				
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3060 – Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0112	Folgemassnahmen Auszug Obergericht Aabachstr. 3					
	Ausgaben	-452'003.10	-250'000	-34'370.85	215'629	-86.3
	Einnahmen					
HB3060.0114	Umbau und Mobiliar Baarerstr. 53, Zug					
	Ausgaben	-1'828'619.54		-49'753.70	-49'754	100.0
	Einnahmen			350'000.00	350'000	100.0
HB3060.0116	Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach					
	Ausgaben		-900'000	-692'960.00	207'040	-23.0
	Einnahmen					
HB3060.0118	Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug					
	Ausgaben			-43'278.75	-43'279	100.0
	Einnahmen					
HB3060.0127	Fertigstellung kant. Zeughaus Umbau Obergericht					
	Ausgaben			-152'134.55	-152'135	100.0
	Einnahmen					
IT3060.0003	FM-Zusatzmodul, Instandhaltungsmanagement					
	Ausgaben	-13'060.10		-30'320.40	-30'320	100.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-6'059'988.69	-2'050'000	-2'194'677.66	-144'678	7.1
	Einnahmen	100'000.00		463'118.15	463'118	100.0
	Saldo	-5'959'988.69	-2'050'000	-1'731'559.51	318'440	-15.5
Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)						
Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau					
	Ausgaben		-1'750'000	-170'607.85	1'579'392	-90.3
	Einnahmen					
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung					
	Ausgaben	-2'134'713.15	-722'000	-3'461'533.00	-2'739'533	379.4
	Einnahmen					
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht					
	Ausgaben	-7'385'162.04		-1'387'042.35	-1'387'042	100.0
	Einnahmen					
HB3060.0086	Zusatzkredit Neubau Strafanstalt Zug					
	Ausgaben	-11'482.55				
	Einnahmen					
HB3060.0087	KGM Menzingen, Projektierung					
	Ausgaben	-2'756'317.55	-605'000	-3'024'995.85	-2'419'996	400.0
	Einnahmen					
HB3060.0092	Umplatzierung AFS und AZM					
	Ausgaben	-9'797.45		-46'876.20	-46'876	100.0
	Einnahmen					
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb					
	Ausgaben	-218'533.75	-2'140'000	-1'215'818.40	924'182	-43.2
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung

Baudirektion

3060 – Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0096	VG3 ZVB-Areal Zug, Projektwettbewerb					
	Ausgaben		-300'000		300'000	-100.0
	Einnahmen					
HB3060.0098	Strafanstalt Zug Optimierung Lüftung/Sichtschutz					
	Ausgaben	-147'432.65				
	Einnahmen					
HB3060.0100	Kant. Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek					
	Ausgaben	-2'102'631.35		-747'250.80	-747'251	100.0
	Einnahmen			1'544'650.75	1'544'651	100.0
HB3060.0101	Kulturwerkstatt Theilerhaus					
	Ausgaben		-5'686'000		5'686'000	-100.0
	Einnahmen					
HB3060.0102	Asylunterkunft Holzhäusern: Neubau					
	Ausgaben	-1'093'241.00				
	Einnahmen					
HB3060.0103	Kantonsschule Zug Machbarkeitsstudie (Erweiterung)					
HB3060.0104	WMS/FMS Hofstrasse Zug: Bauausführung					
	Ausgaben		-8'505'000		8'505'000	-100.0
	Einnahmen					
HB3060.0109	Umbau Artherstrasse 25 für SPD					
	Ausgaben	-937'625.48		-6'309.75	-6'310	100.0
	Einnahmen					
HB3060.0113	Übernahme Bundesanteil Werkhof Hinterberg					
	Ausgaben	-4'290'000.00				
	Einnahmen					
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)					
	Ausgaben		-200'000	-550'187.15	-350'187	175.1
	Einnahmen					
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung					
	Ausgaben			-409'838.25	-409'838	100.0
	Einnahmen					
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar					
	Ausgaben			-1'732.40	-1'732	100.0
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-21'086'936.97	-19'908'000	-11'022'192.00	8'885'808	-44.6
	Einnahmen			1'544'650.75	1'544'651	100.0
	Saldo	-21'086'936.97	-19'908'000	-9'477'541.25	10'430'459	-52.4

Kommentar Rechnung

Die für das Jahr 2012 budgetierten Investitionskredite von rund 22 Mio. Franken wurden bei weitem nicht ausgeschöpft. Grund hierfür war insbesondere der etwas zu früh geplante Baustart der WMS/FMS an der Hofstrasse und der Kulturwerkstatt Theilerhaus. Details betreffend die Verzögerung im Bereich der Mittelschulplanung wurden oben im Abschnitt «Gesamtwürdigung Amt» erläutert.

Institutionelle Gliederung
 Baudirektion
 3061 – Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
310	Material- und Warenaufwand		-31'000	-16'147.32	14'853	-47.9
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV		-22'400	-24'630.11	-2'230	10.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-208'400	-191'203.50	17'197	-8.3
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-247'500	-94'348.85	153'151	-61.9
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-273'075	-304'060.94	-30'986	11.3
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			-437'787.88	-437'788	100.0
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'553'526.91				
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-50'000	-50'000.00		
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		-87'583	-25'190.00	62'393	-71.2
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		-566'000	-494'000.00	72'000	-12.7
	Total Aufwand	-1'553'526.91	-1'485'958	-1'637'368.60	-151'411	10.2
429	Übrige Entgelte			800.00	800	100.0
447	Liegenschaftenertrag VV		1'443'546	1'636'568.60	193'023	13.4
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK		42'412		-42'412	-100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	1'553'526.91				
	Total Ertrag	1'553'526.91	1'485'958	1'637'368.60	151'411	10.2
	Saldo					

Kommentar Rechnung

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten. Die Spezialfinanzierung Parking schneidet wegen Mehreinnahmen und tieferen Kosten besser ab als budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0013 Rückstellung Parkhaus Baar					
Ausgaben	-1'430.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'430.00				
Einnahmen					
Saldo	-1'430.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug					
Ausgaben	-6'780.67	-330'000		330'000	-100.0
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-6'780.67	-330'000		330'000	-100.0
Einnahmen					
Saldo	-6'780.67	-330'000		330'000	-100.0

Kommentar Rechnung

Die Realisierung des Parkleitsystems verzögert sich um ein Jahr.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Raumplanung erfüllte im Jahr 2012 praktisch alle gesteckten Ziele zeit- und budgetgerecht.

Richtplan

Im Zentrum stand die Erarbeitung der Anpassung des kantonalen Richtplans zu den Themen «Entwicklung nach Innen», «Ziele des Bevölkerungswachstums», «preisgünstiger Wohnungsbau» und «Lorzenebene».

Agglomerationsprogramm

Weitere übergeordnete Themen waren die Einreichung des Agglomerationsprogrammes 2. Teil. Hier beantragt der Kanton beim Bund eine Mitfinanzierung von verschiedenen Verkehrsprojekten. Die Projekte hat der Kantonsrat im Richtplan bereits festgesetzt. Deren Kosten belaufen sich auf 840 Mio. Franken.

Elektronische Baubewilligung

Gemeinsam mit den Gemeinden und dem Amt für Informatik und Organisation baute das Amt für Raumplanung die elektronische Baubewilligung auf. Dies ermöglicht zukünftig eine kundennähere und noch effizientere Abwicklung der Baugesuche. Das Amt für Raumplanung bearbeitete nicht wie budgetiert 370 Baugesuche, sondern rund 440.

Kantonales Verkehrsmodell

Neben der Aufsicht über das kantonale Rad- und Fusswegnetz befasste sich das Amt für Raumplanung mit der Evaluation des zukünftigen kantonalen Verkehrsmodelles.

Entwicklungsleitbild Zugerberg

Das Amt für Raumplanung schloss das Entwicklungsleitbild für den Zugerberg ab. Erste Umsetzungen laufen. Es wird auf den engen Einbezug der Gemeinden und Betroffenen geachtet.

Statistikkonzept

Die Fachstelle Statistik setzte das Statistikkonzept um. Sie publizierte federführend die beliebte Broschüre «Zug in Zahlen 2011». Die Zuger Kantonalbank unterstützte die Fachstelle. Das Amt für Raumplanung analysierte mit den Zuger Gemeinden den Stand der unüberbauten Bauzonen.

Diverse Projekte

Neben den aufgelisteten Projekten und Arbeiten zeichnete sich das Jahr 2012 durch zahlreiche Arbeiten aus, die bei der Zielsetzung im Mai 2011 nicht absehbar gewesen waren.

Erwähnt sei die Leitung des Prozesses für die Suche nach neuen Standorten für die Mittelschulen, die Erarbeitung von Grundlagen für die Verkabelung diverser Hochspannungsleitungen oder die Erstellung eines Konzeptes für die naturnahe Gestaltung der Umgebung der kantonalen Liegenschaften.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und koordiniert die kantonale Statistik.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Richtplanung und Sachpläne				
1	Termingerechtes Abwickeln der Richtplananpassungen	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens sechs Wochen nach Eingang der Stellungnahmen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Fördern der grenzüberschreitenden, interkantonalen Zusammenarbeit	Mindestens ein Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen	<input checked="" type="radio"/>	
3	Termingerechtes Bearbeiten von Stellungnahmen zu Sachplänen, Konzepten, Projekten, Gesetzen und Verordnungen des Bundes	Fristen werden zu 100% eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
L1	Anpassen der Bevölkerungsprognosen im kantonalen Richtplan	Richtplananpassung Bevölkerungszahlen bis Ende 2012 im Kantonsrat	<input type="radio"/>	Wurde mit L2 und L31a zusammengekommen
L2	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Verdichtungsschwerpunkte	Entwurf der Richtplananpassung bis Ende 2012 aufgleisen	<input checked="" type="radio"/>	
L31a	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Schaffung von preisgünstigem Wohnraum	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung bis Ende 2012	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Verkehrsplanung und Agglomerationsprogramm				
4	Erarbeiten von Grundlagen für die Verkehrsplanung, Mobilität	Fristgerechte Abwicklung	<input checked="" type="radio"/>	
5	Durchführen und Auswerten von Verkehrserhebungen	Mindestens 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren	<input checked="" type="radio"/>	
6	Aufsicht über die kantonalen Wanderwege und deren Signalisation	Auftrag für Wanderweg-Routenkonzept bis November erteilen	<input checked="" type="radio"/>	
7	Aufsicht über die kantonalen Radstrecken und die allgemeinen Belange des Zweiradverkehrs	Unfallanalyse 2006 – 2009 bis Oktober abschliessen Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt	<input checked="" type="radio"/>	
A	Ausarbeiten Agglomerationsprogramm 2. Generation	Termingerechtes Einreichen des Agglomerationsprogrammes Zug 2. Generation bis Juni 2012	<input checked="" type="radio"/>	
L3	Einführen des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung	Umsetzen erster konkreter Massnahmen	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft				
8	Aufsicht, Koordination und Abgeltung von Pflege und Unterhalt der kantonalen Naturschutzgebiete	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2012	●	
9	Moorregenerationen in Mooren von nationaler Bedeutung	Umsetzen in mindestens fünf Mooren	●	
10	Koordinieren und Umsetzen von Artenschutz- und Fördermassnahmen	Schutz- und Förderungskonzept Amphibien und Fledermäuse ist erstellt	●	
11	Umsetzen des Entwicklungsleitbildes Zuger-/Walchwilener-/Rossberg	Richtplananpassung Schwerpunkt Erholung Lienisberg in den Kantonsrat	●	
L4	Umsetzen des Legislaturziels vielfältige und vernetzte Zuger Landschaft	Projektstart erfolgt (sofern Biodiversitätsstrategie Bund beschlossen)	○	Umsetzungsteil der Strategie ist noch nicht beschlossen
L7	Umsetzen des Legislaturziels Zuger Chriesi	Gesuch Regionalentwicklungsprojekt vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) bewilligt, Umsetzung gestartet	●	
Leistungsgruppe 4: Ortsplanung, Baugesuche, Konzessionen, Kiesabbau und Deponien				
12	Termingerechtes Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen	Drei Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen Zwei Monate bei Teilrevisionen	●	
13	Termingerechtes Behandeln von Bauanfragen und Baugesuchen (ausserhalb der Bauzone, innerhalb des Gewässerabstandes, Starkstromanlagen)	Fristen: Innert einem Monat Schreiben beziehungsweise Verfügungen Bauanzeigen innert zehn Tagen	●	
14	Termingerechtes Behandeln von Gesuchen für den Kiesabbau und Deponien	Fristgerechte Abwicklung	●	
15	Termingerechtes Erteilen von Konzessionen	Fristen: Innert zwei Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung Bei neuen Konzessionsgesuchen vier Monate	●	
L28	Entwickeln des Konzeptes für die Einführung der elektronischen Baubewilligung	Begleiten der Umsetzung des Konzeptes	●	
L46b	Führen der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb der Bauzone	Verfahren der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb der Bauzone sind bis Ende 2012 eingespielt	●	
Leistungsgruppe 5: Statistik und Raumbeobachtung				
16	Termingerechtes Umsetzen des kantonalen Statistikkonzeptes	Die im Statistikkonzept gesetzten Fristen werden zu 100% erfüllt	●	
17	Erbringen von statistischen Dienstleistungen und Auskünften für die Verwaltung und die Öffentlichkeit	Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	●	
18	Verfassen von statistischen Medienmitteilungen und Analysen	Mindestens drei Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen) pro Jahr	●	
19	Überwachen der Bauzonenreservenentwicklung	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	●	
B	Erarbeiten der statistischen Grundlagen für die Raumbeobachtung	Grundlagen sind bis Ende 2012 aktualisiert	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
C	Produktion «Kanton Zug in Zahlen» in Zusammenarbeit mit der Zuger Kantonalbank	Print-Publikation «Zug in Zahlen» 2012 bis Juli 2012	☉	Publikation erfolgte im September 2012
D	Koordinieren der Bildungsstatistik für Volkswirtschaftsdirektion und Direktion für Bildung und Kultur	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Baugesuche und Anfragen innerhalb und ausserhalb der Bauzone	Anzahl		370	439
Bebauungspläne (Vorprüfungen und Genehmigungen)	Anzahl		25	23

Kommentar Einfluss-/Plangrößen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'175'107.56	-6'033'300	-6'203'729.57	-170'430	2.8
Total Ertrag	1'073'073.70	1'012'000	952'689.15	-59'311	-5.9
Saldo	-5'102'033.86	-5'021'300	-5'251'040.42	-229'740	4.6

Kommentar Rechnung

Die Abweichung zum Budget hat zwei Komponenten: Auf der Ausgabenseite wurden die zweckgebundenen Ausgaben für den Unterhalt der Wanderwege zu wenig hoch budgetiert und gleichzeitig fielen die kantonalen Beiträge für die Pflege, den Unterhalt und die Renaturierung der Naturschutzgebiete höher aus. Auf der Einnahmeseite fielen die Einnahmen aus den Konzessionen an Gewässern tiefer aus. Zudem senkte der Bund die Subventionsbeiträge für den Natur- und Landschaftsschutz.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

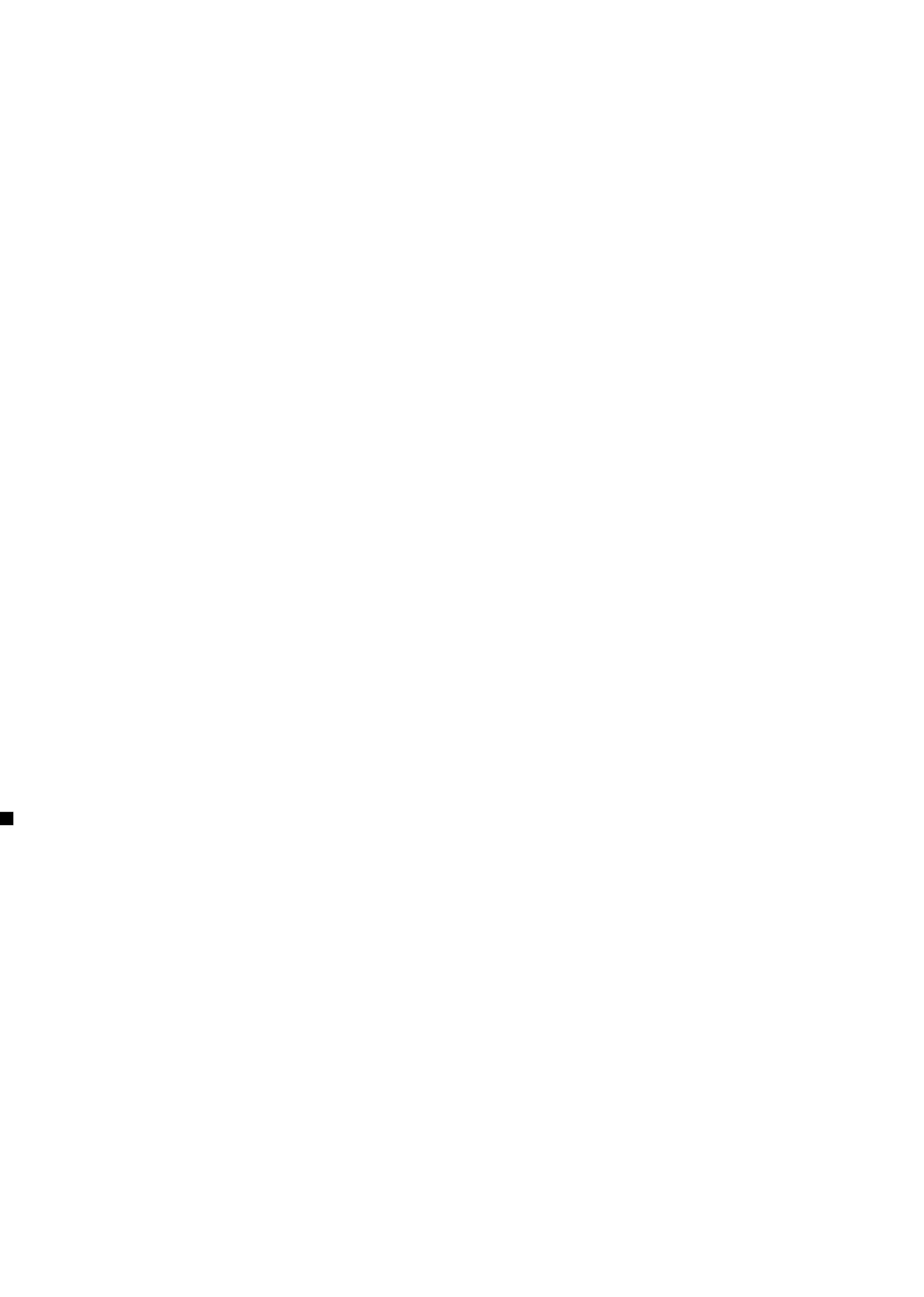
Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3080.0006 Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz					
Ausgaben	-86'120.40	-100'000	-54'800.00	45'200	-45.2
Einnahmen	28'706.80	33'000	18'266.65	-14'733	-44.6
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-86'120.40	-100'000	-54'800.00	45'200	-45.2
Einnahmen	28'706.80	33'000	18'266.65	-14'733	-44.6
Saldo	-57'413.60	-67'000	-36'533.35	30'467	-45.5

Kommentar Rechnung

Es sind keine neuen Projekte eingegangen



Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Jahr stand im Zeichen der Zusammenarbeit mit dem Bund, dem Kantonsrat und dem EVZ. Die Sicherheitsdirektion arbeitete aktiv in der Arbeitsgruppe des Bundes und der Kantone für die Neustrukturierung des Asylbereichs in der Schweiz mit und konnte wichtige Entscheide für die notwendige Beschleunigung der Asylverfahren aktiv mitgestalten. Mit der Zustimmung der vorberatenden Kommissionen zu vier Vorlagen konnten wichtige Meilensteine bei zentralen Anliegen der Sicherheitsdirektion erreicht werden. Nach anfänglichen Unklarheiten bezüglich der Umsetzung der auf den 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Bestimmung zur Verrechnung der Polizeikosten bei Veranstaltungen legte die Sicherheitsdirektion dank einer Vereinbarung mit der EVZ Sport AG die Basis für eine konstruktive und zukunftsfähige Zusammenarbeit.

Neustrukturierung des Asylbereichs – aktive Mitarbeit der Sicherheitsdirektion im Rahmen der Arbeitsgruppe Bund/Kantone

Mit dem Einsitz in der Arbeitsgruppe Bund/Kantone wirkte die Sicherheitsdirektion massgeblich an der geplanten Neustrukturierung des Asylbereichs mit. Die Arbeitsgruppe verfolgte das Ziel, einen breiten Konsens zwischen den für den Vollzug des Asylgesetzes verantwortlichen Behörden des Bundes und der Kantone und allenfalls weiterer beteiligter Akteure für die Umsetzung der Beschleunigungsmassnahmen zu finden.

In ihrem Schlussbericht zeigte die Arbeitsgruppe auf, mit welchen Massnahmen die gewünschte Beschleunigung der Asylverfahren realisiert werden kann. Es wird die Schaffung von zentralen Zentren gefordert, um die wichtigsten Akteure am gleichen Ort zusammenzuführen. Die einzelnen Verfahrensschritte sollen neu geregelt und kurzen Bearbeitungsfristen unterliegen.

Erfolgreiche Begleitung der Arbeit von vier vorberatenden Kommissionen des Kantonsrats

Die Sicherheitsdirektion überwies dem Kantonsrat fünf Gesetzesvorlagen zur Genehmigung. Die vorberatenden Kommissionen des Kantonsrats schlossen bei vier der Vorlagen bereits 2012 ihre Arbeiten ab.

Die jeweiligen Kommissionmitglieder konnten von den Vorlagen sowie der Notwendigkeit der vorgeschlagenen Revisionen überzeugt werden. So stimmte jeweils die Mehrheit der Mitglieder der entsprechenden vorberatenden Kommission der Vorlage zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz, zum Übertretungsstrafgesetz, zu den Gesetzesanpassungen aufgrund der EU Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten sowie weiterer Anpassungen im Polizeirecht und schliesslich der Revision des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu.

Zusammenarbeit EVZ und Sicherheitsdirektion: Basis für gute und konstruktive gute Zusammenarbeit gelegt

Die Einführung der Kostenverrechnung auf den ersten Januar 2012 führte zu Unstimmigkeiten zwischen der Risikoeinschätzung von Seiten der Behörden einerseits und dem EVZ andererseits. So erhob die EVZ Sport AG gegen zwei Kostenverfügungen der Zuger Polizei Beschwerde. Daneben plante ein Initiativkomitee «Faire Polizeikosten für Zuger Veranstaltungen» eine Gesetzesinitiative gegen die vom Kantonsrat beschlossene aktuelle Kostenverrechnungsregelung im Polizeigesetz.

Die Sicherheitsdirektion suchte mit den verantwortlichen Personen der EVZ Sport AG das Gespräch, um eine nachhaltige und gewinnbringende Zusammenarbeit sicherzustellen. Mit einem Vergleich wurden die gegenseitigen Interessen hinsichtlich des Prozessrisikos und der erkennbaren Bemühungen der EVZ Sport AG, die Sicherheit im Zusammenhang mit Eishockeyspielen zu gewährleisten, berücksichtigt. Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Kostenregimes konnten ebenfalls beseitigt werden. Die Einigung zwischen der EVZ Sport AG und der Sicherheitsdirektion führte dazu, dass alle Beschwerden zurückgezogen und ausstehende Rechnungen beglichen wurden. Aufgrund dieser positiven Entwicklung bekannte das Initiativkomitee «Faire Polizeikosten für Zuger Veranstaltungen» öffentlich, auf die Einreichung einer Gesetzesinitiative zu verzichten.

Die Basis einer konstruktiven zukünftigen Zusammenarbeit zwischen dem EVZ und den Behörden ist somit gelegt. Erfreulich ist zudem, dass als Folge der Kostenverrechnung der polizeilichen Leistungen bei EVZ-Spielen und der konsequenten Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen in der neuen Bossard-Arena deutlich weniger polizeilicher Ordnungsdienst geleistet werden musste.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr wurde von den Arbeiten an wichtigen Gesetzgebungsvorhaben geprägt. So konnten fünf Vorlagen der Sicherheitsdirektion dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen werden. Damit wurden prioritäre Ziele des Leistungsauftrags des Direktionssekretariats erreicht bzw. gar übertroffen. Der Umgang der Behörden mit einer hungerstreikenden Person im Straf- oder Massnahmenvollzug wurde geregelt. Damit werden rechtliche Unsicherheiten für den konkreten Anwendungsfall beseitigt. Mit der Reduktion der Stundenpauschalen für polizeiliche Leistungen konnten die Erfahrungen der letzten Jahre mit Sicherheitsassistentinnen und -assistenten berücksichtigt werden.

Wichtige Gesetzgebungsprojekte dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreitet

Fünf zentrale Vorlagen konnten in der Berichtsperiode finalisiert und dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen werden. Damit wurden die anvisierten Meilensteine erreicht bzw. teilweise übertroffen.

Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG) legt die erforderlichen Grundlagen für den kantonalen Vollzug vom Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie vom Asylgesetz (AsylG) fest. Die vorbereitende Kommission des Kantonsrates hat das EG AuG im Rahmen von zwei Sitzungen behandelt und beantragte ohne Änderungsvorschlag die Zustimmung zur Vorlage. Am 29. November 2012 fand die erste Lesung im Kantonsrat statt.

Mit dem Übertretungsstrafgesetz werden zwei Motionen erledigt, welche eine Rechtsgrundlage für eine Strafnorm gegen das Littering einerseits sowie für ein kantonales Ordnungsbussenverfahren andererseits fordern. Die Vorlage revidiert grundlegend das kantonale Strafrecht von 1981 und passt dieses an das Unrechtsverständnis der heutigen Gesellschaft an. Mit dem Ordnungsbussenverfahren wird ein einfaches und effektives Instrument eingeführt, das sowohl für die Bürgerin und den Bürger als auch für die Behörden vorteilhaft ist.

Mit der Vorlage betreffend Gesetzesanpassungen aufgrund der EU Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten wird das Datenschutzgesetz teilrevidiert. Zentraler Punkt der Vorlage ist die Wahl der Datenschutzperson durch den Kantonsrat, um ihre Unabhängigkeit zu stärken. Gleichzeitig wird das Polizeirecht in verschiedenen Bereichen angepasst.

In Erledigung einer weiteren Motion verabschiedete der Regierungsrat Ende 2012 nach einer externen Vernehmlassung die Gesetzesvorlage für die Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum. Teil der Vorlage bildet eine grobe Mengen- und Kostenschätzung, welche gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet wurde. Das Direktionssekretariat wird die beratende Kommission unterstützend begleiten.

Mit der Revision des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen sollen wichtige Instrumente für ein Schweiz weit koordiniertes Vorgehen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen vom Kantonsrat genehmigt werden.

Umgang bei einem Hungerstreik einer inhaftierten Person geregelt

Der ethisch und rechtlich schwierige Umgang bei einem Hungerstreik einer inhaftierten Person wurde abschliessend geregelt. Mit einer Verordnungsrevision und einer Vorgehens-Checkliste erhalten die Strafvollzugsbehörden klare Handlungsvorgaben. Dabei wird der Wille der inhaftierten Person, keine Nahrung zu sich zu nehmen, respektiert und keine Zwangsernährung angeordnet. Die medizinische Versorgung wird stets sichergestellt. Bei Bewusstseinsverlust der hungerstreikenden Person obliegt der Entscheid über die Durchführung einer künstlichen Ernährung bei den behandelnden Arztpersonen, unter Berücksichtigung einer allfälligen Patientenverfügung.

Stundenpauschalen für polizeiliche Leistungen wurden gesenkt

Per 1. Januar 2013 erfolgt die Angleichung der Kostenersatzverordnung für Polizeidienste zu Gunsten Dritter an die Entschädigungsverordnung. Neu gelten gestaffelte Stundenansätze nach Werktag, Nacht, Sonn- und Feiertag. Gleichzeitig hat der Regierungsrat die Stundenansätze für die Sicherheitsassistenz und den Verkehrskontrolldienst reduziert. Damit wird den Erfahrungen der letzten Jahre mit den Sicherheitsassistentinnen und -assistenten Rechnung getragen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Effiziente und nachhaltige Arbeiterledigung	Qualitätsmanagement ist eingeführt	<input type="radio"/>	Definitive Einführung im März 2013
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	90% der Anträge innert 2 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	<input type="radio"/>	Starke Zunahme der Anzahl Beschwerden verhindert Zielerreichung
2	Umgehende Einleitung von Verfahrensschritten den Rechtsdienst des Regierungsrates betreffend	Verfahrensleitende Schritte werden innert vier Arbeitstagen eingeleitet	<input checked="" type="radio"/>	
3	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Vorverfahren sind innert 6 Monaten abgeschlossen. Die Fristen des Gerichts sind eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Gesetzesentwurf und Erläuterungen liegen vor	<input type="radio"/>	Verzicht auf Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes gemäss Entscheid Regierungsrat
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
4	Hohe Qualität der Anträge der SD an den RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Die gesetzlichen Fristen sind eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
6	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Die Fristen sind eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
B	Gesetzesanpassungen aufgrund EU-Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	<input checked="" type="radio"/>	
C	Übertretungsstrafrecht	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	<input checked="" type="radio"/>	
D	Video-Überwachungsgesetz	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	<input checked="" type="radio"/>	
E	Totalrevision Filmgesetz	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	<input type="radio"/>	Rahmenbedingungen (Umsetzung Beschluss KKJPD) erst seit 1. Januar 2013 bekannt
F	Öffentlichkeitsgesetz	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	<input type="radio"/>	Verlängerte Vernehmlassungsfrist sowie höhere Anzahl an Vernehmlassungsteilnehmenden als ursprünglich geplant

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben				
7	Bearbeitung der eingehenden Gesuche betreffend Verkehrsanordnungen	90% der Gesuche sind innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	
8	Sofortige Bearbeitung von Gesuchen um Bewilligung zur Herabsetzung des Mindestalters im Filmwesen	90% der Gesuche sind innert Tagesfrist beantwortet	●	
9	Prüfung von Gesuchen im Bereich Lotteriewesen	Gesuche sind innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	
10	Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche aus dem Lotteriefonds	Gesuche unter 10'000 Franken sind innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	
Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen				
11	Gewährleistung des internen Informationsflusses	12 Amtsleitersitzungen sowie 12 Teamsitzungen des DS 1 Klausurtagung Amtsleitende	●	
12	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	12 Vorträge/50 Medienkontakte/ 2 Medienkonferenzen	●	
13	Korrekte Direktionsrechnungsführung	Fristgerechter Rechnungsabschluss gemäss den Vorgaben der Finanzdirektion	●	
Leistungsgruppe 5: Opferhilfe				
14	Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	90% der Verfügungen innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	●	
15	Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	90% der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	◐	Erreichungsgrad: 75%
16	Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	90% der Verfügungen innert 2 Monaten nach Eingang der Entscheid relevanten Unterlagen	○	Priorität aufgrund mangelnder Personalressourcen auf die dringlicheren Gesuche um Soforthilfe sowie um längerfristige Hilfe gelegt
17	Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	90% der Beurteilungen von Mehrstundenanträgen innert Tagesfrist Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	●	
Leistungsgruppe 6: Eichamt				
18	Nacheichung Messmittel	1'450 Messmittel gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	●	
19	Füllmengenkontrollen nach DVO	30 Hersteller von Fertig- und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	●	
20	Vorgaben Metas sind erfüllt	Jahresziele Metas sind erreicht	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die Ziele 1, 15 und 16 konnten aufgrund mangelnder Personalressourcen nicht erreicht werden. Dies zeichnete sich jedoch bereits Ende 2011 ab, da das Direktionssekretariat eine grosse Zunahme der Geschäfte registrierte. Folgende Massnahmen wurden ergriffen: Einerseits wurde für 2013 eine Erhöhung des Personalbudgets um 1.3 Stellenprozente beantragt. Andererseits werden von der Einführung des Qualitätsmanagements per März 2013, dank klarer Arbeitsprozesse und der Sicherung des vorhandenen Fachwissens, Effizienzgewinne erwartet.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl		45	51
Staatshaftung	Anzahl		10	14
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl		5	3
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		12	7
Vernehmlassungen des Bundes	Anzahl		20	20
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl		100	79
Verkehrsanordnungen	Anzahl		80	97
Gesuche Opferhilfe	Anzahl		150	144
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl		3'100	2'845
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl		70	70

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die zunehmende Anzahl der Beschwerden, der Weiterzug vieler Entscheide des Regierungsrats an das Verwaltungsgericht sowie die Anzahl Staatshaftungen generieren weiterhin einen hohen Arbeitsaufwand.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'412'599.11	-2'404'100	-2'201'763.07	202'337	-8.4
Total Ertrag	183'186.75	149'000	189'465.75	40'466	27.2
Saldo	-2'229'412.36	-2'255'100	-2'012'297.32	242'803	-10.8

Kommentar Rechnung

Die Summe der direkten finanziellen Leistungen an Opfer kann von Jahr zu Jahr sehr stark variieren. Trotz vielen Gesuchen wurden 2012 gesamthaft rund 85'000 Franken weniger finanzielle Leistungen als budgetiert gesprochen. Dies ist in erster Linie dadurch bedingt, dass im Vergleich zu den Vorjahren keine grösseren Entschädigungs- und Genugtuungszahlungen auszurichten waren.

Der von den Opferberatungsstellen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen verrechnete Betrag lag um rund 75'000 Franken tiefer als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3500.0001 Investitionsbeitrag Sanierung Bostadel					
Ausgaben	72'052.45				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	72'052.45				
Einnahmen					
Saldo	72'052.45				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3500.0003 Beitrag Sicherheitseinrichtungen Bossard-Arena					
Ausgaben	-265'000.00				
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-265'000.00				
Einnahmen					
Saldo	-265'000.00				

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-80'000	-90'271.00	-10'271	12.8
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-91'300	-90'520.40	780	-0.9
305	Arbeitgeberbeiträge		-23'900	-23'153.10	747	-3.1
309	Übriger Personalaufwand		-5'350	-2'384.00	2'966	-55.4
310	Material- und Warenaufwand		-1'200	-3'732.36	-2'532	211.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-45'000	-36'241.40	8'759	-19.5
315	Unterhalt Mobilien			-322.20	-322	100.0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-2'700	-1'324.50	1'376	-50.9
317	Spesenentschädigungen		-500	-2'768.90	-2'269	453.8
319	Übriger Betriebsaufwand		-6'500	-5'591.10	909	-14.0
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-223'945.20				
	Total Aufwand	-223'945.20	-256'450	-256'308.96	141	-0.1
421	Gebühren für Amtshandlungen		90'000	122'823.90	32'824	36.5
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	107'150.15				
	Total Ertrag	107'150.15	90'000	122'823.90	32'824	36.5
	Saldo	-116'795.05	-166'450	-133'485.06	32'965	-19.8

Kommentar Rechnung

- 300 Erweiterung der Kommission auf 10 Mitglieder
- 310 Kosten für neues Schätzerhandbuch
- 313 Es wurden weniger Gutachten durch den Schweiz. Bauernverband erstellt
- 421 Gebühren werden nach kantonalem Tarif und nicht nach Aufwand verrechnet

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Per 1. Januar wurde im Amt für Zivilschutz und Militär (AZM) eine neue Organisationsstruktur eingeführt. Die Bereiche Material, Fahrzeuge und die Verwaltung des Ausbildungszentrums wurden von der Zivilschutzverwaltung (ZV) in die Zivilschutzorganisation (ZSO) übertragen. Die Einführung neuer Software, die Erneuerung der Sirenen und der Telematik in Anlagen sowie die Erarbeitung eines Qualitätsmanagements prägten das Jahr.

Neue Software für Material und Wehrpflichtersatz

Mit der Anschaffung einer Software für die Materialbewirtschaftung kann nun das gesamte Inventar des AZM effizient bewirtschaftet werden. In Zusammenarbeit mit 13 Kantonen konnte eine neue Software für die Bewirtschaftung der Wehrpflichtersatzabgabe eingeführt werden.

Anlagen

In den Anlagen Acher in Unterägeri und dem Kommandoposten Werkhof in Cham wurde die Telematik erneuert. In der Anlage Acher in Unterägeri wurde zudem die Küche erneuert.

Sirenen-Alarmierung

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilschutz wurde die zweite Tranche der Erneuerung der Sirenen abgeschlossen. Für die Alarmierung der Bevölkerung steht nun ein technisch aktuelles Alarmierungssystem für die nächsten Jahrzehnte zur Verfügung.

Besuch Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Die Geschäftsleitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) besuchte anlässlich ihrer Klausur in Zug am 28. Juni das AZM. Den Mitgliedern der Geschäftsleitung BABS wurde die Organisation des AZM, die Aufgaben der ZV und der ZSO sowie das Ausbildungszentrum und das Einsatzmaterial vorgestellt.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Am 9. November wurde in Unterägeri anlässlich des Jahresrapportes das 10-Jahr-Jubiläum der ZSO gefeiert.

Personelles

Der Personalbestand des AZM reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 0.1 Stelleneinheiten und beträgt ab 1. Januar 15.3 Stelleneinheiten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung				
1	Stellt aktuellen Datenbestand des militärischen Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	<input checked="" type="radio"/>	
2	Führt Orientierungstage durch und bietet zur Rekrutierung auf	10 Orientierungstage	<input checked="" type="radio"/>	
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert zwei Wochen bearbeitet	<input checked="" type="radio"/>	
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe	100% bewirtschaftet, Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	<input checked="" type="radio"/>	
5	Kontrolliert die Erfüllung der Schiesspflicht	Im Januar kontrolliert	<input checked="" type="radio"/>	
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	100% innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	<input checked="" type="radio"/>	
7	Betreibt eine Retablierungsstelle gemäss Leistungsauftrag VBS	3 Tage pro Woche geöffnet	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung				
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Innert zwei Wochen	<input checked="" type="radio"/>	
9	Stellt den Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Kontrolle des Inventars	<input checked="" type="radio"/>	
10	Stellt die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume sicher	Zwei Überarbeitungen	<input checked="" type="radio"/>	
11	Führt die periodische Schutzraumkontrolle durch inkl. Nachkontrolle bei Mängeln	350 Objekte	<input checked="" type="radio"/>	
A	Erneuert die Sirenen	33 Sirenen	<input checked="" type="radio"/>	
B	Erneuert die Telematik in Anlagen	1 Anlage: Unterägeri	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation				
12	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	<input checked="" type="radio"/>	
13	Stellt die Einsatzbereitschaft und die Qualität der Ausbildung sicher	80% der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	<input checked="" type="radio"/>	
14	Unterstützt TixiTaxi	700 Einsatztage	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
15	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert einer Woche	●	
16	Leistet Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft gemäss Gesuche	800 Einsatztage	●	
Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben				
17	Bearbeitet Gesuche des Winkelriedfonds	100% der Betroffenen innert zwei Wochen nach der Beförderung angeschrieben	●	
18	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Stellungspflichtige	Pflichtige		550	487
Meldepflichtige Armee	Pflichtige		7'500	7'380
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige		2'000	2'048
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige		2'950	3'203
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche		160	169
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche		1'300	1'034
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche		400	438
Kunden Retablierungsstelle	Kunden		2'000	1'442
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage		7'500	8'059

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei der Zahl der Kunden Retablierungsstelle wurde die Erfahrungszahl 2011 erfasst, jedoch wurde im Budget 2012 nicht berücksichtigt, dass die Rückgabeaktion der persönlichen Munition per Ende 2011 abgeschlossen wurde.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'808'981.10	-4'465'600	-4'376'131.81	89'468	-2.0
Total Ertrag	2'651'963.95	2'062'600	2'214'730.71	152'131	7.4
Saldo	-2'157'017.15	-2'403'000	-2'161'401.10	241'599	-10.1

Kommentar Rechnung

Weniger Aufwand 66'890 Franken für externe Instrukturen durch den Einsatz von kantonseigenen Instrukturen.
 Zusätzlicher Ertrag Telematikkosten von 150'000 Franken durch Rückerstattung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Stabsstelle Notorganisation stellte in diesem Jahr die Weichen für die künftige Notorganisation des Kantons. Mittels Workshop mit den zuständigen Gemeindebehörden wurden die Grundlagen für die Revision des Notorganisationsgesetzes gelegt.

Revision des Notorganisationsgesetzes

Unter der Leitung der Stabsstelle Notorganisation wurde zum Thema Revision Notorganisationsgesetz am 15. März ein Workshop durchgeführt, an dem die Vertretungen der zuständigen Gemeindebehörden, die Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe (GFS), die Mitglieder des Kantonalen Führungsstabs (KFS), Mitglieder der Arbeitsgruppe Katastrophenplan sowie eine Vertretung der Sicherheitsdirektion mitgewirkt haben. Die Resultate des Workshops wurden in die Revision des Notorganisationsgesetzes eingearbeitet.

Kantonaler Führungsstab

Der kantonale Führungsstab bearbeitete an zwei Stabsrapporten unter anderem die Sachgeschäfte Projekt POLYCOM, KFS Organigramm, Konzept betriebliche Sicherheit Verwaltung und Gerichte, Ausbildung und Budget. Ein Teilstab KFS hat vom 7. bis 10. Mai an der Verbundübung «SEISMO» unter der Leitung des BABS und am 1. November an der Übung «Rigi», welche unter der Leitung der Ter Reg 3 durchgeführt wurde, teilgenommen. Die Stabsassistenten des Zivilschutzes und der Polizei wurden im Bereich Führungsunterstützung an vier Tagen weitergebildet. In diversen Besprechungen wurden Grundlagen für das Konzept der betrieblichen Sicherheit Verwaltung und der Gerichte zusammen mit der Fachstelle Sicherheit bearbeitet.

Gemeindeführungsstäbe

Die Stabschefs der GFS wurden am 28. Februar zu einem GFS-Rapport eingeladen, an dem verschiedene aktuelle Themen wie die Revision des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz, das Ereignis Fukushima in Japan und die GFS-Ausbildung besprochen wurden. Alle Gemeinden haben dieses Angebot genutzt. Mit den GFS Baar, Risch, Hünenberg, Walchwil und Neuheim wurde eine Kurzstabsübung durchgeführt.

Katastrophenorganisation

An zwei Sitzungen bearbeitete die Arbeitsgruppe Katastrophenplan verschiedene Sachgeschäfte wie Budget, Ausbildung und das Material. Unter der Leitung der ABC Koordinatoren der Innerschweiz wurde zum Thema ABC-Schutz am 22. November ein Workshop durchgeführt, an dem auch eine Vertretung der Arbeitsgruppe Katastrophenplan teilgenommen hat.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Notorganisation				
1	Stellt den Betrieb des Alarmierungssystems sicher	Pro Organisation 4 Probealarme		
2	Koordiniert die Arbeiten und die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes, des Katastrophenstabes, der Arbeitsgruppe Katastrophenplan und der Partner/innen der Notorganisation	Führt mindestens 2 Informations- und Planungsrapporte durch. Kontrolliert die Pendenzenliste		
3	Unterstützt die Gemeindeführungsstäbe bei ihrer Ausbildungstätigkeit	4 Übungen		
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle sicher	Kontrolliert den Mittelbedarf, den Ausbildungsstand und bearbeitet die administrativen Arbeiten für das San Hist Personal		
A	Koordiniert die Umsetzung der Massnahmen des Projektes ABC-Schutz	Umsetzung Pendenzen gemäss Schlussbericht		Fehlende Vorgaben des Bundes und der Bericht IDANOMEX des Bundesrates führten zu einer Verzögerung der Projektumsetzung
B	Koordiniert das Projekt «Zusammenarbeit Bund und Kantone bei Naturgefahren»	Umsetzung Pendenzen gemäss OWARNA-Bericht des Bundesrates		
C	Koordiniert die Ausbildung der Care Organisation Zentralschweiz	- 1 Einführungskurs - 2 Weiterbildungskurse		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Keine Angaben

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-183'924.33	-258'100	-186'610.85	71'489	-27.7
Total Ertrag	137'461.70	127'700	134'841.50	7'142	5.6
Saldo	-46'462.63	-130'400	-51'769.35	78'631	-60.3

Kommentar Rechnung

Der Aufwand bei den Löhnen Fachpersonen ist durch den Einsatz von Zivilschutzangehörigen und der Absage des Ausbildungstages für Triage-Ärzte tiefer ausgefallen als budgetiert.

Am Alarmierungssystem mussten keine IT-Anpassungen vorgenommen werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3541.0001	ABC Konzept (Umsetzung Analyse)					
	Ausgaben		-150'000		150'000	-100.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-150'000		150'000	-100.0
	Einnahmen					
	Saldo		-150'000		150'000	-100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Fehlende Vorgaben des Bundes und der Bericht IDANOMEX des Bundesrates führten zu einer Verzögerung der Projektumsetzung ABC Konzept.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Jahr 2012 war wiederum geprägt von Veränderungen und Neuerungen im Strassenverkehrsgesetz und vor allem vom anhaltenden Wachstum aufgrund des guten wirtschaftlichen Umfelds. Die Fahrzeugzunahme von 2.04% befindet sich immer noch auf hohem Niveau. Noch nie wurden im Kanton Zug so viele Personenwagen (6659) das erste Mal immatrikuliert. Der überaus rege Fahrzeughandel führte dazu, dass die budgetierten Einnahmen in der Fahrzeugzulassung weit übertroffen wurden. Dies führte beim Personal zu belastenden Arbeitssituationen.

Realisierung von EDV-Projekten

Nach erfolgreicher Einführung von CUFA Check by Voice (Umschulung der Verkehrsexperten) in den Jahren 2010 und 2011 konnte die Anzahl der geplanten Fahrzeugprüfungen gemäss Zielsetzung 2012 wieder erreicht werden. Die medienbruchfreie Verarbeitung von Fahrzeugprüfungen ist somit abgeschlossen. Das neue Arbeitsinstrument der Verkehrsexperten hat eine spürbare Entlastung der Administration zur Folge, indem beispielsweise die Archivierung, Statistikerfassung, Fakturierung, Disponierung usw. automatisch verarbeitet werden. Mit der Anbindung der Bremsprüfstände an das System wurde eine weitere technische Neuerung erfolgreich eingeführt. Wie im 2011 wurden auch im 2012 ausserordentlich viele Direktimporte bearbeitet.

Zur Qualitätssicherung in der Erstellung von verkehrsmedizinischen Befunden konnten zusammen mit dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich bisher über 90 Arztpersonen fortgebildet werden. Das Interesse und der Erfolg übertrafen die Erwartungen und weckten das Interesse über die Kantonsgrenze hinaus. Ebenfalls können seit Ende Jahr verkehrsmedizinische Zeugnisse mittels Web-Applikation erfasst und eingereicht werden. Diese Errungenschaft konnte sich bei den Arztpersonen bereits erfreulich etablieren, was wiederum eine Steigerung der Dienstleistungseffektivität zur Folge hat.

Neue Fachverantwortliche in zwei Bereichen

In den Bereichen Prüfung und Zulassung wurden mit einer minimalen Strukturanpassung die Bereichsleiter entlastet. Die breite Führungsspanne von über 15 Mitarbeitenden verlangte diese Massnahme. Für definierte Fachbereiche wurden Fachverantwortliche bestimmt, die die Bereichsleitung wie auch die Mitarbeitenden fachlich unterstützen.

Gebührenverordnung wird angepasst

Im November 2012 beschloss der Regierungsrat die Anpassung der Gebührenverordnung per 1. Januar 2013. Die Fahrzeugprüfungsgebühren werden leicht angehoben und die Ausweisgebühren gesenkt. Als Grundlage für diese Anpassung dienten die Kosten- und Leistungsrechnungen der letzten vier Jahre. Für die Kundinnen und Kunden fällt die Gebührenanpassung kostenneutral aus.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt setzt das Strassenverkehrsgesetz (SVG) des Bundes um, vollzieht das Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG), die internationalen Vereinbarungen und die Ausführungsvorschriften, erhebt die Steuern der Motorfahrzeuge im Strassenverkehr und trägt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern bei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und SAS-Akkreditierung	Periodisches Audit durch die SQS und SAS		
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahme nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	100%		
Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen				
3	Fahrzeugprüfungen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen durchführen	31'500 Motorfahrzeuge		
4	Auslastung Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Prüfungen im Durchschnitt zu 90% ausgelastet		- Erreichungsgrad: 80% - Kurzfristige Terminmutationen reduzierten die Auslastungsquote
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
6	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Schiffsführerprüfungen	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
A	Überprüfung der Bewilligungen «Werkinterner Verkehr»	Die ersten 50% aller Betriebe		- Unterschiedliche Betriebsgrössen verunmöglichten Zielerreichung
Leistungsgruppe 2: Führer- und Fahrzeugausweise				
7	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Keine gutgeheissenen Beschwerden, Tages à jour in der Fahrzeugzulassung, 5 Arbeitstage in der Führerzulassung		
8	Sonder- und Spezialbewilligungen bearbeiten und erteilen	Durchlaufzeit max. 24 Stunden		
Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben				
9	Fristgerechter Einzug der Pauschalen Schwerverkehrsabgabe	Fristen eingehalten		
10	Fristgerechte Erhebung der Motorfahrzeugsteuern	Fristen eingehalten		
B	Computerunterstützter Prüfbericht (CUFA): Anbindung der Rollenprüfstände an CUFA	Einführung		- Anbindung der Rollenprüfstände an CUFA (elektronische Übertragung von Messwerten der Prüfstände) erfolgt. Stabilitätsverbesserungen notwendig – Systemabnahme 2013

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
C	Erfassung der verkehrsmedizinischen ärztlichen Zeugnisse mittels WEB-Applikation	Einführung	●	
Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht				
11	Durchlaufzeit von Verwarnungen (Rapport-eingang bis Versand Verfügung)	Max. 8 Wochen	●	
12	Durchlaufzeit von Führerausweis-Entzug (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	Max. 8 Wochen	●	
13	Durchlaufzeit von sonstigen Verfügungen: Versand von vorsorglichem Entzug seit Feststellung der Zweifel an Fahreignung	Innerhalb 1 Arbeitstag	●	
D	Verkehrsmedizinische Untersuchungen/ Abklärungen	Umsetzung des Konzeptes Weiterbildung	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Lernfahrausweise	Stück	2'324	2'300	2'349
Führerausweise im Kreditkartenformat	Stück	8'041	7'500	8'000
Fahrzeugausweise	Stück	26'820	25'000	30'880
Kontrollschilder Paare (inkl. Ersatzschilder)	Stück	7'555	7'150	7'512
Kontrollschilder Einzel (inkl. Ersatzschilder)	Stück	2'320	2'450	2'162
Schiffsausweise	Stück	355	300	318
Schiffsführerausweise	Stück	253	250	297
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	92'693	100'000	90'379

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die markante Zunahme an Fahrzeugausweisen ist auf das anhaltende Wachstum im Kanton Zug sowie auf die Einführung der Bundesverordnung über die Verminderung der CO₂-Emissionen von Personenwagen per 1. Juli 2012 (SR 641.714) zurückzuführen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'977'110.08	-7'052'850	-6'588'361.58	464'488	-6.6
Total Ertrag	8'938'775.24	8'971'000	9'205'861.15	234'861	2.6
Saldo	1'961'665.16	1'918'150	2'617'499.57	699'350	36.5

Kommentar Rechnung

- Weil die budgetierte Teuerung nicht ausgeglichen wurde, reduziert sich das Budget um 47'581 Franken.
- Der geringere Aufwand gegenüber den budgetierten Ausgaben resultiert vor allem aus tieferen IT-Kosten, Verschiebung der Frankaturkosten in die Kosten- und Leistungsrechnung und allgemein tieferen Anschaffungs- und Wartungskosten.
- Der Mehrertrag ist auf vermehrte Umschreibungen, Fahrzeugimmatrikulationen und Fahrzeugprüfungen zurückzuführen.
- Beim ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes, da dieser Betrag durch die internen Verrechnungen (Kosten- und Leistungsrechnung) konsumiert wird.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3581.0097	Motorfahrzeugsteuer					
	Ausgaben	-16'904.15	-200'000		200'000	-100.0
	Einnahmen					
IT3581.0098	Vorprojekt Digitalisierung Fahrzeugprüfberichte					
	Ausgaben	-69'545.39				
	Einnahmen	30'000.00				
IT3581.0101	CUFA Phase 2					
	Ausgaben		-90'000	-72'882.70	17'117	-19.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-86'449.54	-290'000	-72'882.70	217'117	-74.9
	Einnahmen	30'000.00				
	Saldo	-56'449.54	-290'000	-72'882.70	217'117	-74.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- IT3581.0097 Motorfahrzeugsteuer: Investitionskredit wurde nicht beansprucht (Vorhaben nicht ausgeführt).
- IT3581.0101 CUFA Phase 2: - Die Anbindung der Rollenprüfstände an CUFA konnte grundsätzlich vorgenommen werden. Jedoch ist die Stabilität des Systems noch nicht vollständig gewährleistet. Die Schlussrechnung wird darum erst nach der definitiven Systemabnahme im 2013 bezahlt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-42'900	-42'606.15	294	-0.7
319	Übriger Betriebsaufwand			-14'450.50	-14'451	100.0
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-202'600	-202'600.00		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-306'874.70				
	Total Aufwand	-306'874.70	-245'500	-259'656.65	-14'157	5.8
426	Rückerstattungen		40'000		-40'000	-100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	47'560.10				
	Total Ertrag	47'560.10	40'000		-40'000	-100.0
	Saldo	-259'314.60	-205'500	-259'656.65	-54'157	26.4

Kommentar Rechnung

319 Ungedeckte Einsatzkosten für Öl- und Chemiewehreinsätze

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zuger Polizei hat die Ziele in ihren vier Leistungsgruppen fast vollumfänglich erfüllt. Durch die personelle Aufstockung der letzten Jahre konnte die Präsenz im öffentlichen Raum verbessert werden. 2012 sank erfreulicherweise die Zahl der Straftaten und Verkehrsunfälle. Reduziert werden konnte auch der Aufwand für den polizeilichen Ordnungsdienst, insbesondere im Rahmen von Sportveranstaltungen.

Gesamtwürdigung Kommandant

Die Ausrichtung auf Leistungen und Leistungsgruppen in den zurückliegenden Jahren hat die erstmalige Arbeit nach den Prinzipien des Leistungsauftrages sehr erleichtert. Fast ausnahmslos wurden alle Leistungsvorgaben erfüllt, teils sogar übertroffen. Die personelle Verstärkung in den letzten Jahren ermöglichte es, die Präsenz im öffentlichen Raum deutlich zu verbessern. Es ereigneten sich gegenüber dem Vorjahr 1.9% weniger Straftaten und 5.7% weniger Verkehrsunfälle. Die konsequente Vorgehensweise bei Sportanlässen gegenüber Störern und gewaltbereiten Personen zeigt ein gutes Ergebnis: Bei Sportveranstaltungen wurden kaum Personen verletzt oder Sachen beschädigt. Der polizeiliche Aufwand für Ordnungsdienstleistungen konnte erheblich reduziert werden. Die Projekte, die sich aufgrund von Gesetzesänderungen oder Innovationen ergeben haben, konnten mehrheitlich zeit- und kostengerecht abgewickelt werden. Zeitliche Verzögerungen ergaben sich bei Vorhaben mit einem hohen verwaltungsexternen Koordinationsbedarf oder aufgrund länger dauernder politischer Prozesse.

Sicherheit

Mit einer geringfügigen Ausnahme wurden im Bereich der Sicherheit alle hohen Zielsetzungen erfüllt. Obwohl Zug in Ratings durchwegs als sehr lebenswerter und sicherer Kanton beurteilt wird, führen einzelne Straftaten regelmässig zur Grundsatzfrage, ob im Kanton Zug oder in der Stadt Zug die Sicherheit noch gewährleistet sei. Dies macht deutlich, dass für die Lebensqualität das subjektive Empfinden von Sicherheit massgeblich ist und nicht die effektive Anzahl der Delikte. Dieser Umstand ist im bevölkerungsmässig rasch wachsenden Kanton Zug insofern von Bedeutung, weil Halt und Sicherheit bietende soziale Strukturen zunehmend der Anonymisierung weichen. Wo die soziale Kontrolle abnimmt, steigt die Forderung nach polizeilicher Präsenz im öffentlichen Raum. Die personelle Aufstockung der letzten drei Jahre zur Stärkung der Präsenzleistung zeigt gute Ergebnisse. Das anhaltende Bevölkerungswachstum erfordert entsprechende Anstrengungen jedoch auch in Zukunft.

Ermittlungen

Die Leistungsvorgaben konnten vollumfänglich erfüllt werden. Die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Jugendanwaltschaft und dem Dienst Jugenddelikte beschleunigte die Fallbearbeitung erheblich. Die wachsende Zahl von im Kanton ansässigen Gesellschaften und die Zunahme internationaler Rechtshilfeersuchen binden zunehmend mehr Ressourcen für die Ermittlungen. Weiter erfordern die erhöhten Anforderungen der Schweizerischen Strafprozessordnung rund 10 - 15% mehr Aufwand in den Strafuntersuchungen. Insbesondere bewirkt die zunehmende Anzahl der Delegationsaufträge durch die verfahrensleitende Staatsanwaltschaft seit Einführung der StPO (1. Januar 2011) eine spürbare Mehrbelastung bei der Polizei.

Operationell haben Delikte im Bereich Internetkriminalität zunehmend personal- und zeitaufwändige Ermittlungen zur Folge. Im Rahmen von Untersuchungen fallen immer mehr elektronische Daten an, die es zu sichern und zu analysieren gilt. Der wachsende Arbeitsanfall im Zusammenhang mit elektronischen Daten erfordert zusätzliche Ressourcen, um Strafuntersuchungen nicht zu verzögern und die entsprechenden Delikte aufzuklären.

Spezialeinsätze

Alle Leistungsziele konnten erfüllt werden. Erfreulich ist, dass als Folge der Kostenverrechnung der polizeilichen Leistungen bei EVZ-Spielen und der konsequenten Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen in der neuen Bossard-Arena deutlich weniger polizeilicher Ordnungsdienst geleistet werden musste. Das Zentralschweizer Polizeikonkordat hat einem Kaderangehörigen der Zuger Polizei die fachliche Verantwortung als Technischer Leiter für die Ausbildung und Einsatzbereitschaft der zentralschweizerischen Interventionsspezialisten übertragen.

Dienstleistungen

Alle Vorgaben in der Abwicklung der Dienstleistungen wurden erfüllt. Die Realisierung des Projekts POLYCOM hat sich durch die politischen Prozesse um rund ein Jahr verzögert. Im Bereich des politisch sehr sensiblen Waffenwesens herrscht aufgrund der über viele Jahre konsequenten Vollzugspraxis eine sehr gute Ordnung. Der neue Imagefilm «Hellwach» dient der Information und der Personalrekrutierung. Am 1. September ist unter dem Motto «Drei für Zug» der Tag der offenen Tür zusammen mit dem Rettungsdienst Zug und den Zugerland Verkehrsbetrieben durchgeführt worden. Trotz misslicher Witterung gab es eine sehr hohe Publikumsbeteiligung.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht das Ordnungsbussenwesen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Intensivierung der interkantonalen Polizeizusammenarbeit	Vereinbarungen Logistik, OD und Intervention sind umgesetzt, Konzept für Zusammenarbeit der Kriminalpolizeien SZ und ZG ist genehmigt. Strategie und Architektur der künftigen harmonisierten Polizeiinformatik der Schweiz ist durch KKJPD genehmigt		
L24	Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards	Straftaten- und Unfallaufkommen entwickeln sich gegenüber dem Mittel der vorangehenden vier Jahre positiv		
Leistungsgruppe 1: Sicherheit				
1	Sicherstellung einer hohen Community Policing (CP) Tätigkeit und sichtbarer Präsenz	9'000 CP-Std., 4'500 Präsenzstunden durch BVP und PDS Mitarbeitende		
2	Kurze Interventionszeiten	Eintreffen vor Ort bei dringenden Einsätzen: 80% in max. 10 Min., nicht mehr als 1% über 15 Min. Eintreffen vor Ort bei nicht dringenden Einsätzen: 80% in maximal 15 Min., max. 2% über 20 Min.		Bei einem dringenden Einsatz in Finstersee konnte aufgrund der winterlichen Verhältnisse das Eintreffen innert 15 Min. nicht erreicht werden (Ergebnis 1.6% statt 1%). Alle anderen Zielgrössen wurden erreicht
3	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Inflagrantfestnahmen	6 vorläufige Festnahmen von Einbrechern oder Dieben durch Ertappen auf frischer Tat oder unmittelbar danach		
4	Hohe Erfolgsquote bei der Auffindung von Vermissten und der Ergreifung von ausgeschriebenen Personen	10'000 Std. Personenfahndung. Anhaltung von 24 ausgeschriebenen Personen, exklusiv wegen Personenstatus negativer Asylentscheid (NAE) oder Nichteintretensentscheid (NEE)		
5	Vermeidung einer offenen Drogenszene sowie Sicherstellungen von Drogen und ausgeschriebenen Fahrzeugen, gestohlene Gegenstände	Sicherstellungen von: Drogen 60, Motorfahrzeuge 6, Fahrräder 36, Beuten 12		
6	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	3'000 Std. Kontrollen Fahrtauglichkeit und Fahrzeugzustand, 750 Std. Kontrollen Radar und Laser, 700 Std. Überwachung mobiler Verkehr (ViDistA), 900 Std. Schwerverkehrs- und Betriebskontrollen		
7	Effiziente Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen	75% der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, max. 2% in mehr als 6 Monaten		
8	Sicherstellung von Ordnung und Sicherheit auf den Gewässern	300 Std. Seepolizei-Patrouillendienst		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
9	Hohe Aufklärungsrate bei Umweldelikten	Aufklärung von 50% der angezeigten Umweldelikte	●	
10	Bei Sicherheitsdienstleistungen für Dritte hohe Zufriedenheit bei den Leistungsempfängenden	90% gute Zufriedenheit 80% der Gesuche in 15 Arbeitstagen beantwortet	●	
Leistungsgruppe 2: Ermittlungen				
11	Hohe Erfolgsquote bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote, Leib- und Leben-Delikte Aufklärungsquote von 90%	●	
12	Beschleunigte polizeiliche Bearbeitung der Jugenddelikte	In 98% der meldepflichtigen Fälle die Jugendstaatsanwaltschaft innert 24 h informiert. 90% der Rapportakten bei Ermittlungen mit geringer Komplexität sind innert einem Monat der Jugendstaatsanwaltschaft überwiesen	●	
13	Speditive Erledigung der Rechts- und Amtshilfe	Fristgerechte Erledigung von 95% der Aufträge und Anfragen	●	
14	Schnelle Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	80% des Arbeitsanfalles wird innert 3 Arbeitstagen dem NDB beantwortet	●	
15	Sicherstellung der Qualität bei Kriminaltechnischen Untersuchungen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020. Jederzeitige Nachprüfbarkeit der Beweissicherung und -auswertung ist gewährleistet	●	
B	Konsolidierung Einführung schweizerische Strafprozessordnung	Sämtliche mit der StPO zusammenhängenden Belange der Leistungsgruppe Ermittlungen (Dienstvorschriften, Einsatzabwicklung, Prozesse) sind aktualisiert	●	
Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze				
16	Ordnungsdiensteinsätze: Vermeidung von Schäden bei Veranstaltungen und Anlässen	Weniger als 5 Personen- und 15 Sachschäden	●	
17	Reduktion des personellen Aufwandes im Ordnungsdienst für Sportanlässe	20% weniger OD-Einsatzstunden gegenüber dem Durchschnitt aller Spiele der Jahre 2009 - 2011	●	
18	Gewährleistung Personenschutz	Keine verletzten VIPs	●	
19	Sicherstellung des Schutzes von Opfern und Dritten bei Interventionen mit erhöhter Gefährdung	Keine Prüfungsergebnisse und Urteile mit der Aussage: unverhältnismässige Risiken für Opfer und Dritte	●	
20	Unmittelbare Verfügbarkeit der Diensthunde im Aussendienst	Diensthunde leisten 2'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Aussendienst	●	
C	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Vereinbarung Intervention und Ordnungsdienst	Technischer Leiter Ordnungsdienst und Intervention sind namentlich bestimmt	●	
D	Sicherheitskonzept Bossard-Arena	Dispositive für Verkehr, Ordnung und Sicherheit konsolidiert	●	
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen				
21	Präzise Entgegennahme von Notrufen und Alarmierungen sowie zeitverzugsloses Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	Bei 99% der Meldungseingänge ist das Erstaufgebot innert 2 Min. abgeschlossen. In weniger als 1 Promille der Einsatzabwicklungen reklamierte Mängel	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
22	Anforderungsgerechte Erfüllung der Transportaufträge	90% der Aufträge innert einverlangten Fristen abgewickelt. Keine Entweichungen ab Transport	●	
23	Wirkungsvoller Vollzug der Waffen- und Sprengstoffgesetzgebung	Kontrollen: 50% der Waffenhändler, 33% der Seriefirewaffenbesitzer, 33% der Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	●	
24	Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Ab Befragung 90% der Aufträge innert einem Monat erledigt	●	
25	Ereignisbezogene Information der Öffentlichkeit	260 Medienmitteilungen, 3 Messen, 2 Informationsschwerpunkte, 50 Vorträge/Führungen, 610'000 Zugriffe auf Internetseite	◐	313 Medienmitteilungen, 3 Messen, 2 Informationskampagnen, 65 Referate/Führungen, 575'782 Zugriffe auf Internetseite
E	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/ Teilnetz Zug (Polycom)	Sicherung Funkstandorte, Baueingaben, Detailkonzept	◐	Verzögerungen wegen politischem Prozess (KR Spezialkommission) und Abklärungen neue Technologie durch Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)
F	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Einsatzleitzentrale	GELZ-Konzepte «Notrufüberlauf» und «Redundanz» sind genehmigt, Vorbereitungen für Pilot abgeschlossen	◐	Koordination mit Swisscom und Projekt Harmonisierung Polizei-Informatik (HPI) benötigt mehr Zeit. Durchführung Pilot 2014
G	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Logistik	Vereinheitlichung und gemeinsame Beschaffung der Uniform	●	
L28	Projekt: E-Government	Inbetriebnahme von 2 Online-Formularen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Wirtschaftliche Bevölkerung	Anzahl		120'000	120'000
Immatrikulierte Fahrzeuge	Anzahl		87'300	89'897
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl		30'500	30'300
Verkehrsunfälle	Anzahl		1000	900
Erfasste Straftaten	Anzahl		8'750	8'700
Einsatzstunden Ordnungsdienst, Interventionen, Personen- und Objektschutz	Stunden		9'160	7'221
Telefonanrufe Einsatzleitzentrale	Anzahl		113'500	111'659

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-47'161'635.27	-50'713'000	-48'702'132.96	2'010'867	-4.0
Total Ertrag	5'779'153.05	5'977'000	5'367'189.35	-609'811	-10.2
Saldo	-41'382'482.22	-44'736'000	-43'334'943.61	1'401'056	-3.1

Kommentar Rechnung

Personalaufwand:

- RRB vom 22.11.2011: Reduktion Globalbudget um 361'000 Franken infolge Nichtausrichtung einer Teuerungszulage für das Staatspersonal
- Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen 345'000 Franken geringer als budgetiert

Sachaufwand:

- Beschaffung neuer Schutzwesten auf das Jahr 2013 verschoben, 120'000 Franken
- Neuuniformierung günstiger als geplant, 233'000 Franken
- Weniger Ersatzmaterial für Funk und Pager wegen Systemablösungen, 49'000 Franken
- IT: tiefere Kosten bei Fachsupport und Weiterentwicklung Fachanwendungen sowie bei Wartung und Betrieb, 211'000 Franken

Ertrag:

- Geringerer Bussenertrag wegen lange dauernden Bauarbeiten im Bereich von fest installierten Radarmessanlagen, die Betriebszeiten dieser Anlagen waren deutlich kürzer als in den Vorjahren, 816'000 Franken
- Weniger verrechenbare Ordnungsdienst-Einsätze, 150'000 Franken
- Mehrertrag aus Entschädigungen von Gemeinwesen, 357'000 Franken

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0165 Projekte aus SIP ZUPO					
Ausgaben	-19'386.00	-100'000	-101'460.75	-1'461	1.5
Einnahmen					
IT3590.0166 Polizei XXI					
Ausgaben	-59'827.00	-70'000	-18'907.00	51'093	-73.0
Einnahmen					
IT3590.0170 Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI					
Ausgaben		-150'000	-199'675.13	-49'675	33.1
Einnahmen					
IT3590.0171 ePolice					
Ausgaben		-100'000	-35'109.10	64'891	-64.9
Einnahmen					
SD3590.0030 Vorprojekt Polycom (Ersatz für heutiges Funknetz)					
Ausgaben	-487'790.70	-50'000	-92'057.25	-42'057	84.1
Einnahmen					
SD3590.0047 Ersatz Radar Steinhausen, Blickensdorferstr.					
Ausgaben	-68'606.75				
Einnahmen					
SD3590.0048 Ersatz pers. Dienstwaffe					
Ausgaben		-330'000	-322'887.14	7'113	-2.2
Einnahmen					
SD3590.0054 Infrastruktur KTD					
Ausgaben	-56'134.12				
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590 – Zuger Polizei

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0056	Säle 062/063 Gesamterneuerung Audio/Video					
	Ausgaben	-159'730.64		-37'360.62	-37'361	100.0
	Einnahmen					
SD3590.0057	OD Neuanschaffung					
	Ausgaben	-123'955.90				
	Einnahmen					
SD3590.0061	Techn. Erneuerung Sitzungszimmer & Führungsräume					
	Ausgaben			-124'280.20	-124'280	100.0
	Einnahmen					
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung					
	Ausgaben		-120'000	-88'333.20	31'667	-26.4
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-975'431.11	-920'000	-1'020'070.39	-100'070	10.9
	Einnahmen					
	Saldo	-975'431.11	-920'000	-1'020'070.39	-100'070	10.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung					
	Ausgaben		-3'657'000	-284'809.85	3'372'190	-92.2
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben		-3'657'000	-284'809.85	3'372'190	-92.2
	Einnahmen					
	Saldo		-3'657'000	-284'809.85	3'372'190	-92.2

Kommentar Rechnung

IT3590.0166 Polizei XXI: Verzögerung des Projekts

IT3590.0170 Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI: Zusätzliche Vorleistung für Community policing (CP) App

IT3590.0171 ePolice: Verzögerung des Projekts

Projekte SD3590.0030 und SD3590.0044 Vorprojekt und Umsetzung Polycom: Verzögerungen wegen politischem Prozess (KR Spezialkommission) und Abklärungen neue Technologie durch Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)

Projekt SD3590.0063 Öffentliche Videoüberwachung: Der Gesetzesentwurf und die technische Machbarkeitsstudie erfuhren eine Verzögerung

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war erneut gekennzeichnet durch eine anhaltend hohe Geschäftslast aufgrund weiterhin steigender Ausländer- und Asylzahlen. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung (Niedergelassene, Aufenthalter und überjährige Kurzaufenthalter) nahm im Kanton Zug um 3.8% zu und betrug Ende Dezember 2012 29'358 Personen. Stark war der Anstieg bei den Neuzugängen im Asylbereich. 2012 teilte der Bund dem Kanton Zug 349 Asylsuchende zu, 26% mehr als 2011.

Einreise/Aufenthalt

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) sowie dem Amt für Informatik und Organisation (AIO) konnte im Rahmen der E-Government-Initiative der kantonalen Verwaltung Zug unter dem Titel EGOV104 ein mehrjähriges E-Government-Projekt erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel war es, den Firmen sowie Bürgerinnen und Bürgern den elektronischen Kontakt mit den Behörden zu ermöglichen und zu vereinfachen. Somit stehen den Kundinnen und Kunden 33 Formulare zur Verfügung, welche online ausgefüllt werden können. Sämtliche Formulare wie auch die Kundenführung und alle wichtigen Informationen werden neu auch in englischer Sprache angeboten.

Asyl/Massnahmen

Das Amt für Migration erteilte der Zuger Polizei im Berichtsjahr insgesamt 398 Verzeigungs-, Ausschaffungs- und Erhebungsaufträge. Die Zahl der Ausschaffungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 23 zu und betrug 106. Zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs ordnete das Amt für Migration 119 Ausschaffungshaft an, 22 mehr als im Vorjahr. Nach wie vor schwierig gestaltet sich die Rückführung abgewiesener Asylsuchender in Länder, mit denen kein Rückübernahmeabkommen besteht oder in Staaten, welche bestehende Abkommen mit der Schweiz nicht umsetzen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer- und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Keine berechtigten Reklamationen		
Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt				
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	80% innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs		
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	100%		
4	Umgehende Ausstellung Rückreisevisa	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen		
5	Telefonische Erreichbarkeit sicherstellen	100% während der Schalteröffnungszeiten		
Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise				
6	Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Berichtgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs		
7	Durchführung der Ausreisegespräche	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid		
8	Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen		
Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen				
9	Konsequenter Vollzug der technisch möglichen, zulässigen und zumutbaren Wegweisungen	100%		
10	Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch		
11	Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der Fristen	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden, schriftliche Begründung innert 72 Stunden		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen		28'700	29'358
Bestand nichtständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen		1'200	1'274
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen		700	680

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'816'660.20	-3'007'600	-2'880'925.78	126'674	-4.2
Total Ertrag	1'374'995.73	1'380'000	1'526'268.25	146'268	10.6
Saldo	-1'441'664.47	-1'627'600	-1'354'657.53	272'942	-16.8

Kommentar Rechnung

Mehreinnahmen von 128'000 Franken bei der Gebührenverrechnung aufgrund verstärkter Zuwanderung.
 Aufgrund der hohen Zahl neuer Asylgesuche fiel der Beitrag des Bundes für die Verwaltungskosten um 60'000 Franken höher aus als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Strafanstalt Zug durch einen konsolidierten Betrieb gekennzeichnet. Auffallend war die deutliche Zunahme der Eintritte und der Belegungstage. Im baulichen Bereich wurden notwendige Investitionen in die Sicherheitstechnik getätigt.

Eintritte und Belegungstage

Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 525 Eintritte und 13'300 Belegungstage, was einer Steigerung von 20% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Zunahme der Eintritte ist vorwiegend auf eine gestiegene Anzahl von Verhaftungen bzw. kurzfristigen Festhaltungen durch die Zuger Polizei zurückzuführen. Die gestiegenen Belegungstage widerspiegeln die grosse Auslastung im Strafvollzug, was sich im Jahr 2012 auch schweizweit zeigte. Für das Personal bedeutet dies eine hohe Belastung, da gleichzeitig krankheits- und unfallbedingte Absenzen zu verzeichnen waren.

Nachtdienst

Auf den 1. Januar 2013 hin wurde die wichtige Einführung eines Nachtdienstes geprüft, geplant und organisiert. Damit können die Interventionszeiten bei kritischen Ereignissen massiv verkürzt werden, sowie die technischen Alarme unmittelbar vor Ort behoben werden.

Nach erfolgter Genehmigung der Leistungsaufträge und des Budgets durch den Kantonsrat kann der Nachtdienst auf das geplante Datum hin eingeführt werden.

Administrativhaft

Die Strafanstalt Zug beherbergt nebst Gefangenen im Strafvollzug und in der Untersuchungshaft auch Gefangene in der sogenannten Administrativhaft, d.h. Ausschaffungs- oder Durchsetzungshaft. Ein Ergebnis der durchgeführten Betriebsanalyse ergab, dass mittelfristig eine Auslagerung und Zentralisierung dieser Haftplätze in einem neuen grossen Ausschaffungsgefängnis sinnvoll und zweckmässig wäre.

Das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz hat auf Anregung des Sicherheitsdirektors des Kantons Zug und mit Einsitz des Amtsleiters der Strafanstalt Zug eine Arbeitsgruppe «Ausländerhaft» eingesetzt, die sich mit der Projektierung eines solchen Gefängnisses befasst. Kooperationspartner sind dabei die Kantone Aargau, Schwyz und Luzern.

Besondere Vorkommnisse

Erfreulicherweise waren auch dieses Jahr im Bereich der Gefangenen keine schwerwiegenden Ereignisse wie beispielsweise Suizide oder Gewalttaten an Mitgefangenen oder gegen das Personal zu verzeichnen.

Auch Ausbrüche fanden – wie bereits im Vorjahr – keine statt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Betriebsanalyse	Massnahmen-/Umsetzungsplanung liegt vor	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Aufsicht				
1	Sicherheit gewährleisten (gemäss Betriebshandbücher)	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten (gemäss Betriebshandbücher)	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>	
3	Fristgerechte Pikettintervention (30 Min.)	100% erfüllt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste				
4	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien	Pro Woche zwei ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	<input checked="" type="radio"/>	
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen gemäss Konkordats- und STGB-Vorgaben	Keine gutgeheissenen Beschwerden	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Verpflegung				
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Keine Kostensteigerung gegenüber Vorjahr	<input type="radio"/>	Massive Steigerung der Eintritte und Belegungstage verursachte leichte Kostensteigerung bei den Verpflegungskosten
Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze				
7	Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben STGB und Konkordat	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
8	Holzverkauf	Erlös mind. Fr. 160'000	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 5: Schulung und Sport				
9	Schulungs- und Sportangebote gemäss Vorgaben STGB und Konkordat	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten (Angebot an 46 Halbtagen)	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Eintritte	Anzahl		400	525
Belegungstage	Anzahl		12'000	13'300
Piketteinsätze	Anzahl		21 (telefonisch) 45 (vor Ort)	15 (telefonisch) 63 (vor Ort)

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Piketteinsätze: Ab 1. Januar 2013 wird ein Nachtdienst vor Ort geführt

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'322'134.20	-3'459'150	-3'347'856.71	111'293	-3.2
Total Ertrag	821'533.80	1'105'000	1'008'277.11	-96'723	-8.8
Saldo	-2'500'600.40	-2'354'150	-2'339'579.60	14'570	-0.6

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze
Das Berichtsjahr war geprägt von einem starken Anstieg der Vollzugstage im Bereich der Freiheitsstrafen (plus 71%). Weiter führte der VBD interne Probeläufe in der technischen Anwendung des Electronic Monitorings (EM) durch. Spezialfälle hatte der VBD keine zu bewältigen.

Vollzüge von Freiheitsstrafen

Der starke Anstieg der Vollzugstage hat insbesondere mit den Vollzügen von straffällig gewordenen illegalen Personen zu tun, welche sich weigern, die Schweiz zu verlassen. Der VBD lehnt bei dieser Personenkategorie wegen der schlechten Legalprognose die bedingte Entlassung im Regelfall ab und ordnet den Vollzug der Endstrafe an. Der VBD geht auch in Zukunft von einer hohen Anzahl Vollzugstage bei den Freiheitsstrafen aus.

Vollzüge von Massnahmen und ambulanten Behandlungen

Die Anzahl der ambulanten Behandlungen hat in Folge von Fallabschlüssen deutlich abgenommen. Bei den stationären Massnahmen war der VBD mit keinen inhaltlich ausserordentlichen Vollzugsentscheidungen konfrontiert.

EM gemäss Strafprozessordnung

Die personellen und finanziellen Mittel für die Durchführung des EM im Bereich der Strafprozessordnung wurden für das Budget 2013 gesprochen. Der VBD plant im Frühling 2013 die Einführung des EM zur Unterstützung der gerichtlichen Ersatzmassnahmen (Stichwort «elektronisch überwachter Hausarrest»).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Der Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente und korrekte Vollzugsdurchführung	Keine Beanstandungen in den Kontrollberichten der SD und JPK	<input checked="" type="radio"/>	
A	Administrative Effizienzsteigerung mit dem Obergericht (OG)	Schaffung einer EDV-Schnittstelle VBD-OG	<input type="radio"/>	Die Kosten für die Einrichtung der Schnittstelle sind deutlich zu hoch
B	Gewährleistung Infrastruktur Electronic Monitoring (EM)	Das EM als Vollzugsform ist technisch eingeführt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Strafvollzug				
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	<input checked="" type="radio"/>	
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80% der Fälle mindestens 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug				
4	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	<input checked="" type="radio"/>	
5	Formelle und materielle Überprüfung der stationären Massnahmen und ambulanten Behandlungen	Jährliche Überprüfung ist fristgerecht erfolgt	<input type="radio"/>	Der VBD erhält zum Teil die für die Überprüfungen massgebenden Berichte der Anstalten/Therapeuten zu spät
Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst				
6	Beförderliche Sicherstellung der Betreuung	Nach der Falleröffnung ist das Erstgespräch innerhalb eines Monats erfolgt	<input checked="" type="radio"/>	
7	Konsequente periodische Überprüfung der Weisungen	Die Weisungen sind alle 6 Monate überprüft	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

A) Administrative Effizienzsteigerung mit dem Obergericht (OG)

Der VBD verzichtet auf die Einführung einer EDV-Schnittstelle mit dem OG. Die Amortisation des Aufwands (Kosten) steht in keinem Verhältnis zum Nutzen der Schnittstelle (Zeitersparnis bei der Fallerfassung auf dem VBD).

5) Formelle und materielle Überprüfung der stationären Massnahmen und ambulanten Behandlungen

Bei der Überprüfung der Massnahmen und Behandlungen sind verschiedene Akteure involviert (Anstalten, Therapeuten, Gutachter, Insassen, VBD, usw.). Die jährlichen Überprüfungen stützen sich massgebend auf die Berichte/Gutachten der Fachstellen/Fachpersonen ab. Deren Berichte/Gutachten treffen zum Teil verspätet beim VBD ein, dieser ist damit in seiner Entscheidung blockiert.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Falleingänge Freiheitsstrafen	Anzahl		930	938
Falleingänge gemeinnützige Arbeit	Anzahl		57	40
Falleingänge Halbgefängenschaft	Anzahl		4	2
Falleingänge stationäre Massnahmen	Anzahl		3	1
Falleingänge Bewährungsdienst	Anzahl		20	17

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'112'748.67	-3'589'450	-5'168'443.16	-1'578'993	44.0
Total Ertrag	86'777.50	76'000	344'611.05	268'611	353.4
Saldo	-4'025'971.17	-3'513'450	-4'823'832.11	-1'310'382	37.3

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand ist insbesondere auf die Anzahl der stark gestiegenen Vollzugstage beim Strafvollzug zurückzuführen. Die Anzahl der zu vollziehenden Vollzugstage kann vom VBD nicht gesteuert werden, massgebend ist die Anzahl Zuweisungen der Gerichte.
Der Mehrertrag ist auf den guten Abschluss der Strafanstalt Bostadel sowie Mehreinnahmen bei den Vollzügen für andere Kantone zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3597.0152 Schnittstelle Juris – Tribuna					
Ausgaben		-50'000		50'000	-100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-50'000		50'000	-100.0
Einnahmen					
Saldo		-50'000		50'000	-100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Schnittstelle Juris-Tribuna wird nicht realisiert, die budgetierten Projektkosten fallen nicht an.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der neue Gesundheitsdirektor, der im Februar 2012 sein Amt angetreten hat, widmete sein erstes Amtsjahr der strategischen Überprüfung und Ausrichtung der Direktion. Die Amtsleitenden erarbeiteten die Vision «Mit Zug gesund für ein starkes und für alle wirtschaftlich tragbares Gesundheitsnetz» sowie neun Leitlinien, die den politischen Handlungsrahmen der Gesundheitsdirektion bis 2020 abstecken. Gleichzeitig wurde ein neuer Führungsrhythmus mit monatlichen Geschäftsleistungssitzungen eingeführt sowie personelle und organisatorische Anpassungen vorgenommen. Die in verschiedenen Bereichen aufgelaufenen Überzeitsaldi, die mangelnde Weiterbildung der Mitarbeitenden und die häufigen Freizeiteinsätze – namentlich im Rettungsdienst Zug (RDZ) – haben den Kantonsrat dazu bewogen, personelle Lücken zu schliessen.

Darüber hinaus galt es, die neue Spitalfinanzierung umzusetzen. Diese führte einerseits zu einer Verdoppelung der zu kontrollierenden Rechnungen (neu mehr als 4000), andererseits mussten zahlreiche Referenztarife festgelegt, zwischen Krankenkassen und Spitälern ausgehandelte Tarife genehmigt und Leistungsvereinbarungen mit den Listenspitälern abgeschlossen werden. Um die Notfallversorgung im Kanton zu optimieren, namentlich die Schnittstelle zwischen der Notrufzentrale in Luzern und den Notrufstellen im Kanton Zug (RDZ, Medphone, Notarztpraxis), wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die Gesundheitsdirektion gibt sich Leitlinien

Kurz vor Jahresende nach Kenntnisnahme durch den Regierungsrat hat die Gesundheitsdirektion der Öffentlichkeit den Leuchtturm 2020 sowie die dazugehörigen neun Leitlinien vorgestellt, an denen sie sich bei ihren zukünftigen Entscheiden orientieren wird. Gleichzeitig hat sie konkrete Massnahmen in den Bereichen Notfall- und Grundversorgung, Patientensicherheit sowie Gesundheitsförderung und Prävention vorgeschlagen, die in den Jahren 2013/14 umgesetzt werden sollen. Hierzu zählen Massnahmen zur Optimierung der Notfallversorgung an den Schnittstellen RDZ, Medphone und der Notrufzentrale 144 in Luzern. Daran arbeitet seit Oktober 2012 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Ärztesgesellschaft. Gleichzeitig wurde der RDZ personell verstärkt, um die dringenden Engpässe zu schliessen. Eine Übersicht über die zukünftige Ausgestaltung des RDZ wird zurzeit erarbeitet.

Erste Erfahrungen mit der neuen Spitalfinanzierung

Die neue Spitalfinanzierung konnte trotz zahlreicher Unsicherheiten erfolgreich eingeführt werden. Der Gesundheitsdirektion gelang es, die Referenztarife rechtzeitig festzusetzen sowie die zwischen Krankenkassen und Zuger Kliniken ausgehandelten Tarife provisorisch zu genehmigen bzw. bei fehlender Einigung festzusetzen. Eine definitive Festsetzung war aufgrund der fehlenden Stellungnahme des Preisüberwachers, die erst im November eintraf, noch nicht möglich und wird erst im laufenden Jahr erfolgen. Gleichzeitig wurden die Abläufe zur Rechnungsstellung und -kontrolle neu festgelegt sowie zahlreiche Umsetzungsfragen geklärt.

Kantonsspital und Klinik Adelheid zahlen die Investitionsbeiträge zurück

Das neue Spitalgesetz sieht vor, dass die kantonalen Investitionsbeiträge an die Zuger Kliniken in ein Darlehen umzuwandeln und zurückzubezahlen sind. Davon betroffen waren die Klinik Adelheid und das Zuger Kantonsspital. Mit beiden Häusern konnte eine einvernehmliche Vereinbarung mit sofortiger Rückzahlung der geschuldeten Beiträge abgeschlossen werden, die noch vor Ende Jahr geleistet wurden. Damit sind sämtliche Forderungen des Kantons gegenüber den Kliniken beglichen.

Die Nachfrage nach psychiatrischer Betreuung nimmt weiter zu

Die Zuger Bevölkerung kann sich nach wie vor auf eine solide psychiatrische Versorgung verlassen. Die anhaltend steigende Nachfrage nach Betreuung und der gleichzeitige Mangel an Fachkräften führen aber zu punktuellen Engpässen. Während im Ambulanten Psychiatrischen Dienst des Kantons teilweise Wartefristen nötig wurden, ist das stationäre Angebot nunmehr permanent ausgelastet. Eine gewisse Entlastung könnte allenfalls eine Tagesklinik bringen, die den Übergang zwischen stationärer und ambulanter Behandlung erleichtert. Die Gesundheitsdirektion wird diese Möglichkeit im 2013 prüfen. Im Weiteren mangelt es an stationären Behandlungsplätzen für Kinder und Jugendliche. In diesem Bereich verspricht eine Vernetzung mit Nachbarkantonen, um einerseits die Fachkräfte und andererseits die Fälle zu bündeln, die beste Versorgung. Entsprechende Gespräche mit potenziellen Partnern in der Zentralschweiz wurden bereits aufgenommen. Mit den beiden Strategien «Förderung der psychischen Gesundheit» und «Suizidprävention» hat der Kanton Zug im Bereich psychische Gesundheitsförderung und Prävention Pionierarbeit geleistet, die weitergeführt wird.

Die Lebensmittelkontrolle und der Veterinärdienst rücken enger zusammen

Das Amt für Verbraucherschutz fusst auf den Pfeilern Lebensmittelkontrolle und Veterinärdienst. Diese bisher vorwiegend organisatorische Neuausrichtung soll räumlich nachvollzogen werden. Deshalb standen im vergangenen Jahr die Projektarbeiten zum neuen Labor- und Verwaltungsgebäude in Steinhausen im Fokus. Ziel ist es, dass der Kantonsrat den Baukredit im laufenden Jahr genehmigt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Jahr 2012 war geprägt vom Wechsel des Gesundheitsdirektors. Dem Direktionssekretariat kam eine tragende Rolle bei der Erarbeitung der Leitlinien «Mit Zug gesund für ein starkes und für alle wirtschaftlich tragbares Gesundheitsnetz» zu. Neben den strategischen Aufgaben wurde die neue Spitalfinanzierung erfolgreich umgesetzt. Bei der Entwicklung der Krankenkassenprämien konnte mit dem im Kantonsvergleich dritttiefsten Anstieg ein Erfolg verzeichnet werden, nachdem die Gesundheitsdirektion frühzeitig bei den Krankenversicherern interveniert hatte. Die Prämienverbilligung im Kanton Zug erreicht schweizweit die beste sozialpolitische Wirksamkeit bei unterdurchschnittlichen Kosten – dies zeigte eine Studie des Bundesamtes für Gesundheit.

Spitalliste 2012 und Neue Spitalfinanzierung

Die Einführung der neuen Spitalfinanzierung und der Spitalliste 2012 erfolgte aus Sicht der Patientinnen und Patienten problemlos. Sie wurden weder mit offenen Wunden nach Hause geschickt noch aus Kostengründen auf der Türschwelle des Spitals abgewiesen. Für die Gesundheitsdirektion stellte die Startphase des neuen Finanzierungsregimes jedoch in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung dar: Referenztarife mussten festgelegt und die Abläufe für die Rechnungsstellung neu definiert werden, mit den Listenspitälern wurden neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen und unzählige Umsetzungsfragen rechtlicher Art wurden abgeklärt.

Die Krankenversicherer und stationären Leistungserbringer in der Akutsomatik mussten zum ersten Mal über den Basispreis der SwissDRG Fallpauschalen verhandeln. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen konnten sich die Tarifpartner im Kanton Zug über einen Preis einigen. Bei der Klinik Adelheid mussten die Tarife 2012 wie schon für 2011 provisorisch festgesetzt werden, da der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts über die Tarife 2009 und 2010 immer noch aussteht. Seit Mitte 2011 stehen den Leistungserbringern verschiedene Verhandlungsgemeinschaften der Krankenversicherer als Tarifpartner gegenüber. Als Folge davon musste das Direktionssekretariat insgesamt 19 verschiedene Tarifgenehmigungsbeschlüsse betreffend Vergütung der stationären Behandlungen für den Regierungsrat vorbereiten.

Die Preisüberwachung äusserte sich erst im November bzw. Dezember zu den Tarifen 2012 in der Akutsomatik, so dass im Jahr 2013 die entsprechenden Tarifverträge noch definitiv genehmigt werden müssen.

In den kommenden Jahren müssen offene Fragen betreffend Abgeltung der Investitionskosten, der universitären Lehre und Forschung sowie ein faires Benchmarking zwischen den Spitälern geklärt werden.

Gegen die Spitalliste 2012 wurde von einem Leistungserbringer Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht geführt. Das Verfahren ist noch hängig.

Aufsichtsverfahren

Der Rechtsdienst leitete drei aufwändige Disziplinarverfahren gegen Medizinalpersonen, nachdem der Kantonsarzt und der Heilmittelsinspektor bei den entsprechenden Inspektionen der Praxen gravierende Mängel festgestellt hatten.

Entwicklung der Krankenkassenprämien

Wie im Herbst bekannt gegeben wurde, werden die Zuger Krankenkassenprämien für Erwachsene nur um ein Prozent steigen. Die Gesundheitsdirektion war bereits im Frühjahr bei den Krankenversicherern vorstellig geworden und hatte gefordert, dass die Prämien die unterdurchschnittliche Kostenentwicklung im Kanton Zug verstärkt berücksichtigen müssen. Denn bezogen auf die Bevölkerung sind die Kosten im Zuger Gesundheitswesen seit zwei Jahren nahezu unverändert. Die Versicherer haben dieser Tatsache weitgehend Rechnung getragen. Entsprechend kam Zug nun auf Rang 3 der Kantone mit der tiefsten Prämiensteigerung.

Individuelle Prämienverbilligung

Laut neuestem Bericht des Bundesamtes für Gesundheit zur sozialpolitischen Wirksamkeit der Prämienverbilligung belegt der Kanton Zug Platz 1 aller Schweizer Kantone. So bleibt die Prämienbelastung bei sämtlichen untersuchten Fallbeispielen unterhalb der vom Bundesrat angestrebten Obergrenze. Dies gilt insbesondere auch für den Modellhaushalt der «Mittelstandsfamilie». Dort erreichte im schweizerischen Vergleich nur der Kanton Zug die bundesrätliche Zielsetzung. Gleichwohl liegen die Kosten für die Zuger Prämienverbilligung deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Gesundheitsdirektion. Das Direktionssekretariat unterstützt den Gesundheitsdirektor administrativ und berät ihn fachlich.

Daneben nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und erteilt in diesem Rahmen Aufträge. Es berät Amtsstellen und Dritte in Fachfragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie die obligatorische Krankenversicherung, das Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
2	Rechtzeitige Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
3	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100% innert Frist	<input checked="" type="radio"/>	
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Fristgerechte Rechtsauskünfte	Tel. Anfragen: innert 24 Stunden. E-Mails: innert drei Arbeitstagen. Einfache schriftliche Anfragen: innert Wochenfrist	<input checked="" type="radio"/>	
6	Rechtzeitige Genehmigung/Festlegung von Tarifen der Leistungserbringer OKP	80% innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	<input checked="" type="radio"/>	
7	Rasche Instruktion von Beschwerdefällen	Nächster Verfahrensschritt innert fünf Arbeitstagen eingeleitet	<input checked="" type="radio"/>	
8	Schnelle Erledigung diverser Sekretariate	Sofortige Eingangsbestätigung	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege				
9	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens im Bereich Spitäler, Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Spitex	Fehlerfrei zweimal jährlich	<input checked="" type="radio"/>	
10	Kompetente und rasche Beratung durch den Bereich Spitäler und Pflege	Tel. Anfragen: innert 24 Stunden. E-Mails: innert drei Arbeitstagen. Einfache schriftliche Anfragen: innert Wochenfrist	<input type="radio"/>	Aufgrund mangelnder Personalressourcen nur teilweise erreicht
11	Qualitative Spitalplanung und Leistungsaufträge	Bedarfsgerechte Versorgung, Zuger Durchschnittsprämie für Erwachsene unterschreitet die schweizerische Durchschnittsprämie für Erwachsene	<input checked="" type="radio"/>	
12	Qualitative Pflegeheimplanung und Leistungsaufträge	Bedarfsgerechte Versorgung, Zuger Durchschnittsprämie für Erwachsene unterschreitet die schweizerische Durchschnittsprämie für Erwachsene	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
13	Fristgerechte Buchhaltung	100% innert Wochenfrist	●	
14	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	100% innert Frist	●	
15	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	100% innert Frist	●	
16	Effiziente Personaladministration	100% innert Frist	●	
Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung				
17	Qualitative Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	●	
18	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Stichprobenweise Evaluation von drei Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	●	
19	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Evaluationsbericht zu einem Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
20	Gewährleistung des internen Informationsflusses und der Vernetzung in der internen und externen Kommunikation	Mindestens 4 GL-Sitzungen und Medienmitteilung bzw. -konferenz zu allen wichtigen Geschäften	●	
21	Rechtzeitige Korrespondenz und Führungsunterstützung des Gesundheitsdirektors	100% innert Frist	◐	Aufgrund mangelnder Personalressourcen nur teilweise erreicht

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Aufgrund der hohen Arbeitslast wurde der Rechtsdienst aufgestockt. Dies erlaubte es, die in den Leistungsgruppen 1, 2 und teilweise 3 festgesetzten Ziele zu erfüllen. Im Gegenzug wurde die frei gewordene Stelle eines Sachbearbeitenden im Bereich Spitäler und Pflege nicht besetzt, womit der Stellenetat eingehalten werden konnte.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
RR-Anträge	Anzahl		74	81
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		36	25
Vernehmlassungen GD federführend	Anzahl		7	12
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		2	3
Beschwerdeeingänge	Anzahl		7	8
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		9	1
Delegation der Staatswirtschaftskommission	Anzahl		3	2
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Anzahl		6	1
ZGSDK/ZFG	Anzahl		5	7
Psychiatriekonkordat/Betriebskommission	Anzahl		9	8
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Anzahl		15	17

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Medienkonferenzen/Medienmitteilungen)	Anzahl		19	20
Kantonale Arbeitsgruppen (EDV, Zele, GD-vital, Projekt Behinderung und Alter usw.)	Anzahl		15	19
Erfa Controller-Meetings	Anzahl		5	4

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da keine Gesetzgebungsprojekte anfielen, fanden weniger Sitzungen mit der kantonsrätlichen Kommission für das Gesundheitswesen als budgetiert statt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-53'128'055.75	-55'354'600	-53'712'867.57	1'641'732	-3.0
Total Ertrag	30'137'651.90	31'004'600	30'620'066.80	-384'533	-1.2
Saldo	-22'990'403.85	-24'350'000	-23'092'800.77	1'257'199	-5.2

Kommentar Rechnung

Tiefere Ausgaben wurden beim Kantonsanteil der Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien verzeichnet. Aufgrund der unerwartet stark steigenden Haushaltseinkommen blieb der Kantonsanteil rund 1.4 Mio. Franken oder 6.4% unter den budgetierten 21.3 Mio. Franken. Der Bundesanteil ist um 0.4 Mio. tiefer ausgefallen als ursprünglich vom Bundesamt für Gesundheit mitgeteilt.

Die verbleibende Differenz von rund 0.1 Mio. Franken ist auf höhere Auslagen für Aushilfspersonal zur Umsetzung der Spitalfinanzierung, auf die Druckkosten für die Pflegebroschüre sowie auf höhere externe Verwaltungskosten der Prämienverbilligung (Zunahmen um 5% statt wie budgetiert um 1%) zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die räumliche Zusammenführung der beiden Abteilungen Lebensmittelkontrolle in Steinhausen (LMK) und Veterinärdienst in Zug (VetD) ist in Planung, der Baukredit für ein neues Labor- und Verwaltungsgebäude in Steinhausen wird dem Kantonsrat im laufenden Jahr vorgelegt. Mit Ausnahme der Wasseruntersuchungen im Auftrag des Amtes für Umweltschutz (AfU) und des tierärztlichen Fachunterrichts über die Tiergesundheit am Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Schluechthof, Cham (LBBZ), basieren die Aufgaben der LMK und des VetD auf Bundesrecht und sind durch die beiden Abteilungen in eigener Behördenfunktion zu erfüllen.

Allgemeines zur Lebensmittelkontrolle

Die wirksame Lebensmittelkontrolle resultiert aus der Zusammenarbeit von Inspektorat und Laboranalytik. Die Untersuchungen im Labor decken Bereiche ab, die bei der Inspektion nicht erfasst werden können. Die Inspektionen liefern Hinweise auf Produkte und Prozesse, die einer vertieften analytischen Prüfung bedürfen.

Qualitätsbescheinigung und Information

Mit der amtlichen Qualitätsbescheinigung, die im Kanton Zug auf freiwilliger Basis seit dem Jahr 2009 erfolgt, wird Konsumentinnen und Konsumenten eine gute Information über die Betriebe geboten. Im vergangenen Jahr wurden zudem Informationsveranstaltungen für sämtliche Verpflegungsbetriebe über häufig angetroffene Mängel bei Kontrollen angeboten. Diese stiessen auf grosses Interesse, über 300 Personen haben daran teilgenommen.

Laboruntersuchungen

Schwerpunkte in der Analytik waren hygienische Beschaffenheit, Nähr- und Inhaltsstoffe wie auch Fremdstoffe von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. Es wurden Käse, Fische, Kochpökelware, Brühwürste, Teigwaren, Energy Drinks, Obst und Kosmetika untersucht. Da viele Menschen von Allergien bzw. Unverträglichkeiten betroffen und auf eine zuverlässige und vollständige Zutatendeklaration angewiesen sind, wurden Lebensmittel und Kosmetika auch auf allergieauslösende Stoffe untersucht.

Insgesamt bestätigen die in der Berichtsperiode durchgeführten Kontrollen eine gute Hygiene und Sicherheit bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Chemikalien, Kontrolle von Badeanlagen und Wasseruntersuchungen

Im Bereich des Chemikalienrechts musste die Kennzeichnung in diversen Fällen beanstandet werden. Die Kontrollen von Badeanlagen und der Badewasserqualität sowie die Wasseruntersuchungen für das AfU erfolgten im Rahmen der Vorjahre und zeigten keine Auffälligkeiten.

Tiergesundheit

Das Ausrottungsprogramm betreffend die Rinderseuche BVD kam voran und steht nun vor der Konsolidierung. Die Verbreitung der durch Samenimporte eingeschleppten Schweinekrankheit PRRS konnte verhindert werden. Die Überwachung weiterer Tierseuchen erfolgte nach dem vom Bund vorgegebenen Monitoringprogramm sowie durch Kontrollen von Viehausstellungen, Sömmerungen, Viehhändlern und Importen von Tieren und tierischen Produkten. Ausser einem Sauerbrutbefall bei einem Bienenhalter wurden keine Seuchen aufgedeckt. Die vom Bund verschärften Bestimmungen bei der Entsorgung tierischer Abfälle haben erhebliche Auswirkungen. Auch Gär- und Kompostbetriebe müssen sich anpassen und neu investieren, wenn sie sich weiterhin am Markt beteiligen wollen.

Tierschutz und gefährliche Hunde

Wie in den Vorjahren wurde rund ein Viertel aller Nutztierbetriebe kontrolliert und wo nötig Korrekturen angeordnet. Die Findeltiermeldestelle hat die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt. Die in der Berichtsperiode durchgeführten Tierversuche hatten in allen Fällen die Verbesserung von Tiergesundheit und Tierwohl zum Ziel. Die Anzahl gemeldeter Zwischenfälle mit Hunden, die zu Verletzungen von Menschen oder auch anderen Tieren führten, lag im Rahmen der Vorjahre.

Kontrolle tierischer Lebensmittel und Tierarzneimittel

Die Produktionskontrollen bei den Lebensmitteln tierischer Herkunft (Fleisch, Milch, Eier und Honig) zeigten auf, dass die hygienischen Vorgaben auf einem hohen Stand eingehalten werden. Bei Kontrollen in den Bereichen der Tierarzneimittelanwendung auf Tierhaltungsbetrieben und bei praktizierenden Tierarztpersonen wurden diverse Mängel bei Protokollierung und Kennzeichnung festgestellt, die sofort behoben worden sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie das Tierwohl zu erwirken.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und einwandfreie Qualität der angebotenen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände gewährleisten	– Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher – Mindestens 4 ereignisorientierte Medienbeiträge		
2	Die Laborkapazitäten decken einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Untersuchungen ab	– Jährliche Kontrolle in Schlüsselbetrieben – Methoden dem Bedürfnis entsprechend auf dem aktuellen Stand der Lebensmittelkontrolle halten		
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturanden, Praktikanten sowie interessierte Kreise		

Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	– 30% (= 430) der Betriebe sind kontrolliert – Flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten		
5	Untersuchungen von Wasserproben (auch als Dienstleistung für Dritte) im Rahmen des fachlichen Kompetenzbereichs gewährleisten	100% der Proben (= zirka 800) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen		
6	Überwachung der im Kanton ansässigen Handelsfirmen betreffend Verbrauchersicherheit	10% (= 40 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Handelsfirmen kontrollieren		
A	Reakkreditierung der Abteilung Lebensmittelkontrolle	Fortführung der Akkreditierung erfolgreich erlangen inkl. Erweiterung des Geltungsbereichs		

Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bäder und Badewasser

7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	– Mindestens 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr – Gebühren decken Kosten		
8	Information der Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	2 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichung der Resultate		
B	Vergleichbarkeit der Badewasserqualität mit den verlangten Vorgaben sicherstellen	Probenahmen und Untersuchungen nach den entsprechenden Vorgaben durchführen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Kommentar
Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon			
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	<ul style="list-style-type: none"> - 10% (= 30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert - Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen 	● Wegen personellen Veränderungen nicht vollständig erreicht
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	100% der Messungen nach Bundesvorgaben umgesetzt	●
Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen			
11	Untersuchungen und Probenahmen gemäss Vorgaben des Amtes für Umweltschutz (AfU) erbringen	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	●
Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst			
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	<ul style="list-style-type: none"> - 100% der Seuchenfälle bekämpft - Keine Seuchenverschleppungen 	●
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	100% der Seuchenuntersuchungen (zirka 800 Proben) durchgeführt	●
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	<ul style="list-style-type: none"> - 150 Tierhaltungen kontrolliert - 100% der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet 	●
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	<ul style="list-style-type: none"> - Alle Schlacht- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt - 100% der Zerlegereien kontrolliert - 80 Milchproduktionsbetriebe kontrolliert - Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt - Alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert 	●
16	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	- Bundesvorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) und der Caprinen Arthritis-Enzephalitis (CAE) erfüllt	●
17	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	- 90% der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	●
C	Bienengesundheit bzgl. Faulbrut überwachen	20% (= 50 Stände) der Bienenstände auf Faulbrut kontrolliert	●

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Gesamtzielsetzung: Diverse Medienberichte betreffend Lebensmittelsicherheit, Badewasser, Tierschutz, Tiergesundheit und gefährliche Hunde erschienen.
 Leistungsgruppe 1: Eine Kontrolle von Kühltransportern wurde in Zusammenarbeit mit Polizei und Strassenverkehrsamt in der kritischen Sommerzeit durchgeführt.
 Leistungsgruppe 3: Das BAG hat 2012 keine Messungen angeordnet.
 Leistungsgruppe 5: Eine Sperre wegen Verdacht auf PRRS (Schweineseuche) musste infolge Kontakt zu Seuchenbetrieben erlassen werden – sie wurde nach Bestätigung der Seuchenfreiheit wieder aufgehoben. In Zusammenarbeit mit der Polizei erfolgte auch eine Kontrolle von Tiertransportfahrzeugen im Kanton Zug.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Lebensmittelbetriebe	Betriebe	1'460	1'500	1'475
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23

Institutionelle Gliederung
 Gesundheitsdirektion
 4005 – Amt für Verbraucherschutz

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	260	300	230
Milchproduzenten	Betriebe	325	325	302
Importgeflügelbetriebe	Betriebe	3	3	3
Schlachtanlagen	Betriebe	3	3	3
Bienenstände	Stände	260	260	254
Hundehaltungen	Haltungen	4'200	4'200	4'250
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	2'700	2'450	2'957
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	2'000	2'000	1'625

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die geänderte Gesetzgebung im Chemikalienbereich ergab eine Anpassung des Betriebsregisters der wichtigsten Händler und Importeure, was zu einer tieferen Betriebsanzahl führt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'177'522.99	-3'356'000	-3'304'216.34	51'784	-1.5
Total Ertrag	623'525.00	630'200	629'600.75	-599	-0.1
Saldo	-2'553'997.99	-2'725'800	-2'674'615.59	51'184	-1.9

Kommentar Rechnung

Die geringfügige Abweichung beim Aufwand resultiert aus der nicht beanspruchten Teuerung bei den Löhnen sowie aus der kurzzeitigen Nichtbesetzung von Stellen infolge Personalwechsel.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4005.0001 GC/MF Triple Quadrupole-Gerät					
Ausgaben		-280'000	-275'346.00	4'654	-1.7
Einnahmen					
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS					
Ausgaben	-130'624.32		-59'938.70	-59'939	100.0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-130'624.32	-280'000	-335'284.70	-55'285	19.7
Einnahmen					
Saldo	-130'624.32	-280'000	-335'284.70	-55'285	19.7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Im Rechnungsjahr 2011 konnten aufgrund von Lieferverzögerungen fürs Labor budgetierte Ersatzinvestitionen von 210'000 Franken nur 130'624 Franken verrechnet werden. Der Restbetrag wurde im Jahr 2012 in Rechnung gestellt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Einsätze und die Zusatzaufgebote stiegen erneut an. Arbeiten zur Optimierung der Schnittstellen und über die Ausgestaltung des Rettungsdienstes Zug (RDZ) begannen. Eine starke innerkantonale Notfallversorgung wurde als Leitlinie verankert.

Analyse des Einsatzgeschehens

Die erneute Steigerung der Einsatzzahlen bedeutet einen neuen Rekord bezüglich der Nachfrage nach Dienstleistungen des RDZ. Die prozentualen Anteile der jungen Patientinnen und Patienten (bis sieben Jahre) und der alten Menschen (über 80 Jahre) nahmen zu. Das Verhältnis von unfallbedingten zu krankheitsbedingten Alarmierungen betrug 1:2. Sofern eine Krankheit den Einsatz des Rettungswagens erforderte, waren in knapp der Hälfte der Fälle die lebenswichtigen Organe oder Funktionen Herz, Hirn, Atmung betroffen. Die Verteilung der Einsätze auf die Wochentage und die Monate wird nach jedem Jahr untersucht. Als einsatzstärkster Werktag bestätigt sich seit Jahren der Freitag. Hingegen lässt sich kein Trend bei den Kalendermonaten ablesen. Einzig der November war erneut ein intensiver Monat. Zur Sicherstellung der Versorgung musste im Schnitt einmal pro Woche ein Zusatzaufgebot erlassen werden. Die in der Regel aus der Freizeit alarmierten Mitarbeitenden waren schnell einsatzbereit und die hilfeschuchenden Personen konnten durch innerkantonale Mittel versorgt werden.

Spezielle Einsätze

Aus dem vielfältigen Einsatzgeschehen ragen einzelne Ereignisse heraus. Anfang Oktober ereigneten sich in der gleichen Woche zwei Unfälle auf der Autobahn. Ein in das Stauende rasender LKW löste einen überregionalen Grosseinsatz aus. Die Nähe zur ressourcenstarken Einsatzregion Zürich bewährte sich und der Einsatzleiter erhielt ausserkantonale Mittel zugesprochen.

Im Dezember untersuchten die eingesetzten Kräfte des RDZ bei einem Brand 16 Personen und massen nach einer Rauchgasintoxikation die Konzentration von Kohlenmonoxid im Blut der betroffenen Personen. Das mobile Analysegerät zeigte die kritischen Werte bereits am Einsatzort an und Sauerstoff konnte zielgerichtet verabreicht werden. Die einsatzführende Person vermied so unnötige Einweisungen ins Spital und nur zwei Personen mussten transportiert werden.

Optimieren der Notfallversorgung

Mit dem Instrument des Risikoindikators überwachte der RDZ das Verhältnis zwischen den vorhandenen Rettungsmitteln und den zu bewältigenden Einsätzen. Der RDZ betätigte sich hier als Pionier in der Schweiz und erarbeitete ein Steuerungsinstrument, welches eine Aussage über die durch den Kanton Zug eingesetzten Ressourcen ermöglicht. Die Werte zeigen auf, wie häufig zu wenig disponierbare Rettungsmittel verfügbar sind und ein so genannter Risikofall eintritt. Diese Zahlen waren die Grundlage für die durch den Gesundheitsdirektor angeordnete Überprüfung der konzeptionellen Ausrichtung des RDZ. Gemäss den Leitlinien der Gesundheitsdirektion soll die Notfallversorgung innerkantonal sichergestellt und der RDZ gestärkt werden. Entsprechende Papiere wurden ausgearbeitet und dem Regierungsrat vorgestellt. Die am Ende des Budgetprozesses durch den Kantonsrat als Sofortmassnahme bewilligten zwei Stellen für den Einsatzdienst waren für die Mitarbeitenden ein wertvolles Zeichen der Unterstützung.

Im vierten Quartal löste ein Leserbrief eine Diskussion über die Schnittstellen zwischen der Sanitätsnotrufzentrale 144 Luzern, dem notfallärztlichen Dienst der Zuger Ärztesgesellschaft und der Telefonzentrale Medphone aus. Eine Koordinationsgruppe begann die Arbeit zur Optimierung der Schnittstellen. Um die Interessen der Zuger Bevölkerung zu wahren, nahm der Leiter des RDZ daran teil.

Betriebliche Ereignisse

Eine freie Stelle im Einsatzdienst konnte lange nicht besetzt werden. Schweizweit bestand nach wie vor ein Mangel an Personen mit einem Diplomabschluss in Rettungssanität.

Bei der Beschaffung der Defibrillatoren führte der RDZ erstmals eine Submission durch. Ein Lieferant reichte gegen den Zuschlag Rekurs ein. Die Bestellung konnte im November erfolgen.

Mehrere Personen, welche einen Einsatz behinderten, wurden angezeigt. Diese Massnahme ist im Kanton Zug zum Glück selten notwendig. Das Arbeiten im Gelände war ein Schwerpunkt der Ausbildung. Im Februar trainierte der RDZ bei passender Winterkulisse mit dem Skirettungsdienst Zugerberg. Die Rettung von Personen aus unwegsamem Gelände war im September im Fokus einer Ausbildung mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Zug. Die Beschaffung eines neuen Hubretters durch die Feuerwehr Baar erforderte zusätzliche Schnittstellentrainings. Diese gemeinsamen Schulungen verbessern die Sicherheit und die Versorgungsqualität im Einsatz.

An zwei Tagen der offenen Türe, im Zuger Kantonsspital sowie gemeinsam mit den Zuger Verkehrsbetrieben und der Zuger Polizei auf dem Areal An der Aa, präsentierte sich der RDZ der Bevölkerung und konnte viele interessierte Personen begrüßen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Disposition der Einsätze erfolgt durch die Sanitätsnotrufzentrale (SNZ) 144 Zentralschweiz. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Überwachungsaudit bestanden	<input checked="" type="radio"/>	
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95%	<input checked="" type="radio"/>	
A	Durchführen eines Tages der offenen Türe mit ZVB und ZUPO	Anlass im September durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)				
3	Sicherstellen eines effizienten 24-Stunden-Rettungsdienstes	Richtwert für Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) im Kanton Zug eingehalten: > 90% innert 15 Min. nach Alarmierung	<input checked="" type="radio"/>	
4	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen.	> 99% der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	<input checked="" type="radio"/>	
5	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30' ab Alarm bei allen Aufgeböten	Bei 100% der Aufgeböte ist die Zeit eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
B	Anpassen der präklinischen Versorgung von Herznotfallpatientinnen und -patienten an die aktuellen medizinischen Leitlinien	Ersatz der Defibrillatoren durch ein Modell mit 12 Kanal EKG ist erfolgt	<input type="radio"/>	Einsprache im Submissionsverfahren verzögerte die Bestellung bis Ende Jahr
Leistungsgruppe 2: Grossereignisse/Notorganisation				
6	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt. Übungspräsenz des Milizpersonals > 65%	<input checked="" type="radio"/>	
7	Übernehmen der Funktion Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte innert 45'	Präsenz an den Ausbildungen > 80% und Verfügbarkeit bei Ernstfällen 100%	<input type="radio"/>	Die Absage einer Ausbildung durch die federführende Organisation tangierte die Ausbildungsplanung. Keine Grossereignisse im Kanton Zug
Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung				
8	Angebot an Ausbildungsplätzen zur Sicherung des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Ein erfolgreicher Diplomabschluss	<input checked="" type="radio"/>	
9	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Ausbildungen im Umfang von 45 Stunden durchgeführt	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotrufzentrale SNZ 144 Zentralschweiz				
10	Die SNZ 144 Zentralschweiz orientiert sich am Stand der Technik und den Richtlinien des IVR	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	⊖	Evaluationen fanden statt. Einflussnahme nur indirekt möglich
Leistungsgruppe 5: Schlüsseldienst				
11	Verwalten der Türschlüssel (zirka 150) der angemeldeten Haushalte	Fehlerfreie Bereitstellung der Schlüssel in 100% der Fälle	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Anzahl Einsätze	Anzahl		4'100	4'292
Anteil Nachteinsätze	Anzahl		1'400	1'562
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert		< 5	3.8
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert		< 13	3.5
Einsätze durch ausserkantonale Organisationen	Anzahl		< 200	155
Betreute Personen	Anzahl		3'800	4'155

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Der Risikoindikator ist schlechter als erwartet und zeigt die Häufigkeit fehlender Einsatzmittel an. An Stelle des Einsatzes ausserkantonaler Rettungsmittel wurde oftmals Personal aus der Freizeit aufgeboden (59 Alarme).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'179'341.65	-4'496'800	-4'430'798.26	66'002	-1.5
Total Ertrag	2'477'985.11	2'311'000	2'490'395.92	179'396	7.8
Saldo	-1'701'356.54	-2'185'800	-1'940'402.34	245'398	-11.2

Kommentar Rechnung

Die Budgetierung der Einnahmen erfolgte auf Basis der Einsatzzahlen 2010.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4021.0004	Ersatzanschaffung Defibrillatoren					
	Ausgaben		-370'000		370'000	-100.0
	Einnahmen					
GD4021.0014	Ersatzbeschaffungen RDZ – ZG 74008					
	Ausgaben	-122'798.90		-248'333.70	-248'334	100.0
	Einnahmen					
GD4021.0015	Ersatz Datenübermittlung auf Fahrzeugen					
	Ausgaben	-28'914.65				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-151'713.55	-370'000	-248'333.70	121'666	-32.9
	Einnahmen					
	Saldo	-151'713.55	-370'000	-248'333.70	121'666	-32.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Eine Einsprache im Submissionsverfahren verzögerte die Bestellung der Defibrillatoren bis Ende Jahr. Auslieferung, Einführung und Abrechnung erfolgt im 2013. Die für das Rechnungsjahr 2011 budgetierte Ersatzbeschaffung (GD4021.0014) konnte aufgrund von Lieferverzögerungen erst im 2012 abgeschlossen werden. Dabei ist es zu einer Kostenüberschreitung von 50% gekommen (Budget 2011: 250'000, Rechnung 2011 und 2012 rund 370'000). Grund dafür sind unvorhergesehene zusätzliche Mehrkosten beim Innenausbau.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-88'860'000	-72'968'591.50	15'891'409	-17.9
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-72'015'912.82				
	Total Aufwand	-72'015'912.82	-88'860'000	-72'968'591.50	15'891'409	-17.9
426	Rückerstattungen		153'000	262'481.05	109'481	71.6
447	Liegenschaftenertrag VV		6'100'000		-6'100'000	-100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	8'233'320.55				
	Total Ertrag	8'233'320.55	6'253'000	262'481.05	-5'990'519	-95.8
	Saldo	-63'782'592.27	-82'607'000	-72'706'110.45	9'900'890	-12.0

Kommentar Rechnung

Beiträge an Gemeinwesen und Dritte beinhalten den nach neuer Spitalfinanzierung vom Kanton an die Hospitalisation von Zuger Patientinnen und Patienten zu entrichtenden Kostenanteil von 47%. Dieser Beitrag ist sowohl für inner- als auch ausserkantonale Hospitalisationen geschuldet.

Mit Einfuhung der neuen Spitalfinanzierung haben sich die Rahmenbedingungen komplett geändert. Während nach altem Recht ausserkantonale Hospitalisationen von Grundversicherten einer Kostengutsprache des Kantonsarztlichen Dienstes (Kad) bedurften, weil der Kanton die von der Klinik in Rechnung gestellten Tagespauschalen voll vergüten musste, leistet der Kanton neu 47% an die Fallkosten, sofern die Klinik einen entsprechenden Leistungsauftrag vom Kanton hat. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war es schwierig abzuschätzen, wie häufig Zuger Patientinnen und Patienten von dieser sogenannten freien Spitalwahl Gebrauch machen würden.

Der effektive Aufwand ist aus folgenden Gründen unter Budget:

- Es wurden rund 11.8 Mio. Franken oder 35.1% weniger Beiträge an ausserkantonale Hospitalisationen entrichtet als budgetiert. Grund dafür sind tiefere Fallzahlen als budgetiert und tiefere Tarife (Referenztarife waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht festgelegt).
- Die Beiträge an die Zuger Kliniken fielen ebenfalls um 3.7 Mio. Franken tiefer aus. Auch hier sind die Gründe tiefere Fallzahlen und zwischen den Spitalern und Krankenkassen tiefer ausgehandelte Spitaltarife.
- Der Aufwand für das Zuger Kantonsspital liegt rund 4.6 Mio. Franken oder 14.2% unter Budget. Wesentlich zu diesem Ergebnis hat, neben den geringeren Fallkostenvergutungen, die Notfallstation beigetragen, welche gemäss Budget 2011 mit 2.5 Mio. Franken hätte vergütet werden sollen. Mangels Schlussabrechnung wurde dieser Betrag transitorisch auf das Jahr 2012 übertragen, in Absprache mit dem Kantonsspital schliesslich nicht mehr vergütet.
- Bei den Kliniken Meissenberg und Clenia Littenheid lagen die Aufwände um 0.3 Mio. Franken oder 40.7% bzw. 0.2 Mio. Franken oder 14.6% unter Budget, weil weniger Pflegetage für Zuger Patientinnen und Patienten in Rechnung gestellt wurden als budgetiert.
- über Budget lag indes der Aufwand für die Klinik Adelheid, für welche in der Laufenden Rechnung gemeinwirtschaftliche Leistungen von 2.4 Mio. Franken geleistet wurden (RRB vom 13.11.2012). Diese wurden als Teil der Vereinbarung betreffend Umwandlung und Rückzahlung der kantonalen Investitionsbeiträge fällig. Im Gegenzug hat die Klinik für rund 1.1 Mio. Franken weniger Pflegetage verrechnet. Insgesamt wurde das Budget der Klinik Adelheid um 1.2 Mio. Franken oder 27.8% überzogen.

Der Liegenschaftenertrag, d.h. die Miete des Zuger Kantonsspitals, wird neu der Baudirektion angerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %	
GD4030.0002 Zuger Kantonsspital AG						
	Ausgaben	-2'829'971.05	128'541.55	128'542	100.0	
	Einnahmen		12'338.70	12'339	100.0	
GD4030.0003 Klinik Adelheid AG						
	Ausgaben	-172'023.40	103'026.95	103'027	100.0	
	Einnahmen					
GD4030.0008 Pflegezentrum Luegeten						
	Ausgaben	-162'118.30	-106'000	-106'471.40	-471	0.4
	Einnahmen					
GD4030.0009 Pflegezentrum Baar						
	Ausgaben	-132'689.75	-147'000	-129'900.00	17'100	-11.6
	Einnahmen					
GD4030.0010 Pflegezentrum Ennetsee, Cham						
	Ausgaben	-75'621.05	-57'000	-51'000.00	6'000	-10.5
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Gesundheitsdirektion
4030 – Spitäler

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4030.0011	Pflegezentrum Neustadt					
	Ausgaben		-20'000	-13'290.00	6'710	-33.6
	Einnahmen					
GD4030.0012	Psychiatrische Klinik Zugersee					
	Ausgaben	-623'717.05		53'578.55	53'579	100.0
	Einnahmen					
GD4030.0014	Schlussabrechnung Pflegeheim Neustadt, Zug					
GD4030.0015	Rückzahlung Darlehen Klinik Adelheid AG					
	Ausgaben					
	Einnahmen			4'617'500.00	4'617'500	100.0
GD4030.0016	Rückzahlung Darlehen Zuger Kantonsspital AG					
	Ausgaben					
	Einnahmen			2'057'994.00	2'057'994	100.0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-3'996'140.60	-330'000	-15'514.35	314'486	-95.3
	Einnahmen			6'687'832.70	6'687'833	100.0
	Saldo	-3'996'140.60	-330'000	6'672'318.35	7'002'318	-2'121.9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Mit der neuen Spitalfinanzierung beteiligt sich der Kanton nur noch indirekt über die Vergütung des Kostenanteils pro Fall an der Finanzierung von Spitalinvestitionen. Da Ende 2011 die Schlussabrechnungen für die Investitionen des Zuger Kantonsspitals, der Klinik Adelheid und der Psychiatrischen Klinik Zugersee noch nicht vorlagen, wurden für 2012 Abgrenzungen vorgenommen. Im Einzelnen konnten die Investitionsrechnungen wie folgt abgeschlossen werden:

- Das Zuger Kantonsspitals verrechnete rund 128'000 Franken weniger als im 2012 abgegrenzt wurde.
- Die Schlussabrechnung der Klinik Adelheid AG fiel rund 103'000 Franken tiefer aus als 2011 abgegrenzt wurde.
- Die Psychiatrische Klinik Zugersee verrechnete rund 54'000 Franken weniger als Ende 2011 abgegrenzt worden war.

Gemäss neuem Spitalgesetz mussten die früheren Investitionsbeiträge an das Zuger Kantonsspital und an die Klinik Adelheid in ein Darlehen umgewandelt und an den Kanton zurückerstattet werden. Dank einer einvernehmlichen Vereinbarung zwischen Regierungsrat und den beiden Kliniken haben diese vor Ende Jahr die vereinbarten Beträge überwiesen (RRB vom 13. November 2012) (GD4030.15 und GD4030.16).

Die definitiven Investitionsabrechnungen der Pflegezentren Baar, Cham und Neustadt waren für den Jahresabschluss noch nicht verfügbar.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Gesundheitsamt (GeA) mit seinen operativen Aufgaben arbeitet sehr vernetzt: Wo immer möglich werden die Dienstleistungen in Kooperation mit Gemeinden, NGOs und Unternehmen erbracht. Dabei wird das Subsidiaritätsprinzip streng befolgt. Die Themen- und Zielgruppenauswahl erfolgt aufgrund klarer wissenschaftlicher Indikation. Ziel aller Massnahmen ist die Befähigung resp. die Wiederherstellung der Kompetenz zum eigenverantwortlichen, gesundheitsbewussten Handeln. Die Ziele konnten 2012 grossmehrheitlich erreicht werden.

Gesundheitsförderung und Prävention

Mit einem Zwischenbericht wurde die erfolgreiche Umsetzung der Krebsstrategie dokumentiert. Der Schwerpunkt der Massnahmen liegt in der jetzigen Umsetzungsphase in der Früherkennung von Krebserkrankungen: Je früher Krebserkrankungen erkannt werden, desto besser sind die Heilungsaussichten. Eine Bevölkerungsbefragung zu diesem Thema hat gezeigt, dass die Zuger Bevölkerung nur ungenügend über die Möglichkeiten der Früherkennung von Krebserkrankungen informiert ist.

Die Strategie «Psychische Gesundheit Kanton Zug 2007 bis 2012» wurde erfolgreich abgeschlossen. Kennzeichnend für die Aktivitäten in diesem Bereich waren die intensive und gute Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen.

In der Alkoholprävention wurden die Aktivitäten in den Schulen und mit den Gemeinden zur Qualifizierung des Verkaufs- und Ausschankpersonals hinsichtlich der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen intensiviert. Der Alkoholmissbrauch von Jugendlichen bleibt eine grosse Herausforderung im Kanton Zug.

Am Experiment Nichtrauchen haben sich wiederum zahlreiche Schüler beteiligt. Dies zeigt, wie engagiert die Lehrpersonen an den Schulen des Kantons Zug sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Prävention an Schulen sehr von den jeweiligen Lehrpersonen abhängt. Deshalb ist heute nicht gewährleistet, dass alle Zuger Kinder und Jugendlichen die notwendigen Informationen über die Folgen des Rauchens, des Alkoholmissbrauchs oder des Drogengebrauchs erhalten.

Im Bereich Bewegung und Ernährung konnte der Vertrag mit Gesundheitsförderung Schweiz verlängert werden. Dadurch erhält der Kanton Zug jährlich 130'000 Franken für diese Themen. Die Bewegungsförderung ist in unserem Kanton wichtiger als das Fördern der gesunden Ernährung (dort hat die Zuger Bevölkerung ein gutes Wissen). Deshalb wurde das Projekt Purzelbaum in weiteren Kindergärten eingeführt und wird neu auch in Kindertagesstätten verbreitet.

Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen

Die Anzahl der Personen in der Beratung blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil, ebenso die Anzahl der geführten Gespräche. Der Beratungsschnitt von unter drei Gesprächen je Person zeigt, dass die Suchtberatung als niederschwelliges Angebot gut angenommen wird (viele Beratungen, die nur ein oder zwei Gespräche dauern).

Zwei Drittel der Klienten waren Männer, ein Drittel Frauen. Wie in den Vorjahren war bei zwei Dritteln der Beratungen Alkohol das Hauptproblem. Erneut zugenommen haben die Beratungen bei Problemen mit Cannabiskonsum, welche hauptsächlich Jugendliche betrafen. Mehrheitlich werden betroffene Personen beraten, knapp ein Fünftel der Beratungen wurde mit Angehörigen geführt.

Mit Informationsveranstaltungen für Schulen, Vereine und Firmen zu Themen wie Suchtgefährdung, Suchtverhalten, Suchtmittel und Früherkennung konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Personen erreicht werden. Die Zahl der erreichten Jugendlichen verdoppelte sich. Als erste Gemeinde im Kanton Zug erarbeitet Neuheim ein Konzept zur Früherkennung und Frühintervention und wird dabei durch das Gesundheitsamt (Suchtprävention und Suchtberatung) unterstützt.

Die dreijährige Projektdauer von FOSUMIS (Forum Suchtmedizin Innerschweiz) wurde Ende 2012 abgeschlossen und das Projekt in ein festes Angebot überführt. In Zug fanden drei suchtspezifische Fortbildungsveranstaltungen statt, die von Fachpersonen und Ärzten gut besucht wurden. Es wird an der Erarbeitung des nationalen Online-Handbuchs für Hausärztinnen und Hausärzte mitgearbeitet.

Zusammen mit der Jugendanwaltschaft wurde ein neues Konzept für die Gruppenkurse für Jugendliche erarbeitet, die wegen Cannabis-Konsum angezeigt wurden. Neu werden drei Gruppenabende sowie ein Elternabend stattfinden.

Wissensmanagement und -transfer

Das richtige Verhalten wirkt sich gerade bei einer chronischen Krankheit kostensenkend aus. Deshalb wurde das Projekt «Evivo» gestartet. Es vermittelt chronisch Kranken die notwendigen Kompetenzen, selbstverantwortlich mit ihrer Krankheit umzugehen.

Organisatorisches

2012 gab es im GeA zwei Neueinstellungen. Das ISO-Erneuerungsaudit wurde 2012 wiederum ohne Auflagen bestanden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Gesundheitsamt fördert die Gesundheit der Zuger Bevölkerung, beugt mit zweckmässigen Präventionsmassnahmen Krankheiten vor und unterstützt Ratsuchende bei Fragen und Problemen zu Suchtmitteln und entsprechendem abhängigen Verhalten. Mit ausgewählten Aktivitäten fördert, entwickelt und verbreitet das Gesundheitsamt innovative Ideen und koordiniert wirksame Projekte zum Wohle der Zuger Bevölkerung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualität der Dienstleistungen sicherstellen	Aufrechterhaltungsaudit 2012 bestehen		
A	Strategie Gesundheitsamt entwickeln und einführen	Strategie Gesundheitsamt wurde vom Gesundheitsdirektor in Kraft gesetzt		Teilweise durch die Leitsätze der Gesundheitsdirektion erledigt
Leistungsgruppe 1: Gesundheitsförderung und Prävention				
2	Entwickeln und umsetzen der Strategien des Gesundheitsamtes zu Alkohol, Tabak, Krebs, gesundes Körpergewicht und psychische Gesundheit	- Meilensteine der Strategien erreicht - Nachfolgestrategie psychische Gesundheit sichergestellt		In den laufenden Strategien wurden die Meilensteine zum grössten Teil erreicht. Die Strategie Psychische Gesundheit wurde zurückgestellt
3	Attraktive Angebote für Schulen anbieten, hohe Beteiligung erreichen	- 35% der Zuger Oberstufenklassen nehmen am Experiment Nichtrauchen teil - 55% der Kindergärten setzen das Projekt Purzelbaum um - Am Projekt Freelance nehmen 10 Oberstufenklassen teil - Informationsveranstaltung für Lehrpersonen aller Schulstufen: 40 Lehrpersonen nehmen teil		
4	Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen in den Gemeinden stärken	Gemeindliche Alkoholpräventionsstrategien legen Fokus auf Vereinheitlichung der Bewilligungsverfahren für Alkoholpatente		Keine Priorität mehr der Gemeinden. Jedes Jahr geben sie unsere Unterlagen betr. Jugendschutz den Alkoholpatent-Inhabern
5	Stärkung der Vernetzung der Aktivitäten untereinander und mit dem Gesundheitsamt	Eine Koordinations-Veranstaltung mit Partnerorganisationen findet statt. Das Controlling und die Evaluation der erbrachten Dienstleistungen steigert die Qualität der Angebote		
L36	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter setzen	Ein Forum für Altersfragen wird durchgeführt. 60 Fachpersonen aus dem Kanton Zug nehmen daran teil		
Leistungsgruppe 2: Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen				
6	Beratung zu allen Aspekten einer Abhängigkeitserkrankung	530 Personen werden beraten. 2000 Beratungsgespräche werden durchgeführt		Es wurden 533 Personen beraten, jedoch nur 1'400 Beratungsgespräche durchgeführt
7	Arbeitgeber kontinuierlich über die Suchtproblematik am Arbeitsplatz informieren	Zwei Businesslunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt		
8	Strukturierte Früherkennung in Schulen, Spitälern und auf der Strasse (Polizei, Gassenarbeit) betreiben	Aufbau einer strukturierten Zusammenarbeit mit den Zuger Spitälern		Wurde gestoppt (siehe Kommentar)

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
B	Strategie der Suchtberatung entwickeln und einführen	Neue Strategie durch den Gesundheitsdirektor in Kraft gesetzt	●	Z.T. in den neuen Leitsätzen der Gesundheitsdirektion berücksichtigt
L35a L35b	Beratungs- und Kriseninterventionsangebot für Familien verstärken	Angebot wird überprüft, Bericht fliesst in Jahresplanung 2013 ein	●	Mit der Jugendstaatsanwaltschaft wurde das Konzept der Beratung/Bestrafung wegen Cannabismissbrauch straffälliger Jugendlicher überarbeitet
Leistungsgruppe 3: Wissensmanagement und -transfer				
9	Sensibilisieren und informieren der Bevölkerung über die individuellen Möglichkeiten, sich gesundheitsförderlich resp. krankheitsverhindernd zu verhalten	Teilnahme an Gesundheitstagen Zug, 450 persönliche Kontakte	●	
10	Teilnehmen an der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) 2012	Daten der SGB 2012 werden erhoben	●	
C	Prüfen, ob ein Zusammenschluss mit einer anderen Mediothek das Angebot für die Zuger Bevölkerung verbessern würde.	Entscheidungsgrundlage für einen Wechsel liegt vor	●	
D	Unterlagen des Internetangebotes können gut und leicht gefunden werden	Downloads + 10% Anzahl Besucher + 5%	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Da der neue Gesundheitsdirektor Leitlinien für die Gesundheitsdirektion erarbeitete, wurden sämtliche Arbeiten an den Strategien des Gesundheitsamtes gestoppt. Auch verschiedene Projekte wurden sistiert, damit der strategischen Neuausrichtung der Gesundheitsdirektion nicht vorgegriffen wurde.

Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes beim Bund hat zu neuen Rahmenbedingungen im Bereich der Früherkennung und Frühintervention geführt (BetmG 3c). Dies beeinflusst die Ziele 6, 8 und L35a/L35b. Die Arbeiten im Bereich Früherkennung und -intervention im Kanton Zug wurden gestoppt, um nach der Anpassung der entsprechenden kantonalen Gesetze auf einer klaren gesetzlichen Grundlage neu konzipiert zu werden. Dies ist unter anderem der Grund, weshalb nicht die geplante Anzahl Beratungsgespräche erreicht werden konnte (Ziel 6) und die Ziele 8 und L35a/L35b nicht resp. nur teilweise erreicht wurden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarung und Controlling	Anzahl		9	9
Gesundheitsförderung und Prävention an Schulen	Anzahl Klasseneinsätze		25	31
Beratungsgespräche Suchtberatung	Anzahl		2'000	1'400
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl		50	37
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl Jugendliche		40	71
Beratungsanfragen von Gemeinden und Gewerbe bezüglich Jugendschutz und Schutz vor dem Passivrauchen	Anzahl		30	32
Ausleihen der Mediothek	Anzahl Kunden		70	56

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der Schutz vor dem Passivrauchen stellt für Gemeinden und Gewerbe kaum ein Problem dar. Fragen gibt es immer häufiger zum Jugendschutz bezüglich des Rauchens (Abgabeverbot an unter 18-Jährige): Wer kontrolliert, wer kann anzeigen? Diese Verfahrensfragen sind mit dem Ordnungsbussengesetz gelöst worden.

Die Anzahl Beratungsgespräche konnte nicht erreicht werden. Zum einen war die Zielsetzung sehr ambitiös (Durchschnitt der letzten drei Jahre waren weniger als 1500 Gespräche mit einer Spitze von 1700 Gesprächen 2010. Die Steigerung von 2009 auf 2010 um 200 Gespräche bildete die Basis für die Ziele 2012), zum anderen konnte die Meldestelle BetmG 3c noch nicht eingerichtet werden. Die Meldestelle wird bei der Suchtberatung rund 200 zusätzliche Gespräche generieren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'550'027.11	-3'763'800	-3'604'164.86	159'635	-4.2
Total Ertrag	603'920.05	658'000	604'318.50	-53'682	-8.2
Saldo	-2'946'107.06	-3'105'800	-2'999'846.36	105'954	-3.4

Kommentar Rechnung

Aufgrund der Entwicklung von Leitlinien für die Gesundheitsdirektion wurden verschiedene Projekte und Massnahmen sistiert. Deshalb fallen die Ausgaben im Bereich von Gesundheitsförderung und Prävention um 148'000 Franken tiefer als budgetiert aus (Leistungsgruppe 1). Die Personalkosten liegen zudem um 40'000 Franken unter dem Budget: Die nicht beanspruchte Teuerung von 0.9% sowie Mutationsgewinne führten zu diesem besseren Ergebnis. Im Konto Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck musste aufgrund des Defizits in der vergangenen Vertragsperiode bei der Mütter- und Väterberatung eine Rückstellung in der Höhe von 85'000 Franken eingestellt werden. Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).» Der Ertrag fällt geringer aus, weil ein vorgesehene Projekt im Bereich der Gesundheitsförderung im Betrieb nicht realisiert wurde und deshalb die im Budget 2012 geplante finanzielle Unterstützung von Gesundheitsförderung Schweiz nicht eingeworben werden konnte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung stellte für das Medizinalamt (MedA) die grösste Herausforderung dar. Die Verdoppelung des Rechnungsvolumens konnte nur mit zusätzlicher personeller Unterstützung bewältigt werden. Aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (Erteilung von Bewilligungen, Inspektionen und Kontrollen) bildeten den zweiten Schwerpunkt der Aktivitäten. Die aufgrund eines drohenden Personal mangels erforderliche Reorganisation der Legalinspektionen bei aussergewöhnlichen Todesfällen gelang trotz intensiver, zeitaufwendiger Bemühungen und Verhandlungen mit möglichen Partnern nicht.

Jahr im Zeichen der Spitalfinanzierung und der Aufsichtstätigkeit

Das Geschäftsjahr stand für das MedA ganz im Zeichen der Umsetzung der neuen Abrechnungen mit Fallpauschalen (SwissDRG) für akutsomatische Spitäler. Der Kanton Zug beteiligt sich seit dem 1. Januar 2012 finanziell an allen zur Leistungserbringung zugelassenen öffentlichen und neu auch privaten Spitälern und Kliniken der Schweiz. Die Umstellung auf die Fallpauschalen gelang indes nicht allen Spitälern reibungslos. Das MedA musste spezielle Lösungen mit dem Schweizer Paraplegikerzentrum in Nottwil und der Aeskulaplinik in Brunnen vereinbaren. Die Zuger Spitalliste 2012 mit den differenziert gelisteten Leistungsbereichen hat sich bewährt. Regressforderungen an andere Versicherungsträger brachten des Weiteren insgesamt 262'000 Franken ein.

Kantonsarzt und Heilmittelinspektor mussten in drei grossen Aufsichtsverfahren gegen Medizinalpersonen aufwändige Praxisinspektionen durchführen.

Betriebs- und Berufsausübungsbewilligungen

Die voraussichtliche Wiedereinführung der Zulassungsbeschränkung für Leistungserbringer zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für Spezialärztinnen und -ärzte ab 1. April 2013 führte im zweiten Halbjahr zu einem sprunghaften Anstieg der Bewilligungsgesuche (Verdoppelung). Der Kantonsarzt musste in diesem Zusammenhang auch zahlreiche berufliche Leumundszeugnisse für die Erwirkung einer Bewilligung zur Berufsausübung in einem anderen Kanton ausstellen. Das Bundesgesetz über den Binnenmarkt, das den vereinfachten Marktzugang für ausserkantonale Dienstleister ermöglicht, kommt bei immer mehr Gesuchstellern zum Zug. Programmierschwierigkeiten führten zur Verzögerung des Ausbaus der internetbasierten Dienstleistungen (E-Government).

Übertragbare Krankheiten

Epidemiologisch war 2012, abgesehen von den üblichen, kleineren Ausbrüchen von Noroviruserkrankungen und einzelnen Tuberkulosefällen, ruhig. Der Kanton Zug nahm wiederum an der alle drei Jahre durchgeführten gesamtschweizerischen Durchimpfungsstudie bei Kindern und Jugendlichen teil. Die Auswertung wird 2013 vorliegen. Die in Aussicht gestellte Überarbeitung des Bundespandemieplans verzögert sich weiterhin, weshalb der Pandemieplan des Kantons Zug nicht angepasst wurde.

Legalinspektionen

Der Kantonsarzt nimmt zusammen mit seinem Stellvertreter und fünf nebenamtlich tätigen Amtsärzten im Auftrag der Staatsanwaltschaft und auf Aufgebot der Polizei die Leichenschauen bei aussergewöhnlichen Todesfällen vor. Eine anhaltende Vakanz und weiterer drohender Personal mangel stellen dieses Pikett in Frage, weshalb Verhandlungen zur Unterstützung mit dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich und dem neu gegründeten Institut für Rechtsmedizin des Kantonsspitals Aarau aufgenommen wurden. Nach anfänglicher Zusage sehen sich jedoch beide Institutionen aus personellen und finanziellen Gründen derzeit nicht in der Lage, den Kanton Zug im amtsärztlichen Pikett zu unterstützen.

Suchthilfe

Die Kontakt- und Anlaufstelle K+A in Luzern registrierte per 31. Dezember 2012 29 Personen aus dem Kanton Zug, sechs weniger als 2011, dem ersten Jahr nach der vorgängigen, zweijährigen Pilotphase. Der Bedarf für das Angebot ist damit ausgewiesen.

Schulärztlicher Dienst

Am 1. April 2012 wurde die Funktion des kantonalen Schularztes infolge Pensionierung neu besetzt. Unter Leitung des kantonalen Schularztes verfasste eine Arbeitsgruppe, bestehend aus gemeindlichen Schularztpersonen, einer Gemeindevertretung und einer Vertretung der Schulrektoren, einen Bericht zur möglichen Reorganisation der gemeindlichen und kantonalen schulärztlichen Dienste. Vorgeschlagen werden die Wiedereinführung von Impfangeboten durch die Schulärztinnen und -ärzte und die Vereinheitlichung der Reihenuntersuchungen in den verschiedenen Schulen. Die Gemeindepräsidentenkonferenz wird darüber 2013 entscheiden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Medizinalamt ist vor allem tätig im Bereich der Gesundheitspolizei und der damit verbundenen Intervention und Prävention. Es nimmt Koordinationsaufgaben der Suchthilfe resp. gemeindlichen sowie privaten Schularztdienste wahr und vollzieht die Schularztdienste der kantonalen Schulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
L28	E-Government: Ausbau internetbasierte Dienstleistung	Alle wichtigen Dokumente und Formulare elektronisch zugänglich	<input type="radio"/>	Zeitliche Verzögerung bei der Programm-entwicklung
Leistungsgruppe 1: Kantonsärztlicher Dienst				
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	100% der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	<input checked="" type="radio"/>	
2	Wirksame Aufsicht	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreif	<input checked="" type="radio"/>	
3	Effiziente Erledigung von Kostengutsprachegesuchen für ausserkantonale Spitalaufenthalte	90% der Kostengutsprache gesuche innert fünf Tagen erledigt. 100% der Spitalrechnungen rechnerisch, 10% stichprobenweise fachlich kontrolliert	<input checked="" type="radio"/>	
4	Konsequente Kostenkontrolle	100% der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet	<input checked="" type="radio"/>	
A	Reorganisation der amtlichen Leichenschauen	Direktionsübergreifende Reorganisation der amtlichen Leichenschauen (mit Polizei, Staatsanwaltschaft)	<input type="radio"/>	Keine Umsetzung wegen des unerwarteten Ausstiegs der externen Partner
L46a	Speditive Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen	80% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreif	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 2: Heilmittelkontrolle				
5	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	90% der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	<input checked="" type="radio"/>	
6	Sicherer Umgang mit Betäubungsmitteln	18 Inspektionen von Betrieben mit Betäubungsmitteln Eine überwachte Entsorgungsaktion	<input checked="" type="radio"/>	
L46a	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	80% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreif	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Suchthilfe				
7	Koordinierte Suchthilfe	Organisation und Durchführung einer Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft. 15 Fachbesprechungen mit den fünf Suchthilfeinstitutionen	<input checked="" type="radio"/>	
8	Effiziente Sekretariatsführung	RRB auf die Junisitzung der Drogenkonferenz beschlussbereit	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Schulärztlicher Dienst				
9	Effizienter Schulärztlicher Dienst	Untersuchungen an den kantonalen Schulen bis 30. Juni abgeschlossen. Interventionen bei epidemiologischen Ereignissen innert 48 h	●	
10	HPV-Impfmöglichkeit für Mädchen und junge Frauen	Mindestens 25 Ärztinnen und Ärzte im kantonalen HPV-Impfprogramm	●	
B	Reorganisation der Schulärztlichen Dienste	Reorganisation der Schulärztlichen Dienste festgelegt (ob und wie)	◐	Entscheid der Gemeindepräsidentenkonferenz im Januar 2013
Leistungsgruppe 5: Kommissionen und Notorganisation				
11	Hohe Qualität der fachlichen Beurteilungen der Kommission psychologische Psychotherapie	100% der GD-Entscheide folgen der Empfehlung der Kommission	●	
C	Konzentration der Belange des koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) auf eine Person	Erarbeitung eines Pflichtenhefts	◐	Pflichtenheft noch ausstehend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Für die Reorganisation der Schulärztlichen Dienste (Zielsetzung B) wurde der erarbeitete Vorschlag im Januar 2013 von der Gemeindepräsidentenkonferenz angenommen. Er wird im laufenden Jahr umgesetzt werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Epidemiologische Fälle	Anzahl		335	305
Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle	Anzahl		730	806
Kostengutsprachen	Anzahl		> 2'800	4'984
Kostengutsprachen, Beschwerdefälle	Anzahl		> 2	0
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)		70	77
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl		95	127
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)		270	230
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen		800	714

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Kostengutsprachen: Aufgeführt sind gemäss Planung 2011 im Budget wie früher die ausserkantonalen Spitäler. Die Rechnung 2012 enthält jedoch über diese Planung hinaus 1283 Rechnungen innerkantonaler Aufenthalte in den psychiatrischen Kliniken. Die Gesundheitsdirektion hat diese Rechnungen 2012 dem Medizinalamt übertragen
- Kostengutsprachen, Beschwerdefälle: Trotz dem einschneidenden Wechsel in der Spitalfinanzierung sind Beschwerden bei abgelehnten Gesuchen ausgeblieben
- Schuluntersuchungen: In einzelnen Klassen weniger Jugendliche als in den Vorjahren

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'923'094.75	-2'330'400	-2'168'094.12	162'306	-7.0
Total Ertrag	178'538.55	286'400	280'770.43	-5'630	-2.0
Saldo	-1'744'556.20	-2'044'000	-1'887'323.69	156'676	-7.7

Kommentar Rechnung

- Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003)
- Das Budget wurde um 156'000 Franken unterschritten wegen verschobener EDV-Anpassungen (51'000 Franken), weniger epidemiologischen Massnahmen (57'000 Franken), budgetierter, nicht ausgeglichener Teuerung sowie Mutationen beim Personal (27'000 Franken) und niedrigeren Beiträgen an die Gemeinden

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war geprägt durch eine weitere Zunahme der Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD). Zusätzliche Schwerpunkte bildeten die gemeinsame Psychiatrieplanung für das Psychiatriekonkordat Uri/Schwyz/Zug sowie die weitere Umsetzung des Konzeptes «Früherkennung und Suizidprävention im Kanton Zug».

Allgemeines

In beiden Abteilungen der APD erhöhte sich die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Berichtsjahr deutlich. Die Anzahl der Patientinnen und Patienten wie auch diejenige der Konsultationen stieg dabei im Vergleich zu den Vorjahren überproportional an. Neben dem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum im Kanton Zug ist die Zunahme wohl auch auf die Anstrengungen der letzten Jahre im Bereiche der Sensibilisierung der Bevölkerung betreffend psychischer Erkrankungen sowie deren damit einhergehende Entstigmatisierung verantwortlich. Bei der starken Nachfrage konnten trotz Stellenerweiterungen gewisse Engpässe insbesondere bei den regulären Anmeldungen nicht immer vermieden werden. Die Suche nach geeigneten Fachkräften wird immer schwieriger, mit einem verstärkten Engagement in der Ausbildung von Fachärzten soll deren Rekrutierung erleichtert werden. Der Mangel an Büroräumlichkeiten erforderte erstmals die Schaffung von «mobilen» Arbeitsplätzen.

Die gemeinsame Psychiatrieplanung Uri/Schwyz/Zug schreitet weiter voran. Zur Konkretisierung und Koordination der zukünftigen Zusammenarbeit wurde eine Expertengruppe aus Fachleuten der Psychiatrie und Vertretern des Konkordatsrates eingesetzt.

Die Umsetzung des Konzeptes «Früherkennung und Suizidprävention im Kanton Zug» schritt weiter voran. U.a. war die diesjährige Fachtagung dem Thema «Familie und psychische Gesundheit» gewidmet, eine Filmmatinée mit Podiumsdiskussion beleuchtete die Situation von Hinterbliebenen von Suizidopfern. Entlang der Bahnstrecke in Oberwil wurden in Zusammenarbeit mit der SBB und der Baudirektion Sicherungsmassnahmen realisiert. Die von dritter Seite im Nationalrat eingereichte Interpellation «Suizidprävention schweizweit auf das Niveau des Kantons Zug anheben» zeigt die Beachtung, die dieses Pilotprojekt über die Kantonsgrenzen hinaus gefunden hat.

Fallzunahme beim Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene (APD-E) war eine Zunahme der Patientinnen und Patienten um 7% zu verzeichnen, der Anteil der Frauen nahm dabei deutlich stärker zu. Mit der zunehmenden Anzahl psychischer Störungen im Alter gewinnt auch die Alterspsychiatrie an Bedeutung, deshalb wird auch die Zusammenarbeit mit Alters- und Pflegeeinrichtungen immer wichtiger. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Berichtsjahr mit dem Alterszentrum Frauensteinmatt in Zug abgeschlossen. Die langjährige Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel wurde von letzterer per Mitte 2012 gekündigt. Der gefängnispsychiatrische Dienst wird neu auf privater Basis organisiert.

Steigende Fallzahlen auch im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ) stieg die Anzahl behandelte Kinder und Jugendliche gegenüber dem Vorjahr um über 18% an. Zunehmend werden Kinder und Jugendliche zugewiesen wegen emotionalen Störungen und Verhaltensauffälligkeiten als Folge von Belastungen im familiären wie im schulischen Umfeld. Eine enge Zusammenarbeit mit Fachpersonen aus dem Schulwesen ist dabei unabdingbar. Eine grosse Herausforderung stellt der Mangel an stationären Behandlungsplätzen für Kinder und Jugendliche in ausserkantonalen Einrichtungen dar - der Kanton Zug verfügt über keine eigenen Plätze. Hier sind neue Lösungsansätze gefragt, eine verstärkte Zusammenarbeit in der Zentralschweiz wurde durch den Gesundheitsdirektor in Auftrag gegeben.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärzte/innen, Psychiater/innen und Psychotherapeuten/innen in Praxis, Beratungsstellen u.a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)				
1	Fachgerechte Behandlung: Der APD-E gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil	<input checked="" type="radio"/>	
2	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 13 Tage	<input type="radio"/>	14.8 Tage, weil vakante Stellen erst später und zu geringerem Beschäftigungsgrad als budgetiert besetzt werden konnten – bei gleichzeitig verstärkter Nachfrage
3	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	<input checked="" type="radio"/>	Notfallmässige Kontakte im Durchschnitt innerhalb von 4 Stunden
4	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-E erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	<input type="radio"/>	KDG = 60.2%; geringerer Ertrag wegen Stellenvakanzen im therapeutischen Bereich sowie Taxpunktwert-Senkung. Zudem aufgrund Krankheitsabsenz höhere Lohnkosten für Aushilfspersonal
A	Suchtmedizin	Intensivierung der Zusammenarbeit mit der direktioneigenen Suchtberatung. Ausbau der Unterstützung der Mitarbeitenden weiterer Fachstellen zur Suchtbehandlung im Kanton Zug	<input checked="" type="radio"/>	
B	Gerontopsychiatrischer Dienst	Ausbau des spezialisierten ambulanten gerontopsychiatrischen Abklärungs-, Behandlungs- und Konsiliarangebots: <ul style="list-style-type: none"> - Strukturierte ambulante Demenzabklärungen - Therapeutische Gruppenangebote für ältere Menschen mit und ohne Demenz (Gedächtnistraining, Umgang mit Verlust usw.) - Unterstützung zu Hause (Hausbesuche durch mobile Equipen in Zusammenarbeit mit Spitex) - Unterstützung der Mitarbeitenden von Alters- und Pflegeheimen (Fallbesprechungen, Fortbildungen, Projektarbeit) 	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012	Kommentar
Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)			
5	Fachgerechte Behandlung: Der APD-KJ gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil (intern und/oder extern)	●
6	Fristgerechte Behandlung: Der APD-KJ erbringt fristgerechte Behandlungen	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 13 Tage. Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	◐ Längere Wartedauer (16.8 Tage) aufgrund Vakanz, resp. reduziertem BG bei Facharzt-Stelle bei gleichzeitig verstärkter Nachfrage. Notfallmässige Kontakte im Durchschnitt innerhalb von 3 Stunden
7	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-KJ erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der AP-Dienste beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	○ KDG = 60.2%; vgl. Begründung zu Zielsetzung 4
C	Neuropsychologie	Erweiterung der neuropsychologischen Fachkompetenz zur Abklärung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit neuropsychologischen Defiziten. Angebote von Einzel- und Gruppentherapien	◐ Die entsprechende Neuropsychologie-Ausbildung startet erst 2013. Zur Überbrückung wurde eine neuropsychologische Supervision installiert
D	Kinderschutz	Verstärkte Mitwirkung in der Kinderschutzgruppe des Kantons Zug	◐ Personelle Umstrukturierungen in der Leitung der Kinderschutzgruppe waren verbunden mit konzeptuellen Änderungen. Die Mitwirkung des APD-KJ blieb damit auf Vorjahres-Niveau

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Patientinnen und Patienten	Anzahl	1'657	1'900	1'829
Konsultationen	Anzahl	12'275	13'100	13'127
Taxpunktwert (Tarmed)	CHF	0.89	0.89	0.89 bzw. 0.88

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Das Budget wurde mit einem Taxpunktwert von 0.89 berechnet. Aufgrund von im Jahr 2012 neu ausgehandelten Tarifverträgen wurde der Taxpunktwert für rund 75% der Krankenversicherer von 0.89 auf 0.88 gesenkt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'786'706.78	-4'478'100	-4'180'502.08	297'598	-6.6
Total Ertrag	2'430'118.90	2'860'000	2'516'014.90	-343'985	-12.0
Saldo	-1'356'587.88	-1'618'100	-1'664'487.18	-46'387	2.9

Kommentar Rechnung

Aufwand: vakante Stellen konnten erst später und zugleich mit geringerem Beschäftigungsgrad als vorgesehen besetzt werden. Andererseits musste infolge langer Krankheitsabsenz im Sekretariat eine zusätzliche Aushilfskraft angestellt werden.

Ertrag: Wegen der Senkung des Taxpunktwertes und der Stellenvakanzen konnte der Ertrag gegenüber dem Vorjahr nur um 3.5% gesteigert werden.

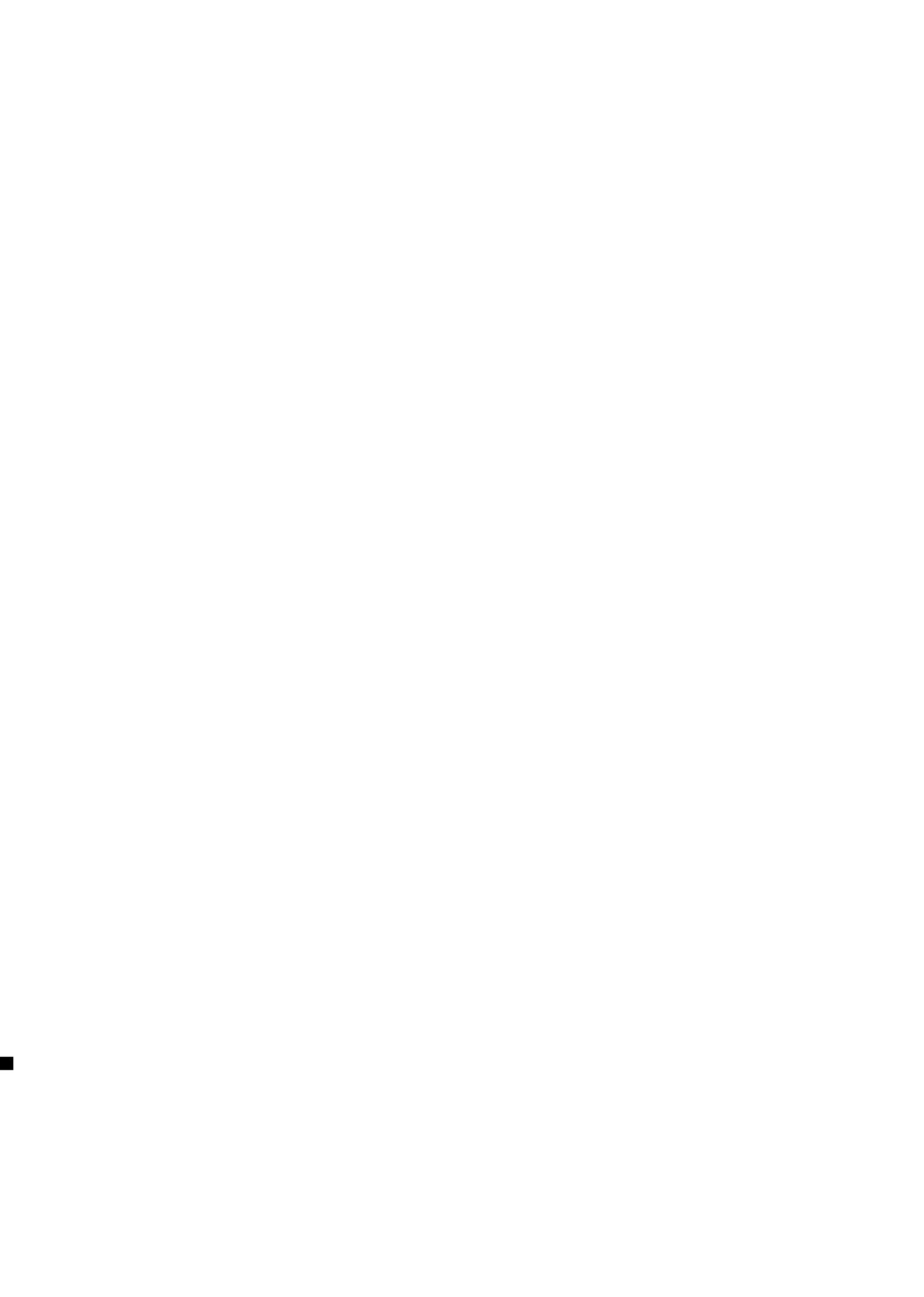
5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Kantonssteuererträge haben unter Budget abgeschlossen. Gleichzeitig sind die Zahlungen an den nationalen Finanzausgleich erneut markant gestiegen.

Steuergesetz auf 2012 und Steuerverordnung auf 2013 revidiert

Auf den 1. Januar 2012 trat die 4. Teilrevision des Steuergesetzes in Kraft. Sie brachte insbesondere Entlastungen für Familien mit Kindern, eine Ausdehnung des Mietzinsabzugs auf den Mittelstand und eine massvolle Senkung der Gewinnsteuern juristischer Personen. Zudem wurden diverse Anpassungen ans übergeordnete Bundesrecht vorgenommen und es wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, damit die Steuerverwaltung die Verlustscheinbewirtschaftung zentral für weitere kantonale Ämter und Gerichte übernehmen kann. Im Sinne eines Pilotversuchs hat die Steuerverwaltung Ende 2012 mehr als 2000 Verlustscheine des Obergerichts übernommen. Für 2013 ist eine Ausdehnung auf weitere Ämter und Gerichte geplant.

Auf 1. Januar 2013 wurde zudem die Verordnung zum Steuergesetz teilrevidiert. Sie enthält nun neu Bestimmungen zur Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen. Dank der übergangsweisen Regelung in der Steuerverordnung konnte auf eine formelle Gesetzesrevision per 2013 zur Umsetzung übergeordneten Bundesrechts verzichtet werden.

Steuerertrag 2012 insgesamt unter den Erwartungen

Bei den Kantonssteuererträgen konnten die budgetierten Wachstumsraten trotz Bevölkerungszunahme und steigender Unternehmenszahlen klar nicht erreicht werden. Dagegen konnten bei den Bundessteuererträgen, an denen der Kanton teilweise mitpartizipiert, unerwartet hohe Erträge erzielt werden. Zum Mehrertrag haben vor allem einige wenige Unternehmen beigetragen.

Nationaler Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich erneut gestiegen

Der Anteil des Kantons Zug am nationalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich ist auf 2012 einmal mehr markant angestiegen, und zwar um 22.9 Mio. Franken oder 9.6% von 239.2 auf 262.1 Mio. Franken. Die Gemeinden haben sich daran mit 33.5 Mio. Franken beteiligt.

Acht Jahre nach der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird das System auf 2016 erneut überprüft (Wirksamkeitsbericht). Der Kanton Zug nimmt eine tragende Rolle in der Konferenz der Geberkantone ein.

Geberkantone erarbeiten neue Positionen gegenüber Bund

Die zunehmende Belastung der Geberkantone durch den nationalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich hat sie veranlasst, Vorschläge zur Anpassung des Ausgleichssystems zu erarbeiten. Der Kanton Zug arbeitet intensiv in der Geberkonferenz (auf strategischer Ebene, Vertreter Kanton Zug ist der Finanzdirektor) und in der Arbeitsgruppe der Geberkonferenz (operative Ebene, Vertreter Kanton Zug ist der Generalsekretär) mit. Neu erarbeitete Positionen im Hinblick auf den nächsten Wirksamkeitsbericht: Steuerdumpingregel, Gewichtung der Gewinne juristischer Personen, Wirksamkeit des nationalen Finanzausgleichs, Einbezug Wasserzinsen, Kommunikationskonzept und Massnahmen ab 2013. Wir stellen auf Bundesebene ein zunehmendes Verständnis für die Positionen der Geberkantone fest.

Personalrecht justieren

Mit der Teilrevision des Personalgesetzes sollen die Anstellungsverhältnisse vereinheitlicht und eine gesetzliche Grundlage für das Whistleblowing geschaffen werden. Das Begünstigungsverbot und das Verbot der Annahme von Geschenken werden neu in das Personalgesetz eingefügt. Personalgeschäfte betreffend das oberste Kader sollen neu an die Direktionen delegiert werden können. Die Kompetenzen und Aufgaben des Personalamtes werden auf Gesetzesstufe definiert. Die Mitglieder der Kommission sind bestimmt, die Beratungen beginnen anfangs 2013.

Zuger E-Government-Strategie erfolgreich

Der elektronische Geschäftsverkehr ist auch in der Zuger Kantonsverwaltung nicht mehr wegzudenken. Nach fünf Jahren Aufbauarbeit steht eine solide Infrastruktur, die Mitarbeitenden sind ausgebildet, das Budget ist eingehalten und zahlreiche Anwendungen sind in Betrieb. Damit wurden die wichtigsten E-Government-Ziele erreicht. Gleichzeitig wachsen die Ansprüche an den Kanton als Dienstleister. Dank der guten Vorarbeit ist Zug dafür bestens gerüstet.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben musste 2012 eine Totalrevision des Pensionskassengesetzes eingeleitet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Unterstützung des Finanzdirektors bei seiner Arbeit in der Konferenz der NFA-Geberkantone.

Totalrevision Pensionskassengesetz

Änderungen von übergeordneten bundesrechtlichen Vorgaben, neue versicherungstechnische Grundlagen, anhaltend tiefe Zinsen, Verwerfungen an den Kapitalmärkten, flexiblere Arbeitszeitmodelle und Entlöhnungssysteme bedingen zwingende Anpassungen des Pensionskassengesetzes. Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion erarbeitete für den Regierungsrat – in Zusammenarbeit mit der Pensionskasse und dem externen Pensionskassenexperten – den Entwurf für ein total revidiertes Pensionskassengesetz. Anschliessend begrüsst es alle Gemeinden, Parteien und Verbände und überarbeitete die Vorlage für die zweite Lesung im Regierungsrat. Nach der Bestellung der kantonsrätlichen Kommission führt das Direktionssekretariat nun das Kommissionssekretariat.

Innerkantonaler Finanzausgleich (ZFA)

Im vergangenen Jahr wurde der erste Wirksamkeitsbericht zum innerkantonalen Finanzausgleich erstellt und dessen Ergebnisse in einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Konferenz der Finanzchefinnen und -chefs der Zuger Gemeinden sowie der Finanzdirektion des Kantons Zug diskutiert. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Ziele des innerkantonalen Finanzausgleichs, insbesondere die Angleichung der Steuerfüsse der Zuger Gemeinden, mit dem bestehenden System erreicht werden. Hingegen sind die Ausgleichsleistungen der Geber in den Jahren 2008 bis 2012 bedeutend stärker gewachsen als erwartet. Zurzeit wird von den Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton nach Möglichkeiten für Entlastungen der beitragspflichtigen Gemeinden gesucht. Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion begleitet und unterstützt diese Arbeitsgruppe.

Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget

Seit dem 1. Januar 2012 werden die kantonalen Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Im Zuge dieser Neuerung galt es – nach dem Budgetbuch – auch die Berichterstattung neu zu gestalten. Der Regierungsrat genehmigte dazu am 19. Juni 2012 das von einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept für eine umfassende Neugestaltung von Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht: Diese erscheinen neu nicht mehr als separate Dokumente, sondern werden zu einem Geschäftsbericht vereint. Die statistisch relevanten Daten sind ab Berichtsjahr 2012 im Gefäss der Statistikwebsite enthalten (www.zug.ch/statistik). Mit dem neuen übersichtlichen und attraktiven Geschäftsbericht informieren Regierung und Verwaltung über die wichtigsten Ereignisse im Berichtsjahr. Um die Verwaltungsstellen in allen Phasen der Prozesse «Budget und Finanzplan» sowie «Geschäftsbericht» zu unterstützen, wurde in Zusammenarbeit mit einer externen Softwarefirma eine Datenbank entwickelt.

Leistungsvereinbarungen, Subventionsvereinbarungen

Der vom Regierungsrat am 14. Juni 2011 erlassene neue Mustervertrag (inkl. allgemeine Geschäftsbedingungen) sowie die dazugehörige Checkliste für den Verhandlungsablauf bei Leistungsvereinbarungen mit Privaten Dritten (flexibles Phasenmodell) hat sich in der Praxis bewährt. Insgesamt hat das Direktionssekretariat der Finanzdirektion im Jahr 2012 13 Leistungs- bzw. Subventionsvereinbarungen vorgeprüft bzw. bei deren Ausgestaltung mitgewirkt und die entsprechenden Direktionen fachlich unterstützt.

Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz und Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren

Die verwaltungsinterne Vernehmlassung wurden ausgewertet und die Ergebnisse in die Gesetzes- und Verordnungsvorlage eingearbeitet. Die Machbarkeit der geplanten Lösung wurde technisch verifiziert und auf deren Praktikabilität hin überprüft. Einzelne technische Komponenten wurden in Form von Prototypen getestet. Die überarbeitete Gesetzesvorlage wird im zweiten Quartal 2013 in die verwaltungsexterne Vernehmlassung gehen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das FDS Kantonsrats- und Regierungsratsvorlagen der Finanzdirektion und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit finanziellen oder personellen Auswirkungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	- Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet - Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 1 Monat - Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR		Aus Kapazitätsgründen konnte nicht in allen Fällen innert 1 Monat nach Abschluss des Instruktionsverfahrens ein Antrag gestellt werden
2	Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST) und zum FHG	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert zwei Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist		
3	Qualitätssicherung der Vertragsabschlüsse und des Submissionswesens der FD	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich		
4	Qualitätssicherung und Know-how-Aufbau Personalrecht	4 bis 6 halbtägige Schulungen		
A	Erarbeitung Verordnung über die Rückerstattung von Investitionsbeiträgen des Kantons an private Dritte im Rahmen von Leistungsvereinbarungen	Verordnung bis 30. Juni vom Regierungsrat verabschiedet		
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
5	Hohe Qualität der Anträge der FD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
6	Fristgerechte Bearbeitung der Parlamentarischen Vorstösse	100% innert Frist		
7	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	100% innert Frist		
8	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100% innert Frist		
L14	Neues Gebührengesetz	Gebührengesetz inkl. Verordnungen per 1. Juli in Kraft		Das Stimmvolk lehnte das Gebührengesetz am 27. November 2011 ab
Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung				
9	Antrag an KR zu Budget, Finanzplan und Rechnung fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten		
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
11	Kompetente und rasche Auskünfte und Analysen zum Finanz- und Rechnungswesen	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
12	Sofortige Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche um Soforthilfe	100% der Gesuche innert Tagesfrist beantwortet	●	
13	Fristgerechte Prüfung der eingehenden Beitragsgesuche um Auslandhilfe, Koordination des Auswahlverfahrens	100% der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet. Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	●	
14	Reibungslose Zusammenarbeit mit BAK Basel bei jährlicher Aktualisierung des Finanzhaushaltmodells 2010 – 2020	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
L17	Begrenzung NFA-Belastung Geberkantone	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	●	
L45	Flächendeckende Einführung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	- IT-Tool Erfassung Leistungsaufträge für Budgetierung 2013 bereit - Inhalt und Layout Berichterstattung definiert und verabschiedet	●	
Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen				
15	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen Staatswirtschaftskommission	- Einladungen 10 Tage vor Sitzung - Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	●	
16	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen Konkordatskommission	- Einladungen 10 Tage vor Sitzung - Protokoll 10 Tage nach Sitzung - Bericht 30 Tage nach Sitzung	◐	Aus Kapazitätsgründen konnte das Protokoll nicht in allen Fällen innert 10 Tagen nach den Sitzungen erstellt werden
Leistungsgruppe 5: Diverse Stabsaufgaben				
17	Unterstützung Finanzdirektor in Kommunikationsaufgaben	100% innert Frist	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Verträge	Anzahl		10	10
Submissionsverfahren	Anzahl		3	0
RR-Anträge (alle Direktionen)	Anzahl		700	735
RR-Anträge (FD)	Anzahl		120	78
Vernehmlassungen FD federführend	Anzahl		15	12
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		40	38
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		20	13
Beschwerdeeingänge	Anzahl		10	11
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		10	10
Staatswirtschaftskommission	Anzahl		13 Sitzungen mit 40 Geschäften	11 Sitzungen mit 31 Geschäften

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Konkordatskommission	Anzahl		3 Sitzungen mit 3 Geschäften	4 Sitzungen mit 5 Geschäften
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl		25	35

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'795'702.17	-2'110'100	-1'899'649.81	210'450	-10.0
Total Ertrag	415.00		20'612.00	20'612	100.0
Saldo	-1'795'287.17	-2'110'100	-1'879'037.81	231'062	-11.0

Kommentar Rechnung

Minderaufwand für Personal von rund 250'000 Franken, da nicht alle budgetierten Stellen besetzt waren. Ausserdem haben sich Mutationseffekte und die Nichtbeanspruchung der budgetierten Teuerung positiv ausgewirkt. Mehraufwand für externe Beratung von rund 50'000 Franken für die Revision des Pensionskassengesetzes sowie für den Wirksamkeitsbericht zur Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA). Die Anteile der Gemeinden am ZFA-Wirksamkeitsbericht sind als Ertrag verbucht.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5000.0001 Neugestaltung Planungs- und Berichtsinstrumente					
Ausgaben	-73'332.00	-250'000	-202'353.25	47'647	-19.1
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-73'332.00	-250'000	-202'353.25	47'647	-19.1
Einnahmen					
Saldo	-73'332.00	-250'000	-202'353.25	47'647	-19.1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Teilprojekte zur Neugestaltung der Planungs- und Berichtsinstrumente konnten 2012 weitgehend abgeschlossen werden. Noch ausstehend sind kleinere Verbesserungen an der Software und Abschlussarbeiten.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Finanzkontrolle konnte ihre Revisionstätigkeit unabhängig durchführen. Neben der Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit des kantonalen Finanzhaushaltes wurden schwerpunktmässig die Themen Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme behandelt.

Unabhängigkeit

Die Finanzkontrolle konnte ihre Prüfungstätigkeit auch im Jahr 2012 ohne Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit nach den anerkannten Grundsätzen der Revision sowie nach Verfassung und Gesetz durchführen (vgl. § 41 Finanzhaushaltgesetz).

Fachliche Kompetenz

Die Finanzkontrolle ist im Zusammenhang mit dem Revisionsaufsichtsgesetz des Bundes im Handelsregister als Institut des öffentlichen Rechts eingetragen und als zugelassene «Revisionsexpertin» bei der eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) registriert.

Im Geschäftsjahr 2012 verfügten der Leiter der Finanzkontrolle und eine Mitarbeiterin über die RAB-Zulassung als «Revisionsexperte/Revisionsexpertin» sowie zwei Mitarbeiter über die Zulassung als «Revisor».

Zusätzlich zu individuellen Weiterbildungsaktivitäten der Mitarbeitenden nimmt die Finanzkontrolle regelmässig an Fachtagungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der Fachvereinigung der Finanzkontrollen teil.

Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme

Neben der Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit des Finanzhaushaltes hat die Finanzkontrolle auch 2012 schwerpunktmässig die Themen Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme (IKS) mit den Verwaltungseinheiten behandelt. Das Vorhandensein eines zweckmässigen IKS ist wesentlicher Bestandteil der Beurteilung von Organisationseinheiten bezüglich sicheren Prozessabläufen, zuverlässigen finanziellen und operativen Informationen, Einhaltung der Rahmenbedingungen und Schutz des Vermögens.

Revisionsstelle Zuger Pensionskasse

Aufgrund gesetzlicher Anpassungen auf Bundesebene und Anweisung der Stiftungsaufsichtsbehörde kann die Finanzkontrolle ab Jahresrechnung 2012 ihr Mandat als Revisionsstelle der Zuger Pensionskasse nicht weiter wahrnehmen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons: Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Diese Funktion wird durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben ausgeübt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Zweckmässige Einhaltung der Prüfungsstandards (Planung, Durchführung, Dokumentation)	Weiterentwicklung Prüfchecklisten	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung				
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mindestens alle 4 Jahre)	Jahresplanung eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Alle geprüft	<input checked="" type="radio"/>	
5	Möglichst vollständige Prüfung der vorgelegten Projekt- und Kreditabrechnungen	Mindestens 80% vollständig, restliche formell geprüft	<input type="radio"/>	Aus Termingründen und aufgrund von Abklärungen durch die verantwortlichen Ämter konnten nicht alle Projekt- und Kreditabrechnungen geprüft werden
Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten				
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten/Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten	<input checked="" type="radio"/>	
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Jahresplanung eingehalten	<input type="radio"/>	Aus Kapazitätsgründen konnten nicht alle geplanten Prüfungen von Leistungsvereinbarungen durchgeführt werden
Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung				
9	Eingegangene Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	<input checked="" type="radio"/>	
10	Eingegangene Prüf-/Abklärungs-/Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	<input checked="" type="radio"/>	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte, Anstalten)	Anzahl		70	70
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl		20	34
Revisionsmandate Konkordate/Regierungskonferenzen	Anzahl		9	9
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl		12	12
Prüfobjekte Leistungs-/Subventionsvereinbarungen	Anzahl		40	40
Anträge/Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl		40	79

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Deutlich höhere Anzahl von eingegangenen Abklärungsanfragen und Mitberichten, die prioritär behandelt wurden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-569'213.70	-677'500	-643'978.30	33'522	-4.9
Total Ertrag	6'200.00	5'500	5'140.00	-360	-6.5
Saldo	-563'013.70	-672'000	-638'838.30	33'162	-4.9

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Personalamt hatte im Berichtsjahr gleich mehrere personelle Wechsel zu verzeichnen. Seit 1. Februar 2012 steht das Personalamt unter neuer Leitung, zwei langjährige Mitarbeiterinnen traten in den Ruhestand und die Stelle einer juristischen Mitarbeiterin wurde neu besetzt. Aufgrund der Wechsel und der Einarbeitungszeiten konnten einige Ziele nur teilweise erreicht und geplante Projekte mussten zurückgestellt werden.

Umsetzung Personalstrategie

Am 1. Januar 2012 wurde die neue Verordnung über die Arbeitszeit in Kraft gesetzt. Mit dem Grundsatz der Jahresarbeitszeit konnte eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung erreicht werden, was für die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Verpflichtungen von Vorteil ist.

Das elektronische System zur Arbeitszeiterfassung wurde so ausgebaut, dass die Mitarbeitenden Korrekturen, Arbeitsabsenzen und – in Ämtern mit Leistungserfassung – Leistungsdaten direkt am PC erfassen können. Das Ziel, das neue Arbeitszeiterfassungssystem im Berichtsjahr verwaltungswelt auszubreiten, ist nahezu erfüllt. Die noch fehlende Schnittstelle zur Einsatzplanung im Rettungsdienst kann anfangs 2013 in Betrieb genommen werden.

Ende Mai hat der Regierungsrat das Weiterbildungskonzept für Führungskräfte verabschiedet. Die Umsetzung wird im 2013 an die Hand genommen.

Im Sinne des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses hat das Personalamt den Vorgesetzten einen Leitfaden für die Austrittsgespräche zur Verfügung gestellt und einen Pilotversuch mit einer anonymen internetbasierten Austrittsbefragung durchgeführt. Der Rücklauf und die Ergebnisse aus dem Pilotversuch waren erfreulich, so dass die anonyme Austrittsbefragung voraussichtlich weitergeführt werden kann.

Teilrevision Personalgesetz

Die Arbeiten an der Teilrevision des Personalgesetzes wurden plangemäss fortgeführt. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. November 2012 die entsprechende Vorlage unterbreitet (Vorlage Nr. 2194.1 – 14181). Die zuständige Kommission ist bestellt und die Beratungen werden im ersten Quartal 2013 stattfinden.

Übrige Zielsetzungen gemäss Leistungsauftrag

Die Leistungsfähigkeit des Personalamtes war während der Einarbeitung neuer Mitarbeitender etwas eingeschränkt. Die Erarbeitung einer Vorlage für einheitliche und transparente Bedingungen für die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten musste deshalb zurückgestellt werden und vier Ziele konnten nur teilweise erreicht werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Personalamt unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung seiner Personalstrategie, berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens, sorgt für die transparente und einheitliche Anwendung des Personalrechts, stellt die effiziente Abwicklung der Prozesse im Personalwesen sicher und informiert die Mitarbeitenden sowie die Personalverbände über personalrelevante Angelegenheiten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Personaladministration				
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt		
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Monatlich (zirka 2'700 Lohnempfänger/innen), Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats, Fehlerquote durchschnittlich < 0.1%		
3	Stellenentwicklung überwachen und nachführen	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Rechenschaftsbericht		
Leistungsgruppe 2: Beratung/Unterstützung/Rechtsdienst				
4	Weiterentwicklung eines aktuellen, bedürfnisorientierten und benutzerfreundlichen Personalhandbuchs	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet		Aufgrund der knappen Ressourcen sind per Ende 2012 sechs von neun Dienstleistungs-Hauptprozessen geklärt/abgebildet
5	Begleitung Personalgewinnung (auf Wunsch der Ämter/Direktionen)	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen		
6	Allgemeine Rechtsberatung in personalrechtlichen Fragen	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb einer Woche		Die juristische Mitarbeiterin stand erst ab 1. Juli zur Verfügung
7	Erarbeitung neuer Gesetze und anderer personalrelevanter Erlasse	100% innert Frist		
A	Elektronische Arbeitszeit- und Absenzerfassung modernisieren	Bis Ende 2012 modernisiertes Erfassungssystem eingeführt		
L44	Revision Personalrecht	Umsetzung neue Arbeitszeit-VO ab 2012, Teilrevision Personalgesetz: Antrag an KR		
Leistungsgruppe 3: Stabsarbeit				
8	Parlamentarische Vorstösse, Mitberichte, Vernehmlassungen	100% innert Frist		
9	Redaktion Personalzeitung	Personalzeitung erscheint 4x pro Jahr		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Berufsbildung und Personalentwicklung				
10	Weiterbildungskonzept für Führungspersonen	Durchführung erster Kurse	●	Es wurden die Kurse «Einführungstag», «Personalrecht» und «Pensionsvorbereitung» durchgeführt
11	Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	4 bis 6 halbtägige Kolloquien	●	
12	Das Weiterbildungsprogramm ist bedürfnisgerecht und wird genutzt	Das Weiterbildungsbudget ist zu mindestens 90% ausgeschöpft	●	
13	Der Kanton ist als guter Ausbildungsbetrieb bei Eltern und Jugendlichen bekannt	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	◐	2 Lehrstellen im handwerklichen Bereich sind nicht besetzt, da zu wenig Bewerbungen eingingen
14	Freistellung von Experten/Expertinnen für Prüfungen sowie von Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Mindestens 10 Experten/Expertinnen und Berufsbildende	◐	Zurzeit sind 7 Personen im Einsatz, weitere Rekrutierungen mit Zielsetzung 2014
B	Einheitliche und transparente Bedingungen für die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten	Erarbeitung neuer RRB	○	Zurückgestellt

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte, ohne Fachpersonen)			2'550	2'600
Lohnausweise	Anzahl		4'550	4'700

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'484'850.29	-1'509'300	-1'452'854.32	56'446	-3.7
Total Ertrag	95'340.80	91'000	94'282.95	3'283	3.6
Saldo	-1'389'509.49	-1'418'300	-1'358'571.37	59'729	-4.2

Kommentar Rechnung
 Minderaufwand Löhne 26'700 Franken
 Minderaufwand Lizenzkosten an Soreco 24'400 Franken wegen Verzögerung der Applikationen eRecruiting und eDossier

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5010.0106	* Ergänzung/Optimierung PIS					
	Ausgaben	-22'797.45				
	Einnahmen					
IT5010.0107	Zeit- und Leistungserfassung					
	Ausgaben	-339'092.00	-50'000	-17'320.60	32'679	-65.4
	Einnahmen					
IT5010.0108	Ausbreitung der neuen PIS-Services					
	Ausgaben	-26'528.05	-150'000	-27'167.00	122'833	-81.9
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-388'417.50	-200'000	-44'487.60	155'512	-77.8
	Einnahmen					
	Saldo	-388'417.50	-200'000	-44'487.60	155'512	-77.8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Zeit- und Leistungserfassung: Im 2011 konnte mehr umgesetzt werden als geplant, dadurch wurden im 2012 weniger Finanzen benötigt.
 Ausbreitung der neuen PIS-Services: Die Kosten für Dienstleistungen von Dritten fielen geringer aus als erwartet.

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5011 – Allgemeiner Personalaufwand

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen			-15'000.00	-15'000	100.0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'437'500	-2'685'926.80	-248'427	10.2
302	Löhne Lehrpersonal			367'000.00	367'000	100.0
305	Arbeitgeberbeiträge		-307'000	-278'200.30	28'800	-9.4
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-900'000	-853'559.45	46'441	-5.2
309	Übriger Personalaufwand		-1'395'000	-1'613'465.02	-218'465	15.7
310	Material- und Warenaufwand		-85'000	-77'934.05	7'066	-8.3
313	Dienstleistungen und Honorare		-170'000	-12'969.00	157'031	-92.4
317	Spesenentschädigungen		-1'000	-423.20	577	-57.7
319	Übriger Betriebsaufwand		-11'000	-1'140.00	9'860	-89.6
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-12'783'980.28				
	Total Aufwand	-12'783'980.28	-5'306'500	-5'171'617.82	134'882	-2.5
426	Rückerstattungen		20'000	43'924.40	23'924	119.6
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	168'423.40				
	Total Ertrag	168'423.40	20'000	43'924.40	23'924	119.6
	Saldo	-12'615'556.88	-5'286'500	-5'127'693.42	158'807	-3.0

Kommentar Rechnung

300: Erhöhung Rückstellung Ferien- und Zeitguthaben Behörden und Richter/innen: + 15'000 Franken
 301: Mehrkosten Praktikumsjahr Lehrabgänger/innen 61'000 Franken/Erhöhung Rückstellung Ferien- und Zeitguthaben Angestellte: + 813'000 Franken
 302: Auflösung Rückstellung Ferien- und Zeitguthaben Lehrpersonal: -367'000 Franken
 309: Personalgewinnung 300'000 Franken über Budget, Besetzung neuer Stellen KESB/Mehraufwand REKA 20'000 Franken
 313: Nichtbeanspruchung 150'000 Franken für Massnahmen aus Mitarbeiterbefragung

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Finanzverwaltung legte den Schwerpunkt im Berichtsjahr auf das Pilotprojekt «Optimierung Kreditorenprozess» (OKP). Weitere Projekte waren HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden) und die detaillierte Analyse aller Versicherungspolicen.

Pilotprojekt «Optimierung Kreditorenprozess» (OKP)

Das äusserst komplexe und aufwändige Pilotprojekt «OKP» steht inzwischen kurz vor dem Abschluss. Nach den Sommerferien zeigten sich im Produktivbetrieb erhebliche Schwierigkeiten, weshalb sich die Systemabnahme um rund vier Monate verzögert. Das System zur Digitalisierung der Kreditorenrechnungen (scannen), Weiterverarbeitung mittels Workflow, elektronischen Visierung und revisionssicheren Archivierung wurde mit drei Pilotdirektionen und einer Pilotgemeinde umgesetzt. Der Endtermin 2014 für die flächendeckende Einführung sollte eingehalten werden können.

HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden)

Die Jahresrechnung 2012 wurde – wie schon das Budget 2012 – gemäss Vorgaben des HRM2 umgesetzt. Dabei wurden die Berichte in der Finanzsoftware den neuen Vorgaben angepasst sowie der Anhang zur Jahresrechnung weiter ausgebaut.

Ausbreitung Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Die Finanzverwaltung hat sich vertieft mit der flächendeckenden Ausbreitung und schrittweisen Einführung einer KLR in der Kantonalen Verwaltung befasst. Zu diesem Thema wurden alle Ämter befragt, neue Ämter eingeführt und das weitere Vorgehen geplant.

Cash-Management

Die Bewirtschaftung der flüssigen Mittel erwies sich aufgrund der schlechten Wirtschaftslage als äusserst schwierig und zeitaufwändig.

Analyse Versicherungspolicen

Wir unterzogen sämtliche Versicherungspolicen in Zusammenarbeit mit einem Versicherungsexperten einer Zweitmeinung. Alle Verbesserungsvorschläge wurden gemeinsam mit unserem Versicherungsbroker geprüft und wo nötig umgesetzt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Ausarbeitung des jährlichen Budgets und des Finanzplans, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet		
2	Informationsfluss zwischen Finanzverwaltung und gemeindlichen Finanzabteilungen sicherstellen	Mindestens 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)		
A	Einführung Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell HRM2	Rechnung 2012 mit HRM2 und Globalbudget sichergestellt		
B	Optimierung Kreditorenprozess (Scanning, Workflows, Archivierung)	Produktionsstart Pilot sichergestellt		
Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung				
3	Sicherstellung einer einwandfreien Auslieferung der Jahresrechnung 2011	Inhaltliche Fehler < Anzahl 5		
4	Hohe Qualität und Standard der gesamten Staatsbuchhaltung sicherstellen	Keine «dringenden» Empfehlungen im Revisions-Bericht der FIKO		
5	Vollzug Inkasso/Betreibungsprozess	Einleitung der Betreuung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der zweiten Mahnfrist		
6	Betreuung und Nachführung der Unterschriftenkarten der Finanzinstitute und Kontrolle des «Verzeichnis der Anweisungsberechtigten»	Mutationen innert Wochenfrist		
Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan				
7	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Budgetierung und Finanzplan sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine		
8	Aufbereitung und Zustellung des Zahlenmaterials für die Publikation zum Budget und Finanzplan	Fehler im Zahlenmaterial = 0		
Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)				
9	Support und Beratung von Ämtern in Fragen der KLR (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet		
10	Termingerechter Quartalsabschluss der KLR	Quartalsabschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt		Das erste Quartal wurde aufgrund der HRM2-Umstellung mit zwei Tagen Verspätung abgeschlossen

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung				
11	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Jahresabschluss sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	●	
12	RR-Anträge aus den Direktionen prüfen und Mitbericht zuhanden Finanzdirektion verfassen	Termingerecht, wöchentlich bis Freitag 12 Uhr	●	
C	Einführung einer Debitorenbuchhaltung inklusive Mahnlauf und Inkasso	Umsetzung sicherstellen	●	
Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen				
13	Administration und Mutationen der kantonalen Versicherungspolice	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	●	
14	Sämtliche Schadenmeldungen werden an Versicherung bzw. Broker weitergeleitet	100% innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	●	
D	Fragen- und Antwortdatenbank (FAQ) aufschalten	Umgesetzt	●	
Leistungsgruppe 6: Cash-Management				
15	Bewirtschaftung des Fondsvermögens gemäss Anlagerichtlinien	Aktienperformance > SPI-Performance per Stichtag 31. Dezember	○	Gemäss SIX Swiss Exchange betrug die SPI-Performance 17.72%; wir erreichten 15.54%
16	Kapitalanlageverzeichnis quartalsweise erstellen	Performancebericht innert 45 Tagen nach Quartalsende	◐	Das zweite Quartal wurde aufgrund von Sommerferienabsenzen mit fünf Tagen Verspätung abgeschlossen
17	Zahlungsfähigkeit sicherstellen und Berichterstattung zur Liquidität	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung per 1. Wochenarbeitsstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	●	
Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen (Software)				
18	Weiterentwicklung der Finanzsoftware Navision sicherstellen	100%ige Weiterarbeit gewährleistet	●	
19	Interner Support für die Finanzsoftware Navision und das Leistungserfassungsmodul sicherstellen	Reaktionszeit nach Eingang = 1 Arbeitstag	●	

Kommentar Zielsetzungen
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl		400	449
KLR-Ämter	Anzahl		14	16
Kreditorenbelege	Anzahl		56'000	52'367
Mahnungen	Anzahl		8'200	8'911
Betreibungsverfahren	Anzahl		330	286
Gesuche für Auslandhilfe	Anzahl		60	58

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'615'291.60	-1'891'400	-1'620'837.25	270'563	-14.3
Total Ertrag	181'200.00	182'400	182'399.00	-1	
Saldo	-1'434'091.60	-1'709'000	-1'438'438.25	270'562	-15.8

Kommentar Rechnung

Minderaufwand für Personal von 209'000 Franken, da nicht alle budgetierten Stellen besetzt waren. Betroffen sind die Bereiche «Optimierung Kreditorenprozess» (OKP), die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und der IT-Support.
 Ein weiterer Minderaufwand von 61'000 Franken resultiert beim Informatikaufwand. Wir haben uns aufgrund eines geplanten Releasewechsels bewusst mit der Weiterentwicklung der Finanzsoftware zurückgehalten. Zudem fielen durch die Projektverzögerung im OKP-Projekt weniger Wartungskosten an.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5020.0049 Optimierung Kreditorenprozess					
Ausgaben	-43'565.55	-470'000	-390'396.45	79'604	-16.9
Einnahmen		188'000	148'689.00	-39'311	-20.9
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-43'565.55	-470'000	-390'396.45	79'604	-16.9
Einnahmen		188'000	148'689.00	-39'311	-20.9
Saldo	-43'565.55	-282'000	-241'707.45	40'293	-14.3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-470'000	-492'679.90	-22'680	4.8
318	Wertberichtigungen auf Forderungen			-2'289'023.70	-2'289'024	100.0
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-38'670'000	-34'780'967.86	3'889'032	-10.1
340	Zinsaufwand		-40'000	-33'654.50	6'346	-15.9
341	Realisierte Kursverluste			-7'513.20	-7'513	100.0
349	Verschiedener Finanzaufwand			-5.46	-5	100.0
364	Wertberichtigungen Darlehen VV			-10'000.00	-10'000	100.0
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		-11'000	-5'000.00	6'000	-54.5
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		-11'631'000	-10'362'253.49	1'268'747	-10.9
383	Zusätzliche Abschreibungen		-3'330'000	-3'330'000.00		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-52'235'059.89				
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		-2'767'500	-958'482.33	1'809'018	-65.4
	Total Aufwand	-52'235'059.89	-56'919'500	-52'269'580.44	4'649'920	-8.2
410	Regalien		38'000	33'392.45	-4'608	-12.1
411	Schweiz. Nationalbank		9'467'000	9'471'448.00	4'448	
426	Rückerstattungen		86'000	109'575.31	23'575	27.4
429	Übrige Entgelte			420'098.70	420'099	100.0
430	Verschiedene betriebliche Erträge			3'127.00	3'127	100.0
440	Zinsertrag		9'715'000	7'294'225.41	-2'420'775	-24.9
441	Realisierte Gewinne FV			351'587.25	351'587	100.0
442	Beteiligungsertrag FV		726'000	713'000.00	-13'000	-1.8
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV		28'656'800	28'555'240.85	-101'559	-0.4
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen			6'000.00	6'000	100.0
460	Ertragsanteile		5'214'000	4'920'756.00	-293'244	-5.6
469	Verschiedener Transferertrag		155'000	114'456.05	-40'544	-26.2
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	80'956'245.78				
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		3'330'000	3'330'000.00		
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		87'583	25'190.00	-62'393	-71.2
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		566'000	494'000.00	-72'000	-12.7
	Total Ertrag	80'956'245.78	58'041'383	55'842'097.02	-2'199'286	-3.8
	Saldo	28'721'185.89	1'121'883	3'572'516.58	2'450'634	218.4

Kommentar Rechnung

Die Abschreibungen fielen um 5.2 Mio. Franken tiefer aus, da weniger investiert wurde als budgetiert. Die budgetierten Zinserträge konnten aufgrund der weiterhin schlechten Wirtschaftslage nicht ganz erreicht werden, was sich auch auf die Spezialfinanzierung Strassenbau, welche vom Kanton mit einem Prozent tiefer verzinst wurde, auswirkte. Zudem wurde das Delkredererisiko auf dem Debitorenbestand nach einer neuen Methodik beurteilt, was einen Zusatzaufwand von 2.3 Mio. Franken nach sich zog.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5022.0001	Übertrag Beteiligungen u. Darlehen vom FV ins VV					
	Ausgaben	-26'768'137.55				
	Einnahmen					
FD5022.0002	Rückzahlung Darlehen VTG Sennhütte					
	Ausgaben					
	Einnahmen			100'000.00	100'000	100.0
FD5022.0003	Übertragung von Beteiligungen (VV->FV)					
	Ausgaben					
	Einnahmen			1.00	1	100.0
FD5022.0004	Beteiligung Viacar AG (Sacheinlage)					
	Ausgaben			-1.00	-1	100.0
	Einnahmen					
FD5022.0005	Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung					
	Ausgaben					
	Einnahmen			5'677.30	5'677	100.0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-26'768'137.55		-1.00	-1	100.0
	Einnahmen			105'678.30	105'678	100.0
	Saldo	-26'768'137.55		105'677.30	105'677	100.0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5029 – Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich		-262'229'000	-262'075'170.00	153'830	-0.1
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-239'194'843.00				
	Total Aufwand	-239'194'843.00	-262'229'000	-262'075'170.00	153'830	-0.1
462	Finanz- und Lastenausgleich		33'543'000	33'542'726.00	-274	
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	36'059'134.00				
	Total Ertrag	36'059'134.00	33'543'000	33'542'726.00	-274	
	Saldo	-203'135'709.00	-228'686'000	-228'532'444.00	153'556	-0.1

Kommentar Rechnung

Keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Informatik und Organisation (AIO) ist zuständig für die Planung, die Gesamtkoordination, die Beschaffung, den Betrieb und die Kontrolle der Informatik der Kantonalen Verwaltung. Es stellt Informatikinfrastruktur für die Kantonsverwaltung, die Gerichte und Zuger Gemeinden zur Verfügung und setzt sich für eine technologisch zukunftsweisende Basisinfrastruktur ein.

Umsetzung E-Government-Strategie erfolgt planmässig

Die Digitalisierung und Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft schreitet weiter voran. Das im Jahr 2009 gestartete E-Government-Programm konnte dieses Jahr abgeschlossen werden. Grosse Teile der eGovernment-Strategie wurden umgesetzt. Kooperationen im Informatikbereich mit anderen Kantonen und mit dem Bund stellen sicher, dass keine Einzellösungen gebaut werden und die angebotenen Dienstleistungen schweizweit kompatibel sind. Die grosse Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, Prozesse und Strukturen in den Direktionen, d.h. in deren Fachbereichen an die Erfordernisse von E-Government anzupassen.

Ausbau der Informatiksicherheit im Gange

Bei anhaltend rasanter Entwicklung in der Informatik und nachweislichen Fortschritten in der Umsetzung der Vorgaben ist die Gewährleistung der technischen Sicherheit eine zentrale Voraussetzung. Wie schon in den Vorjahren wurden grosse Anstrengungen für die Informationssicherheit unternommen, so dass der Kanton Zug in Zukunft über ein noch sichereres Informationssystem verfügt. Um dieses umfassend garantieren zu können, wurde eine Informationssicherheits-Policy erarbeitet. Diese bildet nun die Grundlage zu einem vollständigen Informationssicherheits-System nach ISO 27000. Die operativen Schutzmassnahmen werden laufend angepasst.

Grundversorgung und laufende Infrastrukturerneuerungen sichergestellt

Der gesamte Betrieb der Informatikgrundinfrastruktur verlief auch dieses Jahr stabil und erfolgreich. Die Verfügbarkeit der Informatikinfrastruktur genügte den hohen Ansprüchen und konnte auch in Zeiten hoher Belastungen gewährleistet werden. Die Anforderungen der Direktionen, Ämter und Gemeinden konnten vom AIO ohne nennenswerte Probleme abgedeckt werden. Mit der Erneuerung der Bürosoftware auf allen Arbeitsplätzen, dem Ersatz der zentralen Hostinfrastruktur, dem Aufbau eines Backup-Rechenzentrums, der Anpassung verschiedener Fachapplikationen und der Ausrüstung neuer Organisationen und Ämter wurden die personellen Ressourcen der Betriebsorganisation quantitativ und qualitativ stark beansprucht.

Informatikportfolio umgesetzt

Es wurden zahlreiche anspruchsvolle IT-Vorhaben umgesetzt. Das Informatikprojektportfolio umfasste kantonsweit 39 Projekte. Rund ¾ der Projekte wurden federführend von den Fachämtern bearbeitet, meist mit Unterstützung des AIO. Die umfangreichen Beratungs- und Projektunterstützungsleistungen des AIO wurden in der Kundenumfrage mit guten Rückmeldungen honoriert.

Supportleistung laufend angepasst

Die zunehmende Komplexität der Informationstechnologien und die Bündelung von Informatikdienstleistungen im AIO hat die Nachfrage nach Unterstützungsleistungen erhöht. Den qualitativ und quantitativ gestiegenen Ansprüchen wurde mit Kapazitätsausbauten und organisatorischen Anpassungen begegnet. Gestützt auf die Grundsätze der IT-Strategie – Standardisierung, Reproduzierbarkeit und Rückverfolgbarkeit der Leistungsprozesse – sind die Geschäftsbereiche des AIO neu formiert worden. Um die Leistungserstellung zu optimieren, wurden auch im Berichtsjahr weitere Prozesse auf den Prüfstand gelegt und wo nötig neu definiert.

Organisation und Zusammenarbeit

Die Organisation und Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der kantonalen Informatik wurde gemäss den Vorgaben der Informatikstrategie weiter optimiert. Die organisatorischen Anpassungen im Support verliefen reibungslos und wurden von den Kundinnen und Kunden positiv aufgenommen. Sämtliche Arbeitsprozesse wurden in einem Managementsystem nach den Grundsätzen des Qualitätsmanagements (ISO 9000) verankert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Informatik und Organisation plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastrukturen der kantonalen Verwaltung. Es vollzieht die Informatikstrategie sowie die Weisungen zur Informatik, stellt die Datensicherheit und die Koordination zu Bund und Gemeinden sicher. Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die elf Zuger Gemeinden, die Gerichte und die Staatskanzlei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Gesamtleistung des AIO hinsichtlich Leistungsumfang, Verfüg- und Erreichbarkeit optimal ausgestaltet	Gute Bewertung bei Umfrage		
2	Kompetenter Gesprächspartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet		
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet.	Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz		
Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT				
4	Ganzheitliches IT-Controlling und -Reporting erfüllt	Reporting gemäss Handbuch erfolgt		
5	Informatikstrategie und Konzepte nachgepflegt	- Die Konzepte sind überprüft und angepasst		
6	Informatikportfolio erarbeitet und nachgepflegt	- Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert		
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den IT-relevanten Ansprechpartnern im Bund, Kanton und Gemeinden	- Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert - Zusammenarbeit gemäss Umsetzungsplan aus 2010 eingespielt, Forderungen aus IT-Strategie Kanton – Gemeinden 2016 berücksichtigt		
8	Organisations- und Projektunterstützung zeit- und kundengerecht erbracht	- Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft		
9	Umsetzung der Infrastrukturprojekte gemäss Portfolio erfolgt	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2012 sind gemäss Plan umgesetzt		Im Projekt Ersatz der Backup Infrastruktur konnten noch nicht alle Infrastrukturen ersetzt werden
A	Umsetzung DSV	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton – Gemeinden umgesetzt		
B	Umsetzung Anwendungscontrolling	Das Verfahren ist flächendeckend eingeführt		Einführung musste aufgrund anderer Prioritäten verschoben werden
C	Grundlagen für Verzeichnisdienst Zentralschweizerarbeitet	Das Konzept liegt vor und ist den zuständigen Gremien vorgestellt worden		
D	Organisation AIO an Informatikstrategie 2011 – 2017 angepasst	Neue Servicemodalitäten gemäss IT-Strategie umgesetzt		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2012		Kommentar
L28	Auf- und Ausbau E-Government-Angebote erfolgt	<ul style="list-style-type: none"> - Die Berichterstattung für die Phase 2008 bis 2012 ist gemäss RRB erfolgt - Die Planung für die Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 ist vorgelegt 	●	
Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support				
10	Durchführen der periodischen Sicherheitsläufe	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge - < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls - Keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag - Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag 	●	
11	Betrieb und Support der Bürokommunikationsumgebung	<ul style="list-style-type: none"> - 98% Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung) - Verfügbarkeit des Servers > 99% - 98% Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < 1/2 Arbeitstag behoben - Die Servicequalität (Ersterledigungsrate) an Anforderungen der IT-Strategie angepasst 	●	
12	Betrieb und Support der Fachanwendungen	<ul style="list-style-type: none"> - Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft - Verfügbarkeit der Server > 99.5% - Anpassung der Dokumentenablagen an gesteigerte Nutzung realisiert 	●	
13	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen - Anpassung Sicherheitskomponenten und Mailserver an gesteigerte Nutzung realisiert 	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'449	3'400	3'534
Externe Benutzer (Dritte, Bürger, Firmen)	Anzahl	1'736	2'500	1'737
Anzahl PC-Arbeitsplätze	Anzahl	2'343	2'450	2'585
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	543	520	544
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	25	25	26
Supportaufträge	Anzahl	8'176	8'000	9'503

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Die Anzahl PC-Arbeitsplätze stieg stark an, weil nebst diversen einzelnen neuen Arbeitsplätzen im Kanton auch das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz mit Arbeitsplatzinfrastruktur ausgerüstet wurde. Die Anzahl der Supportaufträge stieg stark an (plus rund 1300 gegenüber Rechnung 2011), weil mit dem Investitionsprojekt PC-Arbeitsplatz 2012 sämtliche PC-Arbeitsplätze mit einem neuen Betriebssystem und dem aktuellen Office ausgerüstet wurden und die Anwenderunterstützung beim Umgang mit der neuen Software rund 1000 zusätzliche Supportaufträge auslöste.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-8'584'952.68	-9'249'400	-8'920'088.37	329'312	-3.6
Total Ertrag	711'078.60	700'000	701'780.00	1'780	0.3
Saldo	-7'873'874.08	-8'549'400	-8'218'308.37	331'092	-3.9

Kommentar Rechnung

Das Budget wurde um rund 330'000 Franken unterschritten. Weil die budgetierte Teuerung nicht ausgeglichen wurde, reduziert sich das Budget um rund 50'000 Franken und somit die Budgetabweichung auf rund 280'000 Franken. Beim Sachaufwand wurden dank sehr stabilen Systemen beim IT-Fachsupport weniger externe Leistungen beansprucht. Der Personalaufwand wurde ebenfalls unterschritten, da eine vakante Stelle mehrfach ausgeschrieben werden musste (allgemeiner schweizweiter Mangel an spezialisierten IT-Fachkräften) und erst auf 1. Januar 2013 besetzt werden konnte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0174 Reserven					
Ausgaben		-100'000	-35'076.25	64'924	-64.9
Einnahmen					
IT5050.0180 Umsetzung E-Government-Strategie					
Ausgaben	-745'909.71	-650'000	-515'037.55	134'962	-20.8
Einnahmen					
IT5050.0184 Versionsanpassungen Bürosoftware					
Ausgaben	-182'580.65				
Einnahmen					
IT5050.0188 Erweiterung rollenbasierende Zugriffssicherheit					
Ausgaben	-58'900.60	-80'000	-121'737.61	-41'738	52.2
Einnahmen					
IT5050.0191 Erneuerung Supportinfrastruktur AIO/ZUPO					
Ausgaben	-262'364.70	-100'000	-80'238.25	19'762	-19.8
Einnahmen					
IT5050.0192 Betriebsoptimierung					
Ausgaben	-211'495.80		-82'331.75	-82'332	100.0
Einnahmen					
IT5050.0195 Vorprojekt neues MS-Office u. Vorlagentool Kanton					
Ausgaben	-67'754.00		-12'699.70	-12'700	100.0
Einnahmen					
IT5050.0196 Vorprojekt IT-Infrastrukturanpassung aus Strategie					
Ausgaben	-8'891.70				
Einnahmen					
IT5050.0197 Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)					
Ausgaben	-97'006.25	-150'000	-117'588.20	32'412	-21.6
Einnahmen					
IT5050.0198 Ersatz Backup Infrastruktur					
Ausgaben		-360'000	-114'293.75	245'706	-68.3
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5050 – Amt für Informatik und Organisation

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0199	Erneuerung zentrale Hostinfrastruktur					
	Ausgaben			-1'410'133.90	-1'410'134	100.0
	Einnahmen					
IT5050.0200	IT-Infrastrukturanpassungen Betrieb					
	Ausgaben		-450'000	-413'747.05	36'253	-8.1
	Einnahmen					
IT5050.0201	PC-Arbeitsplatz 2012					
	Ausgaben		-2'900'000	-2'967'640.80	-67'641	2.3
	Einnahmen					
IT5050.0202	Fachanwendung Baubewilligungswesen					
	Ausgaben		-230'000	-224'291.20	5'709	-2.5
	Einnahmen		92'000	74'723.00	-17'277	-18.8
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'634'903.41	-5'020'000	-6'094'816.01	-1'074'816	21.4
	Einnahmen		92'000	74'723.00	-17'277	-18.8
	Saldo	-1'634'903.41	-4'928'000	-6'020'093.01	-1'092'093	22.2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das Investitionsbudget wurde netto um 1'092'093 Franken überschritten. Der RR beauftragte das AIO mit dem Regierungsratsbeschluss vom 27. März 2012, das Projekt Erneuerung zentrale Hostinfrastruktur (IT5050.0199) mit Kosten von rund Fr. 1.5 Mio. bereits im Jahre 2012 auszuführen. Im Projekt Ersatz Backup Infrastruktur (IT5050.0198) konnten nicht alle Infrastrukturen wie geplant ersetzt werden und der Budgetkredit 2012 um rund 250'000 Franken nicht ausgeschöpft werden (siehe dazu Zielsetzung 9).

Gesamtwürdigung

In Kürze

Als operativ ausgerichtetes (Massenverwaltungs-)Amt mit grossem Publikumsverkehr legt die Steuerverwaltung ihr Hauptaugenmerk auf effiziente und kundenfreundliche Steuerveranlagungen sowie den anschliessenden Bezug dieser Steuern. Demgegenüber ist der Spielraum für jährlich wechselnde und selbst zu definierende Schwerpunkte – etwa im Vergleich zum Freiheitsgrad anderer Behörden und Ämter – eher gering und beschränkt sich im Wesentlichen auf unterstützende Funktionen in der Steuergesetzgebung und der Steuerpolitik sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung des Kantons Zug als attraktiven Wohn- und Arbeitsort.

Gesetzgebung und damit zusammenhängende besondere Tätigkeiten

Am 1. Januar 2012 ist die vierte Teilrevision des Steuergesetzes (StG; BGS 632.1) in Kraft getreten. Sie brachte Entlastungen für Familien mit Kindern, eine Ausdehnung des Mietzinsabzugs auf den Mittelstand und eine massvolle Senkung der Gewinnsteuern juristischer Personen. Die kalte Progression wird seit 2012 jährlich ausgeglichen und die Regeln für die Bewertung von verpachtetem Bauland wurden an das geänderte Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht angepasst, wodurch betroffene Grundstücke weiterhin zum Ertragswert besteuert werden. Ausserdem wurden mit der Teilrevision diverse Anpassungen ans übergeordnete Bundesrecht vorgenommen (namentlich Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II, Abschaffung der Dumont-Praxis, Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und straflose Selbstanzeige, Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien, Gaststaatgesetz). Weiter wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, damit die Steuerverwaltung die Verlustscheinbewirtschaftung zentral für die kantonalen Ämter und Gerichte übernehmen kann. Im Sinne eines Pilotversuchs wurden Ende 2012 mehr als 2000 Verlustscheine des Obergerichts übernommen. Nach ersten Erfahrungen mit der Bewirtschaftung dieser übernommenen Verlustscheine ist im Verlauf des Jahres 2013 eine gestaffelte Übernahme weiterer Verlustscheine von Ämtern und Gerichten geplant.

Die nächste Teilrevision des StG ist nach aktuellem Erkenntnisstand erst per 2016 geplant. Eine Vernehmlassungsvorlage dazu dürfte im Laufe des Jahres 2014 veröffentlicht werden. Weil das neue Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen jedoch bereits per 1. Januar 2013 in Kraft tritt und neben der Bundessteuergesetzgebung auch die kantonale Steuergesetzgebung auf diesen Zeitpunkt hin anzupassen war, hat der Regierungsrat die nötigen Bestimmungen am 2. Oktober 2012 mit einer Revision der Verordnung zum Steuergesetz (BGS 632.11) per 1. Januar 2013 übergangsweise ins kantonale Steuerrecht übernommen. Die Bestimmungen werden bei der nächsten Teilrevision des StG auf die Gesetzesstufe anzuheben sein.

Operatives Tagesgeschäft

Die Arbeitsbelastung war aufgrund des kontinuierlichen Bevölkerungswachstums, der laufend steigenden Unternehmenszahlen und der stetig zunehmenden Komplexität des schweizerischen und internationalen Steuerrechts in allen Abteilungen der Steuerverwaltung weiterhin hoch. Die Bearbeitung der eingereichten Steuererklärungen wird dadurch erleichtert, dass diese immer häufiger mit der elektronischen Deklarationshilfe eTax.zug ausgefüllt werden. Bei den natürlichen Personen wurden im 2012 72% (Vorjahr 70%) und bei den juristischen Personen 70% (67%) aller eingereichten Steuererklärungen mit eTax.zug ausgefüllt.

Besondere Tätigkeiten mit längerfristiger Ausrichtung

Im Hinblick auf den geplanten kontinuierlichen Auf- und Ausbau von eGovernment-Dienstleistungen gemäss kantonomer eGovernment-Strategie und die gesamtschweizerische Vernetzung mit anderen Behörden im Bereich Steuern waren aufwändige konzeptionelle Vorarbeiten zu bewältigen und Projektarbeiten umzusetzen. Auch in den kommenden Jahren ist dafür mit einem erheblichen Arbeitsaufwand zu rechnen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)				
1	Registerführung NP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	<input checked="" type="radio"/>	
2	Veranlagung Steuern NP		<input checked="" type="radio"/>	
	a) Periodische Steuern			
	Steuerjahr 2007	100%		
	Steuerjahr 2008	99%		
	Steuerjahr 2009	98%		
	Steuerjahr 2010	95%		
	Steuerjahr 2011	60%		
3	b) Sondersteuern	Veranlagung i.d.R. innert Wochenfrist	<input checked="" type="radio"/>	
4	Abrechnung Rückerstattungssteuern	54'000 Wertschriftenverzeichnisse/ Anträge abrechnen	<input checked="" type="radio"/>	
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	100%	<input checked="" type="radio"/>	
6	Externe Buchprüfung bei Selbständig- erwerbenden vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	<input type="radio"/>	95
Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)				
7	Registerführung JP	Aktuell innerhalb Wochenfrist	<input checked="" type="radio"/>	
8	Veranlagung Steuern JP		<input checked="" type="radio"/>	
	Steuerjahr 2005	100%		
	Steuerjahr 2006	100%		
	Steuerjahr 2007	99.5%		
	Steuerjahr 2008	98%		
	Steuerjahr 2009	90%		
	Steuerjahr 2010	66%		
	Steuerjahr 2011	20%		
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	<input checked="" type="radio"/>	
10	Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	8'400 Bewertungen	<input checked="" type="radio"/>	
11	Pauschale Steueranrechnung	90 Fälle	<input checked="" type="radio"/>	
Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren				
12	Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Ge- meinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	<input checked="" type="radio"/>	
13	Steuerstrafen, Strafanzeigen	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft Nachsteuer	<input checked="" type="radio"/>	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012		Kommentar
14	Steuerbefreiung infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	●	
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	100%	●	
16	Einsprachen und gerichtliche Rechtsmittelverfahren	90% aller 2011 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2012 entschieden, gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	●	
Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen				
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen, Verlustscheinbewirtschaftung	Inkasso laufend aktuell	●	
18	Entscheid über Erlassgesuche	Entscheid über 90% der Gesuche innert 3 Monaten	●	
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Repartitionen	100% innert Frist	●	
20	Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan	100% innert Frist	●	
A	Erstmaliger Aufbau und Betrieb einer kantonsweiten zentralen Verlustscheinbewirtschaftung im 2012	Gestaffelte Übernahme der Verlustscheinbewirtschaftung für die meisten kantonalen Ämter und Gerichte ab 2012 durch die STV	◐	Mehr als 2000 Verlustscheine des Obergerichts wurden im Dezember 2012 übernommen und werden ab Januar 2013 bewirtschaftet (Pilot)
Leistungsgruppe 5: Besondere externe Dienstleistungen				
21	Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	100% innert Frist	●	
22	Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	100% innert Frist	●	
23	Ausstellen von steuerlichen Vorbescheiden und Bescheinigungen	Rückmeldung i.d.R. innert vier Arbeitstagen	●	
24	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und eGovernment-Anwendungen	Alles rechtzeitig bereit	●	
Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung				
25	Gesetzgebung, parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen und Mitberichte	100% innert Frist	●	
26	Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d.h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zugzugsinteressierten	Rückmeldung und Unterstützung zu 100% innert der vereinbarten Termine	●	
27	Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Kommentar
28	Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Laufende Kontaktpflege und Interessentenvertretung, u.a. durch externe Referate und Schulungen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
 Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl		70'100	66'047
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl		3'700	3'637
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl		8'700	10'074
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl		10'500	13'562
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl		54'000	58'635
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl		2'100	3'447
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl		25'500	27'338
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl		8'400	8'777
Erbschafts- und Schenkungssteuerantragstellungen	Anzahl		180	164
Nachsteuerantragstellungen	Anzahl		180	153
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl		140	110
Einsprachen	Anzahl		880	745
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl		25	22
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl		480'000	460'752
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl		9'800	7'930
Betreibungen	Anzahl		4'700	3'700
Pfändungsbegehren	Anzahl		3'250	3'037
Erlassentscheide	Anzahl		400	293

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
 Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-19'412'519.04	-20'344'400	-19'627'676.31	716'724	-3.5
Total Ertrag	4'943'165.65	4'712'000	4'579'471.60	-132'528	-2.8
Saldo	-14'469'353.39	-15'632'400	-15'048'204.71	584'195	-3.7

Kommentar Rechnung

Der geringere Aufwand ist grossmehrheitlich auf tiefere Personalkosten zurückzuführen. Wegen des Auslaufens einer vorteilhaften personalrechtlichen Übergangsregelung des Kantons per Ende 2012 sind auch in der Steuerverwaltung zahlreiche langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Laufe des Jahres 2012 in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Die dadurch frei werdenden Stellen konnten nicht immer nahtlos wieder besetzt werden. Die neuen – zumeist deutlich jüngeren – Mitarbeitenden wurden aufgrund ihrer noch kürzeren Berufspraxis beim Eintritt lohnmässig oft tiefer eingestuft und haben noch keinen Anspruch auf eine Treue- und Erfahrungszulage.

Die Differenz beim Ertrag stammt grösstenteils von tieferen Erträgen bei Mahn- und Betreibungsgebühren sowie bei Bussen wegen Nichteinreichens von Steuererklärungen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5060.0105	Weiterentwicklung e-Tax					
	Ausgaben	-95'289.72	-80'000	-77'847.05	2'153	-2.7
	Einnahmen					
IT5060.0164	Externe Datenbezüger					
	Ausgaben	-25'920.00				
	Einnahmen					
IT5060.0175	CH-Meldewesen					
	Ausgaben	-176'462.15	-200'000		200'000	-100.0
	Einnahmen					
IT5060.0176	eGov: elektr. Einreichung Steuerdaten (Konzept)					
	Ausgaben	-77'328.00				
	Einnahmen					
IT5060.0180	eKonto					
	Ausgaben		-850'000	-287'971.20	562'029	-66.1
	Einnahmen					
IT5060.0181	Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung					
	Ausgaben		-150'000	-31'873.00	118'127	-78.8
	Einnahmen					
IT5060.0182	Ein-Kuvert-Strategie					
	Ausgaben		-140'000		140'000	-100.0
	Einnahmen					
IT5060.0183	Externe Datenbezüger 2012 – 2015					
	Ausgaben		-60'000	-64'800.00	-4'800	8.0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-374'999.87	-1'480'000	-462'491.25	1'017'509	-68.8
	Einnahmen					
	Saldo	-374'999.87	-1'480'000	-462'491.25	1'017'509	-68.8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5060.0175: Die Arbeiten erwiesen sich nach vertiefter Prüfung als weniger aufwändig als erwartet und konnten daher innerhalb des ordentlichen Wartungsvertrags mit dem Anbieter der Steuerinformatiklösung und somit über die Laufende Rechnung abgewickelt werden.

IT5060.0180: Infolge zeitlichen Abstimmungsbedarfs mit der geplanten Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes konnten die Arbeiten an eKonto nicht wie ursprünglich geplant vorangetrieben werden. Die Arbeiten werden sich teilweise in die Folgejahre verschieben. Diese Verschiebung ist im Budget 2013 bereits berücksichtigt.

IT5060.0181: Bei der Erstellung des Budgets 2012 war geplant, die neue Verlustscheinbewirtschaftung an das bestehende ISOV-Programm anzubinden. Nach vertieften Prüfungen wurde aber aus Kosten-/Nutzenüberlegungen letztlich darauf verzichtet und es wurde stattdessen ein schlankes Standardprogramm ohne ISOV-Anbindung zu wesentlich tieferen Kosten eingeführt, auch wenn damit nachhaltig ein etwas höherer manueller Bearbeitungsaufwand verbunden ist.

IT5060.0182: Die Arbeiten erwiesen sich nach vertiefter Prüfung und bewusster Redimensionierung des Projektumfangs als weniger aufwändig als erwartet und konnten daher über den Informatikaufwand in der Laufenden Rechnung finanziert werden.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-2'000'000	-2'260'337.44	-260'337	13.0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-2'500'000	-2'193'967.58	306'032	-12.2
349	Verschiedener Finanzaufwand		-10'070'000	-9'684'549.27	385'451	-3.8
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-14'883'160.73				
	Total Aufwand	-14'883'160.73	-14'570'000	-14'138'854.29	431'146	-3.0
400	Direkte Steuern natürliche Personen		451'800'000	411'469'294.31	-40'330'706	-8.9
401	Direkte Steuern juristische Personen		213'500'000	197'760'606.80	-15'739'393	-7.4
402	Übrige direkte Steuern		1'400'000	3'064'882.74	1'664'883	118.9
440	Zinsertrag		1'700'000	1'609'386.72	-90'613	-5.3
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	679'857'404.22				
	Total Ertrag	679'857'404.22	668'400'000	613'904'170.57	-54'495'829	-8.2
	Saldo	664'974'243.49	653'830'000	599'765'316.28	-54'064'684	-8.3

Kommentar Rechnung

- Bei den Dienstleistungen und Honoraren (Konto 313) handelt es sich ausschliesslich um Quellensteuer-Bezugsprovisionen an Arbeitgebende, Versicherungen und weitere Abrechnungspflichtige gemäss den §§ 84 und 95 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).
- Die Wertberichtigungen auf Forderungen (Konto 318) umfassen die Steuererlasse oder Teilerlasse infolge Notlage gemäss § 164 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1) und die Abschreibungen von Steuern infolge vorübergehender oder dauerhafter Uneinbringlichkeit (z.B. bei Konkursen, erfolglosen Pfändungen, Löschungen im Handelsregister von Amtes wegen, Todesfällen ohne Nachlassvermögen usw.).
- Beim Finanzaufwand (Konto 349) handelt es sich um Zins- und Skontovergütungen auf Steuerzahlungen gemäss den §§ 156 ff. des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).
- Bei den Steuererträgen von natürlichen (Konto 400) und juristischen (Konto 401) Personen konnten die bei der Erstellung des Budgets 2012 erwarteten ambitionierten Wachstumsraten trotz Bevölkerungszunahme und stetig steigender Unternehmenszahlen nicht erreicht werden. Bei den Erträgen der natürlichen Personen ist zudem im Vergleich zur Rechnung 2011 zu berücksichtigen, dass im 2011 positive Einmaleffekte zu verzeichnen waren, die sich so im 2012 nicht wiederholt haben.
- Bei den übrigen direkten Steuern (Konto 402) handelt es sich ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Diese Erträge sind naturgemäss schwer zu budgetieren und hängen jeweils stark von einzelnen grösseren Fällen ab. Im 2012 geht der ausgewiesene Mehrertrag auf zwei besonders grosse Selbstanzeigen zurück.
- Beim Zinsertrag (Konto 440) handelt es sich um Zinsen auf verspätete Steuerzahlungen oder auf Nachzahlungen gemäss den §§ 157 f. des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
460	Ertragsanteile		268'475'000	291'936'793.85	23'461'794	8.7
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	249'010'973.35				
	Total Ertrag	249'010'973.35	268'475'000	291'936'793.85	23'461'794	8.7
	Saldo	249'010'973.35	268'475'000	291'936'793.85	23'461'794	8.7

Kommentar Rechnung

- Mit Abstand wichtigster Posten ist der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer für die natürlichen und juristischen Personen. Er macht im 2012 284'344'125 Franken aus. Während die Erträge der natürlichen Personen ungefähr im Rahmen des Budgets liegen, konnten bei den juristischen Personen unerwartet hohe Erträge erzielt werden. Zum Mehrertrag haben vor allem einige wenige Unternehmen beigetragen.
- Der Restbetrag setzt sich zusammen aus Repartitionerträgen und aus den Kantonsanteilen an der eidgenössischen Verrechnungssteuer und der EU-Zinsbesteuerung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich		-71'330'624	-71'330'624.00		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-72'125'601.00				
	Total Aufwand	-72'125'601.00	-71'330'624	-71'330'624.00		
462	Finanz- und Lastenausgleich		71'330'624	71'330'624.00		
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	72'125'601.00				
	Total Ertrag	72'125'601.00	71'330'624	71'330'624.00		
	Saldo					

Kommentar Rechnung
 Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-2'130'800	-2'075'640.40	55'160	-2.6
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'258'000	-2'146'303.60	111'696	-4.9
305	Arbeitgeberbeiträge		-869'200	-836'880.55	32'319	-3.7
309	Übriger Personalaufwand		-8'000	-7'783.90	216	-2.7
310	Material- und Warenaufwand		-56'000	-43'724.35	12'276	-21.9
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-6'000	-2'165.95	3'834	-63.9
313	Dienstleistungen und Honorare		-3'500	-3'247.83	252	-7.2
315	Unterhalt Mobilien		-22'800	-20'273.33	2'527	-11.1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-21'000	-16'769.72	4'230	-20.1
317	Spesenentschädigungen		-2'500	-8'960.55	-6'461	258.4
319	Übriger Betriebsaufwand		-1'000	-576.00	424	-42.4
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-5'116'292.23				
	Total Aufwand	-5'116'292.23	-5'378'800	-5'162'326.18	216'474	-4.0
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000	20'847.75	19'848	1'984.8
440	Zinsertrag		900	1'816.55	917	101.8
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	77'553.80				
	Total Ertrag	77'553.80	1'900	22'664.30	20'764	1'092.9
	Saldo	-5'038'738.43	-5'376'900	-5'139'661.88	237'238	-4.4

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6102 – Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-500		500	-100.0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-160'000	-228'978.95	-68'979	43.1
319	Übriger Betriebsaufwand		-600'000	-549'793.90	50'206	-8.4
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-714'580.21				
	Total Aufwand	-714'580.21	-760'500	-778'772.85	-18'273	2.4
421	Gebühren für Amtshandlungen		2'900'000	3'222'866.05	322'866	11.1
426	Rückerstattungen		75'000	188'996.80	113'997	152.0
427	Bussen		5'000	200.00	-4'800	-96.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	2'772'545.00				
	Total Ertrag	2'772'545.00	2'980'000	3'412'062.85	432'063	14.5
	Saldo	2'057'964.79	2'219'500	2'633'290.00	413'790	18.6

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle. Neue Kostenverordnung Obergericht.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-898'600	-909'463.45	-10'863	1.2
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-635'400	-635'494.25	-94	
304	Zulagen		-8'500	-7'888.00	612	-7.2
305	Arbeitgeberbeiträge		-307'700	-312'783.00	-5'083	1.7
309	Übriger Personalaufwand		-2'500	-1'813.60	686	-27.5
310	Material- und Warenaufwand		-17'500	-11'464.45	6'036	-34.5
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-500		500	-100.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'100	-4.00	1'096	-99.6
315	Unterhalt Mobilien		-7'400	-7'041.53	358	-4.8
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-5'000	-2'559.53	2'440	-48.8
317	Spesenentschädigungen		-1'000	-430.70	569	-56.9
319	Übriger Betriebsaufwand		-1'500	-282.85	1'217	-81.1
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'872'565.10				
	Total Aufwand	-1'872'565.10	-1'886'700	-1'889'225.36	-2'525	0.1
421	Gebühren für Amtshandlungen			1'921.00	1'921	100.0
440	Zinsertrag		500	237.25	-263	-52.6
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	26'487.90				
	Total Ertrag	26'487.90	500	2'158.25	1'658	331.7
	Saldo	-1'846'077.20	-1'886'200	-1'887'067.11	-867	

Kommentar Rechnung
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6107 – Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-550'000	-674'361.55	-124'362	22.6
319	Übriger Betriebsaufwand		-220'000	-417'070.20	-197'070	89.6
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'004'589.05				
	Total Aufwand	-1'004'589.05	-770'000	-1'091'431.75	-321'432	41.7
421	Gebühren für Amtshandlungen		290'000	266'509.85	-23'490	-8.1
426	Rückerstattungen		1'000	21'653.60	20'654	2'065.4
427	Bussen		100'000	80'640.00	-19'360	-19.4
430	Verschiedene betriebliche Erträge		20'000	28'177.25	8'177	40.9
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	241'817.85				
	Total Ertrag	241'817.85	411'000	396'980.70	-14'019	-3.4
	Saldo	-762'771.20	-359'000	-694'451.05	-335'451	93.4

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang/Ausgang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-1'421'000	-1'370'521.65	50'478	-3.6
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'441'600	-2'298'958.80	142'641	-5.8
305	Arbeitgeberbeiträge		-759'600	-716'572.00	43'028	-5.7
309	Übriger Personalaufwand		-103'000	-80'482.75	22'517	-21.9
310	Material- und Warenaufwand		-30'000	-23'206.32	6'794	-22.6
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-5'500	-2'165.95	3'334	-60.6
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'400	-46'134.35	4'266	-8.5
315	Unterhalt Mobilien		-76'900	-42'078.60	34'821	-45.3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-22'000	-12'038.07	9'962	-45.3
317	Spesenentschädigungen		-2'000	-1'339.20	661	-33.0
319	Übriger Betriebsaufwand		-25'000	-12'951.45	12'049	-48.2
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-4'565'752.90				
	Total Aufwand	-4'565'752.90	-4'937'000	-4'606'449.14	330'551	-6.7
421	Gebühren für Amtshandlungen		55'000	64'087.95	9'088	16.5
425	Erlös aus Verkäufen		3'000	2'800.00	-200	-6.7
440	Zinsertrag		100	113.18	13	13.2
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	83'272.50				
	Total Ertrag	83'272.50	58'100	67'001.13	8'901	15.3
	Saldo	-4'482'480.40	-4'878'900	-4'539'448.01	339'452	-7.0

Kommentar Rechnung

Vakanzen und Personalwechsel mit tieferen Einstufungen. Umstellung auf Windows 7/Office 2010 war weniger aufwändig; nur ein Update der Geschäftskontrolle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT6111.0084 Tribuna V3					
Ausgaben	-16'362.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-16'362.00				
Einnahmen					
Saldo	-16'362.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6112 – Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000		1'000	-100.0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-65'000	-41'089.70	23'910	-36.8
319	Übriger Betriebsaufwand		-36'000	-48'003.80	-12'004	33.3
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-89'558.45				
	Total Aufwand	-89'558.45	-102'000	-89'093.50	12'907	-12.7
421	Gebühren für Amtshandlungen		390'000	537'061.00	147'061	37.7
426	Rückerstattungen		5'000	1'100.00	-3'900	-78.0
427	Bussen		1'000		-1'000	-100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	329'563.00				
	Total Ertrag	329'563.00	396'000	538'161.00	142'161	35.9
	Saldo	240'004.55	294'000	449'067.50	155'068	52.7

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle. Neue Kostenverordnung Obergericht.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6113 – Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-250'000	-125'386.35	124'614	-49.8
319	Übriger Betriebsaufwand		-60'000	-90'826.00	-30'826	51.4
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-273'794.95				
	Total Aufwand	-273'794.95	-310'000	-216'212.35	93'788	-30.3
421	Gebühren für Amtshandlungen		55'000	65'241.00	10'241	18.6
426	Rückerstattungen		1'000		-1'000	-100.0
427	Bussen		27'000	1'500.00	-25'500	-94.4
430	Verschiedene betriebliche Erträge		5'000	600.00	-4'400	-88.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	64'661.25				
	Total Ertrag	64'661.25	88'000	67'341.00	-20'659	-23.5
	Saldo	-209'133.70	-222'000	-148'871.35	73'129	-32.9

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang/Ausgang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6114 – Obergericht: Beschwerdeabteilung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-55'000	-28'019.85	26'980	-49.1
319	Übriger Betriebsaufwand		-25'000	-23'725.00	1'275	-5.1
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-71'749.80				
	Total Aufwand	-71'749.80	-80'000	-51'744.85	28'255	-35.3
421	Gebühren für Amtshandlungen		150'000	104'710.00	-45'290	-30.2
426	Rückerstattungen		5'000	600.00	-4'400	-88.0
427	Bussen		2'000	300.00	-1'700	-85.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	159'749.36				
	Total Ertrag	159'749.36	157'000	105'610.00	-51'390	-32.7
	Saldo	87'999.56	77'000	53'865.15	-23'135	-30.0

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-6'264'500	-6'379'340.95	-114'841	1.8
304	Zulagen		-35'000	-44'900.80	-9'901	28.3
305	Arbeitgeberbeiträge		-1'245'400	-1'271'719.20	-26'319	2.1
309	Übriger Personalaufwand		-11'000	-11'405.40	-405	3.7
310	Material- und Warenaufwand		-64'000	-53'810.75	10'189	-15.9
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-4'400	-4'475.50	-76	1.7
313	Dienstleistungen und Honorare		-12'400	-10'250.90	2'149	-17.3
315	Unterhalt Mobilien		-41'400	-34'180.80	7'219	-17.4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-35'000	-46'428.36	-11'428	32.7
317	Spesenentschädigungen		-30'000	-25'651.65	4'348	-14.5
319	Übriger Betriebsaufwand		-5'000	-9'956.83	-4'957	99.1
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-7'535'607.89				
	Total Aufwand	-7'535'607.89	-7'748'100	-7'892'121.14	-144'021	1.9
421	Gebühren für Amtshandlungen		7'000	21'020.20	14'020	200.3
426	Rückerstattungen			41'999.40	41'999	100.0
440	Zinsertrag		1'200	1'852.20	652	54.4
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	168'071.25				
	Total Ertrag	168'071.25	8'200	64'871.80	56'672	691.1
	Saldo	-7'367'536.64	-7'739'900	-7'827'249.34	-87'349	1.1

Kommentar Rechnung

Aufstockung um 1.5 Stellen innerhalb Stellenplafond (ab August 2012).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
 Richterliche Behörden
 6142 – Staatsanwaltschaft: Rechtspflege

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-5'000		5'000	-100.0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-685'000	-1'128'261.72	-443'262	64.7
319	Übriger Betriebsaufwand		-80'000	-232'502.30	-152'502	190.6
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-1'400'000	-1'981'927.80	-581'928	41.6
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-2'832'895.21				
	Total Aufwand	-2'832'895.21	-2'170'000	-3'342'691.82	-1'172'692	54.0
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'570'000	1'793'588.57	223'589	14.2
426	Rückerstattungen		80'000	62'350.45	-17'650	-22.1
427	Bussen		2'000'000	1'926'604.50	-73'396	-3.7
430	Verschiedene betriebliche Erträge		20'000	15'634.94	-4'365	-21.8
461	Entschädigungen von Gemeinwesen			195'378.50	195'379	100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	4'152'767.40				
	Total Ertrag	4'152'767.40	3'670'000	3'993'556.96	323'557	8.8
	Saldo	1'319'872.19	1'500'000	650'865.14	-849'135	-56.6

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art/Anzahl/Umfang der Fälle.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-974'400	-939'505.55	34'894	-3.6
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-1'134'300	-1'065'669.80	68'630	-6.1
304	Zulagen			-476.00	-476	100.0
305	Arbeitgeberbeiträge		-402'700	-395'495.75	7'204	-1.8
309	Übriger Personalaufwand		-9'250	-8'323.05	927	-10.0
310	Material- und Warenaufwand		-30'500	-25'364.02	5'136	-16.8
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-3'200		3'200	-100.0
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-36'105.00	13'895	-27.8
315	Unterhalt Mobilien		-10'600	-6'917.83	3'682	-34.7
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-3'900	-3'864.00	36	-0.9
317	Spesensschädigungen		-2'500	-2'720.45	-220	8.8
319	Übriger Betriebsaufwand		-2'500	-1'145.90	1'354	-54.2
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-2'561'180.83				
	Total Aufwand	-2'561'180.83	-2'623'850	-2'485'587.35	138'263	-5.3
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000		-1'000	-100.0
429	Übrige Entgelte			40.80	41	100.0
	Total Ertrag		1'000	40.80	-959	-95.9
	Saldo	-2'561'180.83	-2'622'850	-2'485'546.55	137'303	-5.2

Kommentar Rechnung

Weniger Bedarf an Unterstützung im Sekretariat.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-56'030.15	-6'030	12.1
319	Übriger Betriebsaufwand		-58'000	-30'397.05	27'603	-47.6
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-76'123.25				
	Total Aufwand	-76'123.25	-108'000	-86'427.20	21'573	-20.0
421	Gebühren für Amtshandlungen		120'000	142'900.00	22'900	19.1
426	Rückerstattungen			-6'774.00	-6'774	100.0
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	148'424.00				
	Total Ertrag	148'424.00	120'000	136'126.00	16'126	13.4
	Saldo	72'300.75	12'000	49'698.80	37'699	314.2

Kommentar Rechnung

Weniger Gesuche für unentgeltliche Prozessführung. Einzelnes Verfahren mit hoher Spruchgebühr.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Bilanz

Bilanz

Aktiven

Finanzvermögen (FV)

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
Kasse	296'989.65	248'423.80	-48'565.85
Post	316'879'997.69	304'614'376.93	-12'265'620.76
Bank	291'507'147.81	356'664'767.11	65'157'619.30
Debit- und Kreditkarten	3'019.00	1'787.00	-1'232.00
Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	608'687'154.15	661'529'354.84	52'842'200.69
Forderungen			
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen an Dritte	79'379'478.57	64'466'591.85	-14'912'886.72
Kontokorrente mit Dritten	1'096'707.84	356'392.84	-740'315.00
Steuerforderungen	54'103'879.29	57'111'598.80	3'007'719.51
Anzahlungen an Dritte	20'534'493.04	9'317'811.52	-11'216'681.52
Interne Kontokorrente	251'629.00	316'787.55	65'158.55
Vorschüsse	10'800.00	4'175.00	-6'625.00
Übrige Forderungen	2'610'249.54	1'967'451.91	-642'797.63
Total Forderungen	157'987'237.28	133'540'809.47	-24'446'427.81
Kurzfristige Finanzanlagen			
Festgelder (> 90 Tage)	500'000'000.00	550'000'000.00	50'000'000.00
Total Kurzfristige Finanzanlagen	500'000'000.00	550'000'000.00	50'000'000.00
Aktive Rechnungsabgrenzungen			
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10'127'010.17	17'514'303.02	7'387'292.85
Total Aktive Rechnungsabgrenzungen	10'127'010.17	17'514'303.02	7'387'292.85
Vorräte			
Handelswaren	999'818.65	1'165'768.25	165'949.60
Total Vorräte	999'818.65	1'165'768.25	165'949.60
Finanzanlagen			
Aktien und Anteilscheine	30'856'001.00	29'055'000.00	-1'801'001.00
Total Finanzanlagen	30'856'001.00	29'055'000.00	-1'801'001.00
Sachanlagen FV			
Grundstücke FV	94'869'979.60	90'662'298.45	-4'207'681.15
Total Sachanlagen FV	94'869'979.60	90'662'298.45	-4'207'681.15
Total Finanzvermögen	1'403'527'200.85	1'483'467'534.03	79'940'333.18

Bilanz

Aktiven

Verwaltungsvermögen (VV)

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
Sachanlagen VV			
Grundstücke VV unüberbaut	1'962'000.00	1'942'000.00	-20'000.00
Strassen/Verkehrswege	26'427'000.00	29'207'000.00	2'780'000.00
Wasserbau	8'034'000.00	7'813'000.00	-221'000.00
Übrige Tiefbauten	1'140'000.00	2'470'000.00	1'330'000.00
Hochbauten	187'530'000.00	178'743'000.00	-8'787'000.00
Waldungen	407'000.00	86'000.00	-321'000.00
Mobilien	6'758'000.00	5'790'000.00	-968'000.00
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	7'923'000.00	11'438'000.00	3'515'000.00
Total Sachanlagen VV	240'181'000.00	237'489'000.00	-2'692'000.00
Darlehen VV			
Darlehen an öffentliche Unternehmungen	0.00	12'600'000.00	12'600'000.00
Darlehen an private Unternehmungen	23'807'615.55	24'162'868.75	355'253.20
Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	100'000.00	0.00	-100'000.00
Darlehen an private Haushalte	3'095'400.00	2'872'500.00	-222'900.00
Total Darlehen VV	27'003'015.55	39'635'368.75	12'632'353.20
Beteiligungen VV			
Beteiligungen VV	72'117'012.00	72'112'012.00	-5'000.00
Total Beteiligungen VV	72'117'012.00	72'112'012.00	-5'000.00
Investitionsbeiträge			
Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	175'000.00	157'000.00	-18'000.00
Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'582'000.00	13'711'000.00	1'129'000.00
Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	59'702'001.00	52'380'001.00	-7'322'000.00
Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	51'000.00	736'000.00	685'000.00
Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	18'709'000.00	20'825'000.00	2'116'000.00
Investitionsbeiträge an private Haushalte	3'429'000.00	5'394'000.00	1'965'000.00
Total Investitionsbeiträge	94'648'001.00	93'203'001.00	-1'445'000.00
Total Verwaltungsvermögen	433'949'028.55	442'439'381.75	8'490'353.20
Total Aktiven	1'837'476'229.40	1'925'906'915.78	88'430'686.38

Bilanz

Passiven

Fremdkapital (FK)

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
Laufende Verbindlichkeiten			
Laufende Verbindlichkeiten aus Leistungen Dritter	102'329'098.49	75'251'511.19	-27'077'587.30
Kontokorrente mit Dritten	119'138'434.11	127'991'865.00	8'853'430.89
Steuern	314'993'132.69	419'015'961.96	104'022'829.27
Erhaltene Anzahlungen von Dritten	127'767.75	143'681.60	15'913.85
Transfer-Verbindlichkeiten	2'147'112.60	5'519'224.20	3'372'111.60
Interne Kontokorrente	17'356'935.88	6'910'036.20	-10'446'899.68
Depotgelder und Kautionen	1'211'747.65	1'608'925.60	397'177.95
Übrige Laufende Verpflichtungen	102'800.51	109'217.20	6'416.69
Total Laufende Verbindlichkeiten	557'407'029.68	636'550'422.95	79'143'393.27
Passive Rechnungsabgrenzung			
Passive Rechnungsabgrenzung	52'151'701.49	54'936'478.99	2'784'777.50
Total Passive Rechnungsabgrenzung	52'151'701.49	54'936'478.99	2'784'777.50
Kurzfristige Rückstellungen			
Kurzfristige Rückstellungen Mehrleistungen Personal	9'202'000.00	9'663'000.00	461'000.00
Total Kurzfristige Rückstellungen	9'202'000.00	9'663'000.00	461'000.00
Langfristige Finanzverbindlichkeiten			
Darlehen	20'608'175.40	20'639'387.05	31'211.65
Total Langfristige Finanzverbindlichkeiten	20'608'175.40	20'639'387.05	31'211.65
Langfristige Rückstellungen			
Langfristige Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten	1'644'966.68	124'500.00	-1'520'466.68
Langfristige Rückstellungen	1'644'966.68	124'500.00	-1'520'466.68
Total Fremdkapital	641'013'873.25	721'913'788.99	80'899'915.74

Bilanz

Passiven

Eigenkapital (EK)

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			
Spezialfinanzierung Strassenbau	187'765'365.36	197'433'796.72	9'668'431.36
Spezialfinanzierung Deponienachsorge	786'221.30	848'447.80	62'226.50
Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	-103'586.07	334'201.81	437'787.88
Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	188'448'000.59	198'616'446.33	10'168'445.74
Finanzpolitische Reserven			
Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000.00	380'000'000.00	0.00
Reserve Steuerausgleich	47'500'000.00	47'500'000.00	0.00
Reserve Konjunkturförderung	369'364.62	132'474.62	-236'890.00
Reserve öffentlicher Verkehr	11'859'000.00	8'529'000.00	-3'330'000.00
Total Finanzpolitische Reserven	439'728'364.62	436'161'474.62	-3'566'890.00
Neubewertungsreserve Finanzvermögen			
Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	50'696'229.25	47'774'212.25	-2'922'017.00
Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-55'299.00	-1'856'300.00	-1'801'001.00
Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	50'640'930.25	45'917'912.25	-4'723'018.00
Übriges Eigenkapital			
Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton	574'641.35	577'084.20	2'442.85
Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'051'450.99	7'363'583.79	312'132.80
Total Übriges Eigenkapital	7'626'092.34	7'940'667.99	314'575.65
Freies Eigenkapital			
Total Freies Eigenkapital	510'018'968.35	515'356'625.60	5'337'657.25
Total Eigenkapital	1'196'462'356.15	1'203'993'126.79	7'530'770.64
Total Passiven	1'837'476'229.40	1'925'906'915.78	88'430'686.38

Anhang zur Jahresrechnung

Rechtsgrundlagen

Rechnungslegungsgrundsätze

Eigenkapitalnachweis

Rückstellungsspiegel

Beteiligungsspiegel

Anlagespiegel

Gewährleistungsspiegel

Leasingverbindlichkeiten

Gesamtbetrag der zur Sicherung eigener Verpflichtungen
verpfändeten oder abgetretenen Aktiven sowie Aktiven
unter Eigentumsvorbehalt

Informationen zu Bilanzbereinigungen

Nicht bilanzierbare Forderungen

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Rechtsgrundlagen

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1; siehe www.zug.ch → Gesetzessammlung).

Rechnungslegungsgrundsätze

Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden HRM2; herausgegeben am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (siehe www.srs-cspp.ch). Die Fachempfehlungen stellen Mindeststandards dar, welche alle öffentlichen Gemeinwesen erfüllen sollten. Abweichungen dazu sind möglich, müssen aber im Anhang zur Jahresrechnung offengelegt werden.

Abweichungen zu den Fachempfehlungen

- Gemäss Fachempfehlung Nr. 06 HRM2 sind Wertberichtigungen in der Laufenden Rechnung zu verbuchen. § 13 Abs. 2 Finanzhaushaltgesetz schreibt vor, Wertberichtigungen zum Finanzvermögen über eine separate Passivposition in der Bilanz vorzunehmen.
Ausnahme: Bildung der Delkredererisiken.
- Gemäss Fachempfehlung Nr. 12 HRM2 ist eine Anlagebuchhaltung zu führen. Im Kanton Zug werden die Anlagen im Verwaltungsvermögen ohne Anlagebuchhaltung direkt in Bilanzkonten geführt.
- Gemäss Empfehlung Nr. 12 HRM2 werden unbebaute Grundstücke im Verwaltungsvermögen nicht abgeschrieben. § 14 Abs. 3 Bst. a schreibt vor, diese mit 1% pro Jahr abzuschreiben.

Eigenkapitalnachweis

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Veränderung
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	188'448'001	198'616'446	10'168'446
Spezialfinanzierung Strassenbau	187'765'365	197'433'797	9'668'431
Spezialfinanzierung Deponienachsorge	786'221	848'448	62'227
Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	-103'586	334'202	437'788
Finanzpolitische Reserven	439'728'365	436'161'475	-3'566'890
Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000	380'000'000	0
Reserve Steuerausgleich	47'500'000	47'500'000	0
Reserve Konjunkturförderung	369'365	132'475	-236'890
Reserve öffentlicher Verkehr	11'859'000	8'529'000	-3'330'000
Neubewertungsreserve Finanzvermögen	50'640'930	45'917'912	-4'723'018
Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	50'696'229	47'774'212	-2'922'017
Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-55'299	-1'856'300	-1'801'001
Übriges Eigenkapital	7'626'092	7'940'668	314'576
Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton	574'641	577'084	2'443
Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'051'451	7'363'584	312'133
Freies Eigenkapital	510'018'968	515'356'626	5'337'657
Eigenkapital (EK)	1'196'462'356	1'203'993'127	7'530'771

Rückstellungsspiegel

In Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Veränderung	Kommentar
Kurzfristige Rückstellungen				
Rückstellungen Mehrleistungen Personal	9'202'000	9'663'000	461'000	
Langfristige Rückstellungen				
Rückstellungen aus betrieblicher Tätigkeit	1'644'967	124'500	-1'520'467	
APD santésuisse	124'500	124'500	0	
Mehrwertsteuer-Risiken	160'058	0	-160'058	Rückstellung aufgelöst
Konkursamt	1'360'409	0	-1'360'409	Umbuchung auf Kreditoren

Beteiligungsspiegel

In Franken	Gesellschafts- kapital	Beteiligungs- quote	Buchwert 31.12.2012	Ausschüttung an Kanton
Finanzvermögen (FV)				
Centralschweizerische Kraftwerke AG, 14'000 Namen	2'970'126	0.24%	4'655'000	63'000
Wasserwerke Zug AG, 2'500 Namen	5'000'000	5.00%	24'400'000	650'000
Verwaltungsvermögen (VV)				
Zugerland Verkehrsbetriebe AG, 10'440 Namen	9'600'000	54.38%	1	
Zuger Kantonalbank, 144'144 Inhaber	144'144'000	50.00%	72'072'000	27'747'720
Schweizer Rheinsalinen AG, 72 Namen	11'164'000	0.64%	1	57'600
Schiffahrtsgesellschaft Zugersee AG, 201 Inhaber	1'450'000	1.39%	1	
TMF Extraktionswerk AG, 39 Namen	1'200'000	0.98%	1	
Zuger Kantonsspital AG, 9'900 Namen	10'000'000	99.00%	1	
InNET Monitoring AG, 200 Namen	1'200'000	16.67%	1	
Parkleitsystem Zug AG, 5'600 Namen	383'000	14.62%	40'000	
Schweizerische Nationalbank, 400 Namen	25'000'000	0.40%	1	6'000
Ostschweiz. Bürgschaftsgenossenschaft, 3'000 AS	3'843'500	0.08%	1	60
Gesellschaft für Hotelkredit, 50 AS	26'761'500 ¹⁾	0.09%	1	
Schweizer Reisekasse (Reka) Genossenschaft, 4 AS	533'250	0.19%	1	
Axpo Holding AG, 323'166 Namen	370'000'000	0.87%	1	710'965
Viacar AG, 50 Namen	250'000	20.00%	1	

¹⁾ Gesellschaftskapital per 31.12.2011

Anlagespiegel

In Franken	Bilanz per 01.01.2012	Zugänge/ Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2012
Sachanlagen Verwaltungsvermögen					
Grundstücke VV unüberbaut	1'962'000	0	20'000	0	1'942'000
Strassen/Verkehrswege	26'427'000	9'727'178	3'617'178	3'330'000	29'207'000
Strassenbau Spezialfinanzierung	0	23'634'379	23'634'379	0	0
Wasserbau	8'034'000	647'894	868'894	0	7'813'000
Übrige Tiefbauten	1'140'000	1'605'937	275'937	0	2'470'000
Hochbauten	187'530'000	11'085'396	19'872'396	0	178'743'000
Waldungen	407'000	-320'000	1'000	0	86'000
Mobilien	6'758'000	1'523'374	2'491'374	0	5'790'000
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	7'923'000	11'149'188	7'634'188	0	11'438'000
Total Sachanlagen VV	240'181'000	59'053'347	58'415'347	3'330'000	237'489'000
Darlehen Verwaltungsvermögen					
Darlehen an öffentliche Unternehmungen	0	12'600'000	0	0	12'600'000
Darlehen an private Unternehmungen	23'807'616	355'253	0	0	24'162'869
Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	100'000	-100'000	0	0	0
Darlehen an private Haushalte	3'095'400	-212'900	10'000	0	2'872'500
Total Darlehen VV	27'003'016	12'642'353	10'000	0	39'635'369
Investitionsbeiträge					
Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	175'000	0	18'000	0	157'000
Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'582'000	2'652'630	1'523'630	0	13'711'000
Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	59'702'001	-1'499'370	5'822'630	0	52'380'001
Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	51'000	767'835	82'835	0	736'000
Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	18'709'000	4'431'525	2'315'525	0	20'825'000
Investitionsbeiträge an private Haushalte	3'429'000	2'564'633	599'633	0	5'394'000
Total Investitionsbeiträge	94'648'001	8'917'253	10'362'253	0	93'203'001
Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen					
Handelswaren	999'819	165'950			1'165'768
Verzinsliche Anlagen (Darlehen FV)	0	0			0
Grundstücke FV	94'869'980	-4'207'681			90'662'298
Total Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen	95'869'798	-4'041'732			91'828'067

Gewährleistungsspiegel

Definition gemäss HRM2: Im Gewährleistungsspiegel sind Tatbestände aufzuführen, aus denen sich in Zukunft eine wesentliche Verpflichtung des Gemeinwesens ergeben kann.

Bürgschaften

Keine

Garantieverpflichtungen

– Gläubiger der Zuger Kantonalbank

Staatsgarantie gemäss § 4 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 (BGS 651.1)

Betrag offen

– Zuger Kantonalbank

Garantievertrag vom 1. Mai 2002 zwischen dem Kanton Zug und der Zuger Kantonalbank für das Darlehen der Zuger Kantonalbank an den Verein Kongregation der Barmherzigen Brüder für den Bau der Psychiatrischen Klinik Zugersee

Betrag 3.4 Mio. Franken (Vorjahr 3.4 Mio. Franken)

– Psychiatrische Klinik Zugersee

Defizitgarantie gemäss Artikel 7 des Vertrages vom 29. April 1982 zwischen dem Verein Kongregation der Barmherzigen Brüder und dem Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug

Der Anteil Kanton Zug beträgt 56.66%

Betrag begrenzt auf Defizit

Weitere Eventualverpflichtungen

– 2031 Arbeitslosenkasse

Rückerstattung von bereits vereinnahmten Verwaltungskosten für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Jahre 2008; 2010; 2011. Die Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts sind noch ausstehend.

Betrag 1'028'102 Franken

– Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen

Gemäss § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 31. August 2006 (BGS 154.31) garantiert der Kanton die versicherten Leistungen gemäss Standardvorsorgeplan gegenüber den eigenen Versicherten.

Die Zuger Pensionskasse weist – vor Revision – per 31. Dezember 2012 einen Deckungsgrad von 96.2% auf. Damit erhöht sich der Deckungsgrad von 92.2% um 4.0 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die Unterdeckung beträgt neu 100.2 Mio. Franken (Vorjahr 197.2 Mio.).

Der Anteil des Kantons (Kantonale Verwaltung) an der Unterdeckung beträgt 42.15 Mio. Franken (Vorjahr 84.0 Mio.).

Der Vorstand der Zuger Pensionskasse hat mit Wirkung auf die Jahresrechnung 2012 beschlossen, den technischen Zinssatz von 3.5% auf 3.0% zu senken. Deshalb mussten die Deckungskapitalien für die laufenden Renten um 50.2 Mio. Franken erhöht werden. Ohne diese Massnahme hätte ein Deckungsgrad von approximativ 98.0% resultiert.

Leasingverbindlichkeiten

Finanzierungs-Leasing

Keine

Operatives Leasing

Diverse Ämter sind im Besitz von Kopiermaschinen mit Serviceverträgen.

Gesamtbetrag der zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändeten oder abgetretenen Aktiven sowie Aktiven unter Eigentumsvorbehalt
Null

Informationen zu Bilanzbereinigungen

Keine

Nicht bilanzierbare Forderungen

Ersatzforderungen aus Strafverfahren gem. Art. 71 StGB: Zurzeit bestehen beim Obergericht in neun Fällen Ersatzforderungen. Diese werden in der Jahresrechnung nicht verbucht, weil völlig offen ist, ob und wann sie erhältlich gemacht werden können. Falls etwas eingeht, muss der Betrag unter Umständen zunächst zugunsten der Geschädigten verwendet werden bzw. ist danach hälftig mit dem Bund zu teilen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Keine

Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Rahmenkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2012
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo Ausgaben – Einnahmen	Restbedarf	
BD0002R	Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	29.10.09/ 05.05.11	6'000'000	5'626'319	373'681	3'623'000	3'599'319	23'681	
	Total der zugehörigen Objektkredite			5'626'319			3'599'319		-525'587
BD0003R	Rahmenkredit Altlastensanierung Schiessanlagen	29.01.09	2'000'000	279'062	1'720'938	2'000'000	279'062	1'720'938	
	Total der zugehörigen Objektkredite			279'062			279'062		8'639
BD0004R	Zweiter Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	26.01.12	10'000'000	3'465'221	6'534'779	9'000'000	3'090'221	5'909'779	
	Total der zugehörigen Objektkredite			3'465'221			3'090'221		3'090'221
HB0010R	Rahmenkredit für die Planung von kantonalen Hochbauten	24.09.92	12'000'000	11'659'741	340'260	11'730'000	11'659'741	70'260	
	Total der zugehörigen Objektkredite		6'000'000	11'659'741			11'659'741		3'024'996
TB0002R	Rahmenkredit über das Strassenbauprogramm 2004 – 2014 ¹⁾	18.12.03/ 30.09.10	248'000'000			240'000'000	128'686'303	111'313'697	
	Total der zugehörigen Objektkredite						128'686'303		12'288'221
TB0003R	Rahmenkredit für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar	28.06.01	103'500'000	96'683'269	6'816'731	27'400'000	25'517'924	1'882'076	
	Total der zugehörigen Objektkredite			96'683'269			25'517'924		361'170
TB0004R	Rahmenkredit für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham – Hünenberg sowie für den Landerwerb	01.06.06/ 07.06.11	230'000'000	10'678'644	219'321'356	178'100'000	10'678'644	167'421'356	
	Total der zugehörigen Objektkredite		195'000'000	10'678'644			10'678'644		3'966'904
TB0006R	Rahmenkredit zur Beschaffung von Landreserven 2011 – 2016	24.02.11	14'000'000	4'262'174	9'737'826	14'000'000	4'263'179	9'736'821	
	Total der Buchungen im Finanzvermögen			4'199'686			4'200'691		783
	Total der zugehörigen Objektkredite			62'488			62'488		35'600

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2012
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo Ausgaben – Einnahmen	Restbedarf	
VD0001R	Rahmenkredit Wohnbau- und Wohneigentumsförderung 1992	26.03.92/ 27.08.92/ 30.01.03	20'000'000	12'029'286	7'970'714	20'000'000	12'029'286	7'970'714	
	Beiträge zulasten Laufender Rechnung			12'029'286			12'029'286		507'024
VD0002R	Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum 2003/2010	30.01.03/ 06.05.10	48'900'000	5'736'929	43'163'071	35'000'000	5'736'929	29'263'071	
	Total der zugehörigen Objektkredite			1'100'000			1'100'000		
	Beiträge zulasten Laufender Rechnung			4'636'929			4'636'929		987'231
VD0005R	Rahmenkredit betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten	26.11.09	400'000'000	12'600'000	387'400'000	0	12'600'000	-12'600'000	
	Total der zugehörigen Objektkredite		16'000'000	12'600'000			12'600'000		12'600'000
VD0006R	Rahmenkredit für die Planung und Projektierung von Bahnprojekten	31.03.11	5'500'000	292'323	5'207'677	5'500'000	292'323	5'207'677	
	Total der zugehörigen Objektkredite			292'323			292'323		221'732
Rahmenkredite: Status abgeschlossen									
AL0001R	Rahmenkredit betreffend Härtebeiträge an Betroffene des Attentates vom 27. September 2001	28.03.02	2'000'000	1'413'687	0	-	1'413'687	0	
	Beiträge zulasten Laufender Rechnung			1'413'687			1'413'687	0	0
Total Rahmenkredite							219'846'616	327'920'071	36'566'933

¹⁾ Spezialfall: Gemäss KRB vom 18. Dezember 2003 § 2 Abs. 2 (BGS 751.12) wurde dieser Kredit netto bewilligt, deshalb lediglich Netto-Betrachtung

Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Objektkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2012
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo Ausgaben – Einnahmen	Restbedarf	
15	Direktion des Innern								
1550	Sozialwesen								
DI1550.0022	Stiftung Maihof, Ausbau und Sanierungen	24.06.10	6'416'000	6'235'000	181'000	6'235'000	6'235'000	0	1'290'000
1582	Archäologie								
DI1582.0001	Archäologische Rettungsgrabung Cham-Alpenblick II (Laufende Rechnung)	26.03.09	4'270'000	2'748'843	1'521'157	3'651'943	2'130'786	1'521'157	313'307
20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
VD2035.0001	öV-Feinverteiler Planung	18.12.03	4'200'000	1'065'746	3'134'254	2'000'000	1'065'746	934'254	12'875
VD2035.0007	Projektierung Stadtbahn 1. Teilergänzung	18.12.03	6'200'000	2'795'264	3'404'736	2'795'264	2'795'264	-0	-749'797
VD2035.0009	1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)	29.05.08	36'380'000	13'672'249	22'707'751	13'700'000	13'672'249	27'751	1'368'249
VD2035.0015	öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe	18.12.03	3'900'000	1'009'217	2'890'783	3'900'000	949'702	2'950'298	18'541
VD2035.0017	Investitionsbeitrag an SGZ	29.10.09	1'750'000	1'750'000	0	1'750'000	1'750'000	0	0
VD2035.0025	Zugfolgezeit Littli-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)	25.08.11	4'000'000	335'000	3'665'000	2'600'000	335'000	2'265'000	335'000
VD2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick	25.08.11	11'620'000	4'789'032	6'830'968	6'000'000	3'789'032	2'210'968	3'789'032
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
TB3020.0012	Renaturierung Lorze Baar, Spinnerei	27.01.11	4'800'000	2'243'914	2'556'086	2'700'000	1'052'121	1'647'879	510'497
TB3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee	09.10.10	400'000	291'892	108'108	325'000	291'892	33'108	137'398
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald	30.09.10	9'831'000	4'304'771	5'526'229	4'250'000	2'804'771	1'445'229	444'029
TB3020.0045	ÖV Feinverteiler Unterführung Sumpf	24.11.11	30'800'000	3'194'147	27'605'853	15'700'000	3'134'147	12'565'853	3'134'147
3031	Kantonsstrassen								
TB3031.0041	Grindel Bibersee (Realisierung)	25.10.07	30'300'000	10'315'714	19'984'286	28'500'000	9'315'714	19'184'286	5'625'280
TB3031.0047	Tangente Zug/Baar	28.05.09	201'000'000	4'761'416	196'238'584	214'400'000 ⁴⁾	4'761'416	209'638'584	1'785'046

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2012
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo Ausgaben – Einnahmen	Restbedarf	
3060	Hochbauamt								
HB3060.0001	Hofstrasse 15: Sanierung Steil- u. Flachdächer	24.02.05	3'110'000	158'544	2'951'456	200'000	158'544	41'456	0
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau	29.03.12	3'575'000	170'608	3'404'392	3'575'000	170'608	3'404'392	170'608
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung	26.11.09	5'800'000	5'874'040	-74'040	5'874'040	5'874'040	0	3'461'533
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb	24.06.10	2'800'000	1'503'651	1'296'349	2'800'000	1'503'651	1'296'349	1'215'818
HB3060.0100	Kantonales Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek	25.03.10	4'440'000	3'319'783	1'120'217	3'204'783	1'775'132	1'429'651	-797'400
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	03.05.12	33'500'000	550'187	32'949'813	33'500'000	550'187	32'949'813	550'187
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung	29.03.12	3'630'000	409'838	3'220'162	1'815'000	409'838	1'405'162	409'838
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar	31.05.12	1'856'800	1'732	1'855'068	1'856'800	1'732	1'855'068	1'732
3061	Parkraumbewirtschaftung								
HB3061.0022	Parkleitsystem Zug	27.05.10	440'000	96'000	344'000	440'000	96'000	344'000	0
3080	Amt für Raumplanung								
BD3080.0006	Hochspannungsleitung, Entschädigung/Landschaftsschutz	08.05.08	2'030'000	1'760'416	269'584	1'353'000	1'173'611	179'389	36'533
35	Sicherheitsdirektion								
3590	Zuger Polizei								
SD3590.0044	Polycorn, Umsetzung	03.05.12	19'200'000	284'810	18'915'190	14'899'000	284'810	14'614'190	284'810
40	Gesundheitsdirektion								
4030	Spitäler								
GD4030.0013	AK-Erhöhung Zuger Kantons-spital AG	28.01.10	10'400'000	8'400'000	2'000'000	8'400'000	8'400'000	0	0

Anhang zur Jahresrechnung

Objektkredite: Status abgeschlossen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Brutto-Betrachtung			Netto-Betrachtung			Rechnung 2012
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Rest-Kredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo Ausgaben – Einnahmen	Restbedarf	
30	Baudirektion								
3060	Hochbauamt								
HB3060.0061	Durchgangsplatz Fahrende	29.05.08	830'000 ³⁾	845'559	0	–	835'559	0	0
HB3060.0086	Zusatzkredit Neubau Strafanstalt Zug	28.06.07	942'000	869'683	0	–	869'683	0	0
HB3060.0092	Umplatzierung AFS und AZM	12.06.08	2'200'000	1'911'893	0	–	1'911'893	0	46'876
HB3060.0098	Strafanstalt Zug Optimierung Lüftung/ Sichtschutz	25.03.10	905'000	594'434	0	–	594'434	0	0
HB3060.0102	Asylunterkunft Holzhäusern: Neubau	24.06.10	1'935'000	1'871'672	0	–	1'871'672	0	0
HB3060.0109	Umbau Artherstrasse 25 für SPD	25.11.10	990'000	970'835	0	–	970'835	0	6'310
HB3060.0113	Übernahme Bundesanteil Werkhof Hinterberg	25.11.10	4'290'000	4'290'000	0	–	4'290'000	0	0

Objektkredite: Status separate Genehmigung²⁾

30	Baudirektion								
3060	Hochbauamt								
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht	12.06.08	13'550'000	12'502'499	0	–	12'502'499	0	1'387'042
Total Objektkredite							98'327'566	311'943'839	24'787'491

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

²⁾ Gemäss § 28 Abs. 8 Bst. b des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) werden Kredite über 10 Mio. Franken dem Kantonsrat separat zur Genehmigung vorgelegt

³⁾ Teuerungsberechnung auf Basis Zürcher Baukostenindex

⁴⁾ Geschätzte Ausgaben unter Berücksichtigung der Teuerung

Nachweis Investitionsrechnung 2012

Netto Ausgaben Rahmenkredite	36'566'933
– Direktbuchungen Finanzvermögen (Rahmenkredit TB0006R)	-783
– Aufwand Laufende Rechnung (Rahmenkredite VD0001R und VD0002R)	-1'494'255
Netto Ausgaben Objektkredite	24'787'491
– Aufwand Laufende Rechnung (Objektkredit Di1582.0001)	-313'307
Budgetkredite	21'066'875
Total Nachweis Investitionsrechnung 2012	80'612'953
Investitionsrechnung 2012	80'612'953

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-6'300.00	-6'000	-5'200.00	-800	13.3%
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'969'125.50	-7'956'000	-7'828'231.75	-127'768	1.6%
303	Sozialversicherungsbeiträge	-484'959.55	-471'500	-484'149.95	12'650	-2.7%
304	Personalversicherungsbeiträge	-1'116'442.55	-1'075'700	-1'412'385.50	336'686	-31.3%
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-172'783.50	-167'500	-162'248.55	-5'251	3.1%
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-182'320.69	-191'300	-194'170.35	2'870	-1.5%
307	Rentenleistungen	-13'176.00	-13'200	-13'176.00	-24	0.2%
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	-1'029.60	-6'000	-1'589.40	-4'411	73.5%
309	Übriger Personalaufwand	-132'665.05	-168'500	-155'881.30	-12'619	7.5%
310	Büromaterial und Drucksachen	-18'798.20	-25'000	-20'582.93	-4'417	17.7%
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-123'684.53	-190'050	-175'241.15	-14'809	7.8%
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-249'925.10	-290'500	-282'736.90	-7'763	2.7%
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'571'598.83	-1'615'600	-1'581'114.40	-34'486	2.1%
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-335'823.39	-355'000	-344'082.70	-10'917	3.1%
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-355'322.75	-402'300	-356'180.38	-46'120	11.5%
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-16'425.00	-17'500	-16'425.00	-1'075	6.1%
317	Spesenentschädigungen	-61'816.50	-63'800	-61'217.55	-2'582	4.0%
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'624'096.52	-1'488'700	-1'513'482.17	24'782	-1.7%
319	Übriger Sachaufwand	-40'207.62	-50'500	-49'936.87	-563	1.1%
320	Passivzinsen	-63'373.54	-90'000	-45'716.44	-44'284	49.2%
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-5'096.40	-5'000	-2'893.00	-2'107	42.1%
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-575'683.91	-677'850	-633'774.65	-44'075	6.5%
	Total Aufwand	-15'120'654.73	-15'327'500	-15'340'416.94	12'917	-0.1%
4200	Vermögensertrag Banken	595.15	2'000	442.90	1'557	77.9%
4210	Vermögensertrag Guthaben		100	0.00	100	100.0%
4270	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	3'300	2'534.00	766	23.2%
4320	Kostgelder und Kostenanteile	12'223'289.07	11'715'700	12'732'805.85	-1'017'106	-8.7%
4350	Verkäufe	3'309'659.67	3'245'000	3'202'997.16	42'003	1.3%
4360	Rückerstattungen	95'887.38	73'500	21'631.94	51'868	70.6%
4370	Entgeltsminderungen	-9'649.46	-15'000	-11'717.68	-3'282	21.9%
	Defizitanteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-401'328.86	242'320	-486'621.78	728'942	300.8%
	Defizitanteil Kanton Zug (1/5)	-100'332.22	60'580	-121'655.45	182'235	300.8%
	Total Ertrag	15'120'654.73	15'327'500	15'340'416.94	-12'917	-0.1%
	Saldo	0.00	0	0.00	0	

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-353'664.45	-200'000	0.00	-200'000	100.0%
5060.01	EDV-Anlage	-12'071.60	0	0.00	0	
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-92'313.40	-80'000	-39'811.01	-40'189	50.2%
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-10'387.00	-220'000	-262'000.00	42'000	-19.1%
5060.04	Fahrzeuge	-51'000.00	0	0.00	0	
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-137'265.05	-340'000	-309'706.05	-30'294	8.9%
	Total Ausgaben	-656'701.50	-840'000	-611'517.06	-228'483	27.2%

3 Bilanz

Konto	Bezeichnung	Anfangsbestand per 01.01.2012	Endbestand per 31.12.2012	Abw. in Fr.
1000	Kasse, Postcheck, Banken	808'629.32	992'225.84	-183'596.52
1113	Kontokorrent Sanierung PK AN	645'355.60	463'289.60	182'066.00
1150	Debitoren	1'487'617.05	1'530'925.15	-43'308.10
1190	Übrige Guthaben	226'672.02	250'181.37	-23'509.35
1250	Vorräte	544'582.10	609'162.15	-64'580.05
1300	Transitorische Aktiven	1'501.67	0.00	1'501.67
1430	Hochbauten ¹⁾	1'619'290.43	1'457'361.38	161'929.05
1460	Möbilien, Maschinen, Fahrzeuge	848'776.67	988'448.13	-139'671.46
	Total Aktiven	6'182'424.86	6'291'593.62	-109'168.76
2000	Kreditoren	586'939.87	479'923.76	107'016.11
2010	Depotgelder Insassen	873'329.72	903'957.32	-30'627.60
2061	Kontokorrent Basel-Stadt	4'115'411.35	4'130'162.49	-14'751.14
2062	Kontokorrent Kanton Zug -230	100'332.22	121'655.45	-21'323.23
2090	Übrige	114'480.00	99'310.00	15'170.00
2500	Transitorische Passiven	391'931.70	556'584.60	-164'652.90
	Total Passiven	6'182'424.86	6'291'593.62	-109'168.76

¹⁾ Bauten erfasst in den Staatsrechnungen der Kantone Basel-Stadt und Zug

Kommentar Rechnung

Die Rechnung 2012 schliesst mit einem Gewinn von Fr. 608'277.25. Das budgetierte Defizit von Fr. 302'900.- wurde somit um Fr. 911'177.25 unterschritten. Dieses sehr gute Ergebnis ist auf eine überdurchschnittlich hohe Auslastung der Strafanstalt zurückzuführen. Aufgrund der sehr hohen Nachfrage an Strafvollzugsplätzen sahen wir uns gezwungen, die dringend notwendigen Zellensanierungen wiederum zurückzustellen.

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

Ohne Leistungsauftrag

1 Erfolgsrechnung

Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Abw. in Fr.
Bruttoprämien ertrag	23'723'069.65	24'742'535.68	1'019'466.03
Stempelsteuer	-971'824.25	-972'897.30	-1'073.05
Präventionsanteil	-3'314'740.05	-4'311'672.65	-996'932.60
Prämienaufwand Rückversicherung	-6'609'159.23	-7'270'404.95	-661'245.72
Verdiente Prämien für eigene Rechnung	12'827'346.12	12'187'560.78	-639'785.34
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung	-12'368'178.95	-3'895'714.50	8'472'464.45
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	-2'289'025.00	-5'659'236.00	-3'370'211.00
Betriebsaufwand für eigene Rechnung	-1'634'732.95	-1'696'555.05	-61'822.10
Übriger betrieblicher Ertrag	151'746.42	109'278.48	-42'467.94
Übriger betrieblicher Aufwand	-8'897.34	-7'135.37	1'761.97
Technisches Ergebnis	-3'321'741.70	1'038'198.34	4'359'940.04
Ertrag Prävention und Intervention	4'374'386.69	5'856'473.79	1'482'087.10
Aufwand Prävention und Intervention	-4'119'293.67	-3'365'002.95	754'290.72
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-1'978'104.45	-2'419'877.19	-441'772.74
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention	1'723'011.43	-71'593.65	-1'794'605.08
Ergebnis Prävention und Intervention	0.00	0.00	0.00
Ertrag aus Kapitalanlagen	5'818'771.58	4'150'372.38	-1'668'399.20
Aufwand aus Kapitalanlagen	-1'268'899.16	-1'155'378.92	113'520.24
Vermögensverwaltungsaufwand	-37'074.37	-40'685.48	-3'611.11
Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	4'512'798.05	2'954'307.98	-1'558'490.07
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	-1'854'152.31	-585'602.00	1'268'550.31
Ergebnis aus Kapitalanlagen	2'658'645.74	2'368'705.98	-289'939.76
Betriebliches Ergebnis	-663'095.96	3'406'904.32	4'070'000.28
Ausserordentliches Ergebnis	0.00	0.00	0.00
Gewinn/Verlust	-663'095.96	3'406'904.32	4'070'000.28

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

2 Bilanz

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2011	Endbestand per 31.12.2012	Abw. in Fr.
Kapitalanlagen	76'729'573.91	79'778'071.13	3'048'497.22
Beteiligung	5'553'632.50	5'629'998.55	76'366.05
Total Anlagevermögen	82'283'206.41	85'408'069.68	3'124'863.27
Aktive Rechnungsabgrenzungen	184'584.30	198'997.14	14'412.84
Forderungen	1'452'054.27	1'657'301.97	205'247.70
Flüssige Mittel	7'467'517.18	9'328'517.48	1'861'000.30
Total Umlaufvermögen	9'104'155.75	11'184'816.59	2'080'660.84
Total Aktiven	91'387'362.16	96'592'886.27	5'205'524.11
Gewinnreserven	51'690'000.00	51'026'904.04	-663'095.96
Gewinn/Verlust	-663'095.96	3'406'904.32	4'070'000.28
Total Eigenkapital	51'026'904.04	54'433'808.36	3'406'904.32
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung	9'026'292.90	4'571'374.65	-4'454'918.25
Versicherungstechnische Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	16'075'834.06	21'735'070.06	5'659'236.00
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	959'912.46	1'030'202.50	70'290.04
Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	14'088'566.00	14'674'168.00	585'602.00
Passive Rechnungsabgrenzungen	90'300.45	80'507.10	-9'793.35
Verbindlichkeiten	119'552.25	67'755.60	-51'796.65
Total Fremdkapital	40'360'458.12	42'159'077.91	1'798'619.79
Total Passiven	91'387'362.16	96'592'886.27	5'205'524.11

Kommentar Rechnung

Die Gebäudeversicherung Zug hat erstmals einen Jahresabschluss nach Swiss GAAP FER 41 erstellt. Im Geschäftsbericht des Kantons werden – wie in früheren Jahren – die Erfolgsrechnung und die Bilanz publiziert. Die Erfolgsrechnung umfasst neu sowohl die Versicherungs- als auch die Feuerschutzrechnung. Der gesamte Jahresabschluss inklusive Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang sowie Segmenterfolgsrechnungen wird im Geschäftsbericht 2012 der Gebäudeversicherung veröffentlicht. Er kann bei der Geschäftsstelle verlangt oder unter www.gvzg.ch eingesehen und ausgedruckt werden.

Separatfonds

Gesamtwürdigung

Bilanz

Fondsrechnung

Separatfonds Gesamtwürdigung

Gemäss § 9 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sind Separatfonds formell ausgeschiedene, rechtlich nicht selbstständige Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung. Das Verfügungsrecht steht dem Regierungsrat zu. Die Führung der Separatfonds-Buchhaltung wird durch die Kantonale Finanzverwaltung wahrgenommen. Bei der Bewirtschaftung der Geldmittel richtet sie sich nach den in der Anlagestrategie vom 27. Februar 2009 von der Finanzdirektion festgelegten Richtlinien. Die Fondsrechnung und die Bilanz werden zusammen mit dem Geschäftsbericht (Jahresrechnung) des Kantons publiziert. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle des Kantons Zug.

Es bestehen sechs Separatfonds. Die wohl bekanntesten sind der «Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke» (Lotteriefonds) und der «Sport-Toto-Fonds». Der Kanton ist Mitglied der «SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie» und des «Vereins Sport-Toto-Gesellschaft». Die von SWISSLOS erwirtschafteten Mittel fliessen, aufgeteilt nach Bevölkerungsgrösse und Spielfreudigkeit bzw. Umsätzen (Zahlenlotto), an die Kantone. Diese Mittel werden dem Lotteriefonds und dem Sport-Toto-Fonds gutgeschrieben. Der Regierungsrat legt den Verteilschlüssel fest. Beiträge aus dem Lotteriefonds werden ausschliesslich an Projekte mit wohltätigem, gemeinnützigem oder kulturellem Zweck und nur an Vorhaben mit einem Bezug zum Kanton Zug oder von gesamtschweizerischer Bedeutung ausgerichtet. Für den Sport-Toto-Anteil gelten die Bestimmungen des Sportgesetzes. 2012 erhielt der Lotteriefonds 4.9 Mio. Franken (75%) aus den SWISSLOS-Mitteln. An mehrere hundert Gesuche wurden 5.5 Mio. Franken gesprochen. Der Sport-Toto-Fonds erhielt 1.6 Mio. Franken (25%). Es wurden 1.7 Mio. Franken an die Gesuchstellenden verteilt. Im Berichtsjahr schlossen beide Fondsrechnungen mit einem Aufwandüberschuss.

Separatfonds

Bilanz

Konto	Bezeichnung	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
1	Aktiven			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1001	Post	3'673'695.47	1'128'273.21	-2'545'422.26
1002	Banken	2'747'727.37	5'046'577.36	2'298'849.99
	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	6'421'422.84	6'174'850.57	-246'572.27
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18'508.90	105'856.25	87'347.35
1013	Anzahlungen an Dritte	81'929.00	0.00	-81'929.00
1019	Übrige Forderungen	70'417.93	160'591.62	90'173.69
	Total Forderungen	170'855.83	266'447.87	95'592.04
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder	2'000'000.00	4'000'000.00	2'000'000.00
	Total Kurzfristige Finanzanlagen	2'000'000.00	4'000'000.00	2'000'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzung			
1044	Aktivzinsen	137'757.14	105'243.15	-32'513.99
	Total Aktive Rechnungsabgrenzung	137'757.14	105'243.15	-32'513.99
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und aktienähnliche Wertpapiere	11'407'373.00	12'705'593.00	1'298'220.00
1071	Verzinsliche Anlagen	11'697'603.00	9'822'901.00	-1'874'702.00
1073	Darlehen	40'000.00	20'000.00	-20'000.00
1074	Immobilienfonds	1'478'209.00	1'486'061.00	7'852.00
	Total Finanzanlagen	24'623'185.00	24'034'555.00	-588'630.00
108	Sachanlagen FV			
1084	Immobilien/Grundstücke FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Sachanlagen FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Aktiven	33'361'720.81	34'589'596.59	1'227'875.78

Separatfonds

Bilanz

Konto	Bezeichnung	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Abw.
2	Passiven			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-271'369.80	-543'251.65	-271'881.85
	Total Laufende Verbindlichkeiten	-271'369.80	-543'251.65	-271'881.85
291	Fondsvermögen			
2910	Fürsorgefonds			
2910.11	Winkelriedfonds	-1'470'421.14	-1'474'873.25	-4'452.11
	Total Fürsorgefonds	-1'470'421.14	-1'474'873.25	-4'452.11
2911	Kulturelle Fonds			
2911.22	Kantonaler Kulturfonds	-667'508.09	-670'845.63	-3'337.54
	Total Kulturelle Fonds	-667'508.09	-670'845.63	-3'337.54
2912	Staatwirtschaftliche Fonds			
2912.31	Entschädigungsfonds für Tierverluste	-2'785'560.63	-2'404'964.33	380'596.30
2912.33	Sport-Toto-Fonds	-3'382'117.52	-3'311'493.10	70'624.42
2912.34	Fonds für wohltätige, gemeinn. u. kult. Zwecke	-13'003'339.29	-12'507'056.21	496'283.08
2912.35	Gewerbeschulfonds Keiser und Beby	-581'939.84	-579'803.50	2'136.34
	Total Staatwirtschaftliche Fonds	-19'752'957.28	-18'803'317.14	949'640.14
	Total Fondsvermögen	-21'890'886.51	-20'949'036.02	941'850.49
298	Übriges Eigenkapital			
2980.10	Kursrisiko- und Ausgleichsreserve bis 2008	-5'811'687.66	-5'829'760.06	-18'072.40
2980.20	Kursreserve ab 2009	-2'029'782.20	-3'452'224.20	-1'422'442.00
2980.30	Überschüsse Bewirtschaftung Fondsvermögen ab 2009	-3'357'994.64	-3'815'324.66	-457'330.02
	Total Übriges Eigenkapital	-11'199'464.50	-13'097'308.92	-1'897'844.42
	Total Passiven	-33'361'720.81	-34'589'596.59	-1'227'875.78

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
0200	Bewirtschaftung Fondsvermögen				
31300	Bankspesen (Kontoführung)	-1'355.15	-1'166.00	189.15	-14.0
34101	Realisierte Kursverluste auf Aktien/aktienänl. WP	0.00	-237'860.40	-237'860.40	
34102	Realisierte Kursverluste auf verzinsliche Anlagen	-4'250.00	-15'500.00	-11'250.00	264.7
34201	Kommissionen	-5'645.90	-3'082.40	2'563.50	-45.4
34202	Depotverwaltungsgebühren	-37'014.75	-41'304.29	-4'289.54	11.6
34400	Nicht realisierte Kursverluste	0.00	-1'141'887.00	-1'141'887.00	
39400	Verzinsung der Fondsbestände	-226'188.45	0.00	226'188.45	-100.0
44000	Zinsen Bankkonten und Festgelder < 3 Mt.	18'436.63	12'155.98	-6'280.65	-34.1
44020	Zinsen Festgelder > 3 Mt. (Sachgruppe 102)	13'802.05	27'172.55	13'370.50	96.9
44070	Zinsen Obligationen	353'019.86	282'854.36	-70'165.50	-19.9
44100	Realisierte Gewinne Aktien	639.00	0.00	-639.00	-100.0
44102	Realisierte Gewinne Immobilienfonds	1'500.00	19'128.90	17'628.90	1'175.3
44200	Dividenden	419'291.50	467'845.50	48'554.00	11.6
44201	Ertragsausschüttungen Anlage-Fonds	63'632.00	52'532.00	-11'100.00	-17.4
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	0.00	2'346'919.00	2'346'919.00	
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	500.00	4'008.25	3'508.25	701.7
0200	Total Bewirtschaftung Fondsvermögen	596'366.79	1'771'816.45	1'175'449.66	197.1
0201	Nicht liquiditätswirksame Veränderungen				
34400	Nicht realisierte Kursverluste	0.00	1'141'887.00	1'141'887.00	
39400	Verzinsung der Fondsbestände	0.00	-109'454.43	-109'454.43	
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	0.00	-2'346'919.00	-2'346'919.00	
0201	Total Nicht liquiditätswirksame Veränderungen	0.00	-1'314'486.43	-1'314'486.43	
1100	Winkelriedfonds				
36371	Unterstützungen	-31'030.00	-2'900.00	28'130.00	-90.7
49400	Verzinsung Fonds	14'865.85	7'352.11	-7'513.74	-50.5
1100	Total Winkelriedfonds	-16'164.15	4'452.11	20'616.26	-127.5
2200	Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz				
49400	Verzinsung Fonds	6'608.99	3'337.54	-3'271.45	-49.5
2200	Total Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz	6'608.99	3'337.54	-3'271.45	-49.5
3100	Entschädigungsfonds für Tierverluste				
31306	Dienstleistungen Tierseuchenbekämpfung	-249'559.75	-260'834.00	-11'274.25	4.5
36375	Entschädigung für ungeniessbares Fleisch	-467'486.75	-244'662.70	222'824.05	-47.7
36376	Entschädigung diverse Seuchentiere	0.00	-78.00	-78.00	
36379	Entschädigung Seuchentiere Rindergattung	-2'996.50	0.00	2'996.50	-100.0
42900	Übrige Entgelte	38'280.00	7'560.35	-30'719.65	-80.2
46310	Erträge aus Viehhandel	9'378.50	14'741.25	5'362.75	57.2
46311	Beiträge vom Kanton	0.00	88'749.00	88'749.00	
49400	Verzinsung Fonds	34'237.08	13'927.80	-20'309.28	-59.3
3100	Total Entschädigungsfonds für Tierverluste	-638'147.42	-380'596.30	257'551.12	-40.4

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Abw. in Fr.	Abw. in %
3300	Sport-Toto-Fonds				
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-1'577'173.00	-1'720'842.00	-143'669.00	9.1
46351	Anteil Ertrag Sport-Toto (25%)	1'615'262.75	1'633'307.00	18'044.25	1.1
49400	Verzinsung Fonds	33'109.19	16'910.58	-16'198.61	-48.9
3300	Total Sport-Toto-Fonds	71'198.94	-70'624.42	-141'823.36	-199.2
3400	Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke				
31190	Ankauf Bilder und Bücher	-206'846.55	-185'621.70	21'224.85	-10.3
31305	Dienstleistungen Dritter	-158'795.50	-42'028.40	116'767.10	-73.5
31700	Reisekosten und Spesen	-8'000.00	0.00	8'000.00	-100.0
31990	Übriger Aufwand	-44'275.95	-12'185.00	32'090.95	-72.5
36010	Zuweisung an Verwaltungsrechnung Kto. 46800	-22'252.95	-36'349.10	-14'096.15	63.3
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-4'535'653.78	-5'089'795.10	-554'141.32	12.2
36373	Werk- und Weiterbildungsbeiträge an Künstler	-160'000.00	-98'000.00	62'000.00	-38.8
42500	Verkäufe	3'106.68	2'258.52	-848.16	-27.3
46320	Beiträge von Gemeinden	0.00	500.00	500.00	
46352	Anteil Ertrag Landeslotterie/SWISSLOS (75%)	4'845'788.25	4'899'921.00	54'132.75	1.1
48300	a.o. Erträge von Vereinen und Organisationen	6'625.05	0.00	-6'625.05	-100.0
49400	Verzinsung Fonds	131'521.23	65'016.70	-66'504.53	-50.6
3400	Total Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke	-148'783.52	-496'283.08	-347'499.56	233.6
3500	Gewerbeschulefonds Keiser und Beby				
31040	Materialien für den Unterricht	-8'516.47	-5'046.04	3'470.43	-40.7
49400	Verzinsung Fonds	5'846.11	2'909.70	-2'936.41	-50.2
3500	Total Gewerbeschulefonds Keiser und Beby	-2'670.36	-2'136.34	534.02	-20.0
99	Fondsrechnung	-131'590.73	-484'520.47	-352'929.74	268.2

